

**Nutzerbeteiligung an Planung und Bau sozialer Bauten auf Quartiersebene
Vergleichende Betrachtung aktueller Entwicklungen anhand Beispiele
aus Deutschland und Japan**

Von der Fakultät Architektur und Stadtplanung der Universität Stuttgart
zur Erlangung der Würde eines Doktor-Ingenieurs (Dr.- Ing.) genehmigte
Abhandlung

Vorgelegt von

Pilyong Chong

aus Japan

Hauptberichter: Prof. Peter Cheret
Mitberichter: Prof. Dr. Tilman Harlander

Tag der mündlichen Prüfung: 10.02.2015

Institut für Baukonstruktion und Entwerfen Lehrstuhl 1
Universität Stuttgart
2015

INHALTSVERZEICHNIS

<i>Kurzfassung</i>	7
Einleitung	13
<i>Fragestellung</i>	14
<i>Ziele</i>	16
<i>Aufbau der Arbeit</i>	17
<i>Forschungsstand</i>	19
Kapitel 1 Ziele partizipatorischen Bauens und deren Umsetzung	21
1.1 <i>Ziele partizipatorischen Bauens</i>	22
1.1.1 Die Entstehung des partizipatorischen Bauens als Wechselbeziehung zwischen Nutzer und Bauwerk	22
1.1.2 Die Bedeutung des Raums für den Nutzer: Der Raum als individueller Ort	26
1.1.3 Stufenweise Strukturierung des Lebensraums in Sphären und deren räumliche Zonierung: von privat bis öffentlich	29
1.2 <i>Beispiele der Nutzerbeteiligung bei partizipativ geplanten Projekten und die Auswirkungen auf den Entwurf</i>	34
1.2.1 Christopher Alexander: Eishin Higashino Highschool in Iruma, Japan	35
1.2.2 Lucien Kroll: Studentendorf der Medizinischen Fakultät der Katholischen Universität in Louvain, Belgien	41
1.2.3 Herman Hertzberger: Montessori-Schule in Delft, Niederlande	45
1.2.4 Team Zoo: Nago Rathaus in Okinawa, Japan	50
1.3 <i>Fazit: Das Zusammenfügen individueller Orte zu einem architektonischen Ganzen</i>	55
Kapitel 2 Aktuelle Tendenzen und Probleme der Bürgerbeteiligung bei stadtplanerischen Prozessen und der Errichtung von öffentlichen Bauten in Deutschland und Japan	59
2.1 <i>Aktuelle Tendenzen und Probleme der Bürgerbeteiligung in Deutschland und Japan</i>	60
2.1.1 Aktuelle Formen kommunaler Selbstverwaltung und Bauverwaltung in Deutschland und Japan	60
2.1.2 Bürgerbeteiligung bei stadtplanerischen Entscheidungen: Neue Planungskultur in Deutschland und <i>machizukuri</i> in Japan	64
2.1.3 Bürgerbeteiligung bei der Errichtung öffentlicher Bauten in Japan	67
2.1.4 Neuer Trend: Quartiersentwicklung mit Baugemeinschaften in Deutschland	71
2.1.5 Fazit	73
2.2 <i>Aktuelle Probleme der Bürgerbeteiligung in Deutschland und Japan</i>	76
2.2.1 Probleme in Japan	76
2.2.2 Probleme in Deutschland	82
2.2.3 Fazit: Gemeinsamkeiten und Unterschiede	87

Kapitel 3 Bedingungen für die empirische Untersuchung	91
3.1 Auswahl der Beispiele	92
3.2 Untersuchungsmethode	94
Kapitel 4 Empirische Untersuchung: Aktuelle Nutzerbeteiligung an Planung und Bau sozialer Bauten auf Quartiersebene in Deutschland anhand konkreter Beispiele	97
4.1 Einfluss von Baugemeinschaften auf die städtebauliche Entwicklung in der Tübinger Südstadt 98	
4.1.1 Stadtteilentwicklung in der Tübinger Südstadt	98
4.1.2 Befragung zu Nutzerbeteiligung an Planung, Bau und Betrieb von sozialen Einrichtungen in der Tübinger Südstadt	101
4.1.3 Französische Schule	102
4.1.4 Kinderhaus Loretto	108
4.1.5 Tanz- und Sportzentrum	113
4.2 Nutzerbeteiligung als Teil des Entwurfsprozesses: plus+ bauplanung GmbH	118
4.2.1 Evangelische Gesamtschule in Gelsenkirchen-Bismarck	118
4.2.2 Exkurs: Stadtteilzentrum in Enschede, Niederlande	130
Kapitel 5 Empirische Untersuchung: Aktuelle Nutzerbeteiligung an Planung und Bau sozialer Bauten auf Quartiersebene in Japan anhand konkreter Beispiele	143
5.1 Entwicklung eines Stadtteilzentrums mit Bürgerinitiativen	144
5.1.1 Matsukawa Multi Cultural Center	144
5.1.2 Chino Cultural Complex	158
Kapitel 6 Analyse	173
6.1 Formulierung der Fragen	174
6.2 Art der Nutzerbeteiligung	176
Fragestellungen, die Art der Nutzerbeteiligung in beiden Ländern betreffend	176
Fragestellungen, die Art der Nutzerbeteiligung in Deutschland betreffend	179
Fragestellungen, die Art der Nutzerbeteiligung in Japan betreffend	180
6.3 Art der Zusammenarbeit von Nutzern und Architekten	182
Fragestellungen, die Gestaltung individueller Orte betreffend	182
Fragestellungen, die Anordnung der Zonen betreffend	185
Fazit	189
Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse	190
Empfehlungen	193
Austausch von Erfahrungen in beiden Ländern	199
Ausblick	202

Anhang	204
<i>Anhang 1: Beispielfragebogen zur schriftlicher Befragung in der Tübinger Südstadt</i>	204
<i>Anhang 2: Ergebnis der schriftlichen Befragung in der Tübinger Südstadt</i>	206
<i>Anhang 3: Fragenkataloge und Notizen bei der mündlichen Befragungen</i>	208
Literaturverzeichnis	243
<i>Literaturverzeichnis der Titel in deutscher, holländischer und englischer Sprache</i>	243
<i>Literaturverzeichnis der Titel in japanischer Sprache</i>	246
Abbildungsverzeichnis	250
Tabellenverzeichnis	255

Kurzfassung

Der Wunsch nach der Teilhabe an Entscheidungsprozessen aller Art hat in der politischen Diskussion der letzten Jahre immer mehr Raum erhalten. Gerade bei großen Bauprojekten zeigt sich nach den Erfahrungen mit großen Bauprojekten wie z.B. am Beispiel des Bahnprojekts Stuttgart 21, dass übergeordnete infrastrukturelle Projekte ohne Bürgerbeteiligung am Entstehungsprozess kaum mehr durchzuführen sind. Tatsächlich organisieren sich immer mehr Menschen in Initiativen, die sich in unterschiedlicher Form mit der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensraums beschäftigen. In diesem Kontext gewinnen Bürgerbeteiligungsverfahren am Bauprozess immer mehr an Bedeutung.

Die bisherigen Erfahrungen mit partizipativ geplanten Projekten zeigen aber auch Problemfelder auf. Einerseits wurden Verfahren zur Beteiligung der Nutzer nur formalisiert angewendet. Bei anderen Projekten ist zu befürchten, dass trotz großem Engagement der Bewohner der vorhandene Umgebungskontext aufgrund fehlender fachlicher Unterstützung nur unvollständig in den Planungen beachtet wurde.

Ausgangspunkt dieser Arbeit ist die kritische Auseinandersetzung mit der Durchführung von Beteiligungsverfahren bei Bauprojekten. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf der Fragestellung, wie eine sinnvolle Zusammenarbeit von Nutzern und den Verantwortlichen für Planung und Konstruktion gestaltet werden kann, um ein optimales räumliches Ergebnis zu erreichen und daraus bei den Nutzern ein Gefühl von Verbundenheit und Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Gebäude entstehen zu lassen.

Zu Beginn wurde im theoretischen Teil die Entwicklung und Problematik der Nutzerbeteiligung an Planung und Bau öffentlicher Einrichtungen anhand verschiedener Arbeiten und Texte analysiert, die sich mit der direkten Teilnahme der Nutzer an Bauvorhaben befassen.

Zum Thema "Zusammenarbeit von Nutzer und Architekt in Planung und Bau" werden durch die Analyse verschiedener Projekte, die einen partizipatorischen Ansatz verfolgen, die wesentlichen planerischen Elemente eines in Zusammenarbeit mit dem Nutzer entstehenden architektonischen Entwurfs herausgearbeitet.

Bei der Integration der nach Nutzern und Nutzergruppe individualisierten Räume zu einem Gebäude wird allgemein ein Ansatz des graduellen Übergangs von privaten zu öffentlich zugänglichen Bereichen verfolgt. Hierdurch entsteht eine Raumstrukturierung, deren Hauptmerkmal die Differenzierung zwischen individuellen und kollektiven Zonen ist. Dementsprechend ist die Gestaltung der "Individualräume" einerseits und die "Anordnung von Zonen" andererseits ein wesentlicher Aspekt der partizipatorischen Architektur. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, wie die Nutzer bei der Planung der Gesamtstruktur des Raums beteiligt und in die Gestaltung individueller Orte einbezogen werden können.

Unter dem Gesichtspunkt "Beteiligungsart der Nutzer" wird die bisherige Entwicklung von Bürgerbeteiligung an stadtplanerischen Prozessen und der Errichtung von öffentlichen Bauten in Deutschland und Japan vergleichend betrachtet.

Neben einigen länderspezifischen Besonderheiten lässt sich eine klare Tendenz in beiden Ländern erkennen, sich bei der Quartiersentwicklung auf die Förderung kleiner, nachbarschaftlich organisierter Einheiten zu konzentrieren. Treibende Kraft sind dabei Bürgerinitiativen. Die Verwaltungen unterstützen deren Aktivitäten institutionell. Diese Entwicklung beeinflusst direkt und indirekt die Art der Nutzerbeteiligung an Planung und beim Bau sozialer Bauten auf Quartiersebene in den beiden Ländern. Dadurch, dass Bürgerbeteiligung an Bauprozessen an Bedeutung gewinnt, verändert sich auch die Art der Durchführungsverfahren. Beteiligungsprozesse werden immer stärker formalisiert. Dabei wird Kritik laut, dass Prozesse, die sich mit der Planung von öffentlichen Einrichtungen beschäftigen, die wesentlich den Alltag der Bürger mitbestimmen, oft ohne Beteiligung der Hauptbetroffenen selbst stattfinden. Dies hat Auswirkungen auf verschiedenste Aspekte der Planung und des Betriebs.

Bei vielen derartigen Projekten ist für eine angemessene Durchführung von Bürgerbeteiligungsverfahren keine Zeit vorhanden. Hierbei gibt es wenig Möglichkeiten einer kontinuierlichen Beteiligung der Nutzer beginnend bei der Vorplanung bis zu endgültigen Realisierung.

Ein anderes Problem ist die Anhörung der Meinung der Bürger ohne Beschränkungen. Da viele Bedingungen für die Planung schon vorher festgelegt wurden, finden hier praktisch Phantom-diskussionen statt. Der Bürger wird zwar gehört. Er ist aber hinterher um so mehr enttäuscht, wenn er feststellt, dass seine Einlassungen keinen Einfluss auf das Endergebnis hatten.

Zudem stellt sich die Frage, ob individuelle Räume, die nach den Wünschen der involvierten Nutzer gestaltet wurden, auch den Wünschen der nächsten Nutzergeneration entsprechen/ entsprechen können.

Basierend auf den oben erwähnten Diskussionen werden im folgenden empirischen Teil aktuelle Beispiele in Deutschland und Japan behandelt und analysiert, um Vorschläge für die Lösung aktueller Probleme zu entwickeln.

Unter zwei Betrachtungspunkten lassen sich die Ergebnisse der Analyse wie folgt zusammenfassen:

Ausgestaltung der Nutzerbeteiligung:

- "Die tatsächlich am späteren Betrieb beteiligten Nutzer" wurden bei allen Beispielen strategisch vorrangig von Anfang an in den Planungsprozess mit einbezogen. ("Betroffenenpartizipation") und die Rahmenbedingungen für die Projekte wurden mit ihnen erarbeitet.
- Bei den Beispielen in Deutschland ermöglichten die übergeordnete, städtebauliche Rahmenplanung, dass sich die zukünftigen Nutzer als Bauherr oder Betreiber der gebauten Einrichtung von Anfang an am Projekt beteiligen konnten.
- Bei den Beispielen in Japan wurden aber nicht nur die potenzielle Nutzergruppen angesprochen, sondern auch die breite Öffentlichkeit in verschiedener Form in den Planungsprozess mit einbezogen. („Mehrstufige Beteiligung“)
- Allen Beispielen gemein sind Maßnahmen, um die Nutzer weiter an der Entwicklung der Einrichtungen zu beteiligen. Tatsächlich haben sich die Nutzer auch nach der Fertigstellung an der Verbesserung der Räumlichkeiten und Betriebsart beteiligt. Diese Maßnahmen bieten auch die Möglichkeit, neue Nutzergruppen zu integrieren.

- Es lässt sich zudem beobachten, dass die Zusammenarbeit aller Nutzergruppen in der Planungsphase ausschlaggebend für die Bildung einer Kerngruppe sein kann, die in einer späteren Phase eine entscheidende Rolle für das aktive Engagement der Nutzer übernimmt.

Zusammenarbeit zwischen Nutzern und Architekten:

Die Entstehung eines kreativen Meinungsaustauschs zwischen Nutzer und Architekt hängt viel von der Gestaltung der räumlichen Gesamtstruktur ab, die eine ausgewogene Koexistenz der Individualräume garantiert ("Anordnung der Zonen"). Wenn die Gesamtstruktur alle Funktionsbedürfnisse der Nutzer berücksichtigt und ein klares und für alle leicht verständliches Konzept besitzt, fungiert sie in der weiteren Diskussion über einzelne Details als gemeinsamer Orientierungspunkt.

Somit sollte das Konzept der räumlichen Gesamtstruktur in Frühphase des Projektes gefunden werden. Wie bei allen untersuchten Beispielen verlangt aber die Planung der Gesamtstruktur das Fachwissen der Spezialisten. Der Nutzer ist hier überfordert. Bei allen Beispielen wurden die Konzepte ausgehend von Vorschlägen der Architekten weiterentwickelt.

Hingegen muss der Planer akzeptieren, dass Konzeption und Gestaltung der Individualräume den Nutzern vertraut sind. Die Erfahrungen bei der Gestaltung "individueller Räume" zeigen, dass Nutzer (Laien) mit Architekten über ihnen vertraute Räumlichkeiten ohne weiteres diskutieren und sie mitgestalten können.

Aufgrund der oben dargestellten Ergebnisse wurde ein Verfahrensmodell für die Nutzerbeteiligung an Planung und Bau entwickelt, das diese unter den zwei großen Gesichtspunkten Zeit (Form und Phase der Beteiligung) und Raum (Umsetzung des Ergebnisses der Beteiligung in die Raumgestaltung) betrachtet. Das Arbeitsergebnis weist insgesamt darauf hin, dass sich sowohl in Deutschland als auch in Japan die die mögliche Beteiligung von Nutzer am Bestimmungsverfahren von der Planungs- bis zur Betriebsphase und die Realisierung eines den Nutzerbedürfnissen entsprechenden Raums nicht widersprechen. Um dies beiden Aspekten gerecht zu werden, ist nicht nur die Gelegenheit zum Meinungsaustausch zwischen Nutzer und Architekten entscheidend, sondern es spielt auch die Entwurfsfähigkeit des Architekten eine große Rolle. Dass der Architekt die Wünsche der Nutzer schon während des Diskussionsprozess in räumliche Vorschläge umsetzt, anhand derer zusammen mit den Nutzern kritische Punkte festgestellt werden, um dann noch bessere Lösungsansätze zu finden, fördert einen interaktiven Entwurfsprozess.

Abstract

User participation in the planning and building process of social facilities in neighbourhoods - Analyse of current development in Germany and Japan by comparative case studies -

Today, more and more people organize themselves in initiatives that deal in different ways with the creation their immediate living space. In this context, public participation processes are becoming increasingly important for building projects. However, previous experiences with participatory planned projects also reveal problem areas. On the one hand, procedures to ensure user participation have been applied just in a formalized manner. For other projects it is to be feared that the existing environmental context was considered incompletely in planning due to lack of technical support despite great commitment of the residents.

This paper regards methods that try to involve users in the process of planning and design focusing on the construction of social facilities in neighbourhoods in Germany and Japan. A special attention is paid to the question how to evolve a worthwhile collaboration between users and those who are responsible for planning and design to achieve optimal spatial results and, hence, to create among users a sense of attachment and responsibility for their building.

First, this work analysed the difficulty and development of user participation in the planning and building of community facilities through the reference of various works and texts which deal with the direct participation of users in building projects. Then, based on the results of these discussions the recent projects in Germany and Japan were analysed and presented to propose recommendations for the design of user participation in building process and cooperation between users and architects.

Under two viewpoints, the results of this work were summarized as follows:

Form of user participation:

- The users who are actually involved in the later management of the facility should be involved from the beginning in the planning process ("Participation of directly concerned"), so that the conditions for the projects are developed and set together with them.
- The new user should be involved in the operation and management of the facility as well as the improvement of the spatial condition even after the completion of the building.

Cooperation between users and architects:

- The development of a creative exchange between users and the architect is strongly dependent on the design of the spatial overall structure that realizes a balanced coexistence of individual spaces ("Arrangement of zones").

- If the spatial overall structure is clear and easy to understand all participants and meets all functional needs of the users, then it becomes a common reference point among all the participants in the further discussion on individual details.
- For this reason, the concept of a spatial overall structure should be found in the early stages of planning.
- The planning of a spatial overall structure but requires the expertise of specialists. The user is over-trained.
- In contrast, conception and design of individual space is familiar to the users. The users can discuss and take part in their creation with the architect without further ado to help to understand spatial matters.

The result of this work suggests that, both in Germany and in Japan the wide involvement of users in the determination process from planning to the facility operating stage and the implementation of corresponding spaces to user needs don't contradict each other. To meet these two aspects, not only the opportunity to exchange views between users and architects is crucial, but the design capability of the architect plays also an important role. If the architect finds with future users in early stage of the project the concept for spatial overall structure of the building that integrate the individual needs of each user, it works a common purpose of the all members and promotes an interactive designing process.

Einleitung

Fragestellung

Ziele

Aufbau der Arbeit

Forschungsstand

Fragestellung

Der Wunsch nach der Teilhabe an Entscheidungsprozessen aller Art hat in der politischen Diskussion der letzten Jahre immer mehr Raum erhalten. Er ist der rote Faden der politischen Gegenwart in Deutschland. (MIESSEN, GRASSEGER 2012, 7) Gerade bei großen Bauprojekten zeigt sich nach den Erfahrungen, z.B. exemplarisch am Bahnprojekt Stuttgart 21, dass übergeordnete infrastrukturelle Projekte ohne Bürgerbeteiligung am Entstehungsprozess kaum mehr durchzuführen sind.

In diesem Kontext gewinnen Bürgerbeteiligungsverfahren am Bauprozess immer mehr an Bedeutung. Wer selbst seine Umgebung planen und mitgestalten kann, erhofft sich einen dem individuellen Bedarf angepassten Lebensraum und im Fall eines kollektiven Bauprozesses auch die Entstehung eines Gemeinschaftsgefühls unter den Teilnehmern. (FUKUDA 2009, 1)

Der Einzelne mit seinen stark divergierenden Wohnbedürfnissen interessiert sich heute nicht nur für seine Wohnung als privater Rückzugsort, sondern er betrachtet auch sein Wohnumfeld als öffentlichen Raum der Begegnung sehr bewusst und möchte darauf Einfluss nehmen. (Vgl. KUHN 2012, 9)

Tatsächlich organisieren sich immer mehr Menschen in Initiativen, die sich in unterschiedlicher Form mit der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensraums beschäftigen. Dabei entwickelten sich globale Trends wie z.B. Urban Gardening als eine Möglichkeit, mit wenig Aufwand Grünflächen in seiner direkten Umgebung mit Gleichgesinnten aufzubereiten und zu nutzen. (Vgl. BAIER et al. 2013)

Andere nutzen die Möglichkeiten des Crowdfunding zur Realisierung von Projekten, die von der öffentlichen Hand nur teilweise oder gar nicht gefördert wurden. Dabei reicht die Bandbreite "von kommerziellen Start-Ups über kulturelle Projekte, Nachbarschaftsgärten oder Spielplätze bis hin zu repräsentativen Bauten wie dem geplanten Lehr- und Bethaus am Berliner Petriplatz." (HABEL 2013, 40-41)

Inzwischen existieren auch verschiedene Vorhaben, bei der Bürger an städtebaulichen Entwicklungen beteiligt wurden. Die Erfahrungen sind weitgehend positiv.

So lud die Stadt Mannheim vor der Realisierung der neuen Stadtbahnstrecke Mannheim Nord alle interessierten Bürger zum Dialog und beteiligte ausgewählte Vertreter an der Planung. (taz.de 11. 9. 2011)

In Freiburg und Tübingen entstanden in den letzten 20 Jahren die ökologische Siedlung Rieselfeld und Tübinger Südstadt unter erfolgreicher Beteiligung von Bürgerinitiativen.

Allgemein scheint der Trend zur Beteiligung von Bürgern an Planungs- und Bauprozessen unumkehrbar. Eine Umfrage des TNS-Emnid-Instituts erfasste, dass sich neun von zehn Bürgern mehr Informationen und acht von zehn Bürgern mehr Mitsprachemöglichkeiten bei geplanten Infrastrukturprojekten wünschen. (TNS-Emnid 2012)

Trotz der zunehmenden Bedeutung von Bürgerbeteiligung an Stadtentwicklungsprozessen gibt es bisher kaum Verfahren, die eine direkte Nutzerbeteiligung bei der Konzeption und Planung von öffentlichen Bauprojekten vorsehen.

Der Architekt Peter Hübner, der mit seinem Büro plus+ Bauplanung zahlreiche Kultur- und Bildungsbauten unter der Beteiligung der späteren Nutzer realisiert hat, kritisiert, dass die "veraltete Schulbauordnung" einfach als Grundlage für den Entwurf übernommen wird, ohne nach den konkreten Bedürf-

nissen der zukünftigen Nutzer zu fragen. Dabei ist das Bauprogramm oft nicht aktuell und nicht auf die spezifischen Anforderungen des Projekts angepasst. Er fordert die gezielte Beteiligung der Betroffenen. (Vgl. News4teachers, 7.2.2014)

Dagegen steht aber auch die Warnung vor dem allzu sorglosen Umgang mit der Beteiligungsidee, die zu einer "pseudopartizipativen Scheindemokratie" hinführt, hinter deren "Mitmach-Fassade" Partizipation zu einer nützlichen Methode der Beschwichtigung verkomme. (MIESEN, GRASSEGER 2012, 10)

So kritisiert der englische Architekt Jeremy Till das heute häufig angewendete Nutzerbeteiligungsverfahren, bei dem der Nutzer vom Experten nur um Zustimmung oder Ablehnung der vorliegenden Planung befragt wird. Er plädiert für die Anwendung von "transformative participation", bei dem der Wissensaustausch zwischen Nutzer und Experte im Vordergrund steht statt der allgemein üblichen "placatory participation", die allein eine beschwichtigende Funktion einnimmt. (Vgl. TILL 2005, 23-41)

In dieser Arbeit sollen die aktuellen Entwicklungen von Nutzerbeteiligungsverfahren an Planung und Bau betrachtet und ausgewertet werden, um aus den gewonnenen Erkenntnissen Empfehlungen für effektive architektonische Strategien bei der Gestaltung öffentlicher Bauten für den Gemeinbedarf zu entwickeln, welche den komplizierten strukturellen Anforderungen an Quartiersentwicklung und dem individuellen Nutzungsbedarf gerecht werden können.

Diese Arbeit stellt daher die zwei folgenden übergeordneten Fragen:

- 1) Wie und in welcher Art werden Nutzer an Planung und Bau öffentlicher Bauten beteiligt?
- 2) Wie können Experten und hier besonders Architekten ihre fachlichen Kenntnisse in den Planungsprozess mit Nutzerbeteiligung einbringen?

Hierfür werden in dieser Arbeit insbesondere soziale Bauten auf Quartiersebene betrachtet, deren Funktionen sich auf den Alltag der Nutzer beziehen und oft eine entscheidende Rolle als Mittelpunkt der Nachbarschaft einnehmen.

Konkret werden Beispiele aus Deutschland und Japan untersucht und verglichen. Beide Nationen sind demokratisch geprägt und große Volkswirtschaften. Die Individualisierung der Bürger ist trotz der großen kulturellen Unterschiede in beiden Staaten ähnlich stark ausgeprägt.

So hat sich auch in Japan nach den 60er Jahren das Interesse der Bürger an der Verbesserung ihres Lebensraums als Reaktion auf Umweltschäden und Bausünden verstärkt. Dabei hat man sich in Japan die Erfahrungen bei Bürgerbeteiligung an stadtplanerischen Prozessen in Europa, besonders in Deutschland orientiert, Systeme und Methoden übernommen und weiter entwickelt. So orientiert sich die Bürgerbeteiligung beim Verfahren des japanischen District-planning am Aufstellungsverfahren für Bebauungspläne in Deutschland.

Mittlerweile ist *Machizukuri*, eine Art der Stadtteilgestaltung mit Beteiligung von engagierten Anwohnern auf Mikroebene, aufbauend auf der Tradition von lokalen Nachbarschaftsvereinigungen, in mehreren

Städten etabliert und wird als eine neue Methode der Stadtplanung in Japan betrachtet. (Vgl. VOGT 2001)

Seit den späten 1990er Jahren wurden in Japan immer mehr Projekte mit Bürgerbeteiligungsverfahren nicht nur bei städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen, sondern auch bei Planung oder Verwaltung von Bauten für den Gemeinbedarf realisiert. Der Hintergrund ist genau wie in Deutschland die zunehmende Forderung der Bürger nach aktiver Beteiligung an verschiedenen infrastrukturellen Planungen, von denen sie unmittelbar betroffen sind. (Stadtteilentwicklung, Umweltschutz u.s.w.) (Vgl. SHIMURA 2004, 76) Die bisherigen Erfahrungen bei partizipativen Projekten weisen auch in Japan ähnliche Probleme wie in Deutschland auf, da einerseits Verfahren zur Beteiligung der Nutzer nur formalisiert angewendet wurden, um den bei einer tatsächlichen Beteiligung entstehenden mühevollen Prozess zu vermeiden oder auch nur um ein demokratisches "fait accompli" zu erreichen (Vgl. KINOSHITA 2007, 50-51). Andererseits ist zu befürchten, dass trotz starker Initiative von Bewohnern der vorhandene Umgebungskontext aufgrund von fehlender fachlicher Unterstützung nur unvollständig in den Planungen beachtet wurde, wie z.B. beim schnellen Wiederaufbau von Fischerdörfern kurz nach einem Tsunami auf der Insel Kyushu im Jahr 2005. (Vgl. SHIGEMURA 2010, 141-144)

Ziele

Diese Arbeit vergleicht und analysiert die Nutzerbeteiligung an Planung und Bau sozialer Bauten auf Quartiersebene in Deutschland und Japan. Konkret wird untersucht wie Nutzerbeteiligung und die Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen für Planung und Konstruktion verlaufen muss, damit die Einbeziehung der Nutzer zu einem für sie optimalen räumlichen Ergebnis führt und daraus resultierend ein Gefühl von Verbundenheit und Verantwortungsbewusstsein gegenüber diesem Gebäude entsteht. Ziele sind:

1. Problemanalyse der Nutzerbeteiligung an Planung und Bau aus bisherigen Erfahrungen
2. Analyse der aktuellen Nutzerbeteiligung sozialer Bauten auf Quartiersebene in Deutschland und Japan
3. Entwicklung der Vorschläge zur Ausgestaltung der Nutzerbeteiligung beim Gemeinbedarfsbauprojekt und der Zusammenarbeit mit Architekten

Aufbau der Arbeit

Im ersten Kapitel wird das Thema "Zusammenarbeit von Nutzer und Architekt in Planung und Bau" diskutiert und vertieft.

Zunächst werden verschiedene Arbeiten und Texte analysiert, die sich mit der direkten Teilnahme der Nutzer an Bauvorhaben auseinandersetzen, um Aussagen zur Notwendigkeit von Nutzerbeteiligung zu treffen.

Darüber hinaus werden durch die Analyse verschiedener Projekte, die einen partizipatorischen Ansatz verfolgen, die wesentlichen planerischen Elemente eines in Zusammenarbeit mit dem Nutzer entstehenden architektonischen Entwurfs herausgearbeitet.

Im zweiten Kapitel wird das Thema "Beteiligungsart der Nutzer" diskutiert und vertieft.

Vergleichend wird die bisherige Entwicklung von Bürgerbeteiligung an stadtplanerischen Prozessen und der Errichtung von öffentlichen Bauten in Deutschland und Japan betrachtet. Dabei werden die jeweiligen kulturellen und politischen Eigenheiten (Gemeinsamkeiten und Unterschiede) erklärt und jeweils aktuelle Tendenzen und Probleme aufgezeigt.

Basierend auf den oben erwähnten Diskussionen werden in folgenden Kapiteln aktuelle Beispiele in Deutschland und Japan behandelt und analysiert sowie welche Möglichkeiten zur Lösung der Fragestellungen, die in ersten zwei Kapiteln herausgearbeitet wurden, sich ergeben.

Im dritten Kapitel werden die Bedingungen der Auswahl von Beispielen, die Betrachtungspunkte und die Untersuchungsmethode gezeigt.

Im vierten und fünften Kapitel werden aktuelle Beispiele sozialer Bauten aus beiden Ländern vorgestellt, die unter Nutzerbeteiligung entstanden sind. Dabei richtet sich der Fokus auf die Frage, welchen Einfluss die Nutzer auf die Gestaltung der Bauten und auf den laufenden Betrieb hatten (Aktivität der Nutzer).

Im sechsten Kapitel werden anhand der Beispiele aus den Kapiteln 4 und 5 Lösungsansätze für die Probleme, die sich in den ersten zwei Kapiteln gestellt haben, aufgezeigt.

Im letzten Kapitel werden die in den vorigen Kapiteln gewonnenen Erkenntnisse zusammengefasst und Vorschläge zur Ausgestaltung der Nutzerbeteiligung bei Planung und Bau sozialer Bauten und der Zusammenarbeit mit Experten formuliert.

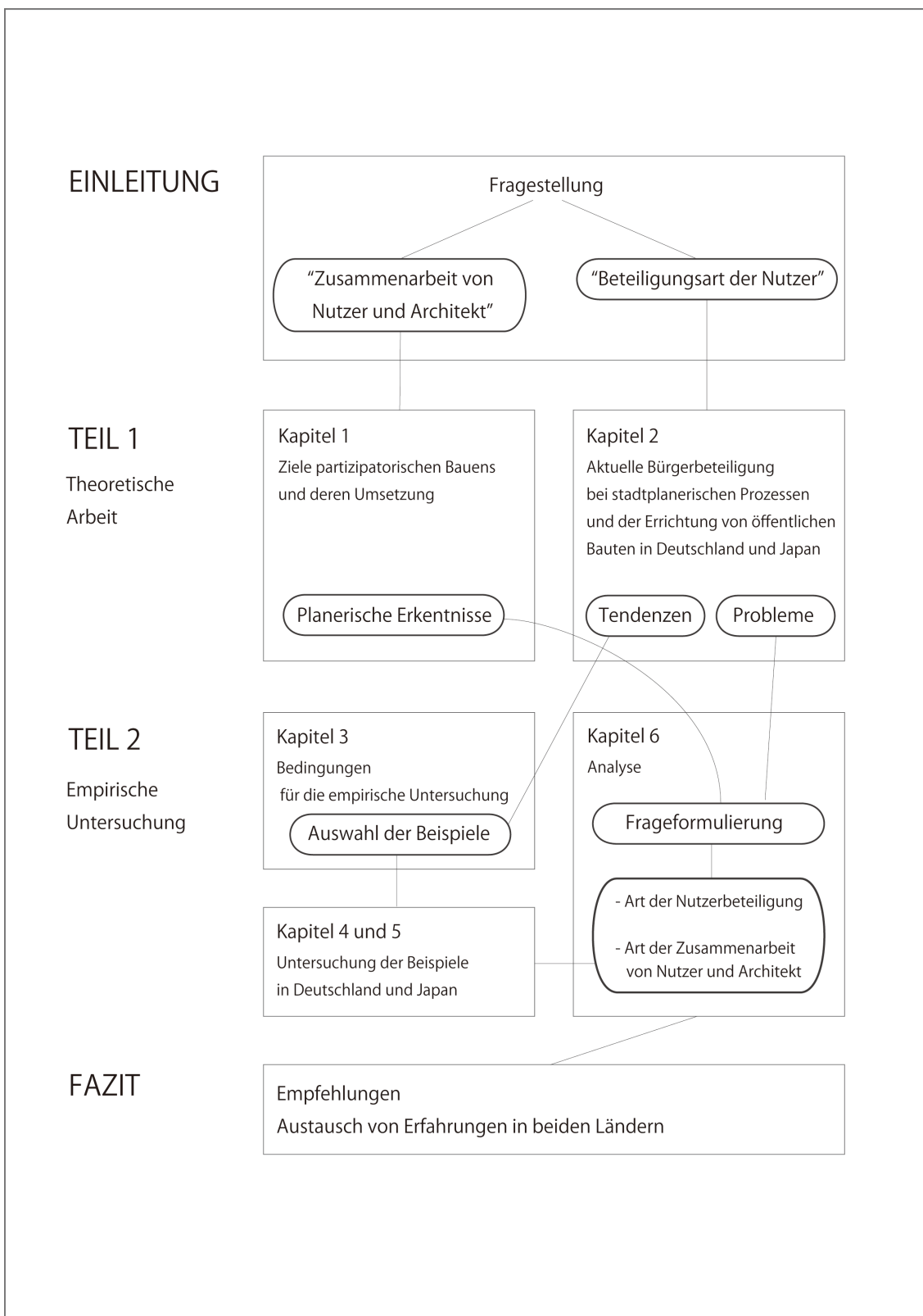


Abb. 0-1 Struktur der Arbeit

Forschungsstand

Sowohl in Deutschland als auch in Japan existieren zahlreiche Studien zum Thema Bürgerbeteiligung an städtebaulichen Verfahren. Bei einigen handelt es sich sogar um Vergleichsstudien zwischen Deutschland und Japan.

Uduki hat das System der Bürgerbeteiligung an städtebaulichen Prozessen und der Planung öffentlicher Bauten in beiden Ländern verglichen und daraus neue Ansätze entwickelt. (Vgl. UDUKI 1998)

Die deutsche Soziologin Vogt hat das *machizukuri*, eine von den Bewohnern initiierte lokale Wohnortgestaltung auf nachbarschaftlicher Mikroebene in Japan, ausführlich untersucht, mit Bürgerbeteiligungsverfahren in Deutschland verglichen und die Stärken und Schwächen der Verfahren dargestellt. (Vgl. VOGT 2001)

Der Architekt und Stadtplaner Mizushima, der in Deutschland und Japan arbeitet, berichtet in seiner Vergleichsstudie über städtebauliche Prozesse von der Planung bis zur Ausführung in beiden Ländern zusammenfassend über die Unterschiede bei Bürgerbeteiligungen im jeweiligen Land. (Vgl. MIZUSHIMA 2011, 53-56)

Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten sind hilfreich für den Vergleich von aktuellen Beispielen aus beiden Ländern hinsichtlich der Betrachtung sowohl allgemeiner kultureller Unterschiede als auch spezifischer Abweichungen in den städtebaulichen Planungsprozessen. Allerdings betrachtet keine der Arbeiten den Zeitraum der letzten 10 Jahre.

Im Vergleich zu den zahlreichen Studien über Bürgerbeteiligung an städtebaulichen Prozessen gibt es nur wenige Studien, die sich mit Bürgerbeteiligungsverfahren bei der Planung öffentlicher Bauten in beiden Ländern beschäftigen.

Seit Mitte der 1990er Jahre in Japan zunehmend städtische Bauten mit Hilfe von Bürgerbeteiligungsverfahren an Planung oder Verwaltung realisiert werden, steigt auch die Zahl von Forschungsprojekten, die sich mit der Nutzerbeteiligung bei der Errichtung öffentlicher Bauten beschäftigen.

Dabei zeigen mehrere dieser Arbeiten wie z.B. FUKUDA et al (1999) oder ENDO et al (2004), wie durch die Beteiligung der Nutzer die Akzeptanz für die Planung steigt und gleichzeitig auch ein Gefühl der Verantwortung für das Gebäude entsteht.

Diese Arbeiten analysieren aber nur einzelne Beispiele und treffen deshalb keine allgemeingültigen Aussagen über die Nutzerbeteiligung bei Bauprojekten. Andere Vergleichsstudien betrachten nur die Organisation der Mitbestimmungsverfahren bei der Errichtung öffentlicher Bauten (z.B. durch Bürgervertreter) (Vgl. SHIMIZU 2002) oder beschäftigen sich mit der Methodik von Bürgerbeteiligungsverfahren (Vgl. SHIMURA 2004). Welchen Einfluss die Bürgerbeteiligungsverfahren auf die spätere Aktivität der Nutzer und die Einrichtung selbst haben, wird hier nicht behandelt.

In Deutschland sind bisher keine Studien zur Nutzerbeteiligung an Planung oder beim Bau öffentlicher Einrichtungen bekannt. Es existieren lediglich einige Beiträge in Fachpublikationen, die anhand eines Projekts die Vorgehensweise und Methodik beschreiben wie z.B. HOFMANN (2012), HÜBNER (2006)

oder KEISER (2011) oder stadtplanerische Fachliteratur, die sich der Gestaltung und Durchführung partizipatorischer Verfahren widmet.

Der Stadtplaner und Architekt Klaus Selle, Professor für Planungstheorie an der Universität Aachen, der selbst viele Erfahrungen im Bereich von Bürgerbeteiligungsverfahren gesammelt hat, wünscht sich mehr Forschungsarbeiten, die sich mit dem Thema der Nutzerbeteiligung an Planung und Bau bei öffentlichen Bauten in Deutschland befassen. (Interview d. Verf. mit Klaus Selle per E-Mail am 5.5.2014)

Bisher existiert keine Vergleichsstudie, die sich mit der Entwicklung von Bürgerbeteiligungsverfahren sowohl an stadtplanerischen Prozessen als auch der Errichtung von öffentlichen Bauten in den letzten 10 Jahren in Deutschland und Japan auseinandersetzt.

Kapitel 1

Ziele partizipatorischen Bauens und deren Umsetzung

1.1 Ziele partizipatorischen Bauens

1.1.1 Die Entstehung des partizipatorischen Bauens als Wechselbeziehung zwischen Nutzer und Bauwerk

1.1.2 Die Bedeutung des Raums für den Nutzer: Der Raum als individueller Ort

1.1.3 Stufenweise Strukturierung des Lebensraums in Sphären und deren räumliche Zonierung: von privat bis öffentlich

1.2 Beispiele von Nutzerbeteiligung bei partizipativ geplanten Projekten und die Auswirkungen auf den Entwurf

1.4.1 Cristopher Alexander: Eishin Higashino Highschool in Iruma, Japan

1.4.2 Lucien Kroll: Studentendorf der medizinischen Fakultät an der Katholischen Universität in Louvain, Belgien

1.4.3 Herman Hertzberger: Montessori-Schule in Delft, Niederlande

1.4.4 Team Zoo: Nago Rathaus in Okinawa, Japan

1.3 Fazit: Das Zusammenfügen individueller Orte zu einem architektonischen Ganzen

1.1 Ziele partizipatorischen Bauens

1.1.1 Die Entstehung des partizipatorischen Bauens als Wechselbeziehung zwischen Nutzer und Bauwerk

Zu Beginn stellt sich die Frage, was partizipatorisches Bauen ist und wann von einer Beteiligung des Nutzers an Planung und Bau gesprochen wird.

In den Anfängen wurden Häuser und deren Umgebung von deren Bewohnern noch weitgehend selbst entwickelt und umgesetzt. Architekten befassten sich ausschließlich mit dem Bau von Kirchen, Adelssitzen und Schlössern und vergleichbaren öffentlichen Bauten. Erst vor rund 150 Jahren begannen Architekten auch Wohnhäuser für die breite Bevölkerung zu konstruieren. Davor war es üblich, dass die Bewohner der unteren Schichten ihre Häuser selbst entwarfen und bauten.

Laut dem deutschen Architekten Ingo Bohning entsteht der moderne partizipative Architekturgedanke aus der Kritik am Funktionalismus der 50er-Jahre, nachdem sich die Architektur ökonomischen und funktionalen Aspekten unterwerfe.

Die in den 1920er-Jahren aufgekommene Architekturbewegung des Funktionalismus versucht, das Leben der Menschen als Gesamtes in das Blickfeld zu rücken und den ästhetischen Aspekt und die objektive Zweckmäßigkeit nicht unabhängig voneinander zu betrachten. Die Phase des massenhaften Wiederaufbaus in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg folgte den Prinzipien des Marktes und hatte dementsprechend Einfluss auf den Wohnungs- und Städtebau. Dabei wurden die Lebensweisen der Haus- und Stadtbewohner nicht aufmerksam analysiert, sondern man folgte der Methode der monofunktionalen Planung. Von der Idee des Funktionalismus der zwanziger Jahre wurde einzig die Formensprache übernommen. Die schmucklose, schlichte, auf das Wesentliche reduzierte Form der Architektur verbreitete sich in vielen Ländern als sogenannter *international style*. Die Kritik an der ökonomischen Orientierung des neuen untergeordneten Funktionalismus äußerte sich wie folgt:

"In diesem Funktionalismus hatte man, so lautet der Vorwurf, die Planer mit Allmacht ausgestattet. Sie legten mit minimierten und uniformierten Wohnungsgrundrissen fest, wie eine Normalfamilie auszusehen und sich in Zukunft zu verhalten habe. Sie legten mit betonierten Großtafelbauten eine gleichförmige, unveränderliche Baustruktur fest, die in riesigen Ausmaßen und in ständiger Wiederholung jene vielbeklagte Monotonie verursachte, und sie legten schließlich die Komposition der Großformen fest, die sich mit großartiger Geste und wie aus einem Guss über Flächen ausbreiteten, auf denen ehemals ganze Stadtviertel sich im Laufe der Zeit kleinteilig entwickelt hätten." (BOHNING 1981, 132)

Die damalige Kritik am Funktionalismus in den 1950er Jahren richtete sich überwiegend gegen die Unangemessenheit der Formensprache (architektonischer Ausdruck ohne Schmuckelemente, Eliminierung des ästhetischen Anspruchs). Die Eindimensionalität des funktionalen Programms und die Profitorientie-

nung wurden dagegen kaum thematisiert. Es bleibt unklar, warum diese Aspekte nicht aufgegriffen wurden.

Die Frage, in welcher Form sich die komplexe Gesamtheit des modernen menschlichen Lebens in funktionalistischer Architektur realisieren lässt, wurde nur von einigen Wenigen gestellt. Bohning verweist auf die Arbeit von Team10, einer internationalen Architektengruppe, die eine Architektursprache entwickelte, die sich den laufend verändernden Anforderungen, sprich dem neuen, schnellen Rhythmus des urbanen Lebens und der gesellschaftlichen Mobilität anpasst. Darüber hinaus gab es noch die Utopischen Raumstadtplaner, die von einer neuartigen Stadt sprachen, in welcher mittels modernster Technologien eine zweigliedrige Stadtstruktur realisiert wird: Einer primären großräumigen Infrastruktur steht eine sekundäre Struktur gegenüber, welche sich flexibel den Bedürfnissen der Menschen anpassen kann. Aus den Gedankenwelten dieser beiden Akteure entwickelte sich die Strömung der partizipativen Architektur, welche sich für den Nutzer interessiert, der die Gestaltung seines Lebensumfelds selbst in die Hand nehmen möchte. In den 60er- und 70er-Jahren wurden diverse Ideen und Methoden entwickelt und in der Praxis umgesetzt, die sich alle damit beschäftigten, auf welche Art und Weise die Nutzer am Bauprozess beteiligt werden können. Bei einigen Projekten wurden die Nutzer in den Planungsprozess mit einbezogen und konnten den Entwurf im Detail mitbestimmen, von der Raumaufteilung bis hin zur Farbgebung (G. De Carlo: Siedlung in Terni, R. Erskine: Byker Redevelopment in Newcastle), bei anderen wurde es den Nutzern ermöglicht, das eigene Wohngebilde selbst zu gestalten (Kroll: Studentenhäuser der Universität in Louvain). Ein dritte Art der Partizipation setzte auf den Einsatz von industriellen Fertigungsverfahren. Vorgefertigte Module ermöglichen dem Nutzer die Auswahl nichtstruktureller Bauteile zur individuellen Gestaltung "seines" Gebäudes innerhalb des Systems (Habraken: S.A.R.Modul, Uhl: Wohnungen in Hollabrunn). All diesen Beispielen gemein ist die Zielsetzung, einen Raum zu gestalten, welcher das menschliche Leben in seiner vollen Komplexität aufnehmen kann, ohne dieses abstrakt in funktionale Bereiche zu unterteilen.

Auch der britische Architekturhistoriker und Kritiker Peter Blundell Jones teilt die Ansicht Bohnings, dass die Entstehung des partizipativen Architekturgedankens in die Zeit der massiven Kritik an den Architekturstilen des frühen 20. Jahrhunderts fällt, also in die Zeit, als neue Stilrichtungen wie Historizismus und Postmodernismus als Reaktion zur Überwindung der neuen, modernen Planungsweisen und Designströmungen entstanden. In dieser kritischen Haltung wurde die Art und Weise der direkten Beteiligung des Nutzers am architektonischen Prozess neu formuliert. Blundell Jones verweist weiter auf einen der Wortführer des Team10, den italienischen Architekten Giancarlo De Carlo, der in seiner Abhandlung "Architecture's Public" (DE CARLO 1969) diese Entwicklungen ausführt. Er kritisiert darin, dass Architekten ihren Beitrag zur Lösung realer Problemstellungen an Arbeitsplatz, Wohnort und in der Restrukturierung der Stadt eingestellt hätten, was auf ihre im Laufe der Zeit entstandene Spezialisierung auf das Repräsentieren zurückzuführen sei - das Repräsentieren ihrer Klienten und des Wirtschaftssystems, also von Machtstrukturen, zu denen sie eine individuelle Beziehung pflegen. Dies sei unter dem Begriff der Öffentlichkeit der Architektur zu verstehen, von alters her bis hin zu modernen Architekturbewegungen. Dies führe unweigerlich zu einer Distanzierung der Architektur von der Gesellschaft im Konkreten, um nicht sogar zu sagen, dass auf diese Weise erst die Grundlage für eine Vielzahl der gegenwärtigen Probleme im Wohnungs- und Städtebau geschaffen wurden. Auf die Frage, wie Architektur zu sein hat, also

wie den realen Bedürfnissen in der Architektur entsprochen werden kann, betont er die Notwendigkeit einer direkten Beteiligung des Nutzers am Entwurfsprozess.

"All barriers between builders and users must be abolished, so that building and using become two different parts of the same planning process. Therefore the intrinsic aggressiveness of architecture and the forced passivity of the user must dissolve in a condition of creative and decisional equivalence where each – with a different specific impact – is the architect, and every architectural event – regardless of who conceives it and carries it out – is considered architecture." (DE CARLO 1969, 13)

Bemerkenswert an seinen Ausführungen ist, dass sich der Planungsprozess "für den Nutzer" und derjenige "mit dem Nutzer" grundlegend unterscheiden.

"When we plan 'for' people - even if we overcome the alienation due to deciding and operating externally - we tend, once consensus is reached, to freeze it into permanent fact. [...] But if we plan 'with' people, consensus remains permanently open; it is renewed by confrontation with the planned event along the whole arc of its existence and, reciprocally, it renews the planned event by adapting it to the demands of a supporting apparatus which keeps redefining itself." (DE CARLO 1969, 15)

Dies entspricht nicht nur der Haltung, den Planungsprozess politisch legitimieren zu wollen, sondern darüber hinaus auch die sich verändernde Umgebung und sich daraus ergebende neue Bedürfnisse in die Planung miteinzubeziehen.

"Here it is perhaps necessary to add that by 'participation of the users' we do not mean that the users should work at the drawing board or that they should dictate while the architects transcribe, transforming aspirations into images. [...] This process begins with the discovery of the users' needs, passing through the formulation of formal and organizational hypotheses before entering the phase of use. Here instead of reaching its usual full stop, the process must be reopened in a continuous alternation of controls and reformulations, feeding back into the earlier phases. The three phases - discovery of needs, formulation of hypotheses, and actual use - not only follow sequentially but also have cyclical relationships." (DE CARLO 1969, 16)

"In process planning, by contrast <to authoritarian planning>, the objectives find their definition in the course of the process itself: they are defined through continual interaction between the pressure of real needs and images of spatial configurations. In this process <of the formulation of the hypotheses>, needs are refined and configurations perfected until they reach a condition of equilibrium, even if some instability remains due to the innate mobility of the process. [...] The sequence <of hypotheses> is suspended when a point of equilibrium is reached which permits the putting into effect – the materialization in physical space - of the last hypothesis considered satisfactory. Afterwards it starts up again along a further line of experience, in the phase of use." (DE CARLO 1969, 18-19)

De Carlo spricht hier nicht von einer Demokratisierung des Planungsprozesses, bei der die Nutzer auch in Entscheidungsfindungsprozesse mit einbezogen werden, die bisher von Experten ausgeführt wurden.

Stattdessen verlangt er nach architektonischen Strategien, welche den zukünftigen Nutzer bereits im Planungsprozess beteiligen. Die Bedürfnisse und die Art und Weise eines für ihn idealen Raumes werden während des gesamten Bauprozesses definiert und ausgelotet. Auch nach Bauende, wenn das Gebäude genutzt wird, soll das Umfeld immer wieder den Bedürfnissen des Nutzers (der Realität) angepasst werden können.

Der belgische Architekt Lucien Kroll, bekannt für die Umsetzung von Bauprojekten, die mit den Nutzern gemeinsam erarbeitet wurden, wie z.B. das Studentenwohnheim der Medizinischen Fakultät der Universität Louvain, erklärt die Notwendigkeit, den Nutzer in den Architekturprozess miteinzubeziehen.

"In erster Linie müssen wir uns überlegen, wie wir vor dem Hintergrund der zunehmenden Umweltproblematik - als eine der Fragestellungen unserer Zeit - zu überleben gedenken. Sollte Technologie die Antwort sein, so gibt es zwei Standpunkte: den Rationalismus und den Inkrementalismus. Der Rationalismus lässt den Menschen als Objekt in seine Rechnung mit einfließen und sucht stets den effizientesten Weg zur Erlangung seiner Ziele. Der Mensch ist jedoch ein lebendes Subjekt, das seine Umwelt stets beeinflusst und neu formt. Man kann nicht, wie der Rationalismus, alles auf einmal entscheiden und dann alles Weitere dieser Entscheidung unterordnen. Es ist daher ein Vorgehen notwendig, das sich den Umständen flexibel anpasst: der Inkrementalismus. Denn erst dieser Weg ist wahrlich nachhaltig. Partizipative Architektur und Urban Design schaffen dabei Nachbarschaftssysteme, in denen Spontanes entsteht. Dabei sind alle Anwohner und Nutzer zu beteiligen, alle Meinungen anzuhören - denn erst durch die aufgezeigten Unterschiede in den vorhandenen Meinungen entsteht der Ausdruck von Diversität. Die Nutzer und Anwohner müssen sich erst dieser "Unordnung" bewusst werden. Dann muss hierfür eine Ausdrucksform gefunden werden. Es braucht natürlich seine Zeit, bis die Gräben in der Diskussion überwunden und die unterschiedlichen Standpunkte gegenseitig respektiert werden. Ich helfe dabei nicht den Menschen, sondern dem Dialog." (Auszug aus einem Interview d. Verf. mit Lucien Kroll am 6.6.2010)

Seine Haltung, die Umwelt ständig den Bedürfnissen der Menschen anzupassen, ist identisch mit derjenigen von De Carlo. Für Kroll ist klar, dass die Beteiligung des Nutzers an allen Stufen des Bauprozesses notwendig ist: Von der Implementierung diverser Persönlichkeitsmerkmale verschiedener Benutzer im Entwurf über die fortlaufende Anpassung der Umgebung an die sich im Laufe der Zeit verändernden Anforderungen bis hin zur Lokalisierung und Formgebung der "Unordnung" (d.h. dem Nachbarschaftssystem nach Kroll).

Die oben aufgeführten Ausführungen unterteilen das ursprüngliche Ziel der Miteinbeziehung des Nutzers in den architektonischen Prozess in zwei Segmente:

Als erstes müssen die Bedürfnisse eines Nutzers gegenüber einem Bauwerk definiert und dann zusammen mit ihm die Art und Weise, wie der Raum gestaltet werden soll, ausgelotet werden. Zweitens muss die Umwelt betrachtet werden, die auch nach Fertigstellung des Gebäudes ständig im Fokus der Nutzerbedürfnisse steht und auch von den Nutzern mit angepasst bzw. weiterentwickelt wird, die schon in den Planungsprozess involviert waren.

1.1.2 Die Bedeutung des Raums für den Nutzer: Der Raum als individueller Ort

Im folgenden Abschnitt wird die Frage behandelt, welche Wechselbeziehung zwischen dem Raum und dessen Nutzer besteht (also die Adaptierung bzw. Übereinstimmung des Raumes mit den Lebensbedürfnissen) und wie diese in die Planung und Gestaltung einbezogen wird.

Der Architekt und Raumplaner Tsutomu Shigemura schlägt hierfür ein Ordnungsschema für die drei Phasen des Raumes vor (SHIGEMURA 1992, 8-18). Gemeint ist hierbei der Lebens-Raum, d.h. der Raum, der vom Subjekt im Alltagsleben wahrgenommen wird (Three space phase order of a living space).

Physical Structure of Phase: Die erste Phase bilden Straßen, Wohnhäuser, Industriegebiete, öffentliche Parks und Grünflächen, Kulturland und Bauernhöfe, sprich: materielle, fassbare Dinge innerhalb der Raumstruktur.

Behavioural Structure of Phase: Die zweite Phase betrachtet, was sich aus den repetitiven Routinen des Alltags und dessen wiederkehrenden Handlungen ergibt. Gemeint sind hierbei Handlungen, die sich aus dem Ort ergeben, an denen sie stattfinden, z.B. an Orten des Wohnens, des Arbeitens oder der Freizeitgestaltung.

Psychological Structure of Phase: Die dritte Phase betrachtet den psychischen Raum. Den Boden bildet der physische Raum (erste Phase), worin die Gesellschaft sich ihren Weg bahnt (zweite Phase). Daraus ergeben sich diverse geistige Phänomene, wie etwa die Wahrnehmung eines Einzelnen, oder aber Gefühle wie Zuneigung, Liebe, Hass oder Gleichgültigkeit gegenüber dem Raum.

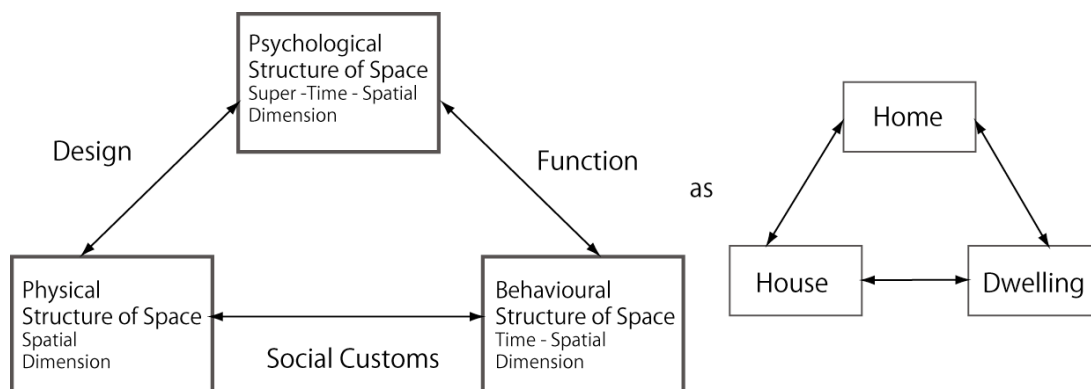


Abb. 1-1 Three space phase order of a living space (SHIGEMURA 1992, 15)

Bezogen auf den Wohnraum ergibt sich Folgendes: Das treffendste Beispiel für die erste Phase ist das Wohnhaus (house) an sich, das den rein materiellen Aspekt abbildet. Auch wenn es unbewohnt ist: ein Wohnhaus bleibt ein Wohnhaus. Der zweiten Phase entspricht der Aspekt des Wohnsitzes (dwelling) als Mittelpunkt des Lebens. Ist das betroffene Subjekt eine Familie, so stellt der Wohnsitz denjenigen Punkt dar, an welchem ihre Handlungen bzw. periodische Routinen wie Das-Haus-Verlassen oder Zurückkehren anknüpfen. Der dritten Phase schließlich entspricht der Aspekt des Heims (home). Dies auch in dem

Sinne, dass repräsentative Zwecke der Familie gegenüber der Gesellschaft erfüllt werden. Über die Beziehung zwischen diesen drei Phasen schreibt Shigemura:

"Die physische, erste Phase liefert die Unterkunft (accomodation) für die zweite Phase, welche einen zeitlich-räumlichen Charakter besitzt. Diese Unterkunft ist im Sinne einer funktionalen Ergänzung zu verstehen. Die zweite Phase wiederum stellt gegenüber der ersten Phase gewisse Bedürfnisse des Wohnens (needs). Zwischen der zweiten Phase, welche sich um das zeitlich und räumlich nicht durchweg stabile Alltagsleben dreht, und der dritten Phase, in welcher dieses Leben akkumuliert, tradiert und Zielvorstellungen unterworfen wird, sind Bräuche (customs) zu vermuten. [...] Die zweite Phase stellt der dritten eine Art und Weise zu wohnen (housing way of life) zur Verfügung - als ein Aspekt der Lebensgestaltung. Umgekehrt tritt die dritte Phase der zweiten mit einer bestimmten Wertvorstellung von Umgangsformen (manner) gegenüber. Zwischen der dritten und der ersten Phase wiederum steht ganz klar die Form (form). Konzepte wie der soziale Habitus oder familiäre Vorstellungen - als Teile des psychischen Raumes - finden Ausdruck (appearance) im Äußeren und Materiellen des Wohngebäudes. Das Wohngebäude wiederum dient darstellerischen Zwecken (representation) einer gewissen Vorstellung von Familie." (SHIGEMURA 1992, 17)

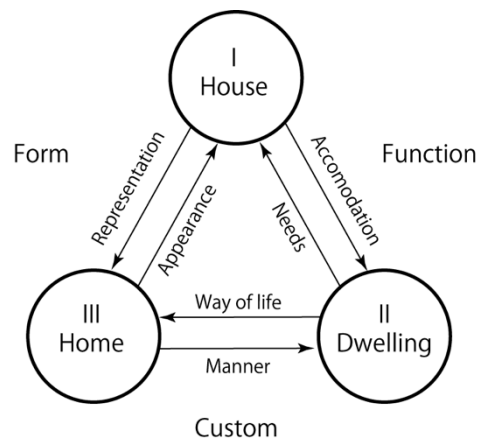


Abb. 1-2 Die Beziehung zwischen drei Phasen von House-Dwelling-Home (SHIGEMURA 1992, 17)

Der Geograph Edward Relph beschreibt die Beziehung von Mensch und Raum in seiner Definition des "Ort"-Begriffs:

"Places are not abstractions or concepts, but are directly experienced phenomena of the lived-world and hence are full with meanings, with real objects, and with ongoing activities. They are important sources of individual and communal identity, and are often profound centres of human existence to which people have deep emotional and psychological ties." (RELPH 1976, 141)

Laut Relph entsteht die Identität eines "Ortes" aus folgenden drei Faktoren:

- (1) Der physische Faktor (*the place's physical setting*);
- (2) Die menschlichen Aktivitäten (*its activities, situations, and events*);
- (3) Die Bedeutung (*the individual and group meaning*).

Diese Auffassung deckt sich beinahe komplett mit den "drei Phasen des Lebens-Raumes" von Shigemura. Diese Übereinstimmung beruht auf der Erkenntnis, dass an einem "physischen Ort" gewisse "Aktivitäten" stattfinden, aus deren wiederholender Aktion eine "Bedeutung" entspringt, entweder für den Ort allein oder für den Ort und die Aktion in Kombination.

Zuvor wurde argumentiert, dass "die Erfahrung aus der Beteiligung des Nutzers an der architektonischen Planung dazu führt, dass der Nutzer das Gebäude nicht einseitig-passiv erfährt, sondern das Gebäude kreativ-aktiv seinen Bedürfnissen anpasst". Basierend auf der oben ausgeführten Diskussion über die Art und Weise der Beziehung zwischen Mensch und Raum lässt sich folgern: Der Prozess der Nutzerbeteiligung fördert die Schaffung einer besonderen "Bedeutung" des Raumes für den Nutzer. Man kann sagen, die Erfahrung der Partizipation ist ein Prozess, bei welchem die Verbindung zwischen den genannten drei Ebenen verstärkt wird.

Die Schaffung einer "Bedeutung" für den Raum ist, um es in den Worten Shigemuras zu sagen, die Schaffung einer Wertvorstellung gegenüber der Umwelt. Über die Funktion (*function*), welche die Phasen Eins und Zwei verbindet, sowie auch über die Form (*form*), welche die Phasen Eins und Drei verbindet, wurden seitens forschender und praktizierender Architekten bereits einige Arbeiten vorgestellt, jeweils unter den Stichworten Planung (*planning*) bzw. Entwurf (*design*). Die zwischen Phasen Zwei und Drei existierenden Bräuche jedoch stehen in einer reziproken Wechselbeziehung zwischen der Lebensweise des Subjekts einerseits und den Wertvorstellungen wie der Umgangsform andererseits. Folglich liegt die Bedeutung der Nutzerbeteiligung am architektonischen Entwurf nach Shigemura genau darin, die Schaffung einer Wertvorstellung gegenüber einer geschaffenen Umwelt gemeinsam mit den Bewohnern und Betroffenen zu vollziehen. Diesen Prozess nennt Shigemura "Program Work".

In der vorliegenden Arbeit wird sich der Autor darauf konzentrieren, wie aus der Beteiligung von Nutzern und Nutzergruppen an der Formung ihrer Umwelt aus einem "gewöhnlichen" Raum ein für den Nutzer besonderer Ort entstehen kann. Darüber hinaus soll auf das Verhältnis zwischen individuellen Nutzern bzw. Gemeinschaften und dem Raum eingegangen werden und eine Definition über die Schaffung "individueller Orte" formuliert werden.

1.1.3 Stufenweise Strukturierung des Lebensraums in Sphären und deren räumliche Zonierung: von privat bis öffentlich

Der niederländische Architekt und Mitglied von Team10, Herman Hertzberger, hat sich ebenfalls die Frage gestellt, wie man einen Raum schafft, der für den Nutzer zu einem besonderen Ort wird. Dabei gibt es einen Aspekt, den er als unerlässlich ansah, damit der Mensch einen Raum als seinen eigenen, persönlichen Ort wahrnimmt:

"Ein "sicheres Nest" - eine vertraute Umgebung, von der man weiß, dass dort die eigenen Sachen sicher aufgehoben sind, und in der man sich konzentrieren kann, ohne durch andere gestört zu werden - ist etwas, was jeder Mensch braucht, sei es der einzelne oder die Gruppe. Ohne dies ist kein Zusammenarbeiten mit den anderen möglich. Wer keinen Platz hat, den er als seinen eigenen betrachten kann, weiß nicht, wo er steht! Ohne ein Heim als Basis, zu dem man zurückkehren kann, gibt es kein echtes Erlebnis: jeder braucht eine Art Nest, in das er zurückkommen kann." (HERTZBERGER 1993, 26)

Bezogen auf das Central Beheer Verwaltungsgebäude, in dem die Nutzer die Anordnung der Tische und die Raumaufteilung frei verändern können, erklärt Hertzberger: *"Man darf nicht vergessen, dass diese außergewöhnliche Bereitschaft, Liebe und Pflege in das Arbeitsumfeld zu investieren, in diesem Fall nur deshalb entstehen konnte, weil den Benutzern bewusst eine solche Entscheidungsfreiheit bei der Ausstattung und Einrichtung der Räume zugebilligt wurde."* (HERTZBERGER 1993, 22)

"Schon bei der Planung der Grundrisse und Schnitte sowie durch das Installationsprinzip können Bedingungen geschaffen werden, die das Verantwortungsgefühl steigern und ein größeres Engagement bei der Anordnung und Möblierung bestimmter Bereiche hervorrufen. Der Benutzer wird zum Bewohner." (HERTZBERGER 1993, 26)

Für Hertzberger unterliegt der Ort der Kontrolle des Menschen, wodurch er die Verantwortung für die Unterhaltung und Einrichtung desselben übernimmt. Auf diese Weise kann er den Ort seinem eigenen Geschmack entsprechend einrichten, bis schließlich eine emotionale Bindung entsteht und der Raum als "Eigentum" betrachtet wird. Hertzberger sieht daher die Notwendigkeit, die Zonen, die sich aus den Unterschieden der Eigentumsrechte, der Verwaltung oder der Zugänglichkeit ergeben, bereits im Entwurfsstadium zu überdenken. Dabei spricht er auch von der Festlegung privater bis öffentlicher Zonen, welche er als ebenso wichtig erachtet wie den individuellen Ort an sich.

"In einem absoluteren Sinne könnte man definieren: öffentlich ist der Raum, der zu jeder Zeit für alle zugänglich ist, seine Pflege ist eine kollektive Angelegenheit; privat ist der Raum, über dessen Zugänglichkeit eine kleine Gruppe oder eine Einzelperson bestimmt, die auch für seine Pflege verantwortlich ist." (HERTZBERGER 1993, 11)

"Die Begriffe 'öffentlich' und 'privat' kann man sozusagen als eine Reihe sich graduell voneinander unterscheidender räumlicher Eigenschaften betrachten, die die Zugänglichkeit, die Verantwortlichkeit

und die Beziehung zwischen dem Privateigentum und der Beaufsichtigung bestimmter Raumeinheiten betreffen." (HERTZBERGER 1993, 11)

Dass Architekten wie Hertzberger das Konzept der Zonen in ihre Entwürfe mit einfließen lassen, ergibt sich aus der Auseinandersetzung der Planer mit wissenschaftlichen Erkenntnissen bezüglich der Wechselbeziehung zwischen dem Mensch und seiner Umwelt (Vgl. LANG 1987).

So hatte das Werk "The Hidden Dimension" des Anthropologen Edward T. Hall großen Einfluss auf die Diskussion über den Lebensraum des Menschen. Hall schrieb über das Territorialverhalten von Menschen und erkannte hier eine auf Distanz basierende räumliche Ordnung. Er vertrat die Ansicht, dass es eine räumliche Ordnung gäbe, welche auf dem Abstand zwischen einem selbst und dem Gegenüber beruht. Letztendlich unterscheidet er vier Stufen: die intime, die persönliche, die soziale und die öffentliche Distanzzone. Hierbei verändert sich die gefühlte Distanz je nach Beziehung zweier Personen, dem Kulturkreis oder den gesellschaftlichen Umständen (Vgl. HALL 1966).

Auch der japanische Architekt und Soziologe Takamasa Yoshizaka unterscheidet fünf Stufen der gesellschaftlichen Beziehungen von Menschen: *Seelenverwandte / Freunde / Bekannte / Weggefährten / Fremde* (SHIGEMURA 1992, 59). Natürlich entspricht diese klare Trennung der Lebensbereiche nicht der Realität. Diese Einteilung ermöglicht uns aber wertvolle Erkenntnisse über die Strukturen der menschlichen Lebensbereiche: Das Ich in der Mitte, nach außen dem öffentlichen Bereich zugewandt; verschiedene Stufen im Umgang mit anderen Menschen; exklusive und gemeinschaftliche Bereiche. Dies erkennt man auch in den Lebensbereichen Wohnung - Nachbarschaft - Stadt wieder, welche dem Muster Individuum - Familie - Bekannte - Fremde entspricht. Über all dem steht die Frage, wie viel man mit wem zu teilen bereit ist.

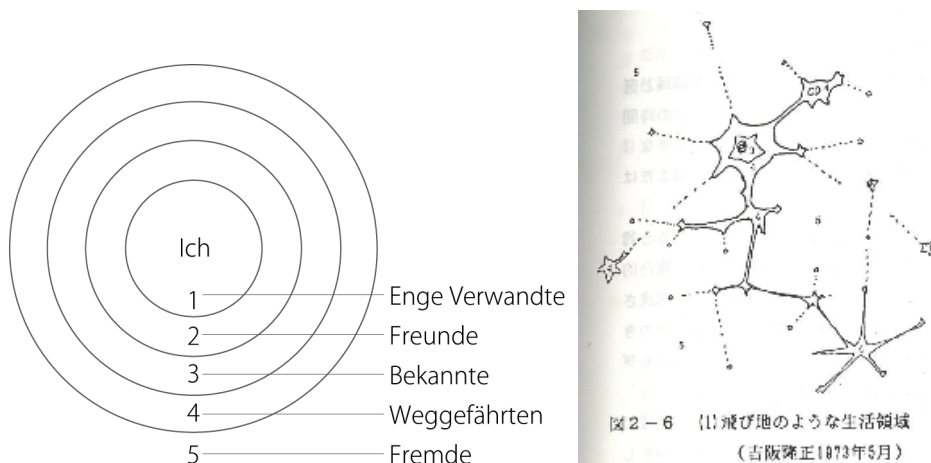


Abb. 1-3 Fünf Stufen der gesellschaftlichen Beziehungen von Yoshizaka [Links] (SHIGEMURA 1992, 59) (Übersetzung v. Verf.)

Abb. 1-4 Lebensbereiche in der Realität von Yoshizaka [Rechts] (SHIGEMURA 1992, 61)

Der japanische Architekt Toyama, der intensiv die Planung von Seniorenheimen erforscht hat, kommt ebenfalls zu der Erkenntnis, wie wichtig eine stufenweise Strukturierung des Raumes ist: Die Identitätsstiftung eines Raumes beginnt für den Nutzer (Bewohner) mit dem eigenen Zimmer. Von dort erstreckt

Sie sich über die gesamte Anlage. In seiner Abhandlung über den Wohnraum von Senioren befasst er sich mit der Frage, wie die Umgebung solcher Einrichtungen gestaltet sein muss, damit sich seine Bewohner in ihrer neuen Umgebung wohl fühlen und dort ähnlich leben können, wie sie es jahrelang zuvor in Ihrem gewohnten Umfeld getan haben (Vgl. TOYAMA 2011).

Zuerst weist er auf die Unterschiede hin, die zwischen dem Leben im eigenen Zuhause bzw. dem sozialen Umfeld und dem Leben in der Senioreneinrichtung bestehen.

1. Die Kantine ist größer und die Gänge breiter und weiter, als man das aus dem eigenen Zuhause gewohnt ist. Es kommt kein Gefühl des Zuhause-Seins auf.
2. Man teilt sich Räume mit vielen anderen Menschen. Man hat keine Privatsphäre und kann keine persönlichen Gegenstände aufstellen.
3. Die eigenen Freiheiten werden zu Lasten festgelegter Essens- und Badezeiten sowie Freizeitaktivitäten in der Gruppe stark eingeschränkt.
4. Aufgrund starrer Regelungen der Einrichtung können die eigenen Gewohnheiten nicht mehr beibehalten werden.
5. Im eigenen sozialen Umfeld war man ein geschätztes älteres Mitglied der Gesellschaft mit viel Lebenserfahrung. In der Einrichtung wird man von Angestellten im Alter der eigenen Enkelkinder einseitig zurechtgewiesen.
6. Innerhalb der Einrichtung fehlt es an Gelegenheiten, sich für andere Menschen nützlich zu machen, so wie es im eigenen Umfeld bisher möglich war. Dies mindert den selbst empfundenen Daseins-Zweck.

Toyama schließt aus diesen Unterschieden, dass die Bewohner einer Senioreneinrichtung keinen persönlichen, individuellen Raum für sich gestalten können.

Diese Unterschiede lassen sich grob unter den folgenden zwei Punkten zusammenfassen:

Erstens fehlt es an Raum, wo man seine individuellen Freiheiten ausleben kann (Unterschiede 1, 2, 3 und 4).

Zweitens geht der eigene Platz in der Gesellschaft sowie der Bezug zur selbigen verloren.

Der Lösungsansatz Toyamas betont hierbei die Notwendigkeit, als allererstes einen persönlichen, individuellen Rückzugsort zu schaffen. Das Entscheidende hierbei sind Faktoren wie - besonders wichtig - das Mitbringen persönlicher Möbelstücke und Gegenstände, aber auch das Gefühl, dass man unbeobachtet ist und dass man z.B. die Einstellung der Heizung selbst regeln kann. Bei der Untersuchung einer Einrichtung mit Einzel-Appartements konnte klar aufgezeigt werden, dass die Anzahl persönlicher Gegenstände eines Bewohners zunehmen, je mehr er sich im Laufe der Jahre an die Umgebung gewöhnt hatte. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen persönlichen Gegenständen und der Schaffung persönlicher Zonen.

Toyama sieht die Schaffung dieser Zonen dann als möglich an, wenn es innerhalb der Einrichtung eine Abstufung der Lebensbereiche der Bewohner gibt: Beginnend mit dem Kleinsten, dem "Raum, wo das Ich geschützt wird", über den "Raum, den man gemeinsam nutzt" bis hin zur Gesamtanlage. Übertragen auf ein Seniorenheim ergeben sich laut Toyama folgende vier Zonen:

- a. Private Zone: Der Bereich, in dem der Bewohner sein persönliches Hab und Gut verwahrt.
- b. Halb-Private Zone: Der Bereich, der an die private Zone angrenzt und von mehreren Bewohnern nach eigenem Ermessen genutzt werden kann.

- c. Halb-Öffentliche Zone: Der Bereich, der prinzipiell gemeinsam genutzt wird und wo gewisse Regeln gelten (in Zeiten ohne Programm kann der Raum frei genutzt werden).
- d. Öffentliche Zone: Der Bereich, der sowohl für die Bewohner als auch für Andere offen und frei nutzbar ist.

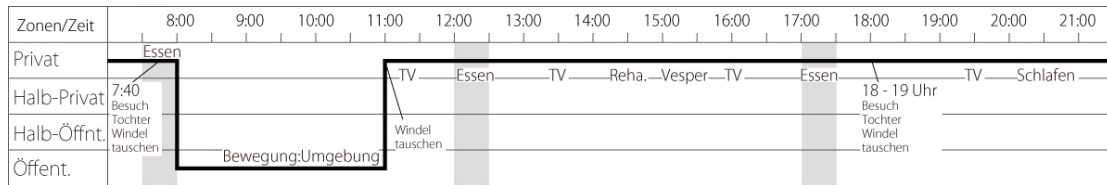
Durch die Schaffung stufenweiser Zonen erreicht man:

1. Die Bewahrung der eigenen Identität und die Schaffung eines zentralen, privaten Raums, in welchem mit ausgewählten Freunden und der Familie Zeit verbracht werden kann und Beziehungen aufrecht erhalten werden können.
2. Die Installation einer halb-privaten Zone, welche den Bewohnern vertraut ist, die vielfältig genutzt wird und von ihnen selbst betreut wird. Der Ort dient dem Austausch unter den Bewohnern und soll mit positiven Emotionen verbunden werden.
3. Einen Ort des ungezwungenen Austausches zwischen den Bewohnern, wo wahlweise an Freizeitaktivitäten teilgenommen werden kann. In der halb-öffentlichen Zone herrscht ein intensiver sozialer Austausch.
4. Einen Ort, an dem zu gegebenem Anlass auch lokale Anwohner vor Ort sind.

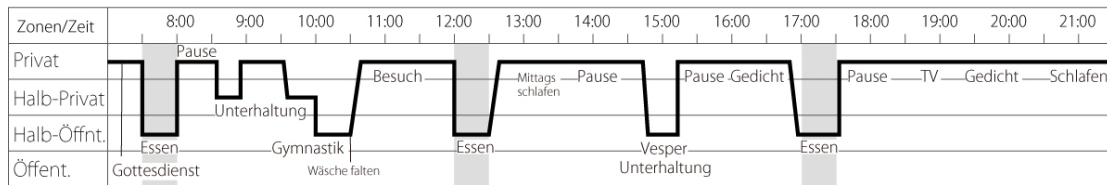
Mit dieser zunehmenden, stufenweisen Öffnung der Zonen kann auch innerhalb der Einrichtung jeweils der geeignete Ort für einen selbst gefunden werden. Ein Seniorenheim, das nach diesem Prinzip gebaut wird, erweist sich auch in der Realität als ein Ort, in dem sich ein wahrhaft abwechslungsreicher Wohnalltag der Bewohner ergibt.

Bei dem oben genannten Beispiel eines Seniorenheims handelt es sich um eine Einrichtung, in der auch gewohnt wird. Doch auch in anderen gesellschaftlichen Einrichtungen, in denen nicht gewohnt wird, wie z.B. Schulen, stellt sich die Frage, wie der Nutzer einen Ort als den seinen wahrnimmt und wie der Entwurf aussehen muss, dass dadurch stufenweise Zonen von privat bis öffentlich entstehen. So sind auch die unter 1.1.1 erwähnten "Nachbarschaftssysteme, die diverse Charakteristiken in einem Entwurf vereinen" (nach Kroll) im Grunde nichts anderes als die Strukturierung diverser persönlicher Zonen. In der vorliegenden Untersuchung wird im Kontext der partizipativen Architektur neben der Frage nach der Schaffung individueller Orte auch das Zusammenfügen dieser zu einem funktionierenden Gebäudekomplex im Rahmen abgestufter Lebensbereiche als eine bedeutende Aufgabe wahrgenommen.

Fall 1. Bewohner T (62)



Fall 2. Bewohnerin H (79)



Fall 3. Bewohner A (69)

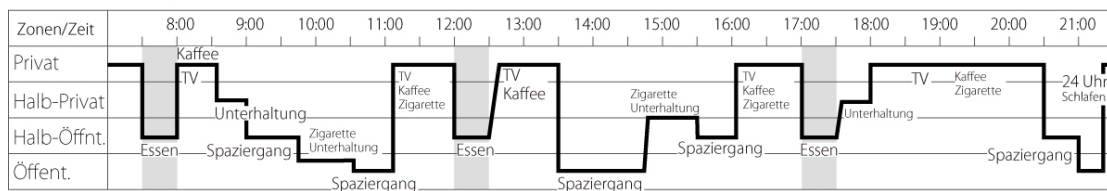


Abb. 1-5 Verschiedene Lebensrhythmen von Bewohnern in einem Seniorenheim mit Einzel-Appartements (TOYAMA 2011, 51)

(Übersetzung v. Verf.)

1.2 Beispiele der Nutzerbeteiligung bei partizipativ geplanten Projekten und die Auswirkungen auf den Entwurf

In den bisherigen Ausführungen wurde auf die Punkte "Schaffung individueller Orte" und die Einteilung der Lebensbereiche in Stufen "von privat bis öffentlich" eingegangen. Dabei wurde deren Bedeutung für den Planungs- und Entwurfsprozess in der partizipativen Architektur hervorgehoben.

In diesem Abschnitt soll unter Betrachtung dieser beiden Aspekte untersucht werden, auf welche Weise bisher in der partizipativen Architektur die Nutzerbeteiligung und die Raumgestaltung miteinander verbunden werden. Um hierbei zu planungstechnischen Einsichten zu gelangen werden, die Projekte verschiedener Architekten betrachtet, welche die Nutzerbeteiligung als ein wichtiges Prinzip in ihrer Arbeit verankert haben. Dabei sollen ihre Vorgehensweise und die Auswirkungen auf das Endresultat untersucht werden. Die Zahl der Architekten, die Projekte mit partizipativen Elementen in die Tat umgesetzt haben, ist überschaubar. Darunter findet sich nur eine geringe Anzahl an Beispielen für soziale Einrichtungen. Dennoch konnten für die vorliegende Arbeit vier repräsentative Beispiele von vier verschiedenen Architekten ausgewählt und analysiert werden. Die untersuchten Projekte unterscheiden sich durch die zeitliche Phase, zu welcher die Nutzerbeteiligung stattfand. Der Verfasser unternimmt den Versuch, diejenigen planungstechnischen Merkmale herauszuarbeiten, die den Projekten gemeinsam sind.

- Beteiligung an der Planung: Christopher Alexander: Eishin Higashino Highschool in Iruma, Japan
- Beteiligung an der Planung und am Bau: Lucien Kroll: Studentendorf der medizinischen Fakultät der Katholischen Universität in Louvain, Belgien
- Beteiligung in der Nutzungsphase: Herman Hertzberger: Montessori-Schule in Delft, Niederlande
- Beteiligung vor der Planung und danach: Team Zoo: Rathaus in Nago, Okinawa, Japan

1.2.1 Christopher Alexander: Eishin Higashino Highschool in Iruma, Japan

Christopher Alexander wurde bekannt für seine Planungsphilosophie, in der anstatt der Entwicklung eines Masterplans den beiden Begriffen "Beteiligung" und "graduelles Wachstum" eine zentrale Bedeutung zukommt. Für ihn unterliegt unter anderem das Lebensumfeld in Häusern und Städten einer organischen Ordnung. Für den Planungsprozess entwickelte er eigens die sogenannte "pattern language" (Mustersprache), eine Sammlung von Entwurfsmustern, die bei gestalterischen Tätigkeiten in einem bestimmten Anwendungsgebiet auftreten. Unter Muster versteht er hierbei die Kombination von Aktivität und Raum, welche vom großen Ganzen bis ins kleine Detail gehen kann. Alexander meint, dass auch Nicht-Experten die Muster anwenden können, um den Bau voranzutreiben. Diese Vorgehensweise findet gegenwärtig in verschiedenen Projekten der partizipativen Architektur Wiederhall.

Die Eishin Higashino Highschool liegt etwa 45 Zugminuten vom Stadtzentrum Tokyos entfernt, inmitten von Wohngebäuden und Teefeldern. Das Schulgelände hat eine Größe von 62.000 m² und umfasst eine Aula, eine Turnhalle, eine Kantine und diverse Unterrichtsräume. Insgesamt sind es über 20 Gebäude, von denen jedes eine spezielle Funktion hat. Umgeben von Wald definieren ein großer Teich und ein großer Pausenplatz den mit Kieswegen und Rasenflächen gestalteten Außenbereich des Campus. Die einzelnen Elemente sind gut aufeinander abgestimmt und erwecken den Eindruck einer geschlossenen Siedlung. Alle Gebäude sind aus Holz gefertigt, haben ein Giebeldach aus schwarzen Ziegeln und sind durchgängig zwei Stockwerke hoch, abgesehen von großen Strukturen wie der Aula, einer großen Halle und der Turnhalle. Die ursprüngliche Planung beinhaltete auch einen nicht realisierten Hochschultrakt.

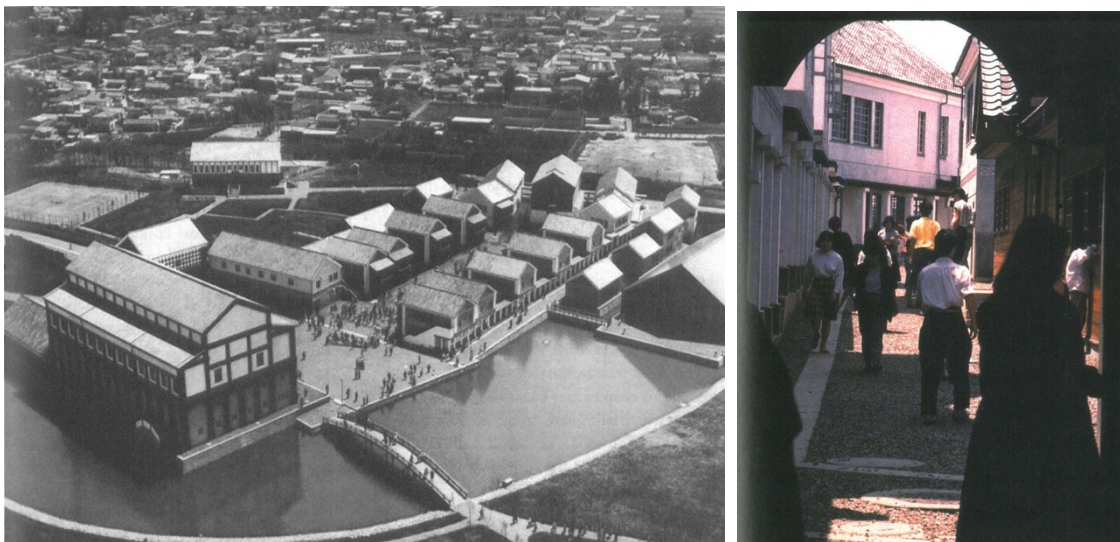


Abb. 1-6 Luftbild des Schulgeländes: Hauptplatz zwischen Saal (vorne) und Klassenhäusern (gegenüber) [Links] (ALEXANDER 2005, 181)

Abb. 1-7 Gasse im Schulcampus [Rechts] (ebd., 81)

Die Nutzerbeteiligung und deren Auswirkungen auf den Entwurf

Zu Beginn des Projektes saß Alexander mit dem Lehrpersonal zusammen, hörte sich deren Vorstellungen einer idealen Schule an und sammelte repräsentative Bilderbeispiele. Darauf aufbauend kreierte er eine auf das Projekt abgestimmte *pattern language*. Insgesamt ergaben sich 111 Muster. Diese unterteilte er in acht Kapitel, je nachdem welchen Bereich die Muster behandelten: Von "holistischen Merkmalen" bis zu "Merkmalen der Innenausstattung" unterschieden sich diese Bereiche in ihrer räumlichen Ausprägung. Auf diese Weise konnte er die Vision für den Campus bereits ziemlich detailliert skizzieren, von der Atmosphäre über die Gebäudeanordnung und deren Bedeutung bis hin zu den abschließenden Elementen des Raumes.

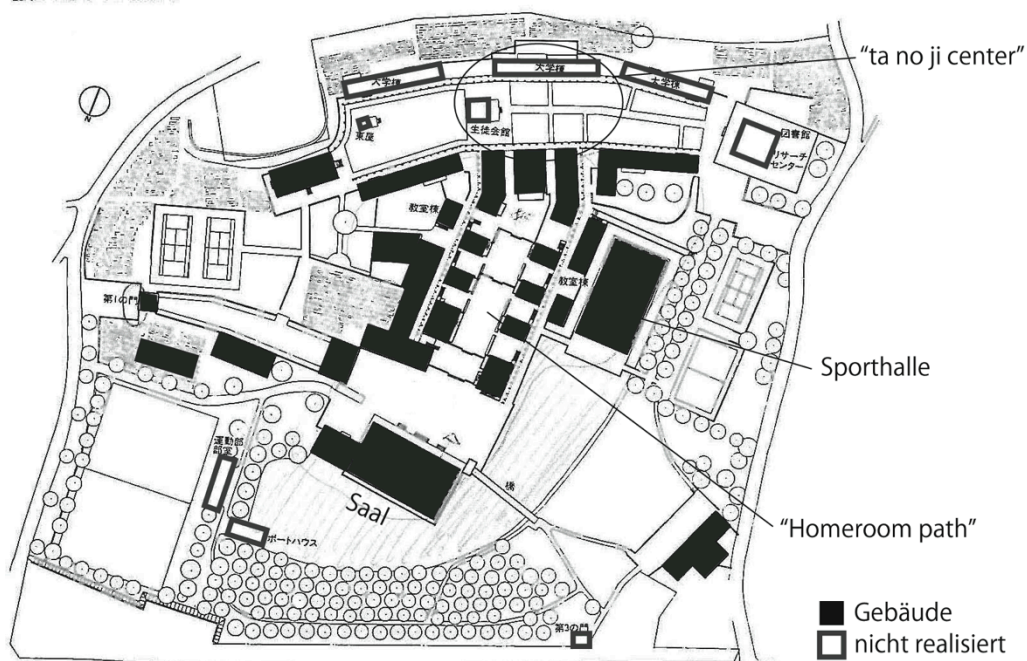


Abb. 1-8 Lageplan (Die Hochschule wurde nicht realisiert) (SHINKENCHIKU 1985, 166)

Die Mustersprache der Eishin Hochschule (Quelle: Center for environmental structure 1985, 182)

Kapitel 1 - Holistische Merkmale

Kapitel 2 - Inneres Gelände

Kapitel 3 - Gebäude des inneren Geländes

Kapitel 4 - Wege des inneren Geländes

Kapitel 5 - Äußeres Gelände

Kapitel 6 - Interne Struktur der wichtigsten Gebäude

Kapitel 7 - Besondere Außendetails

Kapitel 8 - Merkmale der Inneneinrichtung

Untenstehend werden die wichtigsten Elemente der Kapitel 1 bis 3 und 8 aufgeführt.

Kapitel 1 - Holistische Merkmale

- Besondere Merkmale der Gebäude und des Geländes: Die Steine und Gräser auf dem Boden, die dunkle, satte Farbe der Dächer, die tiefen Dachvorsprünge, hohe Grundmauern aus Stein, Pfeiler aus Holz, weiße Wände, zinnoberrot lackiertes Holz an zwei bis drei ausgewählten Stellen.
- Eine Mauer umgibt das Gelände.
- Innerhalb der Außenmauer gibt es einen inneren Mauerring, der etwa ein Fünftel der Gesamtfläche umschließt.
- Diesen Bereich innerhalb der inneren Mauer nennen wir "inneres Gelände". Hier stehen die wichtigsten Gebäude der Schule dicht beieinander.
- Den Bereich zwischen der inneren und der äußeren Mauer nennen wir "äußeres Gelände". Hier befinden sich eine Parkanlage, eine Turnhalle und weitere alleinstehende Gebäude.

Kapitel 2 - Inneres Gelände

- Der Weg ins innere Gelände beginnt schon außerhalb der Geländefläche. Dort steht das erste Tor als wichtiger Orientierungspunkt.
- Das erste Tor ist ein Gebäude.
- Der Weg hinter dem ersten Tor führt in das innere Gelände in der Funktion eines "Eingangsbereichs". Links und rechts stehen Mauern oder Bäume. Der Weg ist äußerst ruhig.
- Wenn dieser Weg auf das innere Gelände trifft, durchschreitet man ein größeres, zweites Tor. Dieses ist das Haupttor.
- Hinter dem Haupttor eröffnet sich der zentrale Pausenplatz. Dieser Platz wird gemeinsam mit der Haupthalle (Aula) erbaut. Der Haupteingang der Aula blickt auf die Parkanlage.
- Hinter dem zentralen Pausenplatz durchschreitet man ein drittes Tor und gelangt auf den *homeroom path*: ein breiter, lebendiger und lichtgefluteter Weg, an welchem beidseitig die Unterrichtsräume stehen.
- Dieser endet am vierten Tor. Dahinter schließen die wichtigsten Gebäude der Schule an, die sogenannten Kerngebäude. Wie bereits erwähnt können diese erst erreicht werden, nachdem einige andere Ebenen durchschritten sind. An diesem Ort gibt es wiederum mehrere Überschneidungen. Den Ort der größten Ruhe findet man hier.
- Dieser Kern ist relativ großflächig, so dass er selbst eine eigenständige "Welt" darstellt. Er befindet sich in der Mitte des inneren Geländes, wird von kleinen Wegen und Toren gekreuzt und beinhaltet die zentralen Gebäude der Schule.
- Dieser Kern ist einzigartig und gleichzeitig tragend. Er ist der Verkehrsknotenpunkt von Schule und Hochschule, es kreuzen sich hier die zwei Wege. Diese Struktur erinnert an ein Kreuz, das von einem Quadrat umgeben ist. Da sich das japanische Schriftzeichen für Reisfeld (*ta*) genau so schreibt, nennen wir diesen Kern auch "Reisfeldzentrum" bzw. "*ta no ji center*".
- Dort wo sich die beiden Wege im Reisfeldzentrum kreuzen, gibt es einen kleinen zentralen Platz, welcher den lebendigen Mittelpunkt des Areals bildet.
- Ein Bereich des Reisfeldzentrums liegt leicht erhöht. Den Weg dorthin nennen wir "Hochschulkeuzgang". Dort findet sich der heilige Bereich des Geländes. Dort ist es so friedlich, dass man am liebsten meditieren möchte.
- Direkt vom Reisfeldzentrum zweigt der *homeroom path* ab.

- Hinter dem Reisfeldzentrum durchschreitet man ein Tor, welches einen auf einen Rasen führt. Dieser wird umrahmt von Hochschulgebäuden und wird weitestgehend von Schülern bzw. Studenten benutzt. Dahinter liegt ein Teich.
- Dieser Teich ist ein friedlicher Ort der Erholung.

Kapitel 3 - Gebäude des inneren Geländes

- Das wichtigste Gebäude des zentralen Platzes ist die Aula. Sie ist länglich und bietet Sitzplätze für 600 Personen. Der innere Raum wird von kleineren Räumen und Gängen umgeben, so dass bei wichtigen Großanlässen bis zu 1200 Personen in der Aula Platz finden.
- Die Nummer Zwei unter den wichtigen Gebäuden des Platzes ist das Museum. Dort finden Besucher weitere Informationen zur Schule und ihren Bildungsrichtlinien. Um den Platz herum stehen weitere kleinere Gebäude.
- Die auf dem Reisfeldzentrum geplanten Fakultätsgebäude der Hochschule bilden ein Gittermuster. Auf diese Weise vermittelt sich ein geschlossener Eindruck der Hochschule als Ganzes, da bei jedem Vorbeigehen alle Fakultäten in der Umgebung sichtbar sind.
- Einige dieser Fakultätsgebäude haben einen begrünten Innenhof. So lässt sich das Studium im Grünen vorantreiben.
- Im geographischen Mittelpunkt des Reisfeldzentrums befindet sich das Gebäude des Studentenwerks, genau dort, wo sich die beiden Wege kreuzen. Es ist drei Stockwerke hoch.
- Es gibt auch andere Gebäude, die schulübergreifend genutzt werden. Sie bilden die Wege- und Gebäudestruktur des Reisfeldzentrums. Die hiesigen Gebäude umfassen eine kleine Turnhalle sowie Gebäude mit Räumen für Freizeitaktivitäten, Unterricht und Vorlesungen.
- Die Gebäude, welche den *homeroom path* in seinem Verlauf prägen, sind für den Unterricht konzipiert. Alle Gebäude sind zweigeschossig, mit jeweils einem Unterrichtsraum pro Stockwerk. Aus dem zweiten Stockwerk gelangt man über eine Treppe direkt ins Freie.
- Die große Turnhalle, welche dem *homeroom path* zugewandt ist, wurde als ein zentrales Element positioniert. Je nach Gestaltung des Außengeländes kann diese Position noch revidiert werden.
- Das zweite zentrale Element des *homeroom path* ist das Lehrerzimmer. Es befindet sich in der Mitte des Weges und sollte möglichst gut von allen Unterrichtsräumen aus erreichbar sein.
- Der Kreuzgang wird maßgeblich in seiner Form geprägt von Gebäuden des Forschungsbetriebs der angegliederten Hochschule. Diese Forschungsgebäude ermöglichen eine gründliche Auseinandersetzung mit den Problemstellungen der lokalen Region.
- Das wichtigste Gebäude der Hochschule ist die Bibliothek. Es ist zweistöckig, bietet Leseräume im zweiten Stock und einen offenen durchgängigen Raum im Erdgeschoss.

Kapitel 8 - Merkmale der Inneneinrichtung

- Die Inneneinrichtung ist im Ausdruck reduziert und freundlich warm. Stützen, Wand und Boden sind großenteils aus Holz gebaut. Die Schiebetüren und die Decke sind weiß. Die Wände sind in einem sanften hellgelb gehalten, das an Chrysanthemenblüten oder Seidenstoff erinnert.
- Der Fußboden liegt im Unterschied zu herkömmlichen Gebäuden nicht direkt auf Erdbodenniveau sondern ist leicht erhöht.

- Als Bodenbelag für die meisten Unterrichtsräume wurde Holz oder Teppich gewählt. In den Unterrichtsräumen werden keine Straßenschuhe getragen.
- In allen Klassenzimmern gibt es ein großes, nach Süden ausgerichtetes Fenster.
- Die meisten Unterrichtsräume haben auf der einen Seite einen Erker. Das direkte Sonnenlicht wird von den transparenten, aus Papier gefertigten Schiebetüren gefiltert.
- Das verwendete Holz an Wänden etc. ist unbearbeitet, d.h. im Naturzustand belassen.
- In den Unterrichtsräumen und in anderen Zimmern stehen robuste Holztische für die Schüler.
- In den größeren Gebäuden stehen Spiegel, in denen sich die Studenten selbst betrachten können.
- Außerhalb der Gebäude gibt es Blumengärten.
- In den Gebäuden sind neben den gedeckten Farben vermehrt andere sanfte Farben zu sehen, z.B. Abbildungen von Mensch vor einem hellblauen Hintergrund. Oder gelbe Irisblüten vor einem hellblauen Hintergrund.

Ausgehend von den räumlichen Bedingungen bereitete Alexander aufbauend auf der *pattern language* die abschließende Raumstruktur des Geländes vor und wandte sich dann erneut an die Nutzer, um mit ihnen zu kooperieren. Er ging mit dem Lehrpersonal gemeinsam zum unbebauten Gelände und simulierte mithilfe zwei Meter hoher Fahnenmasten und Klebeband die Position, Höhe und ungefähre Form der Gebäude.



Abb. 1-9, 1-10 Alexander markiert die Lage der Bauten mit Fahnenmasten und prüft das Ergebnis zusammen mit den Lehrern.
(ALEXANDER 2005, 179 und 273)

So holte er sich ihre Rückmeldungen ein, überprüfte die Baupläne und Modellbauten, besserte nach und übertrug die Änderungen vor Ort, bis er schließlich den endgültigen Entwurf vorlegen konnte. Dieses Vorgehen nennt Alexander den *centering process* (Zentrierungsprozess). Bei der gegenseitigen Anordnung von Mustern muss darauf geachtet werden, dass die Muster ihren "Kern" (*center*) nicht verlieren. Dabei sollen die Muster mit einem kleineren "Kern" auf jene Muster zuführen, die einen größeren "Kern" besitzen. Im Falle der Eishin Hochschule wurde hierbei auf eine schachbrettartige Anordnung mit einem quadratischen Zentrum verzichtet und die Gebäudeanordnung den Bedingungen vor Ort angepasst. So wurde z.B. das zentrale Gebäude auf eine leichte Erhöhung gesetzt, mit einem Weg, der durch das Gelände führt und an dem Gebäude als abschließendem Punkt endet. Diese Anordnung wurde gewählt, weil die beiden zentralen Punkte - jener des Geländes und jener der Muster - aufeinander abgestimmt werden sollten.



Abb. 1-11 "Homeroom path" und Mehrzweckhalle (hinten) als abschließender Punkt (eigenes Foto 2009)

Die Übertragung der Muster in einen Entwurf wurde mittels Modellbauten und der Überprüfung vor Ort Schritt für Schritt erarbeitet. Alexander ist der Ansicht, dass die Komplexität der menschlichen Emotionen nicht in einem Bauplan wiedergespiegelt werden können, sondern genau wie bei dem endgültigen Bau die Modellbauten Stück für Stück gebaut und überprüft werden müssen. Er legt die Phase der Beteiligung ganz klar fest, indem er sagt: "Die Phase der Errichtung eines Gebäudes ist die Arbeit des Architekten. Der Nutzer wird hierbei nicht beteiligt." (Nikkei architecture, 1985)

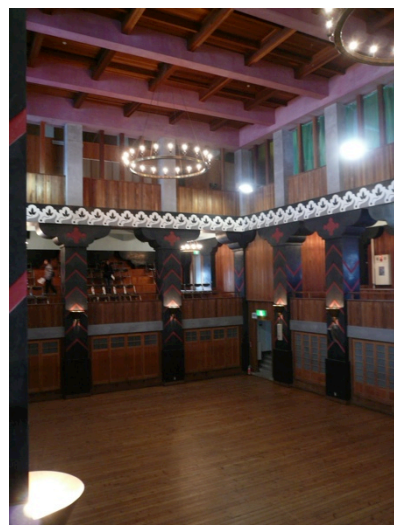
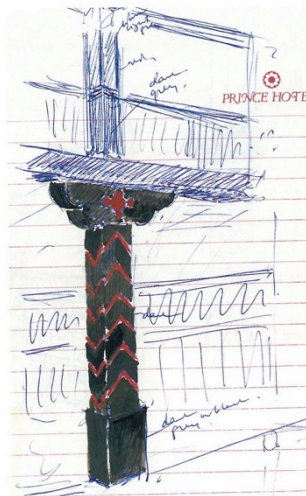


Abb. 1-12 Alexander prüft den Raum in dem Saal mit großem Modell [Links] (Nikkei architecture 1985, 62)

Abb. 1-13 Studie der Farbigkeit von Architekt [Mitte] (ALEXANDER 2002, 380)

Abb. 1-14 Fertigstellung des Raums im Saal [Rechts] (eigenes Foto 2009)

1.2.2 Lucien Kroll: Studentendorf der Medizinischen Fakultät der Katholischen Universität in Louvain, Belgien

Der belgische Architekt Lucien Kroll ist bekannt für seine Methode, die Nutzer mithilfe eines CAD-Systems zu beteiligen. Sein ganzes Werk durchzieht als roter Faden eine ökologische Grundüberzeugung. Erkennungsmerkmal seiner Bauten sind organische Grundrissstrukturen und Gebäude, die mit der umgebenden Topographie verschmelzen. Dabei kommen verschiedenste Materialien zum Einsatz.

Projektbeschreibung

Der Campus der Medizinischen Fakultät an der Katholischen Universität in Louvain ist das bekannteste Werk Krolls. Es handelt sich um einen Gebäudekomplex mit einem Studentenwohnheim. Der damalige Bauherr, die Stiftung Louvain, plante ursprünglich den Bau eines 100 Meter hohen Bettenhauses des Universitätsspitals, doch die Studenten lehnten den Bau ab und beauftragten Kroll, der damals bekannt war für die Beteiligung der Nutzer. Das Projekt wurde dann unter Aufsicht des Studentenwerks vorangetrieben. Der Gesamtkomplex besteht aus mehreren Gebäuden, die den zentralen U-Bahnhof umstellen. In jedem Gebäude wurden die obersten Stockwerke als Wohnraum ausgewiesen und in den unteren Stockwerken Einrichtungen des alltäglichen Lebens eingeplant, z.B. eine Kirche, eine Grundschule, Cafés, eine Kantine und ein



Abb. 1-15 Ausdruck von vielfältigen Wohnungstypen an Fassaden [Links] (eigenes Foto 2010)

Abb. 1-16 Promenade auf dem U-Bahnhof [Rechts oben] (PEHNT 1987, 68)

Abb. 1-17 Städtische Atmosphäre des Gesamtkomplexes [Rechts unten] (ebd., 41)

Postbüro. So gelang es ihm auf natürliche Weise, die Atmosphäre einer Fußgängerzone zu generieren, wobei jeder Ort seine eigene besondere Form annimmt.

Die Nutzerbeteiligung und deren Auswirkungen auf den Entwurf

Kroll setzte sich während des gesamten Projektes mit den zukünftigen Bewohnern des Komplexes - den Studenten - zusammen und hörte ihnen ausführlich zu. Darüber hinaus beteiligte er sie sporadisch am Bauprozess. So konnte dieser Gebäudekomplex in seiner abwechslungsreichen Ausdrucksform entstehen.

In dem Studentenwohnheim sind gemäß den Bedürfnissen der Studenten viele verschiedene Ausprägungen an gemeinschaftlichem Wohnen zu finden. Z.B. finden sich in einem Haus, das "Faschist" genannt wird, jeweils Einzelzimmer mit Bett, Tisch, Kommode und einer kleinen Küche mit Esstisch. Alle Zimmer gehen von einem zentralen Flur aus ab. Dem gegenüber steht ein Haus namens "Kommunist", in welchem sich in den - nur minimal schallisolierten - Einzelzimmern jeweils nur ein Bett und ein Tisch finden. Der gemeinschaftlich genutzte Raum wurde möglichst groß gehalten. Der Architekt kam hierbei dem Wunsch der Studenten nach und ermöglichte die Nutzung eines speziell entwickelten SAR-Systems, mithilfe dessen die Trennwände frei gezogen werden konnten, so dass z.B. die gleiche Wohnung ein Stockwerk höher eine andere Quadratmeterfläche hat als die eigene. Das Loft im obersten Stockwerk wurde etwas freier entworfen und mit Holz ausgefacht.

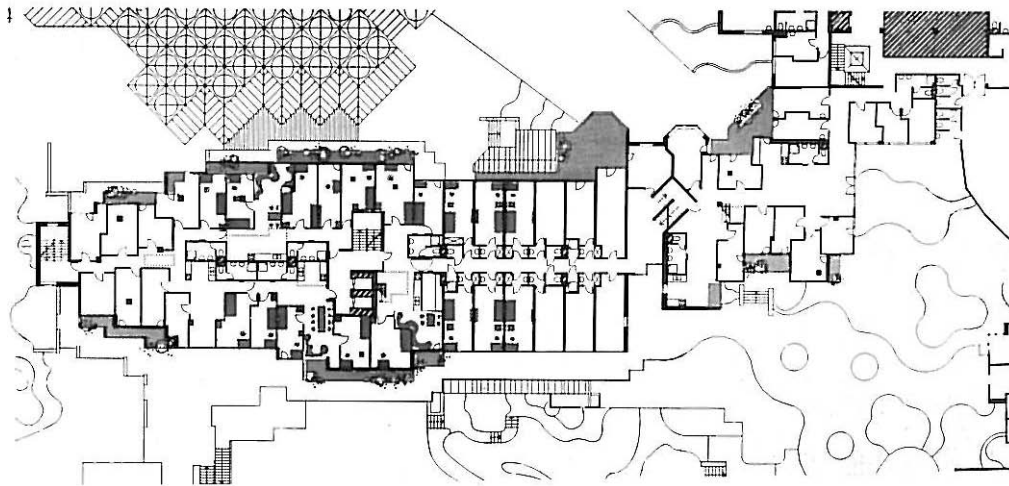


Abb. 1-18 "Kommunist"(Links) und "Faschist"(Mitte) liegen nebeneinander (ebd., 47)

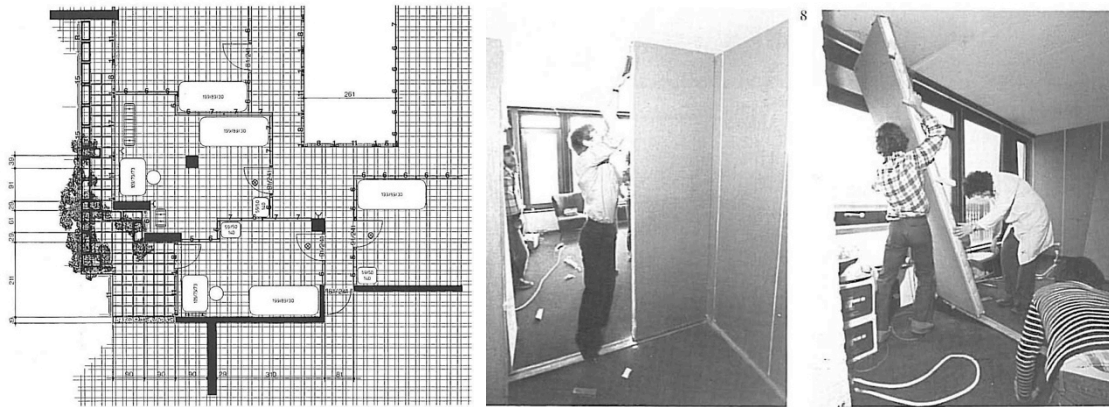


Abb. 1-19 Anwendung des SAR Moduls [Links] (ebd., 44)

Abb. 1-20 Zukünftige Bewohner bauen selber die Trennwand auf [Rechts] (ebd., 45)



Abb. 1-21 Die von jedem Bewohner unterschiedlich geplanten Wohnungen im Loft (ebd., 49)

Auf Vorschlag Krolls wurde auch die Zimmeraufteilung der Grundschule im Erdgeschoss so gestaltet, dass sie später noch verändert werden konnte. Hierbei wurden mobile Trennwände eingesetzt. Tatsächlich benötigte die Grundschule zehn Jahre nach Fertigstellung neue Räume. Da sich die Schule in einer finanziell schwierigen Situation befand, nutzte sie die Möglichkeit der veränderbaren Raumteilung, um zwei weitere Zimmer zu schaffen und somit den Raum den neuen Bedürfnissen anzupassen. Dabei wurden gemeinsam mit Lehrpersonal und Kindern die neuen Grundflächen anhand von Modellstudien geplant. Die Kinder hatten die architektonischen Regeln der Module etc. schneller verstanden als erwartet und verkleinerten das Zimmer des Schulrektors, um sich selbst einen neuen Unterrichtsraum zu schaffen.



Abb. 1-22 Design-Workshop durch Modellbau mit Lehrern und Schülern (ebd., 55)

Diese Art von Nutzerbeteiligung findet man auch im Außenraum wieder. Gleichzeitig mit der Planung der ersten Gebäude schlossen sich die Schüler, der Landschaftsarchitekt Le Roy und Kroll zusammen, um Müll zu sammeln und in der Nähe eine Grünfläche zu gestalten, die sie mit Hilfe umgepflanzter Bäume und von Nachbarn erhaltenem Grünzeug füllten. Des Weiteren wurden einige Teile der Außenmauer und der Außenstruktur an Ort und Stelle zusammen mit Handwerkern improvisiert entworfen und gebaut. Es wird klar, dass es sich hier um einen natürlich entwickelten Ort handelt, bei dem viele verschiedene Eindrücke vieler verschiedener Menschen mit eingeflossen sind.



Abb. 1-23 Selbstbauaktion des Gartens (ebd., 61 und 62)



Abb. 1-24 Die Ergebnisse der Improvisation von Handwerkern (ebd., 64 und 65)

1.2.3 Herman Hertzberger: Montessori-Schule in Delft, Niederlande

Herman Hertzberger ist Repräsentant des niederländischen Strukturalismus. Er ist der Ansicht, dass die Rolle eines Architekten nicht darin besteht, einen abschließenden Entwurf für ein Gebäude zu präsentieren, sondern denjenigen, die letztendlich das Gebäude nutzen werden, einen Rahmen zu schaffen, der diesen ermöglicht, die Räumlichkeiten nach ihren Bedürfnissen zu gestalten.

Projektbeschreibung

Bei der Montessori-Schule in Delft handelt es sich um eine private Schule mit insgesamt neun Grundschulklassen und zwei Kindergartengruppen. Sie wurde zwischen 1960 und 1981 in vier Bauabschnitten errichtet. Der Lehrinhalt von Montessori-Schulen unterscheidet sich vom Lehrinhalt öffentlicher Schulen: Jeder Schüler erhält von dem Lehrer unterschiedliche, auf ihn zugeschnittene Aufgaben. Daher wurde vom Architekten ein Raum verlangt, der gleichzeitig viele verschiedene Aktivitäten beherbergen kann. Deswegen wurde als Grundgerüst eine Ansammlung kleiner Unterrichtsräume gewählt, die wie kleine Häuser einem gemeinsamen Raum zugewandt sind. So entstehen außerhalb und innerhalb des Gebäudes verschiedene Zonen.

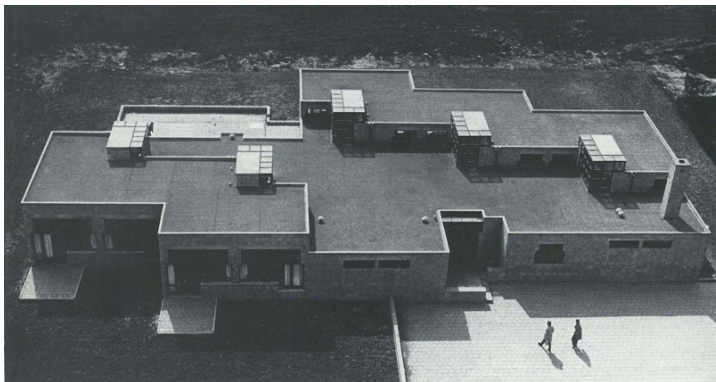


Abb. 1-25 Erster Bauabschnitt im 1960 [Links] (LÜCHINGER 1987, 48)



Abb. 1-26 Kinder spielen auf dem Schulhof [Rechts] (ebd., 49)

Die Nutzerbeteiligung und deren Auswirkungen auf den Entwurf

Hertzberger hat die einzelnen Zonen so geregelt, dass dem Gesamtkonstrukt durch das Verwenden unterschiedlicher Formen, Materialien, Licht und Farbe eine Ordnung eigen ist, die den Beziehungen zwischen den einzelnen Räumen gerecht wird und die Zugänglichkeiten zwischen ihnen angemessen reguliert.

Die Schule besitzt folgende Raumhierarchie (von außen nach innen): Äußere Grünfläche - Platz vor dem Eingangsbereich - zentraler Durchgang - Nische vor dem Unterrichtsraum - Unterrichtsraum in L-Form (privater Raum).

Jeder Raum ist unabhängig für sich und grenzt an den zentralen Durchgang ("Straße") an. Das Konzept erinnert an kleine Häuser. Jeder Unterrichtsraum beheimatet einen Klassenlehrer (in etwa der Vater/die Mutter im Haus) und eine Schulklasse. Jeder Raum ist so konzipiert, dass er eigene, einzigartige Merkmale aufweist. Z.B. befinden sich direkt neben der Türe zum Unterrichtsraum speziell für jede Klasse gestaltete Kleiderhaken. Ferner sind oberhalb des Türfensters Dinge angebracht, welche die Schüler

selbst gebastelt haben und die sie selbst aufgehängt haben. Diese Details geben jedem Unterrichtsraum praktisch eine eigene Identität.

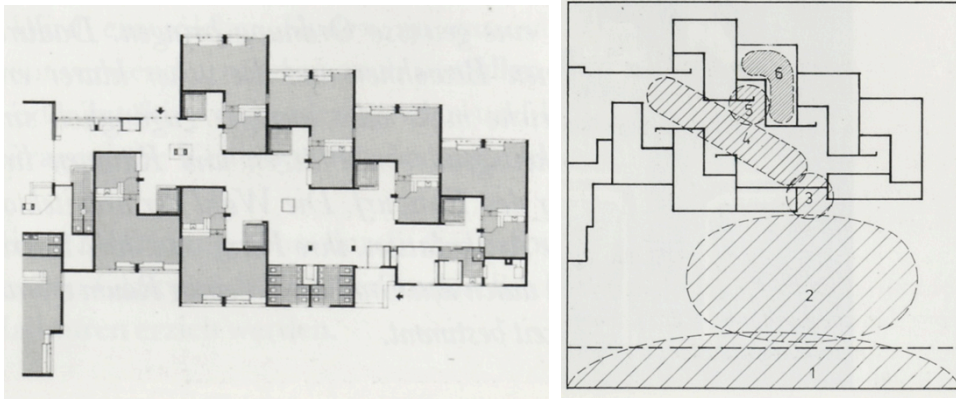


Abb. 1-27 Raumstruktur und stufenweise Zonierung in der Montessori-Schule in Delft (HERTZBERGER 1993, 18)

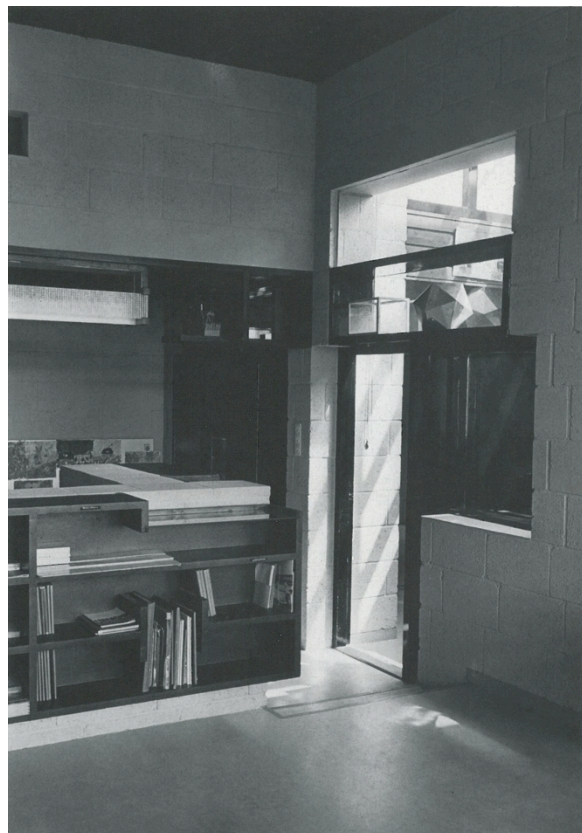
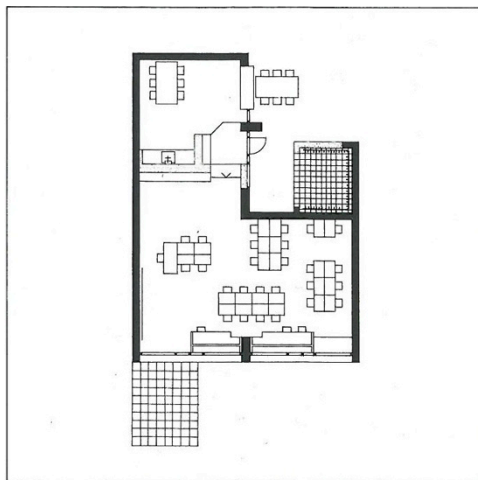


Abb. 1-28 Grundriss eines Klassenraums [Links oben] (LÜCHINGER 1987, 55)

Abb. 1-29 Kleine Nische im Klassenraum [Links unten] (ebd., 54)

Abb. 1-30 Eingangstür und Ausstellungsfenster [Rechts] (ebd., 55)

Die Flure zwischen den Unterrichtsräumen sind als eine Erweiterung des privaten Bereichs ausgelegt und funktionieren wie ein gemeinsames Wohnzimmer der Kinder. Dort finden diverse soziale Kontakte statt, wie auf einem Marktplatz. Die Unterrichtsräume imitieren die Formation fliegender Gänse. Leicht versetzt hintereinander angeordnet bildet sich so vor jedem Raum eine kleine Nische. Diese kann für eigenständiges Lernen oder Aktivitäten in der kleinen Gruppe genutzt werden und ist sowohl Teil der großen Halle als auch Bereich der jeweiligen Klasse.



Abb. 1-31 Ein Teil des Flurs fungiert als Bibliothek [Links] (ebd., 57)



Abb. 1-32 Der Fensterbereich auf dem Flur wurde als Arbeitszone für Einzel- oder Gruppenarbeit ausgestaltet [Rechts] (ebd., 59)

Inmitten der großen Halle der Grundschule ist eine Bühne aus Zementblöcken installiert. Diese fixe Bühne dient den Kinder als Projektionsfläche, fordert zu verschiedenen Aktivitäten heraus und bildet eine Spiel-Zone inmitten der Halle. Dem gegenüber sind in der Halle im Abschnitt des Kindergartens 16 Holzstühle in einer leichten Absenkung im Boden eingelassen. Hier können sich die Kinder einer gesamten Gruppe setzen und reden oder Bücher lesen.



Abb. 1-33 Bühnenblock auf dem Flur im Schulbereich (ebd., 53)



Abb. 1-35 Bühnenblock auf dem Flur im Schulbereich (ebd., 52)

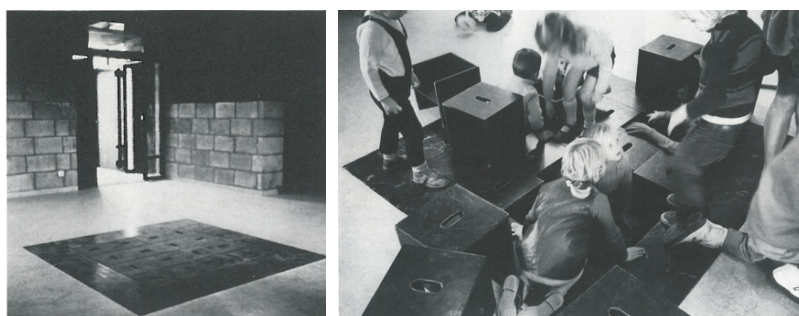


Abb. 1-36 Absenkung im Boden mit Stühlen auf dem Flur im Kindergartenbereich (ebd., 62)

Die Objekte aus Zementblöcken hinter dem Schulgebäude dienen verschiedenen Zwecken, z.B. als Sandkasten oder Blumenkästen. Sie haben unterschiedliche Größen, so dass ein Kind allein oder aber auch mehrere gleichzeitig auf den Objekten herumturnen können. In die Löcher der Zementblöcke können Blumen gepflanzt werden, die Blöcke werden zum Verkaufsstand für (imaginäres) Eis und Kuchen umfunktioniert, oder es bilden sich kleine Pfützen zwischen den Blöcken (und so weiter): Die Kinder können sich selbst einen Verwendungszweck ausdenken.

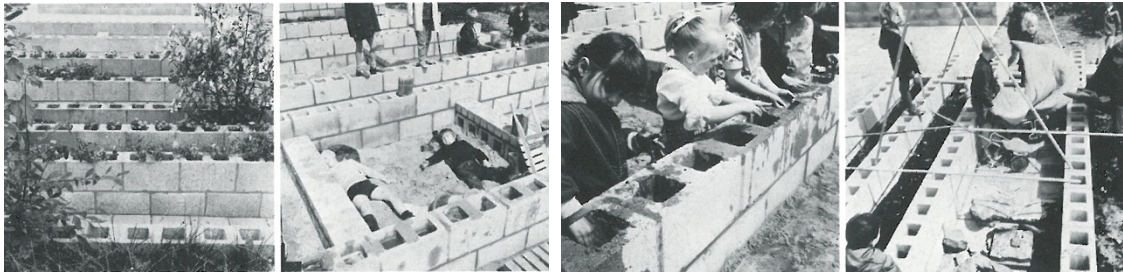
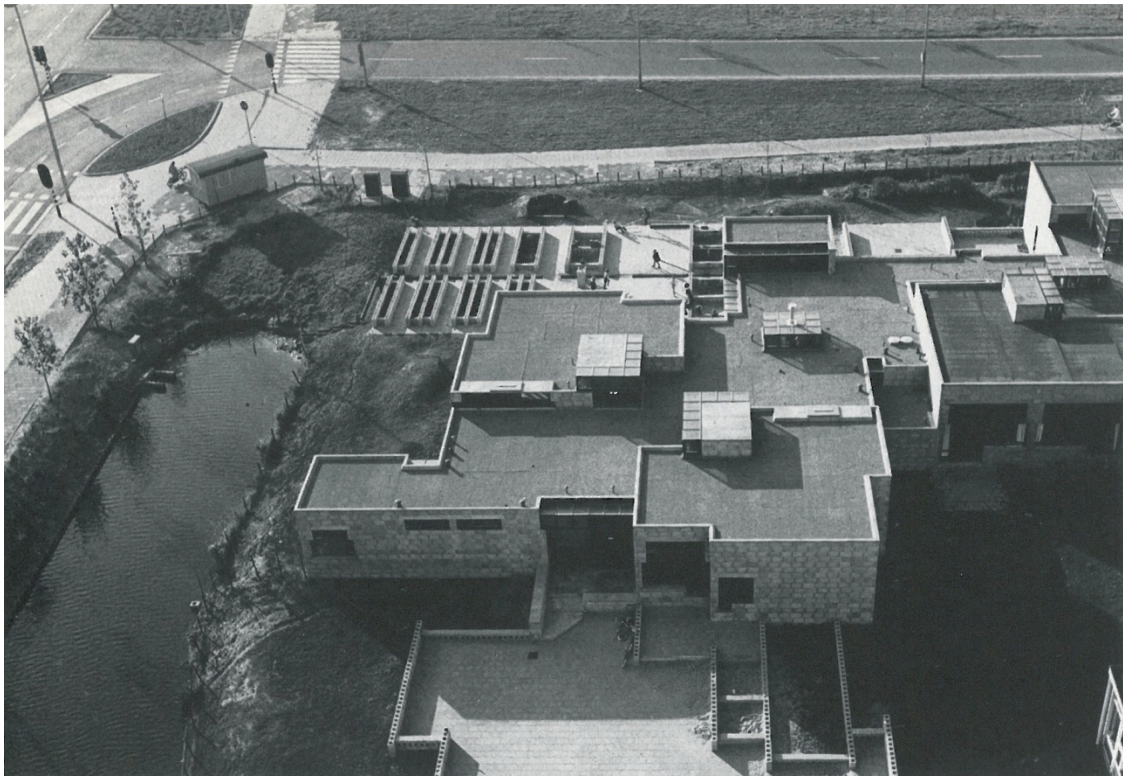


Abb. 1-37 Die Objekte aus Zementblöcken hinter dem Schulgebäude [Oben] (ebd., 60)

Abb. 1-38 Die Zementblöcke inspirieren Kinder zu verschiedenen Nutzungen [Unten] (ebd., 60)

1.2.4 Team Zoo: Nago Rathaus in Okinawa, Japan

Das Team Zoo befasst sich seit seiner Gründung über mehrere Jahrzehnte mit der Regionalplanung und öffentlichen Bauprojekten auf der Insel Okinawa, die seit dem Zweiten Weltkrieg unter Verwaltung der amerikanischen Administration stand und 1972 wieder an Japan zurückgegeben wurde.

Im Vorfeld der Rückgabe begann man mit der Planung verschiedener Ferienanlagen auf der Insel. Die Entwicklung der Ferienanlagen unterlag dem Diktat des (ausländischen) Geldes, nicht der Kontrolle der Inselbewohner. Die Planungen entsprachen nicht den Vorstellungen der Inselbewohner. Das Team Zoo wandte sich gegen diese Entwicklung und beschäftigte sich mit den lokalen Gegebenheiten der Natur und den gesellschaftlichen Bräuchen. Zusammen mit den Bewohnern entwickelten sie eine Idealvorstellung der Städte und der Dörfer. Eines der repräsentativen Projekte aus der Anfangszeit, als ihr planerischer Ansatz Früchte trug, ist das Rathaus in Nago. Der Neubau wurde landesweit ausgeschrieben mit der Forderung nach einem Rathaus, das die Unabhängigkeit und die Autonomie der Region unterstützt, die Kultur Nagos repräsentiert und den Menschen die Möglichkeit gibt, ihre eigene Kultur in dem Gebäude wiederzufinden. Der Entwurf von Team Zoo, das mit der lokalen Kultur Okinawas vertraut war, gewann den ersten Preis. Die Grundfläche, die es zu bebauen galt, ist mit 100 x 100 Metern quadratisch. Von den insgesamt 6000 Quadratmetern Fläche war ein Drittel für die Errichtung des Gebäudes vorgesehen, die restlichen zwei Drittel sollten als Platz gestaltet werden. Dieser ist nach Norden ausgerichtet und grenzt an eine Einkaufsstraße. In Nago gibt es zwar sehr viele Feste und Feiern, aber bisher gab es noch keinen öffentlichen Platz, auf dem man diese hätte abhalten können. Die Absicht der Schaffung eines Platzes lag darin, dass er die Fußgänger der Einkaufsstraße auf natürliche Weise aufnehmen würde und Festen einen geeigneten Rahmen geben würde.

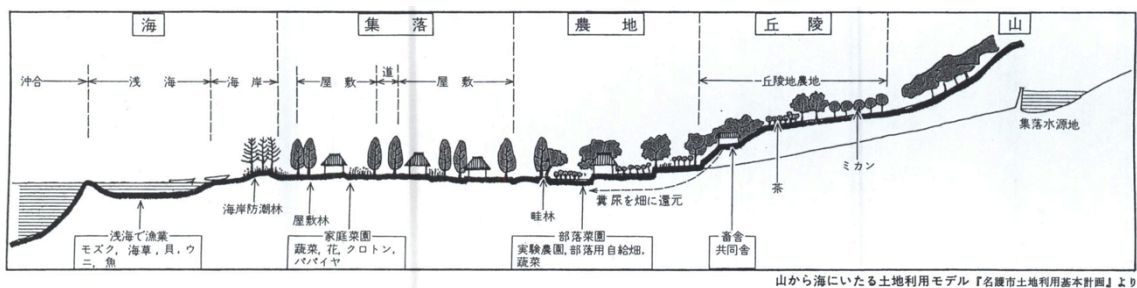


Abb. 1-39 Die Analyse über die Flächennutzung eines Dorfs in Okinawa (von Team ZOO) (SHIGEMURA 1977, 86)

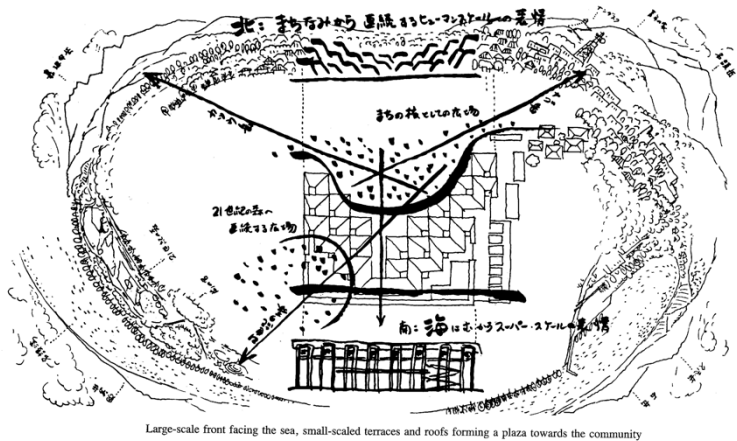


Abb. 1-40 Rathaus in Nago [Oben] (Atelier Zo 2004, 36)

Abb. 1-41 Fassade zum Meer orientiert [Links] (GOULET et al. 1991, 116)

Abb. 1-42 Lageplan: Das Rathaus öffnet sich zur Stadt [Rechts] (ebd., 114)

Die Art der Nutzerbeteiligung und deren Auswirkungen auf den Entwurf

In dem Gewinnerentwurf des Rathauses war zwar keine direkte Beteiligung der Nutzer in der Planungs- oder Konstruktionsphase vorgesehen, aber es können viele Versuche beobachtet werden, welche das Gebäude zu einem Teil der Stadt zu machen.

Auf Okinawa herrscht heißes, subtropisches Klima und Außenflächen können problemlos das ganze Jahr über genutzt werden. Deswegen ist es sehr wichtig, die Innen- und Außenräume räumlich miteinander zu verbinden. In den Dörfern rund um Nago gibt es Plätze, an denen ein bestimmter Gebäudetyp steht, das sogenannte *Asagi*. Diese kleinen, einfachen Häuser haben ein Dach, das nur von Pfeilern gestützt wird. Es wird bei Feierlichkeiten oder Konsultationsgesprächen genutzt und ist ein Symbol der Gemeinschaft vor Ort. Das Team Zoo hat diesen Haustyp, winddurchlässig und Sonnenstrahlen abschirmend, als einen Prototypen der Architektur Okinawas begriffen. Es findet seinen Platz in der Gestaltung der Nordfassade des Rathauses,

welche dem Platz zugewandt ist. In Nago weht auch im Sommer stets ein leichter Wind, der Aufenthalt im Schatten ist daher angenehm kühl. Daher werden die terrassenartig verlaufenden Gänge des Gebäudes mit Latten verdeckt, die das direkte Sonnenlicht abhalten, und in den oberen Bereichen der Räume Betonrohre verlegt, welche den Wind von außen nach innen tragen und die Luft zirkulieren lassen.

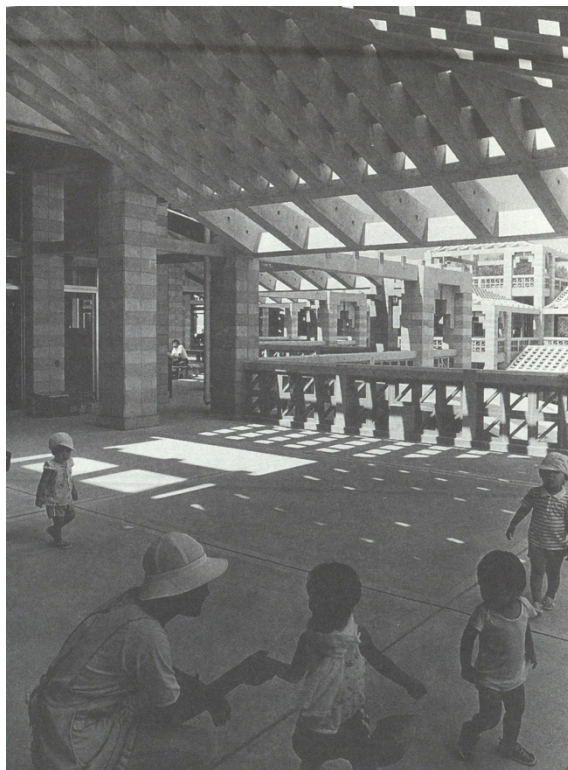
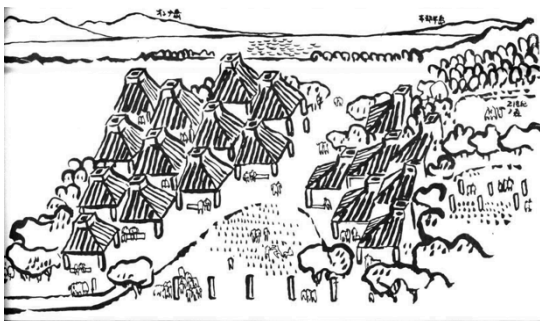


Abb. 1-43 Das "Asagi" in einem Dorf in Nago [Links oben] (SHIGEMURA 1977, 81)

Abb. 1-44 Skizze für "Asagi – Terrasse" [Links unten] (GOULET et al. 1991, 118)

Abb. 1-45 Öffentlicher Bereich auf der "Asagi – Terrasse" [Rechts] (OJ Members 1995, 154)

Die Terrassen und die umliegenden Rasenflächen sind - genau wie ein Sommerhäuschen in einem Park - jedem frei zugänglich. Die Terrassen im zweiten und dritten Stock bieten einen herrlichen Blick auf die Berge und das Meer. Gleichzeitig dienen sie auch als ein Ort des Austausches zwischen den Beamten und den Bürgern oder als Tribüne bei Festen. Auch die Konferenzräume sind immer für die Bürger geöffnet, sowohl abends als auch am Wochenende. Intention war die Integration des Gebäudes in die Stadt und die Bereiche, in denen sich die Bürger frei bewegen können, so groß wie möglich zu halten.

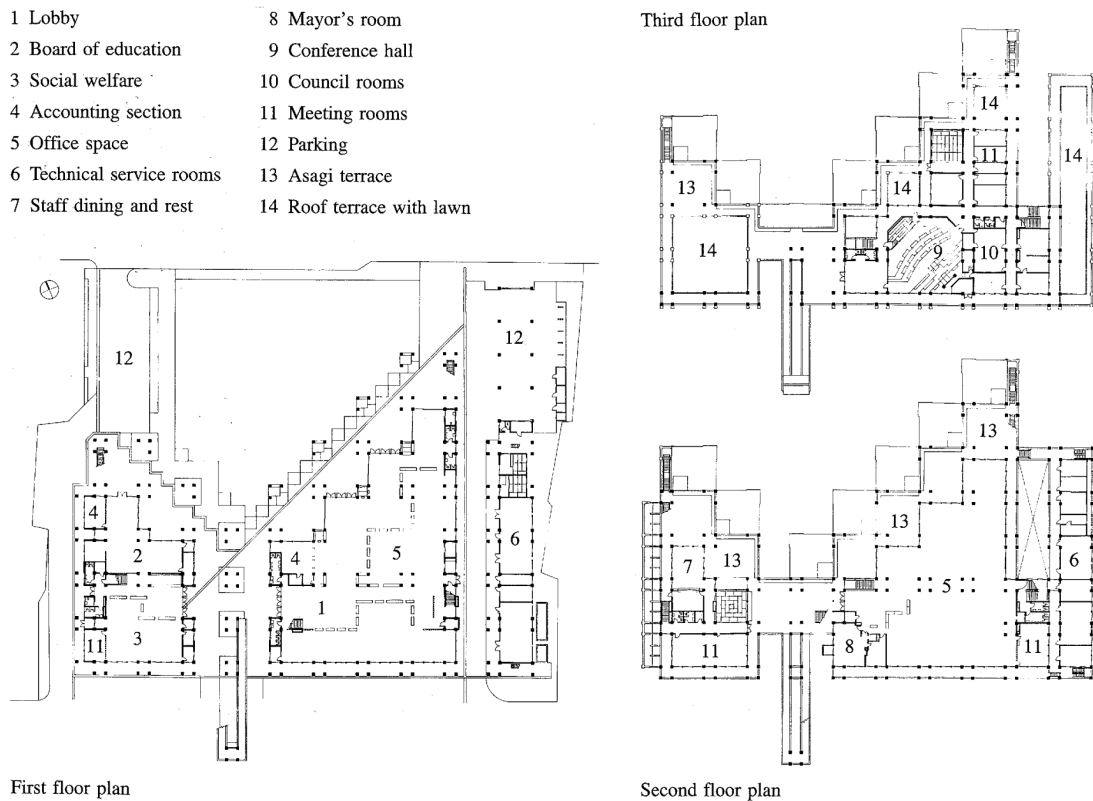


Abb. 1-46 Die Grundrisse der einzelnen Ebenen (GOULET et al. 1991, 116)

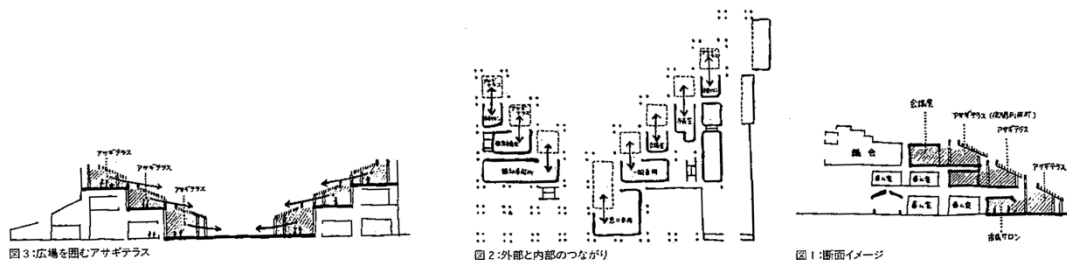


Abb. 1-47 Das Schema der Raumstruktur: Stufenweise Zonierung (OJ Members 1995, 14,15)

Ferner wurden in dem Projekt bewusst Materialien aus der Region eingesetzt. Die Arbeiten wurden von lokalen Handwerksbetrieben ausgeführt. Z.B. wurden überall im Rathaus von Nago Betonblöcke aus regionaler Herstellung eingesetzt. Auf Okinawa gibt es seit jeher die Tradition, mit Stein zu bauen. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam als neuer Baustoff Beton hinzu, der auf erfinderische Weise neu interpretiert wurde. Auch andere lokale Handwerksarbeiten wurden eingesetzt, wie z.B. traditionelle Töpferwaren und Glaskunst, zu sehen an den 56 traditionellen Löwenstatuen aus rotem Ton, welche an der Südfassade aufgereiht sind. Auf diese Weise wurden die lokalen Handwerkstraditionen bewahrt und die lokale Fertigung gefördert. So konnte ein Beitrag zur Stärkung der lokalen Gesellschaft und Wirtschaft geleistet werden.



Abb. 1-48 Traditionelles Bauwerk aus Stein in Okinawa [Links] (ebd., 28)

Abb. 1-49 Stadtlandschaft in Okinawa: Viele Häuser werden aus Beton gebaut [Mitte] (ebd., 12)

Abb. 1-50 Muster von in Okinawa gefertigten Betonblöcken [Rechts] (ebd., 189)

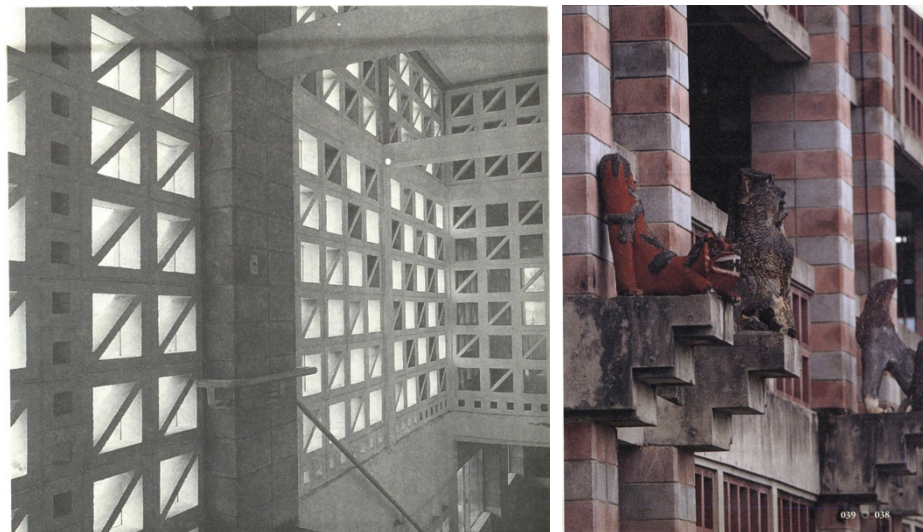


Abb. 1-51 Die Betonblockwand im Nago Rathaus [Links] (ebd., 191)

Abb. 1-52 Traditionelle Löwenstatuen an der Südfassade des Rathauses, gefertigt von lokalen Handwerkern [Rechts] (Atelier Zo 2004, 38)

1.3 Fazit: Das Zusammenfügen individueller Orte zu einem architektonischen Ganzen

Die bisherigen Ausführungen beschäftigten sich mit den planungstechnischen Schwerpunkten bei Einbeziehung der Nutzer in den Entwurfsprozess des Gebäudes.

Aus der Auseinandersetzung mit den frühen Protagonisten des partizipativen Bauens lassen sich zwei übergeordnete Zielsetzungen ableiten:

Als Erstes müssen die Bedürfnisse eines Nutzers gegenüber einem Bauwerk definiert und dann zusammen mit ihm die Art und Weise, wie der Raum gestaltet werden soll, ausgelotet werden.

Als Zweites muss das Umfeld betrachtet werden, das auch nach Fertigstellung des Gebäudes ständig im Fokus der Nutzerbedürfnisse steht und unter anderem von den Nutzern, die schon in den Planungsprozess involviert waren, mitangepasst bzw. weiterentwickelt wird.

Davon ausgehend stellt sich die Frage, welche Wechselbeziehung zwischen dem Raum und dessen Nutzer besteht (also die Adaptierung bzw. Übereinstimmung des Raumes mit den Lebensbedürfnissen) und wie diese in die Planung und Gestaltung miteinbezogen werden kann.

Die Planungstheorie von Shigemura verweist auf das Prinzip, dass der Nutzer durch routinemäßige Handlungen in seinem alltäglichen Umfeld gegenüber seinem Lebensraum eine gewisse Wahrnehmung pflegt und dadurch dem Raum eine Bedeutung verleiht. Auf diese Weise erhält der Raum eine Identität und wird für den Nutzer zu einem besonderen Ort.

Darüber hinaus wird auf das Verhältnis zwischen individuellen Nutzern bzw. Gemeinschaften und dem Raum eingegangen und der Begriff "individueller Ort" definiert.

Um die vielen verschiedenen Bedürfnisse der Nutzer zu erfassen und in der Entwurfsplanung berücksichtigen zu können, wird in dieser Arbeit der Begriff "Zonen" eingeführt. Der architektonische Begriff "Zonen" ist inspiriert von wissenschaftlichen Erkenntnissen über das Lebensumfeld des Menschen, um eine Einteilung - ausgehend von einem selbst bis hin zur Betrachtung der Gesellschaft im Ganzen - zu ermöglichen und die Notwendigkeit einer stufenweisen Anordnung zwischen der persönlichen Zone und den Zonen der Anderen aufzuzeigen.

Die Betrachtung einzelner Beispiele partizipativ geplanter Architektur führt zu planungstechnischen Erkenntnissen, wie die Schaffung und Feinjustierung persönlicher Zonen gelingen kann. Die "Schaffung individueller Orte" und die "Anordnung von Zonen" sollen im folgenden Teil zusammengefasst wiedergegeben werden.

Die Schaffung individueller Orte

Es gibt verschiedene Ansätze, zu welcher Phase die Nutzer am architektonischen Prozess beteiligt werden sollen, um eine Wechselwirkung zwischen Nutzer und Raum zu erzeugen.

Bei Hertzberger wird der räumliche Entwurf so gestaltet, dass der Nutzer den von ihm verwalteten Raum als individuellen Ort wahrnimmt.

Alexander geht von den Träumen und Hoffnungen der zukünftigen Nutzer aus und formuliert eine konkrete Vorstellung und eine Bedeutungsgebung des Raumes, welche er dann in den Entwurf einfließen lässt.

Nach Kroll ergibt sich bereits aus der Partizipation der Nutzer am Entwurfs- und Bauprozess eine eigenständige Bedeutung des Raumes.

Das Team Zoo studiert das Verhalten von Individuen und Gruppen gegenüber dem Raum, in dem sie sich aufhalten. Sie interpretieren dieses Verhalten neu und integrieren es in ihre Entwürfe und Pläne.

Allen diesen Ansätzen liegt der Gedanke zugrunde, dass die Nutzer selbst ihrem Lebensraum Form verleihen, ihn kontrollieren und individualisieren. Dabei sollen nicht nur ihre Wünsche angehört werden, sondern zusammen mit den Nutzern Pläne erarbeitet, Nutzungsweisen festgelegt und die Bedeutungsfindung eines Raumes vorangetrieben werden, auch wenn der Zeitaufwand deutlich höher liegt.

Selbst Team Zoo, welche die Nutzer in der Planungsphase noch nicht mit einbezogen haben, berücksichtigen die lokal-typischen Strukturen und Formen für die Bedeutungsgebung und Rollenverteilung in der Planung. Bei der Schaffung eines "individuellen Ortes" ist es wichtig, nicht nur die bestehenden Bedürfnisse zu verstehen, sondern die routinemäßigen Aktivitäten der Nutzer über einen längeren Zeitraum zu beobachten, da der Nutzer über diese Handlungen einem Raum Bedeutung zukommen lässt.

Die Anordnung von Zonen

Zur Frage, wie jeder Nutzer und jede Nutzergruppe "seinen" individuellen Raum in einen größeren Gebäudekomplex integrieren kann, kommt der stufenweisen Zonierung (von privat nach öffentlich) bei allen betrachteten Projekten eine große Bedeutung zu. Das Rückgrat des räumlichen Entwurfs bildet die Unterscheidung von persönlichen und gemeinsamen Zonen. Bei den Beispielen, in denen Experten und Nutzer zusammen geplant haben, zeigte sich, dass die Nutzer an der Festlegung der Zonenstruktur zwar beteiligt waren, bei Fragen der großformatigen Struktur und der gemeinsamen Zonen aber jeweils die Konstrukteure die Initiative ergriffen und Vorschläge gemacht haben. Selbst bei den Beispielen, bei denen die Nutzer an der Erstellung von Zonen nicht beteiligt sind, erkennt man das Prinzip, dass vornehmlich öffentlich geprägte Zonen (zumindest vorübergehend) auch einer privaten Nutzung zugänglich gemacht werden. Je nach Art der Nutzung kann das Maß an privatem und öffentlichem Raum flexibel angepasst werden. Diese fördert, dass der Nutzer seinen individuellen Ort bis zur öffentlichen Zone entwickelt. Allen Beispielen ist - mit Unterschieden im Ausmaß - gemeinsam, dass die Nutzer die Raumzonen im kleinen Format festsetzen. Die Experten liefern Vorschläge für die überlagernden Strukturen, welche die Anordnung der Zonen von Nutzern unterstützt.

Im weiteren Verlauf dieser Arbeit werden aktuelle Beispiele der Nutzerbeteiligung an Planung und Bau bei der Errichtung öffentlicher Gebäude analysiert. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, wie die Nutzer bei der Planung der Gesamtstruktur des Raums beteiligt und bei der Gestaltung des individuellen Ortes einbezogen werden können.

Projekt		Schwerpunkt von Nutzerbeteiligung	Merkmal
Montessori - Schule in Delft H. Hertzberger	Individueller Ort	<p>• Arrangement des Raums von Nutzer</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung freiwilliges Arrangement des Raums von Nutzer während Nutzung
	Zusammenfügung der Orte	<p>Konzeption Planung Entwurf Bau Nutzung/Verwaltung</p> <p>• Entwurf der Zonierung von individuellem Bereich bis zum Außenbereich und der Zugänglichkeit zwischen diesen Bereichen (Architekt)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Entwurf der Zonierung von individuellem Bereich bis zum Außenbereich und der Zugänglichkeit zwischen diesen Bereichen (Architekt)
Eishin Highschool C. Alexander	Individueller Ort	<p>• Image des Gesamten mit Muster-Sprache</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung und Mitbesitz der Bedeutung des Gebäudes für die Nutzer
	Zusammenfügung der Orte	<p>Konzeption Planung Entwurf Bau Nutzung/Verwaltung</p> <p>• Die Struktur von Muster-Sprachen: von "Holistische Merkmale" bis zu "Merkmale der Inneneinrichtung" • Bestimmung des Lageplans durch "Centering process" von Architekt</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Die Struktur von Muster-Sprachen: von "Holistische Merkmale" bis zu "Merkmale der Inneneinrichtung" • Bestimmung des Lageplans durch "Centering process" von Architekt
Studentendorf Med. Fakultät der Kath. Univ. L. Kroll	Individueller Ort	<p>• Gestaltung individuellen Bereichs nach Nutzerbedarf</p> <p>• Trennwand • Galerie • Garten</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Respekt für Verleihung einer besonderen Bedeutung des Raums aus der Erfahrung der Mitgestaltung von Nutzer
	Zusammenfügung der Orte	<p>Konzeption Planung Entwurf Bau Nutzung/Verwaltung</p> <p>• Verschiedene Formen der Gruppierung der individuellen Räume</p> <p>• Umbau der Schule</p> <p>• Zonierung des Lebensbereichs: Entwurf großer Struktur von Architekt und Regelung kleiner verschiedener Strukturen von Nutzerbeteiligung</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Zonierung des Lebensbereichs: Entwurf großer Struktur von Architekt und Regelung kleiner verschiedener Strukturen von Nutzerbeteiligung
Rathaus in Nago Team Zoo	Individueller Ort	<p>• Verwertung lokaler Materialien und Techniken</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ableitung von Planung und Entwurf aus der Beobachtung der Lebensweise und Raumgestaltung einer bestimmten Person oder Gruppe
	Zusammenfügung der Orte	<p>Konzeption Planung Entwurf Bau Nutzung/Verwaltung</p> <p>(Keine direkte Nutzerbeteiligung an Planung wegen Wettbewerb)</p> <p>• Beobachtung und Erfindung der Besonderheit der lokalen Lebensart und Bedeutung des wichtigen Ortes für die Community</p> <p>• Stufenweise Struktur der Zonierung der Bereiche von innen bis zum Stadtteil: Ableitung aus der Beobachtung der Umgebung (Architekt)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Stufenweise Struktur der Zonierung der Bereiche von innen bis zum Stadtteil: Ableitung aus der Beobachtung der Umgebung (Architekt)

Abb. 1-53 Schwerpunkte der Nutzerbeteiligung bei den Beispielen (eigene Darstellung)



Kapitel 2

Aktuelle Tendenzen und Probleme der Bürgerbeteiligung bei stadtplanerischen Prozessen und der Errichtung von öffentlichen Bauten in Deutschland und Japan

- 2.1 Aktuelle Tendenzen und Probleme der Bürgerbeteiligung in Deutschland und Japan
 - 2.1.1 Aktuelle Formen kommunaler Selbstverwaltung und Bauverwaltung in Deutschland und Japan
 - 2.1.2 Bürgerbeteiligung bei stadtplanerischen Entscheidungen : Neue Planungskultur in Deutschland und *machizukuri* in Japan
 - 2.1.3 Bürgerbeteiligung bei der Errichtung öffentlicher Bauten in Japan
 - 2.1.4 Neuer Trend: Quartiersentwicklung mit Baugemeinschaften in Deutschland
 - 2.1.5 Fazit

- 2.2 Aktuelle Probleme der Bürgerbeteiligung in Deutschland und Japan
 - 2.2.1 Probleme in Japan
 - 2.2.2 Probleme in Deutschland
 - 2.2.3 Fazit: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

2.1 Aktuelle Tendenzen und Probleme der Bürgerbeteiligung in Deutschland und Japan

2.1.1 Aktuelle Formen kommunaler Selbstverwaltung und Bauverwaltung in Deutschland und Japan

Zu Beginn wird die politische Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung seit 1990 in beiden Ländern betrachtet. Diese bildet den Rahmen für die aktuellen Entwicklungen der Bürgerbeteiligung an städtebaulichen Entscheidungsprozessen und bei der Planung öffentlicher Bauten. Hierbei stellt sich die zentrale Frage, in welchem Maße es dem einzelnen Bürger möglich ist, sich aktiv an der Gestaltung seines direkten Umfelds zu beteiligen.

Eine Forschergruppe unter Leitung von Yoshihiko Nawata, Professor für Rechtssoziologie an der Hosei-Universität in Tokyo, widmet sich in ihrer internationalen Vergleichsforschung zum Thema kommunale Selbstverwaltungspolitik unter anderem den Bedingungen in Deutschland und Japan. (Vgl. NAWATA et.al 2009)

Dabei konstatieren sie in den letzten Jahren in den meisten hochindustrialisierten Ländern die Zunahme einer Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und bürgerschaftlichen Organisationen oder privatrechtlichen Unternehmern. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftsflaute und Finanzkrise der 1990er Jahre hat sich dieser Trend sowohl in Japan als auch in Deutschland trotz unterschiedlicher Geschichte und Sozialstrukturen manifestiert. Dies bedeutet für die Bürger tendenziell Beteiligung nicht nur an öffentlichen Entscheidungsprozessen, sondern mehr an deren Umsetzung. Doch auch wenn sich diese Entwicklung in beiden Ländern beobachten lässt, so sind die Auswirkungen sehr unterschiedlich.

In Deutschland ist das Recht auf kommunale Selbstverwaltung in Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz festgesetzt. Dabei hat die juristische Neuordnung nach dem zweiten Weltkrieg zu einer Vielfalt kommunaler Verfassungssysteme und Aussagen in den jeweiligen Landesverfassungen geführt. Die im Grundgesetz festgeschriebene Selbstverwaltungsgarantie umfasst insbesondere Fragen der Finanz- und Kommunalabgabehoheit, Personalhoheit, Organisationshoheit, Planungshoheit und Satzungshoheit. Die zuständigen Entscheidungssysteme werden der kommunalen Ebene über Kommunalverfassungen (Gemeinde-, Kreisordnungen) als Ländergesetze vorgegeben.

Deutsche Großstädte besitzen den Status einer kreisfreien Stadt, was bedeutet, dass die Gliederung der Selbstverwaltung auf lokale Gemeindeebene und übergeordnete Kreisebene entfällt. Dafür werden sie in größere Teil Verwaltungseinheiten unterteilt, die sogenannten Bezirke. Diese erhalten ein eigenes sogenanntes Bezirksamt, das von hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Bezirksvorstehern geleitet wird. Jeder Bezirk hat eine eigene Bezirksvertretung. Diese kann dem Gemeinderat Empfehlungen für die Verteilung der Geldmittel geben. Dieser entscheidet schließlich unter Berücksichtigung der Empfehlungen. Die Ämter in jedem Bezirk sind unmittelbar dafür verantwortlich, die Beschlüsse anzunehmen und sich um deren Realisierung zu bemühen, doch die Reichweite der Bezirksbehörden ist nicht übermäßig groß. Abgesehen davon, dass sie eine Organisationsstruktur und die nötigen Kompetenzen besitzen, mit denen

sie alle Beschlüsse des Bürgervertretersystems ausführen können, kommt es besonders im Zuge der finanziellen Problematik der letzten Jahre vor, dass Beschlüsse nicht realisiert werden können.

Auch in Deutschland nimmt die Zahl kommunaler Projekte zu, die Kooperationen mit Privatorganisationen vorsehen, um das bürgerschaftliche Engagement (ehrenamtliche Tätigkeiten) durch Aufgabenübertragung zu fördern.

Ein Vorgehen wie in Japan, bei dem zusätzlich zu unbezahlten Helfern auch Aktivitäten für den Betrieb gefördert werden, breitet sich in Deutschland nicht aus.

Die Beteiligung der Bürger an der öffentlichen Entscheidungsfindung wird durch verschiedene Institutionen gewährleistet. Ein starker, fürsorglicher Staat mit einem effektiven Verwaltungssystem, wie ihn sich der Großteil der deutschen Bevölkerung wünscht, erschwert die Übernahme von öffentlichen Tätigkeiten und Diensten durch private Initiativen und den Ausbau ehrenamtlichen Engagements.

Im Gegensatz zu den oben erwähnten Behauptungen von Nawata, gibt es für den Stadtplaner und Architekt Klaus Selle einen anderen wichtigen Grund, warum die Kooperation mit BürgerInnen im kommunalpolitischen Bereich in Deutschland nicht besonders gut funktioniert. Aus einer Vielzahl an Erfahrungen, die er bei Projekten mit Bürgerbeteiligung gewonnen hat, ist für ihn klar, dass Stadtentwicklung auf die Mitwirkung von Bürger angewiesen ist. Nicht nur weil das paternalistisch-sozialstaatliche Modell zusammengebrochen ist, sondern auch weil parallel zur Privatisierung der Märkte ein Großteil der bürgerlichen Schichten heute ein größeres Interesse daran hat, Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten im politischen Prozess zu erhalten. Seitdem die Kommunen aufgrund der Haushaltskrise in den neunziger Jahren die Entscheidungen aus Beteiligungsverfahren nur noch selten mehr umsetzen können, wollen die Bürger nicht nur an Entscheidungsprozessen beteiligt werden, sondern engagieren sich zunehmend in Bürgergruppen, die gemeinwohlorientierte Aktivitäten durchführen und die Dinge selbst in die Hand nehmen. (Vgl. SELLE 2012) Selle führt weiter aus, dass die bisherige Politik in der Kooperation mit Privatorganisationen kaum Rücksicht auf die Interessen von Privatorganisationen nimmt. Die Lösung dieses Problems sieht Selle als zentrale Herausforderung, um das schon existierende Engagement von Bürgern noch stärker für die Stadt- und Quartierentwicklung zu nutzen. Er nennt das "Bürgerorientierte Kommunen" (SELLE 2007, 5)

In Japan wurden Nawatas Studie zufolge seit Mitte der 1970er Jahre in vielen Kommunen gemeindeautonome Institutionen eingeführt. Diese hatten schon sehr bald einen für Japan typischen Zustand angenommen, der eine Politik der Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und privaten Organisationen fördert. Erstens existierten Einrichtungen, wie die "*juku kyōgikai*" (Stadtteilkonferenzen) im Nakanon-Bezirk von Tokyo oder die "*kumin kaigi*" (Einwohnerversammlungen) in Yokohama, bei denen man sich auf den Grundsatz der öffentlichen Entscheidungsfindung berief. Trotzdem wurden diese Bürgerorganisationen nicht als Gremien wahrgenommen, die Entscheidungen treffen. So beschränkte sich ihr Wirken auf die Besprechung einiger städtischer Probleme und gemeinsamer Aufgaben, ohne jeglichen rechtlichen Anspruch.

Zweitens waren die "*jumin kyōgikai*" (Stadtteilkonferenzen) in Mitaka oder die "*juku jumin kaigi*" (Einwohnerversammlungen) im Meguro-Bezirk von Tokyo dafür vorgesehen, neben der Aufgabe allgemeine

Probleme zu besprechen, auch die Leitung und Kontrolle der Bürgerhäuser zu organisieren, die in den jeweiligen Bezirken geplant waren und so eine Kooperation zwischen Bürgern und öffentlichen Einrichtungen zu gewährleisten.

Drittens handelt es sich bei Personen, die öffentliche Aufgaben aufgrund einer Institutionalisierung der Selbstverwaltung einer Gemeinde übernahmen, fast ausschließlich um Freiwillige. In Japan existieren "*jichikai chōnaikai*" = Nachbarschaftsvereinigungen. Diesen wurde nun die Aufgabe der Konsensbildung und die Organisation öffentlicher Dienstleistungen in fast allen Bezirken übertragen.

Die gestiegenen Einkommen der Bürger und die damit verbundenen höheren Steueraufkommen in der darauffolgenden Phase des hohen Wirtschaftswachstums, führten zu einer Schwächung der Nachbarschaftsvereinigungen.

Seit 1990 sank das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen. Während man aufgrund der sich veränderten Finanzlage auch die Verwaltungsdienstleistungen reduzierte, versuchten die Kommunen, die Nachbarschaftsvereinigungen wieder zu aktivieren oder ein System zu institutionalisieren, das die Nachbarschaftsvereinigungen ersetzt, um den sich abzeichnenden Mangel an Engagierten (u.a. auch durch die Alterung der Gesellschaft) etwas entgegenzusetzen.

In den 1990ern ging man dazu über, die "*jichikai chōnaikai*" und kleine Schulbezirke als neue Basis für eine Struktur eines Bürgersystems zu nutzen, bei dem die Bürger selbst städtische Probleme, v.a. soziale Probleme, lösten.

In den 80ern war es üblich, in allen Bezirken Gemeindezentren zu errichten. Hier sollte dem individualisierten Bürger die Gelegenheit zum lebenslangen Lernen ermöglicht werden. Diese Rolle der Gemeindezentren hat sich auch in den 90er so geändert, dass die Einrichtung durch das Angebot von Wohlfahrtstätigkeiten die allgemein Lebensqualität in ihrem Umfeld verbessern.

Als im Bereich der Stadtplanung 1980 ein Distriktplanungssystem eingeführt wurde, welches zum Ziel hatte, städtebauliche Entwicklungen auf der Mikroebene zu kontrollieren und die Planung besser auf die Bedürfnisse eines Stadtteils abzustimmen, erließen einige Gemeinden "Vorschriften zum *machizukuri* (=Stadtgestaltung)", mit denen Bürgerorganisationen in der Distriktplanung bestimmte Zuständigkeiten übertragen wurden, die ausschließlich stadtplanerische Aufgaben betrafen. Diese Vorschriften wurden nur in den Gegenden von Belang erlassen, in denen aktuell größere städtebauliche Herausforderungen zu lösen waren. Das Problem war, dass die Zuständigkeiten mit privaten Vermögensrechten, z.B. der Grundstücksbesitzer, kollidierten, was die Hemmschwelle für Aktivitäten, die auf Freiwilligenbasis durchgeführt werden sollten, erhöhte.

Das endgültige Entscheidungsrecht lag zudem weiterhin bei der Gemeindeverwaltung. Dennoch ermöglichten die Einrichtung des *machizukuri* den Bürgern eines Stadtteils, ihre Meinung zu städtebaulichen Fragen zu äußern und das Ergebnis der Diskussion in den Prozess mit einer stärkeren Gewichtung einzubringen.

In diesem Kontext unterstützten die Stadtverwaltungen die ehrenamtliche Tätigkeit der Bürgergruppen, die sich oftmals aufgrund gemeinsamer Interessen (z.B. Kindererziehungsangebote) zusammenschlossen. Daraus entstandene konkrete Aktivitäten unter Leitung der Bürger, die sich der Lösung städtischer Probleme widmeten und eine Zusammenarbeit von Verwaltung und Bürgern förderten. Dies führte zu positi-

ven Ergebnissen in der neueren Stadtplanung. Bis heute profitiert Japan von diesem neuen städtebaulichen Instrument, das die klassischen Methoden erweitert und ergänzt.

2.1.2 Bürgerbeteiligung bei stadtplanerischen Entscheidungen: Neue Planungskultur in Deutschland und *machizukuri* in Japan

Die von Nawata u.a. erläuterten Besonderheiten der kommunalen Selbstverwaltungspolitik mit Formen der Bürgerbeteiligung, zeigen sich auch in den Besonderheiten bei der Bürgerbeteiligung an stadtplanerischen Vorgängen.

Die Soziologin Silke Vogt konzentriert sich auf die unter Leitung der Bürger durchgeführte Stadtplanung auf Mikroebene, das japanische "*machizukuri*". (Vgl. VOGT 2001)

machizukuri ist ein Sammelbegriff für alle auf die Verbesserung der örtlichen Lebensbedingungen abzielenden Aktivitäten, wobei die Kooperation zwischen den ansässigen Bürgern und den dortigen Selbstverwaltungseinheiten im Mittelpunkt steht. (ebd., 75)

Vogt hat das *machizukuri* mit der Art der Bürgerbeteiligung an stadtplanerischen Vorgängen in Deutschland verglichen. Dabei führt Sie als deutsche Besonderheit die "Neue Planungskultur" seit den 1990ern an, die auf einem direkten Meinungsaustausch zwischen Verwaltung, Fachleuten und Bürgern basiert. Indem sie diese mit der japanischen *machizukuri* vergleicht, ordnet sie die Eigenarten dieser neuen Art der Bürgerbeteiligung in beiden Ländern wie folgt ein:

1) Bürgerbeteiligung in Deutschland auf Makro- und Mesoebene; in Japan auf Mikroebene
Bischoff hat als Klassifizierungsmethode der Bürgerbeteiligungsformen in beiden Ländern die Einteilung in Makroebene (Region, Bundesland), Mesoebene (Dorf, Wohnungsgebiet, Stadt) und Mikroebene (Grundstück, Straße, Wohnviertel) für den Umfang der Erschließung des Landes vorgegeben. (BISCHOFF et.al 1995, 166 zit. n. VOGT 2001, 246)

Im deutschen Stadtplanungsrecht findet eine Kontrolle durch die zweistufige Planung des Flächennutzungsplans und Bebauungsplans statt. Jede Kommune verfügt über diese Entscheidungskompetenzen. Zusätzlich sind im Baugesetzbuch die Partizipationsrechte der Bürger bezüglich dieser beiden Planungsarten detailliert ausformuliert, was den Rahmen der Bürgerbeteiligung auf Meso- und Makroebene festlegt.

Auch in der japanischen Stadtplanung werden im Zusammenhang mit dem *toshikeikaku*, der die übergeordnete Rahmenplanung definiert, Flächennutzungspläne (*zoning*) und Distriktpläne erstellt. Hierbei besitzt die übergeordnete Provinz die Entscheidungskompetenzen. Es ist daher für die Gemeinden schwierig eine Bürgerbeteiligung an der Planung auf Makro- und Mesoebene zu ermöglichen.

Allerdings sind die Aktivitäten des *machizukuri*, die in den Wohnvierteln auf Basis von Nachbarschaftsvereinigungen und dem ehrenamtlichen Engagement der Bewohner basieren, auf Mikroebene erfolgreich. Vogt meint, dass im Vergleich mit der Bürgerbeteiligung auf Mikroebene in Deutschland *machizukuri* die Bedürfnisse der Bürger viel stärker berücksichtigt und somit erfolgreicher ist.

Nach ihrer Auffassung ist in Deutschland das Recht der Bürger auf Teilnahme an der Stadtplanung zwar durch das Baugesetzbuch festgesetzt, die Verwaltungen halten aber zu stark an den Vorgaben bezüglich der Durchführung von Bürgerbeteiligung fest. Gerade deswegen ist es schwierig, eine vergleichbare ungezwungene Unterstützung wie beim japanischen *machizukuri* durch die Bürger zu erwarten, weil Art und Weise der Teilnahme der Bürger an der Planung zu starr vorgegeben sind.

2) Nachbarschaftshilfe als Kern des *machizikuri* in den Wohnvierteln

In Japan bilden die *chōkai* (*jichikai chōnaikai* = Nachbarschaftsvereinigungen) die Basis der *machizukuri*-Bewegung. Doch das Engagement Jugendlicher und Menschen mittleren Alters in den Nachbarschaftsvereinigungen lässt nach.

In Deutschland gibt es keine vergleichbaren Gruppierungen, entsprechend den japanischen *chōkai*. Kirchengemeinden übernehmen eine ähnliche Funktion, sie schließen aber nicht alle Einwohner mit ein. In diesem Sinne erwägt Vogt die Belebung von Aktivitäten vorhandener Nachbarschaftsvereinigungen, z.B. existierender Kirchengemeinden in Deutschland, ohne sich dabei nur auf deren spezifische (hier religiöse) Ausrichtung zu beziehen. Die Betonung eines übergeordneten, neutralen und nachbarschaftlichen Gedankens würde die Bereitschaft der Bürger erhöhen, sich zu engagieren. Es ist nicht zwangsweise nötig, neue Nachbarschaftshilfen vergleichbar den japanischen *chōkais* zu gründen.

3) Stetige Gelegenheit zur Verbesserung der Beteiligungssituation der Bürger

Bei Betrachtung des japanischen *machizukuri* ist das Angebot für fachliche Weiterbildung sehr hoch: Veranstaltungen oder Lehrgänge zur Verbesserung des Spezialwissens für die Bürger, wie z.B. Kurse von Fachplanern zu verschiedenen Themen wie Gartengestaltung, Gebäudemanagement, werden verglichen mit Deutschland relativ häufig angeboten. Dies ermöglicht den Bürgern ein "level up" ihres Bildungsniveaus, was ihre Kompetenzen bei der Teilnahme an Fachdiskussionen erhöht.

Ein Problem ist die bisher noch spärliche Nutzung der vorhandenen Angebote.

Ein weiteres Problem sieht Vogt im Rotationsprinzip für japanische Verwaltungsmitarbeiter. Die Beamten wechseln ihre Position gemäß dem "Prinzip der Gleichberechtigung" in regelmäßigen Abständen. Dies und die Art der Ausbildung zu "Generalisten" verhindern, dass japanische Beamte Experten auf einem bestimmten Gebiet werden können und so auch von der Bevölkerung wahr genommen werden.

4) Betrachtung der Atmosphäre der Workshops Angebote: Ein Japan, das Spaß und Lockerheit während des Prozesses vermittelt und ein am Ergebnis orientiertes Deutschland, das eine ernsthafte Atmosphäre schätzt

Vogt vergleicht die Ausgestaltung der Workshops in beiden Ländern.

In Japan wird mehr Gewicht auf die Art des Veranstaltungsablaufs gelegt (Prozessorientiertheit). Die Ideen sollen dabei gemeinsam formuliert werden. Dabei ist *tanoshi* wichtig, ein Begriff für "Spaß haben". Für Japaner ist es wichtig, ihr knapp bemessene Freizeit nicht bei Veranstaltungen zu verbringen, die rein zielorientiert ablaufen, ohne dass man sich dabei auch unterhalten fühlt.

Umgekehrt ist es in Deutschland wichtig, dass sich nach Workshops Erfolge vorzeigen lassen und dass der Prozess entlang einer Vorlage, die man vorher ausgearbeitet hat, voranschreitet. In Deutschland wird eine Durchführung in lockerer Atmosphäre eher als hinderlich für einen Prozess betrachtet, bei dem man sich ernsthaft mit etwas auseinandersetzen soll.

Vogt meint, dass man über einen Prozess nachdenken sollte, der beide Besonderheiten verbindet, "Spaß" und "Ernsthaftigkeit" geschickt reguliert und in dem der Faktor Stadtplanung nicht nur einen rein nüchternen Arbeitsvorgang darstellt, sondern auch die Gelegenheit für sozialen Austausch unter den Beteiligten bietet.

Die Nachbarschaftsvereinigungen, als wichtiger Faktor des japanischen Kooperationsmodells für die Regelung der regionalen Selbstverwaltung, spielen auch eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung einer vertrauten Lebensumgebung durch die Einwohner selbst.

Der Architekt und Stadtplaner Makoto Mizushima, der in Japan und Deutschland tätig ist, fasst die Unterschiede der Bürgerbeteiligung an der Stadtplanung in Deutschland und Japan folgendermaßen zusammen. (Vgl. MIZUSHIMA 2011, 53-56)

Japan:

- Räte für das *machizukuri* und das Veranstanden von Workshops: Zur Förderung der Formulierung von Lösungsvorschlägen durch die beteiligten Bürger
- Beteiligung der Bürger durch öffentliche Ausschreibung an Beratungsausschüssen
- Förderung von Planungsvorschlägen von Grundstücksbesitzern und Unternehmern, die mit bestimmten öffentlichen Strukturen und Planungen in Verbindung stehen und dort Erfolge vorweisen können.

Deutschland:

- Abhaltung von öffentlichen Anhörungen oder Informationstreffen, bei denen Bürger ihre Meinung äußern können.
- Ausarbeitung von Plänen zur Stadtplanung. Dies ist die Amtspflicht der Verwaltung und die Bewohner haben das Recht, während der vorgeschriebenen Offenlegung ihre Kritik und Meinung an der Planung schriftlich zu äußern. Alle Eingaben werden einzeln geprüft und gegeben falls in der weiteren Planung berücksichtigt.

Der Hauptunterschied in der Einbeziehung der Bürger besteht darin, dass in Deutschland Fachplaner, die von der Verwaltung beauftragt wurden, die Verantwortung tragen und Pläne ausarbeiten. Die Bürger haben die Möglichkeit, Einsicht in die Planung zu nehmen und ihre Meinung in Form von Anregungen und Kritik zu äußern, die dann nach Prüfung in der Planung berücksichtigt werden kann.

In Japan werden die Einwohner direkt in die Ausarbeitung der Pläne miteinbezogen.

In beiden Ländern besitzen die Bürger keine direkten Entscheidungskompetenzen.

In Deutschland ist der Ablauf des Vorgehens klar geregelt, in Japan ist dieser Ablauf weicher gestaltet.

2.1.3 Bürgerbeteiligung bei der Errichtung öffentlicher Bauten in Japan

Handelt es sich bei dem oben erwähnten, auf der Zusammenarbeit von Bürgern und Verwaltung basierenden *machizukuri* womöglich um etwas, das zu einer Bürgerbeteiligung bei der Errichtung öffentlicher Bauten führt?

Zu diesem Punkt sollen, ausgehend von der Betrachtung des aktuellen Forschungsstandes, einige Überlegungen angestellt werden.

Der Stadtplaner Morio Uduki, der Partizipation bei Planung öffentlicher Bauten thematisiert, fasst die bisherige Entwicklung der Bürgerbeteiligung bei der Errichtung öffentlicher Bauten zusammen (UDUKI 2004, 5-6):

1970er Jahre: Beginn der Bürgerbeteiligung an der Errichtung öffentlicher Bauten mit der Forderung zur Verbesserung der Lebensqualität im Wohnumfeld

In den 70er Jahren nahm das Interesse der Bürger an der Verbesserung ihres Lebensraums als Reaktion auf die Umweltschäden und die Bausünden der 60er Jahre deutlich zu.

Uduki führt als Beispiel dieser Zeit die Bürgeraktionen zur Förderung sozialer Wohlfahrt an.

1969 begannen in Sendai Rollstuhlfahrer und Bürgerinitiativen gemeinsam die Behindertengerechtigkeit öffentlicher Bauten zu prüfen.

1972 fuhr in Machida der erste Bus mit Rollstuhllift und die städtische Bibliothek wurde als erste öffentliche Einrichtung mit einer behindertengerechten Toilette ausgestattet.

Außerdem wurden in dieser Zeit kleine öffentliche Parks realisiert wie der Hanegi Park in Setagaya-ku, bei denen die Bürger die komplette Realisierung vom Nutzungs- und Entwurfskonzept über den Grundstückserwerb und die Planung bis hin zur späteren Verwaltung übernommen haben.

1980er Jahre : Aufstellung des Systems *Chiku-keikaku* (Distriktplanung) und Verordnung von Vorschriften zum *machizukuri*

Die Erfahrungen mit Bürgerbeteiligungsverfahren in den 70er Jahren führten zur Verabschiedung des Gesetzes über Bürgerbeteiligung an stadtplanerische Prozessen 1980. Bei *Machizukuri-Kyogikai* (Stadtteilkonferenz mit Bewohnern) in Kobe oder Setagaya-ku werden seitdem Fragen der Gestaltung und Verwaltung von öffentlichen Bauten wie Straßen oder Parkanlagen behandelt. Städte wie Yokohama, die im Gegensatz zum gängigen System eigene Fachabteilungen für Stadtplanung und Städtebau unterhalten, beteiligen die Bürger stärker an der Projektentwicklung von Brücken, Bahnhöfen, öffentlichen Plätzen oder Spielanlagen in Parks in der Planungsphase. Die hier gewonnenen Erfahrungen haben auch viel zur Entwicklung neuer Methoden für die Durchführung von Workshops oder Ideenwettbewerbe beigetragen.

Anfang 1990er Jahre : Partizipative Bauprojekte sozialer Einrichtungen in Dörfern

In dieser Zeit wurden in einigen Dörfern mit stark rückläufigen Einwohnerzahlen partizipative Bauprojekte unter Einbeziehung der Bevölkerung umgesetzt, um neue Dorfzentren zu bilden wie z.B. Schule und

Forum in Namiai (800 Einwohner) oder Museum und Kulturzentrum in Gokanosho-Kureko (60 Einwohner). Aufgrund der geringen Einwohnerzahlen verlief die Bürgerbeteiligung nicht anonym. Im Gegenteil ermöglichten Sie eine enge Kommunikation zwischen Nutzern und Architekten.

1990er Jahre : Partizipative Bauprojekte medizinischer Einrichtungen für Gesundheitspflege

In den 90er Jahren wurden im Bereich Medizin und Wohlfahrtspflege partizipative Bauprojekte realisiert wie z.B. das Care Center Naruse in Machida, bei dem die soziale Körperschaft, bestehend aus einer Ärztin und einer Bürgerinitiative, die Gestaltung des Gebäudes mitbestimmt und auch den Betrieb übernommen hat

Die Stadtplaner um Hideaki Shimura haben etwa 150 Beispiele für Partizipation bei der Planung und Errichtung öffentlicher Gebäude ausgewählt, die von 1993 bis 2003 in Architekturzeitschriften veröffentlicht wurden. Dabei untersuchten sie Art der Nutzung, Fläche und Methoden oder Stadien der Bürgerbeteiligung usw. (Vgl. SHIMURA et.al 2004)

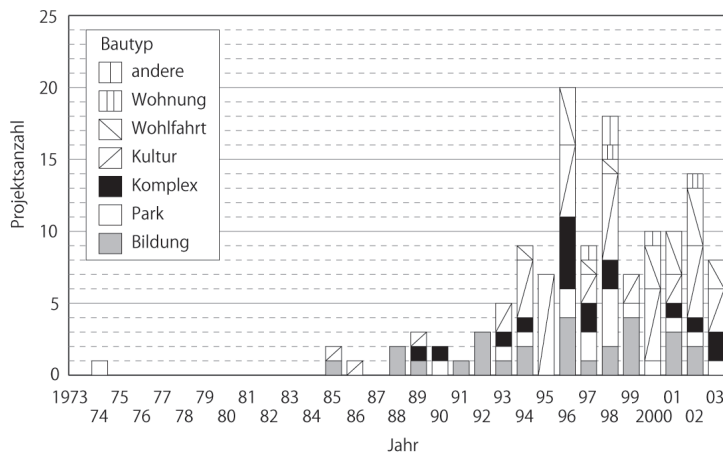


Abb. 2-1 Zahl der öffentlichen Bauprojekten mit Bürgerbeteiligung und Jahr deren Fertigstellung (SHIMURA 2004, 79) (Übersetzung v. Verf.)

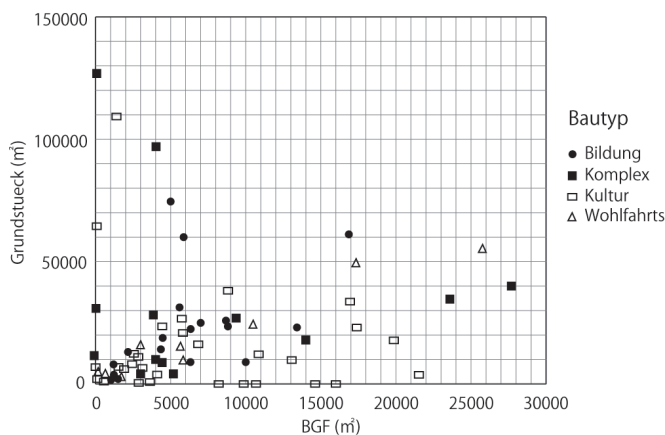


Abb. 2-2 Flächen der Projekten (ebd., 80) (Übersetzung v. Verf.)

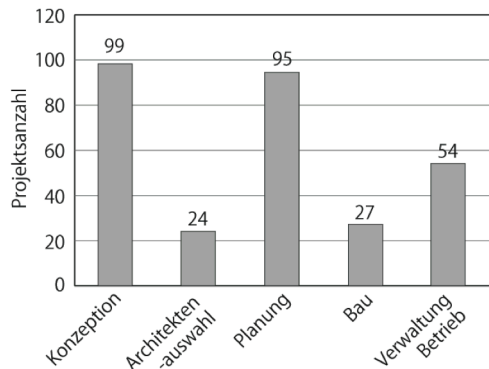


Abb.2-3 Phase der Bürgerbeteiligung (ebd., 82)
(Übersetzung v.Verf.)

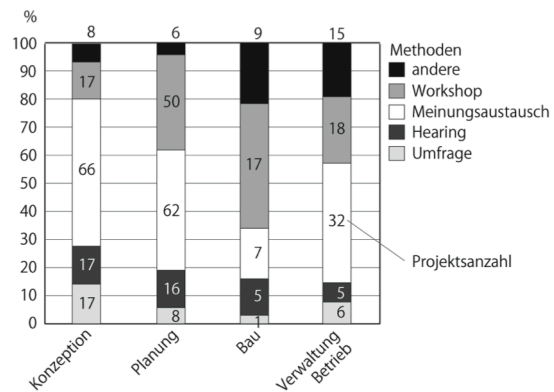


Abb. 2-4 Methoden der Bürgerbeteiligung (ebd., 82)
(Übersetzung v.Verf.)

Unter den Beispielen gibt es zahlreiche Bildungseinrichtungen und öffentliche Parks. Betrachtet man die Fläche der Einrichtungen, lagen die Brutto-Grundflächen meist unter 7000m². Unter den Beispielen sind viele Stadtteileinrichtungen.

Auffällig ist die Veränderung der Zahl von Fertigstellungen pro Jahr.

Ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre nimmt die Zahl bis in die 1990er Jahre stetig zu. Gerade in der zweiten Hälfte der 90er Jahre wird viel gebaut. (1996 steht mit der Realisierung von 20 Projekten an der Spitze.) Ab dem Jahr 2000 pendelt sich die Zahl bei durchschnittlich etwa 10 Projekten ein.

Bis zum Beginn der 1990er Jahre waren es überwiegend Parks und Bildungseinrichtungen, die partizipativ errichtet wurden. Seit 1993 wurden zunehmend Mehrzweckeinrichtungen und kulturelle Einrichtungen gebaut. Seit 1996 sind die drei hauptsächlich vertretenen Bautypen Mehrzweckeinrichtungen, Kulturelle Einrichtungen und Wohlfahrtseinrichtungen.

Es ist offensichtlich, dass Bürgerbeteiligung an öffentlichen Einrichtungen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre deutlich an Bedeutung gewann.

Was die Art der Beteiligung angeht, so waren Bürger an der "Konzeptentwicklung" und der "Planung" bei zwei Drittel der untersuchten Beispiele beteiligt. Am wenigsten beteiligt waren sie in der Phase der "Auswahl des Architekten" und in der "Bauphase". Die Teilnahme in der Phase des "Betriebs" wurde bei einem Drittel der untersuchten Beispiele umgesetzt.

Was die Methoden der Partizipation betrifft, so waren Treffen zum Meinungsaustausch in den Phasen der Konzeptentwicklung, der Planung und des Betriebs, die am häufigsten angewendete Form.

Es wurden auch zahlreiche Workshops veranstaltet. Diese wurden am häufigsten in der Bauphase durchgeführt. Hingegen ist ihr Anteil in der Phase der Konzeptentwicklung gering. Dagegen wurden Befragungen und die Ausgabe von Fragebögen in der Phase der Konzeptentwicklung vergleichsweise häufig durchgeführt.

Daraus ergeben sich folgende Erkenntnisse:

- Die Zahl der Bürgerbeteiligungen an öffentlichen Einrichtungen nimmt in der zweiten Hälfte der 90er Jahre stark zu und bleibt in den folgenden Jahren stabil auf einem hohen Niveau.

- Bei einem Großteil der Projekte handelt es sich um Stadtteileinrichtungen. Es wird angenommen, dass dies mit der Politik des *machizukuri* (Bürgerbeteiligung an der Stadtgestaltung auf Mikroebene) in Zusammenhang steht.
- Der Umfang der Beteiligung in der Frühphase der Projekte ist erheblich wie z.B. die Beteiligung an der Konzeptentwicklung in Form von Treffen zum Meinungsaustausch oder an der Planung in Form von Workshops.
- Eine häufige angewendete Methode sind Treffen zum Meinungsaustausch. Workshops in der Phase der Konzeptentwicklung sind selten.

Es zeigt sich, dass seit den 90ern Jahren nicht nur die Bürgerbeteiligung an stadtplanerischen Prozessen, sondern auch die Bürgerbeteiligung an der Planung öffentlicher Einrichtungen gefördert wurde.

Ein interessanter Aspekt ist die Bürgerbeteiligung auch am Betrieb (Verwaltung und Leitung) der Einrichtungen.

Bei einem von Uduki genannten Beispiel einer Gemeinschaftswohnung demenzkranker älterer Menschen (Fertigstellung 2002) verwalten die von Anwohnern gegründeten soziale Dienste gemeinsam mit Freiwilligen die Einrichtung. Bewohner aus dem Umkreis unterstützen die Wohlfahrtstätigkeiten der Einrichtung, indem sie beispielsweise als ehrenamtliche Mitarbeiter zusammen mit den Demenzkranken der Einrichtung, Gartenbauaktivitäten im Innenhof ausüben. (UDUKI 2004, 6)

2.1.4 Neuer Trend: Quartiersentwicklung mit Baugemeinschaften in Deutschland

Wie auch Selle beobachtet (Selle 2012), entstehen heute in Deutschland immer mehr selbständig organisierte Initiativen, die sich aktiv an der Entwicklung ihrer unmittelbaren Umgebung beteiligen. Die aktuelle Aufgabe der Kommunen ist, diese als Partner oder Träger für öffentliche Projekte zu gewinnen und somit dieses Potential für übergeordnete Planungsprozesse zu nutzen. In den letzten Jahren sind auch einige Ansätze zu beobachten, diese neuen Initiativen an städtebaulichen Prozessen zu beteiligen. Der Trend zur Bildung von Baugemeinschaften bietet hier eine Möglichkeit.

Seit 20 Jahren entstehen in Deutschland und anderen europäischen Ländern vermehrt Wohnungsbauprojekte, für deren Realisierung sich Menschen mit ähnlichen Wohn- und Lebensvorstellungen zusammenfinden und gemeinsam als Bauherr auftreten. Beispiele hierfür sind die Frauenwohnhäuser im Rieselfeld in Freiburg oder die Wiener Sargfabrik, eine große Wohngemeinschaft mit gemeinschaftlichen Einrichtungen wie z.B. Kultur-, Seminar-, Badehaus, Kindergarten und Restaurant. In Deutschland nennt man Gruppen mit ähnlichen Alltagsinteressen, die gemeinsam Wohnbauten realisieren, Baugemeinschaften.

Tilman Harlander, Professor für Architektur- und Wohnsoziologie an der Universität Stuttgart, betrachtet diesen Trend nicht einfach nur als Streben nach einer gemeinschaftlichen Welt, sondern als "neuen Versuch, zwischen privaten Interessen und öffentlichen Interessen, persönlichem Besitz und öffentlichem Besitz, der Kultur einzelner Wohneinheiten und öffentlichen Plätzen jeweils die Balance zu finden". (HARLANDER & KUHN 2008, 13)

Gerd Kuhn, der ebenfalls an der Universität Stuttgart als Wohnsoziologe lehrt und forscht und sich intensiv mit der Entwicklung von Baugemeinschaften beschäftigt, ist der Überzeugung, dass solche Projekte nicht nur individuelle Wohneinheiten sind, sondern in vielen Städten ein wichtiger Faktor für aktuelle Stadtentwicklungen darstellen.

In den 70ern und 80ern Jahre zogen junge Familien zunehmend in die Vorstädte. Verbunden mit einem Rückgang der Bevölkerungszahl kam es in den meisten deutschen Städten zu einer Aushöhlung der Stadtzentren. Hier wohnten nur noch Vertreter der sozial schwachen Schichten und Migranten, was zu latent problematischen Strukturen führte.

Als nach der Wiedervereinigung in manchen Städten durch den Abzugs der ausländischen Militäreinheiten und/oder der Insolvenz von Großunternehmen, große Flächen und Gebäudebestände frei wurden, richteten einige Kommunen zur Entwicklung dieser Areale mit zentrumsnah gelegenen Grundstücken das Augenmerk auf die Baugemeinschaften, weil viele Städte eine Wohnungspolitik zur Revitalisierung der Stadtzentren fördern wollten.

Gerade für die Zukunft kleiner und mittelgroßer Städte war die Förderung einer solchen Eigenheim-Politik (das Sich-Niederlassen in der Stadt) wichtig. Diese neuen Einwohnergemeinschaften passten gut zu dem sich wandelnden Zeitgeist und gaben der Stadt darüber hinaus die Möglichkeit, neuen Wohnraum zu erschließen, ohne selbst dafür viel Geld in die Hand nehmen zu müssen. Durch die schleichende Veränderung der Bevölkerungsstruktur (Zerfall der Kernfamilie, Singlemütter/-väter, Patchwork-Familien, getrennt lebende Eheleute usw.) änderte sich auch der Lebensstil vieler Menschen, für die

nicht nur wirtschaftliche Aspekte eine Rolle spielten, sondern auch Faktoren wie die Gestaltung des individuellen Umfelds (das Leben in Loft-Wohnungen, am öffentlichen Parks, in der Nähe von Flüssen, usw.) wichtig waren. Für diese Gruppen verband das Prinzip Baugemeinschaft die Möglichkeit, dass individuelles Wohnen auch gemeinschaftlich realisierbar ist. (Vgl. KRÄMER & KUHN 2009, 9-14 und 41-43)

Albrecht Göschel, Architekt und Stadtsoziologe, sagt, dass die gegenseitige Nachbarschaftshilfe beim gemeinschaftlichen Wohnen als neue Form des informellen, ungezwungenen Wohlfahrtsdienstes aufgefasst wird, welcher eine Alternative zu öffentlichen Dienstleistungen darstellt, die durch den zunehmenden ökonomischen Druck sowohl Qualität als auch Quantität einbüßen. (Vgl. GÖSCHEL 2011)

Auch Kuhn und Harlander beschreiben die Motivation, Mitglied einer Baugemeinschaft zu werden, als Teilaspekt einer neuen Baukultur. Diese beinhaltet zusammen mit der Realisierung wirtschaftlicher Wohnungen im Stadtzentrum und der Realisierung einer ökologischen Wohnkultur das Zusammenleben in einer Nachbarschaft, in dem man sich gegenseitig hilft. (Vgl. HARLANDER & KUHN 2010, 151-152)



Abb.2-5 Stadtteilentwicklung mit Baugemeinschaften in Tübingen (Architektenkammer Baden-Württemberg Kammergruppe Tübingen/Universitätsstadt Tübingen 2007, 6)

Ziel eines solchen neuen Nachbarschaftsverhältnisses ist die Verbindung einer individuellen Wohnweise mit einer sozial und ökologisch orientierten Stadtentwicklung.

In Baden-Württemberg, im südwestlichen Teil Deutschlands gelegen, sind in den letzten Jahren einige Stadtteilentwicklungen mit der Beteiligung von Baugemeinschaften realisiert worden. In den Universitätsstädten Freiburg und Tübingen, mit einem hohen Anteil akademischer Bürger, wurden seit den 90ern Jahren neue Stadtviertel entwickelt, deren innovative Planungsansätze internationale Aufmerksamkeit erregten. Während Freiburg den Schwerpunkt von der Förderung kleiner Projekte früher Baugemeinschaften auf die ökologische Kultivierung von

ganzen Wohngebieten verschoben hat, fördert Tübingen in Gebieten wie der Tübinger Südstadt noch immer die gemeinsame Entwicklung von Stadtteilen zusammen mit Baugemeinschaften. Im Bereich der Tübinger Südstadt, wurden ca. 26 ha ehemalige Kasernenfläche und angrenzende Wohnungen für Militärbedienstete, die infolge des Abzugs der in Tübingen stationierten französischen Truppen frei wurden, für eine Wohnbebauung durch Baugemeinschaften erschlossen. Der Tübinger Baubürgermeister Soehlke ist davon überzeugt, dass Baugemeinschaften Katalysatoren für eine wohlhabende Stadt sind, welche den Bewohnern die Möglichkeit zur Verwirklichung ihres individuellen Lebensstils bietet. (Vgl. SOEHLKE 2010, 42-47)

Eine Verbindung von Bewohnern, die sich die Koexistenz der Verwirklichung eines individuellen Lebensstils und der Beziehung zu einer vielversprechenden Nachbarschaft wünschen, und Städten, die diese Wünsche in ihren städtebaulichen Planungen beachten und mit Hilfe von Bürgerbeteiligung umsetzen, ermöglichen eine neue Form partizipativen Städtebaus in Deutschland.

2.1.5 Fazit

Zusammenfassend können folgende Aussagen sowohl über die politische Entwicklung der Bürgerbeteiligung bei stadtplanerischen Prozessen und der Errichtung von öffentlichen Bauten als auch über ihre jeweiligen länderspezifischen Besonderheiten getroffen werden:

Japan

- Das in den 1960er Jahren entstandene *machizukuri* als "weiche" Form der Stadtplanung, die eine Beteiligung der Bürger am Planungsprozess vorsieht, hat sich gegenüber dem althergebrachten *Toshi keikaku*, der "harten", zentral gesteuerten Stadtgestaltung unter Leitung der Verwaltung immer stärker durchsetzen können. Vor dem Hintergrund der finanziell angespannten Lage der Kommunen seit den 1990er Jahren unterstützen auch kommunale Verwaltungen die Umsetzung von *machizukuri*, indem sie die Durchführung gemeinnütziger Aufgaben den Bürgern selbst überlässt. Im Vergleich zu Deutschland haben Gemeinden und Bezirke in Japan deutlich weniger politischen Entscheidungskompetenzen. Dies bedeutet, dass auf mittlerer Ebene der rechtliche Rahmen für Bürgerbeteiligungsformen an städtebaulichen Entscheidungen sehr begrenzt ist. Auf Mikroebene existieren dagegen vielschichtige Formen der Beteiligung, die eine aktive Gestaltung der eigenen Wohnumgebung ermöglichen. Hierbei steht der Bürger im Mittelpunkt. Die Beteiligung von Bürgergruppen an stadtgestalterischen Prozessen ist mittlerweile weit verbreitet. Die Möglichkeiten der Einflussnahme sind für die Bürger hier deutlich größer als in Deutschland.
- In Japan übernehmen gegenwärtig Nachbarschaftsvereinigungen gemeinnützige Dienstleistungen auf der Mikroebene von Bezirksgemeinschaften. Diese Gruppierungen machen die heutige *machizukuri*-Aktivität durch das ehrenamtliche Engagement von Anwohnern möglich.
- Das Engagement in den Nachbarschaftsvereinigungen nahm während der Boomjahre der 1980er aufgrund des sich wandelnden Lebensstils deutlich ab.
- Aufgrund der sich zuspitzenden finanziellen Situation der Behörden durch den Niedergang der japanischen Wirtschaft in den 1990er Jahren konnten die Behörden die sozialen und öffentlichen Dienstleistungen nicht mehr vollständig aufrecht erhalten. Deshalb versuchten sie, die Nachbarschaftsvereinigungen wieder zu aktivieren. Dabei wurde auf Ebene der existierenden Schulbezirke die Gründung von Bürgerorganisationen unterstützt, die sich mit den Problemen in den jeweiligen Bezirken auseinandersetzen und an der Lösung der vorherrschenden Probleme beteiligt werden.
- Dieser Wandel der Verwaltungspolitik führte in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zu einer Bürgerbeteiligungskultur bei öffentlichen Bauprojekten. Seitdem Bisher sind die Bürger nun bei zahlreichen Projekten öffentlicher Einrichtungen an deren Planung und Verwaltung beteiligt.

Deutschland

- Das Recht der Teilnahme am politischen Verfahren und somit auch das Recht zur Teilnahme der Bürger an städtebaulichen Entscheidungsprozessen wird garantiert. Es besteht die Möglichkeit, als Bürger an Planungsverfahren auf Makro- und Mesoebene teilzunehmen.
- Es herrscht die Tendenz, dass Verwaltungen nur die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren für Bürgerbeteiligung durchführen. Dies führt dazu dass der Einfluss der Bürger auf den Planungsprozess gering ist und sich im Ergebnis kaum niederschlägt.
- Außerdem werden die getroffenen Entscheidungen aufgrund fehlender finanzieller Mittel und Kapazitäten in der Verwaltung oft nur teilweise oder gar nicht umgesetzt.
- Auch in Deutschland wird seit den 1990er Jahren versucht, bürgerschaftlich organisierte Vereinigungen als Träger für gemeinnützige Dienstleistungen zu gewinnen. Bisher ist dieses Vorhaben aber wenig erfolgreich.
- Es existieren keine vergleichbaren nachbarschaftlichen Vereinigungen, die übergeordnet soziale und öffentliche Dienstleistungen übernehmen. Zwar haben die Kirchengemeinden und Vereine durchaus einige dieser Funktionen übernommen, sie organisieren sich aber als Glaubens- oder Interessensgemeinschaft und decken damit nicht die gesamte Bevölkerung in ihrem Umkreis ab.
- Die Bevölkerung erwartet traditionell, dass die Übernahme öffentlicher Dienstleistungen Sache der kommunalen Verwaltung ist. Daraus resultierten auch unterschiedliche Auffassungen zwischen Verwaltung und Bürgergruppen darüber, welchen Einfluss Bürgerbeteiligung auf die Stadtentwicklung nehmen darf. Dies erschwert die Zusammenarbeit und die Übernahme öffentlicher Dienste auf Basis ehrenamtlicher Tätigkeiten.
- Heute entstehen immer mehr selbständig organisierte Initiativen, die sich aktiv an der Entwicklung ihrer unmittelbaren Umgebung beteiligen. Der Trend geht zur Bildung von Baugemeinschaften. Personen mit gleichen Interessen organisieren gemeinschaftliches Wohnen, um so den Mangel an gemeinnützigen Diensten auszugleichen.
- Mittlerweile gibt es einige städtebaulich Projekte, die diese neue Form der nachbarschaftlichen Organisation in den Planungsprozess einbindet.
- Für die Zukunft ist es denkbar, dass Wohngemeinschaften eine ähnliche Funktion wie die japanischen *chôkai*s (Nachbarschaftsvereinigungen) übernehmen.

In beiden Ländern lässt sich eine klare Tendenz erkennen, sich bei der Quartiersentwicklung auf die Förderung kleiner, nachbarschaftlich organisierter Einheiten zu konzentrieren. Treibende Kraft sind dabei Bürgerinitiativen. Die Verwaltungen unterstützen die Aktivitäten institutionell.

In Japan gewährleistet die ursprüngliche Tradition der Nachbarschaftsvereinigungen einen reibungslosen Ablauf bei der Weiterentwicklung von Aktivitäten der Einwohnerorganisationen.

In Deutschland entstanden die heutigen bürgerschaftlichen Aktivitäten ohne kommunale Förderung. Diese neuen Nachbarschaftsgesellschaften werden nun nach und nach in stadtplanerische Prozesse als kleinste Einheit der Stadtentwicklung miteinbezogen. Es bleibt aber weiter unklar, welchen Einfluss diese Gruppen auf stadtplanerische Prozesse nehmen. Im Gegensatz zu Japan werden sie nicht von der Verwaltung kontrolliert. Ihre Beteiligung ist somit von den spontanen Aktivitäten ihrer Mitglieder abhängig.

Auch bei der Teilnahme an stadtplanerischen Entscheidungsprozessen gibt es große Unterschiede. Während in Japan von der Planung Betroffene (Bürger, Grundstückseigentümer oder Unternehmen) am Entscheidungsprozess direkt beteiligt werden, werden in Deutschland projektbezogene Lösungsvorschläge erst von Experten erarbeitet, und können dann anschließend von den Betroffenen geprüft werden.

Aus der bisherigen Diskussion werden die Tendenzen der Bürgerbeteiligung an städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen kurz wie folgt zusammengefasst:

Deutschland

- Neuartige Stadtteilentwicklungen, mit dem Trend zur Bildung alternativer Formen nachbarschaftlicher Organisation, in denen sich Personen mit ähnlichen Lebensinteressen- und Vorstellungen engagieren.
- Die Strategie der "bürgerorientierten Kommunen", die vorhandene Bürgeraktivitäten unterstützen und die städtebauliche Planung an deren Wünsche anpassen.

Japan

- *Machizukuri*, die von Bewohnergruppen initiierte und von der Stadt unterstützte lokale Wohngestaltung auf nachbarschaftlicher Mikroebene

2.2 Aktuelle Probleme der Bürgerbeteiligung in Deutschland und Japan

In den folgenden Abschnitten wird untersucht, welche Probleme bei der Bürgerbeteiligung an stadtplanerischen Prozessen und der Errichtung öffentlicher Einrichtungen unter Berücksichtigung der oben herausgearbeiteten Besonderheiten in beiden Ländern auftreten. Auf dieser Basis werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede benannt und eingeordnet.

2.2.1 Probleme in Japan

Wie schon unter Punkt 2.1 erwähnt, handelt es sich bei der von Bewohnergruppen initiierten und von der Stadt unterstützten lokalen Wohnortgestaltung auf nachbarschaftlicher Mikroebene (*machizukuri*) um eine japanische Besonderheit. Vor diesem Hintergrund gibt es neben der Beteiligung an städtebaulichen Fragestellungen eine zunehmende Zahl von Projekten, bei denen die Bürger konkret an der Planung und an der Verwaltung öffentlicher Einrichtungen beteiligt werden.

Der Stadtplaner Isami Kinoshita, der eine auf Bürger ausgerichtete Stadtgestaltung durch Workshops empfiehlt, beobachtet eine zunehmende Konditionierung der Bürgerbeteiligung in öffentlichen Projekten. Auch wenn sich die "Workshop"-Methode verbreitet hat, zeigen sich Missstände, die unter den Verantwortlichen der Verwaltung eine ablehnende Haltung hervorrufen. Ein verbreiteter Irrtum dabei ist die Vorstellung, dass man allein durch das Abhalten von Workshops eine Konsensbildung erlangen könne. Es handelt sich hierbei um Situationen, in denen man glaubt, das Verfahren der Bürgerbeteiligung nur mit der Durchführung eines Workshops erfüllen zu können. In Wahrheit übermittelt die zentrale Ministerbehörde den Aufsichtsabteilungen der Gemeinden standardisierte Anweisungen zur Organisation von Bürgerbeteiligungsverfahren wie "Nach einer Konsensbildung der Bürger streben = das Durchführen von Workshops". Dazu müssen die Verantwortlichen verpflichtend einen Workshop durchführen, obwohl sie von der Organisation keine Erfahrung haben. Darüber hinaus ruft dieses "Erfolgsmodell" auch solche Unternehmer auf den Plan, die Angebote für die Durchführung von Workshops aus rein geschäftlichen Interessen entwickeln, ohne sich wirklich mit der Thematik auseinander zu setzen. Es gibt nicht wenige Fälle, bei denen man für einige Einwohner einen einfachen Stadtpaziergang organisiert. (KINOSHITA 2007, 50-51)

Die Ursache für diese Entwicklung lässt sich an zwei entscheidende Faktoren festmachen:

- 1) Die Verteilung der staatlichen Mittel zur Förderung öffentlicher Einrichtungen erfolgt immer am Ende des japanischen Geschäftsjahres. Die Stadtverwaltungen bereiten die Anträge meistens erst kurz vor Abgabeschluss vor. Um die Kriterien für eine Förderung zu erfüllen, müssen sie in kurzen Zeitspannen die notwendigen Bürgerbeteiligungsverfahren wie z.B. Workshops oder Umfragen durchführen und eine Planung erstellen.
- 2) Schwierig ist auch, dass schon vorgegebene Projektbedingungen z.B. zur Art der Bauweise oder dem Raumprogramm existieren. Die nun folgende Bürgerbeteiligung hat nur noch einen sehr beschränkten Einfluss auf die weitere Projektentwicklung, weil zudem aufgrund des Zeitdrucks von Seiten der Stadtverwaltung kein Interesse besteht, die Bedingungen nochmals anzupassen und neu zu gestalten.

Nachdem schon von Fachleuten Entwürfe angefertigt und Vorbereitungen getroffen wurden, ist man nicht gewillt, Ergebnisse aus Workshops und Umfragen in der weiteren Planung zu berücksichtigen. Dies bedeutet nur einen erhöhten Arbeitsaufwand. Diese Vorgehensweise schürt den Argwohn gegenüber der Verwaltung. Kinoshita kritisiert, dass dadurch ein Gefühl unter den Bürgern entsteht, dass sie zwar an Workshops teilgenommen haben, aber ihre Erwartungen enttäuscht wurden.

Dieser Konflikt entsteht ausschließlich wegen dem weitverbreiteten Missverständnis, so Kinoshita, dass "wenn man einen Workshop macht, auch eine Konsensbildung erreicht wird".

Der Stadtplaner Uduki meint, obwohl vermehrt Formen der Bürgerbeteiligung bei der Planung öffentlicher Einrichtungen angewendet werden, besteht weiterhin eine große Unzufriedenheit mit den Ergebnissen. Die folgenden Kritikpunkte werden häufig geäußert:

- 1) 1. Verwaltungsangestellte, die für das Verfahren der Bürgerbeteiligung verantwortlich sind, vertreten oftmals die Ansicht:
 - Für die Umsetzung der gängigen Formen der Bürgerbeteiligung mangelt es an Geld, Personal, Zeit und technischem Know-How.
 - Die Einwohner bringen ausschließlich "eigensinnige" Angelegenheiten zur Sprache, die nicht hilfreich für die Entwicklung des Gesamtprojekts sind.
- 2) Die teilnehmenden Bürger sind enttäuscht von oberflächlichen Teilnahmeverfahren, die zum einen nur als Gelegenheit zum "Dampfablassen" durchgeführt werden, als eine Art Ventil, bei dem man seine Unzufriedenheit und sein Missfallen äußern kann, bei denen zum anderen der Eindruck entsteht, dass die Verfahren nur deswegen durchgeführt werden, weil die Teilnahme am Verfahren für die Verwaltung verpflichtend ist.

Fünf Punkte benennt Uduki, um eine Verbesserung der Akzeptanz der Bürgerbeteiligung für alle Seiten zu erreichen (UDUKI 2004, 9-11):

- 1) Notwendigkeit einer Reform des Systems
Solange man das System nicht komplett überarbeitet oder zumindest den Zeitplan für die Planungsverfahren nicht anpasst, wird der Teilnahmeprozess weiterhin oberflächlich enden. Innerhalb des bestehenden Systems wird dem Teilnahmeprozess in der Planungsphase nicht ausreichend Zeit eingeräumt. Auch die Bereitstellung von Planunterlagen oder anderweitig wichtiger Daten wird häufig erschwert.
- 2) Klare Definition von Art und Umfang der Beteiligung am Planungs- und Bauprozess
Solange man nicht präzisiert, "welche Rechte die Bürger besitzen, mit denen sie wann was entscheiden können", kann zwischen den Bürgern und der Verwaltung kein Vertrauensverhältnis entstehen.
- 3) Das Recht, sich in allen Phasen äußern zu können
Es ist notwendig, dass der Weg der Entscheidungsfindung während des Planungs- und Entwurfsprozess für die Bürger zu jedem Zeitpunkt öffentlich nachvollziehbar ist. Gleichzeitig müssen die Bürger die Möglichkeit haben, sich in allen Phasen des Planungsprozesses zu Wort melden zu können. (z.B. in der Phase der Wettbewerbsausschreibung, in der Phase der endgültigen Planfeststellung, in der Phase der Ausführungsplanung, in der Phase des tatsächlichen Betriebs)

- 4) Die Errichtung eines Systems, das eine dauerhafte Teilnahme ermöglicht
Begreift man den Bau von öffentlichen Einrichtungen als wichtigen Baustein der Stadtgestaltung, so ist es notwendig, die Bürgerbeteiligung nicht nur auf das eigentliche Projekt zu beschränken, sondern eine Institution einzurichten, die es dauerhaft möglich macht, über eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der unmittelbaren Umgebung zu diskutieren, wie z.B. *Chiiki-Kyogikai*(Stadtteilkonferenz).
- 5) Notwendigkeit der externen fachlichen Beratung während des Bürgerbeteiligungsverfahrens
An einem Ort, an dem Bürger und Verwaltung zusammen über die Angelegenheiten der Stadt diskutieren, ist fachliche Beratung unerlässlich und ein Agenda zur Unterstützung durch Experten ist unumgänglich. So können z.B. gemeinnützige Organisationen, die bezüglich eines gewissen Themas über Kompetenzen verfügen, beiden Parteien allgemeine Informationen vermitteln.

Der Stadtplaner und Architekt Masaharu Ito, der sich intensiv mit der Planung öffentlicher Einrichtungen unter Beteiligung von Bürgern beschäftigt hat, weist darauf hin, dass für die Errichtung kommunaler Einrichtungen Formen der Bürgerbeteiligung an der Entwicklung eines grundlegenden Plans oder an der Überprüfung schon vorgelegter Pläne existieren. Bürgerbeteiligung an der Vorbereitung einer Planungskommission oder die abschließende Bewertung des Planungs- und Bauprozess ist nur rudimentär ausgeprägt und somit deutlich ausbaufähig. (ITO 2004, 12)

Der Stadtplaner Hiroyuki Shimizu, der anhand von Betrachtung des Planungsprozesses bei der Errichtung öffentlicher Kulturhalle, den tatsächlichen Stand der Bürgerbeteiligung verglichen hat, fasst die Herausforderungen der Bürgerbeteiligung an der Planung wie folgt zusammen. (SIMIZU 2004, 62-63)

- 1) Erlangung einer Expertise
Es besteht die Notwendigkeit, dass die teilnehmenden Bürger bei laienhaften Treffen Vorschläge einbringen können. Darüber hinaus sollte es möglich sein, für sich selbst neue Erfahrungen zu machen, um aus dem Diskurs für sich persönlich lernen zu können.
- 2) Vermeidung von Pseudo-Teilnahmeverfahren ohne Beschlussfassung
In Japan kann es schnell passieren, dass bei gegensätzlichen Meinungen aus einer Diskussion eine leidenschaftlich debattierte Kontroverse wird. Um allzu emotionale Auseinandersetzungen zu vermeiden, ziehen es die Verwaltungen oft vor, nur eine Zusammenfassung von Ansichten zu präsentieren und damit offene Diskussionen in den Workshops zu vermeiden.
- 3) Gelegenheit, um das Verhalten der Unternehmen infrage zu stellen
Generell kommt es erst zu Bürgerbeteiligungsverfahren, wenn ein Projekt schon auf den Weg gebracht ist. Es ist eine Gelegenheit zu schaffen, die es den Bürgern möglich macht, in Form von Anhörungen oder Befragungen die Projektabsicht an sich in Frage zu stellen. Allerdings muss man fragen, ob zu einem Zeitpunkt, in dem sich ein Projekt noch in der Überlegungsphase befindet, ein Hinterfragen überhaupt möglich ist.
- 4) Repräsentativität der Bürgerbeteiligung
Es stellt sich die Frage, ob bei einem städtebaulichen Projekt, an dessen Planung nur ein bestimmter Teilnehmerkreis beteiligt war, die Bürger angemessen repräsentiert sind.

5) Moderation durch Fachleute

Den am Planungsprozess Beteiligten müssen angemessene Unterlagen zur Beurteilung der Situation angeboten werden. Gerade in der Phase, in der die Planung noch flexibel gestaltbar ist, muss die Möglichkeit bestehen, dass die Interessen der Verwaltung, der Bürger und des Parlaments in die Vorgaben mit einfließen. Für die Notwendigkeit der professionellen Moderation gibt es bislang keine ausreichende gesellschaftliche Akzeptanz. Dies wirkt sich unmittelbar auf die Qualität aus. In der Praxis kommt es vor, dass die Projektplaner zusätzlich die Moderation übernehmen. Dies mag bei einem Planungsworkshop für ein konkretes Bauprojekt möglich sein, bei einem stadtplanerischen Prozess ist der Planer aufgrund der Komplexität des Vorgangs überfordert. Deswegen sollten Planung und Moderation als zwei getrennte Vorgänge betrachtet und auch vergeben werden.

6) Angemessene Honorare für die Moderation

Für die Planer entsteht durch ein Beteiligungsverfahren deutlich mehr Aufwand. Doch ein angemessenes Honorar ist dafür oft nicht festgesetzt.

Toshio Kasuga, der von der Verwaltung des Stadtbezirks Setagaya in Tokyo (Stadtbezirk, in dem das Experiment der japanischen Stadtgestaltung des *machizukuri* zum ersten Mal angewendet wurde) beauftragt wurde, die Bürgerbeteiligung an der Planung und der Instandhaltung öffentlicher Einrichtungen zu koordinieren, beschreibt folgende Probleme des Systems, bei der die Verwaltung einer Bürgerbeteiligung kritisch gegenübersteht. (KASUGA 2004, 64-66)

1) Althergebrachte Denkstrukturen innerhalb der Verwaltung

- Es wird bei der Errichtung öffentlicher Einrichtungen als vorrangig gesehen, wie man eine leicht zu verwaltende Einrichtungen schafft.
- Da die Kosten für öffentliche Einrichtungen von den Gemeinden beschlossen und durch die Aufnahme von Anleihen oder durch staatliche Subventionen finanziert werden, ist eine nachträgliche Veränderung des Arbeitsprozesses oder des Budgets überaus schwierig. Folglich kommt es nicht vor, dass man einmal vorgeschlagene Projektideen nochmals rückwirkend bis zum Konzept neu diskutiert und anpasst.

2) Um den Aufwand für den Prozess der Bürgerbeteiligung zeitlich und finanziell gering zu halten, gibt es lediglich Informationstreffen für die Bürger. Dabei werden lediglich die Vorgaben der Verwaltung vorgestellt und anerkannt.

3) Mangel an Experten, die ein Beteiligungsverfahren koordinieren können

- Die Abteilung der Verwaltung, die für öffentliche Einrichtungen zuständig ist, wird allgemein in zwei Abteilungen untergliedert. Eine Abteilung ist für Organisation und Leitung der Institutionen zuständig, die andere für Bau und Instandhaltung. In der zweiten Abteilung, die für die Erstellung der Planung zuständig ist, gibt es kaum Fachleute, die eine Bürgerbeteiligung koordinieren können.
- Um ein erfolgreiches Bürgerbeteiligungsverfahren durchführen zu können, sollten die Planer durch einen Wettbewerb ausgewählt werden oder sich über Referenzen empfehlen. Doch die meisten Gemeinden wählen die Planer auf Grundlage einer rein nach Kostengesichtspunkten durchgeführten Angebotsabgabe aus.
- Es gibt auch Planer, die am Erfolg einer Planung mit Bürgerbeteiligung Zweifel hegen.

4) Das Fehlen eines Systems, das Teilnahme unterstützt

- Was die Bürgerbeteiligung an der Ausarbeitung eines Masterplans oder eines Distriktplans usw. betrifft, existiert ein etabliertes System und auch ausreichend Know-How. Bei der Errichtung öffentlicher Einrichtungen, hat sich ein Konzept der Bürgerbeteiligung an der Planung noch nicht etabliert.
- Es gibt wenige Gemeinden, die ein System oder ein Team von Spezialisten besitzen, welches die Bürgerbeteiligungsverfahren planen und leiten kann.

5) Mangel an Offenlegung von Informationen und Werbung

- Es mangelt an Informationsaktivitäten wie Besichtigungstreffen, Vorlesungen oder Symposien bezüglich der öffentlichen Einrichtungen, über welche die Bewohner nur allgemeine Kenntnisse besitzen.
- Es gibt auch viele Bürger, die erst bei Informationstreffen zu Planung und Bau etwas über die Errichtung realer Einrichtungen erfahren. In der Phase des Grundstückserwerbs besitzen die meisten Bewohner keine Kenntnisse darüber.

Als der Verfasser die wahre Lage der Bürgerbeteiligung an der Errichtung soziokultureller Einrichtungen in einem bestimmten Bezirk Yokohamas untersucht hat, waren die Bürger in vielen Einrichtungen am Betrieb durch ein System beauftragter Geschäftsführer beteiligt, aber dass sich zukünftige Einrichtungsmanager schon in der Planungsphase der Einrichtung mit diesen Modellen auseinandersetzen, ist nicht gewährleistet. (CHONG 2013)

Es gibt auch Stimmen, die infrage stellen, ob das Wesen der Bürgerbeteiligung an der Planungsphase des Projektes einen Plan ins Leben rufen kann, der schließlich mit einer Expertise einhergeht.

Wie oben von Mizushima erwähnt, ist die Besonderheit der Bürgerbeteiligung an der Stadtplanung in Japan, dass sich die Bürger mit Experten bei der Ausarbeitung städteplanerischer Planung zusammensetzen. Mizushima steht dieser Besonderheit kritisch gegenüber. Dass sich Laien an fachlichen Besprechungen zur Ausarbeitung von Plänen beteiligen, ist seiner Meinung nach hinsichtlich der Fähigkeiten oder der Zeit, die man investieren kann, schwierig und keine erstrebenswerte Sache. Ferner weist er auch auf die Problematik hin, dass die Fachkenntnisse von Politikern, welche Beschlüsse treffen, nicht ausreichen und dass sie sich oft für die Umsetzung von Plänen entscheiden, die Privatunternehmen vorgeschlagen haben, bei denen der Unternehmensgewinn im Vordergrund steht. Er erklärt, dass die Stadtverwaltung die fachliche Verantwortung soweit wie möglich übernehmen und Pläne ausarbeiten sollte. (MIZUSHIMA 2011, 56)

Der Architekt Hiroshi Nishimura, der viele partizipative Bauprojekte realisierte, weist auf das Problematik hin, dass das Beteiligungsverfahren durchgeführt wird, nur um zu einer Übereinkunft für den vorgegebenen Entwurf des Gebäudes zu gelangen. Ihm bedeutet das Ziel der Beteiligung, dass die Nutzer das von ihnen geschaffene Gebäude dauernd benutzen und ihre Aktivitäten in der Stadt entstehen können. (Nikkei architecture 25.11.2012, 42)

Der Architekt Hiroshi Naitou, der sich mit Bewohner/Innen in der Wiederbelebung einer Kurstadt und ihres alten Hallenbades engagierte, nannte die zwei folgende als Problematik bei der Zusammenarbeit von Architekt und Nutzer (Nikkei architecture 25.11.2012, 43):

- 1) Wenn sich der Architekt nur mit der Gestalt beschäftigt, schenkt ihm der Bauherr kein Vertrauen, so kommt die Kommunikation zwischen beiden nicht zustande.
- 2) Für die Zusammenarbeit in der Phase vor Planung steht oft wenig oder gar kein Budget zur Verfügung.

2.2.2 Probleme in Deutschland

Klaus Selle, Professor für Planungstheorie und Stadtentwicklung an der Universität Aachen, stellt fest, dass die Probleme der Bürgerbeteiligung trotz einer in den letzten Jahren intensiv geführten Debatte in der deutschen Öffentlichkeit nicht kleiner werden. Obwohl nach Bürgerbeteiligung an der Stadtentwicklung vor allem seit der Auseinandersetzung um den Bahnhofsneubau Stuttgart 21, die eine landesweite Diskussion auslöste, wie städtebauliche Großprojekte den Bürgern vermittelt werden können bzw. wie Bürger an diesen Verfahren beteiligt werden können, mehr gerufen wird, bleibt Bürgerbeteiligung seiner Meinung nach vielerorts "ungeliebten Pflicht" oder nur "Sonntagsrede". Wichtige Fragen der Stadtentwicklung werden weiterhin nicht öffentlich diskutiert und Entscheidungen weiterhin im kleinen Kreis getroffen. Und die engagierten Bürger werden eher diffamiert als dass sie in von der Öffentlichkeit unterstützt werden. Seit Stuttgart 21 werden sie als "Wutbürger" bezeichnet, "Störenfriede" also, die aus Unzufriedenheit nichts als eigene Interessen zum Ausdruck bringen.

Im Gegensatz dazu scheinen Projekten mit Beteiligung der Bürger erfolgreich gelungen zu sein, bei denen man die Bürgerbeteiligung am Planungsprozess aktiv vorantreibt, den Inhalt von Aussagen der Bürger, die an Diskussionen teilgenommen haben, aufzeichnet und schließlich in einem Plan, einem Entwicklungskonzept berücksichtigt.

Haben die erzielten Ergebnisse aber tatsächlich Einfluss auf die zukünftige Entwicklung der Stadt? Wurde nicht viel mehr nur das Teilnahmeverfahren erfolgreich zum Abschluss gebracht, ohne dass sich bei den Inhalten der Planungsaufgabe oder im politischen Leben bzw. im Umgang der Akteure miteinander nachhaltig etwas geändert hätte?

Für eine solche Situation benutzt Selle das Wort "*Particitainment*" und erläutert es wie folgt:

"Statt substanzieller Diskurse im Kontext einer lebendigen lokalen Demokratie wird eine Bürgerbeteiligung inszeniert, die Teilhabe an Meinungsbildung und Entscheidungen suggeriert ohne dies einlösen zu können." (SELLE 2011, 3)

In Zusammenhang mit der oben erwähnten Situation erläutert Selle die konkreten Probleme folgendermaßen:

1) Überforderte Verfahren

Zuerst kritisiert Selle, dass die Veranstaltungen mit der Bürgerschaft wie Ventile für ihre Unzufriedenheit wirken. Hierbei werden zwar immerhin unabhängig die Standpunkte von den Bürgern ermittelt, aber es mangelt an Diskussionen, die sich mit dem Wesentlichen befassen.

Zudem passen die Vorstellungen der Bürger oft nicht zu vorhandenen Regeln oder den Möglichkeiten der Pläne und eine Realisierung ist nicht möglich. Schließlich verschwinden die übereilt gesammelten Meinungen der Bürger früher oder später während des Prozesses bis zur Planungsentscheidung.

2) Überschätzte Pläne

Die Leistungsfähigkeit räumlicher Entwicklungspläne wird sehr überschätzt. Nicht nur in der Bürgerschaft, sondern auch in der Politik und Teilen der kommunalen Verwaltung ist die tatsächliche Wirkkraft etwa eines Flächennutzungsplan oder eines gesamtstädtischen Masterplans nicht immer klar. Insbesondere die Abhängigkeiten vom Handeln privater Akteure wird bei allen Planarten – von der Platzgestaltung über die energetische Bestandsmodernisierung bis zum Re-

development großer Industrieflächen – oft unzureichend berücksichtigt. So werden viele Rechnungen ohne den Wirt gemacht. Was dann – weil nicht einlösbar ist, was man sich doch einvernehmlich vorgenommen hat – eine neue Spirale von Missverständnissen in Gang setzt.

3) Problematische Verfahrensbindung

Bürgerbeteiligungen werden in der Mehrzahl der Fälle durchgeführt, weil damit Verfahrensvorschriften erfüllt werden, z.B. weil § 3 des BauGB dies vorschreibt oder der Fördermittelgeber es so reglementiert hat. Gelegentlich werden sie zudem als unerlässlich für die politische Legitimation oder den späteren reibungslosen Verlauf von Vorhaben angesehen. Kurz gefasst: Kommunale Planung und Politik benötigen die Bürgerschaft für ihre Verfahren unabhängig davon, ob die Bürgerschaft diese braucht, um mit Planern und Politikern zu sprechen.

4) Fehlende Nachhaltigkeit

Die Bürgerbeteiligungsverfahren bleiben bei vielen Praxisbeispielen oft räumlich, zeitlich, sachlich und institutionell begrenzt, somit findet eine Veränderung der lokalen Kultur im Umgang miteinander nicht nachhaltig statt. Bezüglich der Beteiligung an städtebaulichen Maßnahmen hat die Bürgerschaft, die bis zur Erarbeitung des Bauleitplans große Mühen aufgewendet und aktiv diskutiert hat, oft keine Gelegenheit, an späteren Diskussionen zur Ausführung eines Projekts teilzunehmen.

Selle sieht außerdem das Problem der Bürgerbeteiligung an Stadtentwicklungsprozessen nicht nur bei der Bereitschaft und Befähigung der Entscheider, sondern auch auf allen Seiten, ausdrücklich auch bei Bürger/Innen. Noch immer dominieren die alten Bilder der 'Beteiligung', die sich weiterhin als 'von oben gewährte' Öffnung von Politik- und Planungsprozessen versteht, - bei den 'Entscheidern' ebenso wie bei denen, die sich als Einzelne weiterhin nur als 'Beteiligte' und 'Betroffene' wahrzunehmen vermögen. Seiner Meinung nach braucht man ein neues Bild von der Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe, um partnerschaftlich, auf Augenhöhe, bürgerorientiert miteinander umzugehen. (Vgl. Selle 2012, 8-11)

Im Handbuch zur Partizipation, das die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin veröffentlicht hat, werden bezüglich der Begrenztheit des Prozesses der Bürgerbeteiligung, vor allem zum Problem der Selektivität, folgende drei Punkte erwähnt.

1) Verbindlichkeit und Legitimation

Das erste Problem ist die Tatsache, dass den Bürgern freigestellt ist, wann sie sich beteiligen wollen. Außerdem müssen sie keine Verantwortung für ihre geäußerte Meinung übernehmen. Das führt zu einem dazu, dass man zu unterschiedlichen Schlüssen kommt, zum anderen, dass einmal durch die Bürgerbeteiligung festgelegte Punkte nicht unbedingt auch in späteren Diskussionen gültig sind. Als Ergebnis wird gefragt, auf welche Weise die Entscheidungen durch Bürgerbeteiligung repräsentativ sind und ob sie Kompetenzen zuteilen können.

2) Instrumentalisierung

Gut organisierte Gruppen und Teilnehmer, die Erfahrung mit Bürgerbeteiligungsprozessen vorweisen, können Besprechungen kontrollieren und je nach Situation die Ziele der Diskussionen manipulieren. Oft dominieren sie die Verfahren, und es ist eine besondere Herausforderung für jedes Beteiligungsverfahren, neben diesen Personen auch andere Zielgruppen zu integrieren.

3) Ungleiches Partizipationsverhalten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen

Alle Bevölkerungsschichten und Gruppen haben gleichermaßen die Gelegenheit zur Teilnahme, was jedoch nicht heißt, dass sie in gleichem Umfang Interesse an der Teilnahme besitzen. Häufig ist das Interesse für Partizipationsprozesse innerhalb der sozialen Mittelschicht mit einem guten Bildungsstandard groß. Sozial schwache Schichten mit einem geringen Interesse an politischen Prozessen sind auch für Bürgerbeteiligung schwer zu begeistern. Aus diesem Grund wird das Herstellen von möglichst repräsentativen Verhältnissen bei Bürgerbeteiligungsverfahren immer schwierig zu gestalten sein.

Hierbei handelt es sich um eines der Hauptthemen, wie eine Beteiligung der weithin unbestimmten Nutzer (Bürger) gewährleistet werden kann. Unter Punkt 2.1.2 wurde erwähnt, dass die Bürgerbeteiligung in Deutschland im Vergleich zu Japan auf Meso- und Makroebene gewährleistet wird. Dies lässt sich unschwer erkennen, dass das Interesse an der Beteiligung nach Öffentlichkeit tendiert. Aber wenn man über die Bürgerbeteiligung an der Entwicklung des Stadtteils auf Mikroebene nachdenkt, stellt sich die Frage, wer sich daran aktiv beteiligen kann/soll. Vogt meint, wenn es sich um Bürgerbeteiligung auf Mikroebene handelt, braucht es vielmehr *"Betroffenenpartizipation"*. Dies bedeutet, *"daß die von einer bestimmten hoheitlichen Maßnahme speziell betroffene Bevölkerungsgruppe intensiver als bisher am jeweiligen politischen Willensbildungsprozeß beteiligt werden soll."* (HENDLER 1981, 15/16, zit. n. VOGT 2001, 35) Denkt man über die Teilnehmer an der Errichtung sozialer Bauten auf Quartiersebene nach, sind die Betroffenen dort die Einwohner, die in dieser Umgebung leben. Hier stellt sich die Frage, wie man sie an Planungs- und Bauprozessen effektiv beteiligen kann.

Der Architekt Peter Hübner, der zusammen mit Lehrkräften und Kindern viele Bildungseinrichtungen geplant hat, kritisiert, dass es kaum die Möglichkeiten der Konzeptentwicklung von zukünftigen Nutzern bei öffentlichen Schulbauten gibt:

"Ich bin jedes Mal verärgert, wenn ich eine Architekturzeitschrift aufschlage. Es sind in der Regel wenig wirklich zufriedenstellende Schulgebäude dabei. Alles ist eine Folge der meist veralteten Schulbauordnung. Und bei den meisten Wettbewerbsausschreibungen gibt es kein fortschrittliches pädagogisches Konzept. Das Bauprogramm, das uns die Schulbehörde vorgibt, entspricht in der Regel nicht dem Bedarf von Schülern und Lehrern. Es müsste wie in Schweden sein, wo man ohne breite Mitsprache der Nutzer keine Schule baut." (News4teachers, 7.2.2014)

Auf diese Weise verurteilt er die übermäßig steifen und unflexiblen Planungskriterien öffentlicher Schulen, welche bis jetzt den alten Bildungsstandards entsprechen (z.B. frontaler Unterricht, starre Reihung von Klassenzimmern an langen Fluren). Diese erschweren, dass die Benutzer der Schulen neue Erziehungsrichtlinien in eine individuelle und spezielle Schulgestaltung umsetzen können.

Die Möglichkeit der Entwicklung eines Raum- und Funktionsprogramms von Nutzerseite wurde auch in den Werkstattgesprächen zu Schulbaurichtlinien in Deutschland 2011 thematisiert, in denen mit Schulbau befassten Praktiker Stärken und Schwächen bestehender Vorgaben analysierten und in denen das Potenzial für die Entwicklung eines zeitgemäßen Referenzsystems für qualitätsvollen Schulbau bewertet wurden. (KÜHN et al. 2011) Mehrheitlich waren die Teilnehmer der Auffassung, dass sich die Qualität im

Schulbau nur im Prozess sichern lasse, nicht durch Standardisierung, die den heutigen Anforderungen nicht mehr angemessen sei.

Tatsächlich wurden bisher viele verschiedene räumlichen Organisationen und Formen zur Umsetzung neuer pädagogischen Konzepten entwickelt wie "Cluster", "Offene Lernlandschaft" oder neuen Gemeinschaftsbereich. "Leitlinien für leistungsfähige Schulbauten in Deutschland" (Montagstiftung 2013) zeigt dies als neue Standardsqualitäts, die den veränderten Anforderungen an Schulbauten gerecht werden und ein zeitgemäßes Lernen und Arbeiten unterstützen. Das Handlungswissen könnte für die Projektbeteiligte hilfreich sein, um ein eigenes pädagogisches und architektonisches Konzept für ihre Schule zu entwickeln. Allerdings zielt die Leitlinie auf die Aufstellung "kommunaler und regionaler Lichtlinien zum Schulbau" (ebd. 4), die wie bisher zur Herstellung eines Standardraumprogramms führen kann, statt es an die individuellen Bedürfnissen an jeweiligen Schule anzupassen.

Dagegen gibt der Stuttgarter Architekt und Professor an der Universität Stuttgart Arno Lederer, der ebenfalls viel Erfahrung in der Errichtung öffentlicher Bauten erlangt hat, zu bedenken, dass zwar ein auf die Nutzer abgestimmter, individueller Raum, vermutlich deren Zustimmung bekommt, weil sie direkt an der Planung und Realisierung beteiligt wurden. Dies bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass er auch für die zukünftige Generation von Nutzern zu einem passenden Ort wird. (Interview v. Verf. mit Arno Lederer am 06.10.2010)

Überdies gibt es auch Beispiele, die Schäden durch schlimmen Vandalismus erlitten haben. Die Freilichtbibliothek in Magdeburg ist ein solches und das obwohl eine Bürgerbeteiligung ab der Planungsphase gefördert und der Bau mit zahlreichen Architekturpreisen ausgezeichnet wurde. (Volksstimme.de, 1.7.2011)

Hier wurde mit Bürgergruppen als zukünftiger Hauptnutzer ein Prozess durchgeführt, bei dem sich die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens konkret in die Gestaltung der Einrichtung widerspiegelt. So wurden Anwohner und Kinder zu einem Workshop eingeladen, bei dem die Teilnehmer anhand des Modells das Raumprogramm und den Entwurf des Architekten geprüft haben. Es fand ein zweitägiger Testbetrieb mit einem 1:1-Modell statt, bei der die Teilnehmer den Entwurf in wahrer Größe wahrnehmen konnten. Außerdem wurde die Gestaltung eines Fassadenabschnitts durch einen Jugendwettbewerb für grafische Kunst bestimmt.

Die Betriebsführung wird einem autonomen System anvertraut, in der Bürgergruppen die zentrale Rolle spielen, obwohl sich Grundstücke und Einrichtungen im Besitz der Stadt befinden.

Indessen versammeln sich am Wochenende betrunkene Jugendliche und Erwachsene aus der Umgebung auf dem Gelände. Sie randalierten laut, zerstörten und beschmutzten Dinge, Bücher wurden zerrissen und weggeworfen und Müll wurde überall verstreut.

Zeitweise wurde eine solche Gefahrenzone daraus, dass sich die Bewohner aus der Nachbarschaft nicht mehr auf das Terrain trauten.

Bürgergruppen und Architekten kritisieren, dass die Hauptursache dieses Problems in der nachlässigen Aufsicht der Stadt liege. Sie meinen, dass die Stadt selbst, obwohl sie der Eigentümer der Einrichtungen ist, die Abfertigung des Mülls und die Wartung der äußeren Räume nicht ausreichend durchführe. Sie

tadeln auch die Tatsache, dass es Vandalismus hervorrufe, wenn man keine Reparaturen kaputter Einrichtungen vornehme und alles stehen und liegen lasse.

Zuletzt kümmerten sich Bürgergruppen um die Probleme, doch sie haben weder die Befugnisse noch die Geldmittel, um die Gebäude zu sanieren. Es mangelt hierbei an einem System, bei dem sich die Nutzer selbst in der Phase der Nutzung und des Betriebs an der Betreuung, Instandhaltung und Verbesserung der Einrichtungsräume beteiligen können.

2.2.3 Fazit: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Wie Tabelle 2-1 zeigt, können die folgenden Gemeinsamkeiten zwischen den Problemen in Deutschland und Japan zugeordnet werden. Außerdem sind die länderspezifischen Besonderheiten in der Betrachtung zu unterscheiden.

Gemeinsame Probleme in Japan und Deutschland:

Während die Bürgerbeteiligung an sich an Bedeutung gewinnt, verändert sich die Art der Durchführung. Der Beteiligungsprozess wird immer stärker formalisiert. Dabei wird kritisiert, dass wesentliche Diskussionen, die sich mit der Planung einer Einrichtung beschäftigen, die wesentlich den Alltag der Bürger mitbestimmt, ohne den Hauptbetroffenen selbst stattfinden.

Dies wird zu einem großen Problem und hat Auswirkungen auf verschiedenste Aspekte der Planung und des Betriebs.

- Ein unzureichende Organisation des Teilnahmeprozesses

Das bestehende Verfahren gibt zu wenig Zeit vor, um eine Bürgerbeteiligung angemessen durchführen zu können.

- Bereits vorgegebene Bedingungen

Es gibt zu viele Bedingungen, die schon vor einer Bürgerbeteiligung für die Planung festgelegt sind (Beschränkungen für die Unternehmen, starre Planungskriterien usw.). Spielraum, um die Meinung der Bürger berücksichtigen zu können, ist kaum vorhanden.

Es ist notwendig, diese Bedingungen gemeinsam mit den Bürgerschaften zu erörtern um so Einfluss auf die wesentlichen Teile der Planung nehmen zu können.

- Keine Rücksicht auf die Projektbedingungen

Weil man sich sorgt, dass schwer zu realisierende Punkte in einem zuvor festgelegten Rahmen beschlossen werden und sich vor einem Streit unter den Teilnehmern fürchtet, ermutigt man die Bürger, die Meinung zu äußern, ohne die Beschränkungen oder Bedingungen bezüglich der Projektplanung zu veröffentlichen. Dies erschwert als Resultat das Finden eines Lösungsvorschlags aus der Diskussion mit den Bürgern.

- Mangel an kontinuierlicher Kommunikation

Die Teilnahme ist auf das Anfangsstadium der Planung beschränkt. Der Inhalt der dort geschlossenen Übereinkunft mit den Bürgern wird auf die Errichtung des Gebäudes nur wenig Einfluss haben.

Gleichzeitig ist es nötig, wie einige Beispiele aus Japan oder Deutschland zeigen, dass bis zur Aufnahme des Betriebs und darüber hinaus eine dauerhaft geführte Kommunikation zwischen Stadt und Bürgern stattfinden kann.

- Mangel einer Expertise

Wie Mizushima hervorhebt, wird die Planung von etwas, das zur Entwicklung der Stadt beiträgt, unzulänglich, falls die städtebauliche Strategien zu sehr von der Meinung einzelner Bürgergruppen abhängig ist.

- Sind die Ergebnisse der Teilnahme auch für die Nutzer der nächsten Generation gültig?

Es handelt sich um die Fragestellung, ob der individuelle Raum, der nach den Wünschen der involvierten Nutzer gestaltet wurde, auch den Wünschen der nächsten Nutzergeneration entspricht.

Für Japan spezifische Probleme:

Obwohl die Beispiele zunehmen, in denen die Bürger schon zu Beginn der Planungsphase bei der Errichtung öffentlicher Einrichtungen involviert sind, gibt es noch keine systematische Unterstützung. Die Teilnahme von Bürgergruppen an der Betriebsphase wurde wie das System für die Beauftragung freier Träger institutionalisiert. Allerdings trifft dies nicht auf die Bürgerbeteiligung an der Planungsphase von Einrichtungen zu. Zudem werden die Planer in allen Unternehmen in einem Vergabeverfahren ausgewählt. Dabei gibt es keinen Spielraum, um einen Beteiligungsprozess durchzuführen. Dies verhindert Institutionalisierung der Nutzerbeteiligung an Planung und auch die Platzierung der Berufsfunktion, die solch ein Verfahren organisiert und moderiert.

Für Deutschland spezifische Probleme:

Es wird als Problem betrachtet, wie man mit bestimmten Problemgruppen, wie arbeitslosen Jugendlichen mit Migrationshintergrund, in Kontakt tritt und ihnen die Gelegenheit zur Teilnahme ermöglicht. Vor allem in Deutschland ist es nicht leicht die Bürgergruppen zu erreichen, in denen autonome Nachbarschaftsvereinigungen eine zentrale Rolle spielen und sie am Prozess zur Schaffung eines vertrauten Wohnumfeldes zu beteiligen. Jedoch werden oft Bürgerbeteiligungsverfahren an Bauleitplänen bei städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen in einem etwas größeren Maßstab durchgeführt. In Deutschland ist zudem die "Repräsentativität der teilnehmenden Bürger/Innen" ein ständiges Problem. Übrigens wird auch in Japan auf diese Problematik hingewiesen, wenn Baumaßnahmen wie der einer städtischen Kulturhalle auf den Weg gebracht werden. (SHIMIZU 2004).

Tab.2-1 Übersicht der Probleme oder Herausforderung bei Bürgerbeteiligung in Deutschland und Japan (eigene Darstellung)

	Japan	Deutschland
Ein unzureichende Organisation des Teilnahmeprozesses	<ul style="list-style-type: none"> - Zu kurze Zeitspanne für Beteiligungsverfahren (KINOSHITA) - Notwendigkeit einer Reform des Systems (UDUKI) - Althergebrachte Denkstrukturen innerhalb der Verwaltung (KASUGA) - Das Fehlen eines Systems, das Teilnahme unterstützt (KASUGA) - <u>Angemessene Honorare für die Moderation (SIMIZU)</u> - <u>Oft wenig oder gar kein Budget für Zusammenarbeit vor Planungsphase (NAITO)</u> 	<ul style="list-style-type: none"> - <u>Überschätzte Pläne (SELLE)</u> - <u>Problematische Verfahrensbindung (SELLE)</u>
Bereits vorgegebene Bedingungen	<ul style="list-style-type: none"> - Art der Bauweise oder Raumprogramm (KINOSHITA) - Beteiligungsprozess nur zu einer Übereinkunft für den vorgegebenen Entwurf des Gebäudes (NISHIMURA) 	<ul style="list-style-type: none"> - <u>Geringe Möglichkeiten der Konzeptentwicklung von zukünftigen Nutzern bei öffentlichen Schulbauten (Hübner)</u>
Keine Rücksicht auf die Projektbedingungen	<ul style="list-style-type: none"> - Klare Definition von Art und Umfang der Beteiligung am Planungs- und Bauprozess (UDUKI) - Vermeidung von Pseudo-Teilnahmeverfahren ohne Beschlussfassung (SIMIZU) - Mangel an Offenlegung von Informationen und Werbung (KASUGA) 	<ul style="list-style-type: none"> - <u>Überforderte Verfahren (SELLE)</u>
Mangel an kontinuierlicher Kommunikation	<ul style="list-style-type: none"> - Das Recht, sich in allen Phasen äußern zu können (UDUKI) - Die Errichtung eines Systems, das eine dauerhafte Teilnahme ermöglicht (UDUKI) - Wenige Bürgerbeteiligung vor und nach Planungsphase (ITO) 	<ul style="list-style-type: none"> - <u>Fehlende Nachhaltigkeit (SELLE)</u> - <u>Das Fehlen eines System der Nutzerbeteiligung an der Betreuung, Instandhaltung und Verbesserung der Einrichtungsräume (Freilichtbibliothek Magdeburg)</u>

	<ul style="list-style-type: none"> - Gelegenheit um das Verhalten der Unternehmen infrage zu stellen (SIMIZU) - <u>Keine Beteiligung vom beauftragten Geschäftsführer an der Planungsphase bei öffentlichen Einrichtungen (CHONG)</u> 	
Mangel einer Expertise	<ul style="list-style-type: none"> - Das Fehlen der Fachkenntnisse der teilnehmenden Laien (MIZUSHIMA) - Erlangung einer Expertise von teilnehmenden BürgerInnen (SIMIZU) - <u>Notwendigkeit der externen fachlichen Beratung während des Bürgerbeteiligungsverfahrens (UDUKI)</u> - <u>Moderation durch Fachleute (SIMIZU)</u> - <u>Mangel an Experten, die ein Beteiligungserfahren koordinieren können (KASUGA)</u> 	-
Gültigkeit der Ergebnisse der Beteiligung auch für die Nutzer der nächsten Generation	<ul style="list-style-type: none"> - Repräsentativität der Bürgerbeteiligung (SIMIZU) 	<ul style="list-style-type: none"> - Verbindlichkeit und Legitimation (Senatsverwaltung Berlin) - <u>Instrumentalisierung (Senatsverwaltung Berlin)</u> - <u>Ungleiches Partizipationsverhalten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen (Senatsverwaltung Berlin)</u> - Keine sichere Gültigkeit der Ergebnisse der Nutzerbeteiligung auch für die Nutzer der nächsten Generation (Lederer)
Sonst	<ul style="list-style-type: none"> - Kein Vertrauen von Bauherrn zu Architekten, wenn sich der Architekt nur mit der Gestalt beschäftigt (NAITO) 	-

Anmerkung: Der länderspezifische Punkt ist unterstrichen

Kapitel 3

Bedingungen für die empirische Untersuchung

3.1 Auswahl der Beispiele

3.2 Untersuchungsmethode

Unter Berücksichtigung der bisher gewonnenen Ergebnisse werden nun aktuelle Beispiele für Architektur mit partizipativem Ansatz in Deutschland und Japan vorgestellt. Die Analyse versucht anhand der konkreten praktischen Umsetzung Lösungswege für die Probleme zu finden, die in den ersten zwei Kapiteln herausgearbeitet wurden.

Im folgenden Kapitel werden die Bedingungen für die Auswahl der Beispiele formuliert sowie die Betrachtungspunkte und die Untersuchungsmethode erläutert.

3.1 Auswahl der Beispiele

Unter Berücksichtigung aktueller Tendenzen bei der Bürgerbeteiligung in Deutschland und Japan wurden die Beispiele nach folgenden drei Gesichtspunkten ausgewählt.

1. Deutschland: Stadtteilentwicklung basierend auf alternativen Nachbarschaftsstrukturen (Baugemeinschaften)

Beispiel: Soziale Einrichtungen in der Tübinger Südstadt

Im ersten Teil wird im Zusammenhang mit dem Trend zur Bildung von Baugemeinschaften die Stadtteilentwicklung in der Tübinger Südstadt behandelt. Den Schwerpunkt der städtebaulichen Neuentwicklung der Tübinger Südstadt auf einem ehemaligen Kasernenareal bildet der Bau von kooperativ geplanten Wohnblocks durch Baugemeinschaften. Zudem wurden die zukünftigen Bewohner stark an der Quartiersentwicklung beteiligt. Die Umsetzung des international beachteten Modellprojekts nahm über 10 Jahre in Anspruch.

Diese Arbeit konzentriert sich auf die Beteiligung der Stadtteilbewohner als zukünftige Nutzer bei der Errichtung sozialer Bauten. Nach einer schriftlichen Befragung über die Nutzerbeteiligung an Planung, Bau und Betrieb bei sozialen Einrichtungen in der Tübinger Südstadt wurden drei soziale Einrichtungen ausgewählt und ausführlich untersucht, die zusammen mit den zukünftigen Nutzern geplant wurden.

2. Deutschland: Nutzerbeteiligung als Teil des Entwurfsprozesses

Beispiel: Evangelische Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck und Voorzieningencluster (Stadtteilzentrum) Enschede Niederlande.

Der zweite Teil widmet sich Projekten des Architekturbüros plus+ bauplanung GmbH, das zahlreiche Kultur- und Bildungsbauten zusammen mit den zukünftigen Nutzern geplant hat. 1994 gewann das Büro den Wettbewerb für den Neubau der evangelischen Gesamtschule in Gelsenkirchen. Das Projekt wurde von der lokalen evangelischen Gemeinde initiiert und sollte als Teil der IBA Emscher Park für die Revitalisierung des Stadtteils Gelsenkirchen-Bismarck eine wichtige Rolle übernehmen. Hervorzuheben ist die Beteiligung von Kindern und Lehrern, die seit der Planungsphase engagiert mit den Architekten die Schule unter ökologischen Aspekten zusammen geplant und gebaut haben.

Ein weiteres Projekt des Büros wurde in der niederländischen Stadt Enschede realisiert. Es handelt sich hierbei um ein Stadtteilzentrum, das als Wiederaufbauprojekt nach einer Brandkatastrophe gemeinsam von der Stadt und zukünftigen Nutzergruppen entwickelt wurde. Als direktes

Folgeprojekt der evangelischen Gesamtschule in Gelsenkirchen lässt sich sehr gut die Weiterentwicklung der Kommunikationsmethode zur Zusammenarbeit mit den Nutzern beobachten. Während bei der evangelischen Schule die Architekten schon im Wettbewerbsbeitrag ein Konzept für die Gesamtstruktur der Schule vorlegen mussten, waren die verschiedenen Nutzergruppen in Enschede schon von Beginn an an der Planung beteiligt. Obwohl das Projekt unter anderer Planungskultur in Niederlande realisiert wurde, wurde das in dieser Arbeit als Exkurs beobachtet, um die Diskussion über Art der Zusammenarbeit von Nutzer und Architekt zu vertiefen.

3. Japan: Entwicklung eines Stadtteilzentrums mit Bürgerinitiativen

Beispiel: Matsukawa Multi Cultural Center, Chino Cultural Complex

Im letzten Teil wird die Realisierung von zwei neuen Stadtteilzentren in Japan betrachtet, bei denen die Stadt die Bürger in den Prozess von der Konzeption bis hin zum Betrieb intensiv mit einbezogen hat. Sie wurden ausgewählt, da sich der Planungsprozess von anderen Projekten in zwei Punkten deutlich unterscheidet.

Beteiligung der Öffentlichkeit an der Projektentwicklung

Zielsetzung bei beiden Projekten war die Bildung eines neuen Stadtteilmittelpunkts im Kontext des *Machizukuri*. Die Beteiligungsverfahren richteten sich dabei nicht nur an die Bewohner des jeweiligen Quartiers, sondern an alle Bewohner der Stadt.

Moderation der Nutzerbeteiligung durch beauftragte Planer

Im Gegensatz zu anderen Projekten übernahmen die beauftragten Planer schon in der Frühphase der Planung die Moderation des Beteiligungsverfahrens, was eine intensive Kommunikation zwischen Nutzer und Architekten ermöglichte.

Insbesondere die Beteiligung der Öffentlichkeit ist für den Vergleich mit Bürgerbeteiligungsformen in Deutschland interessant, da hier die Bürger in einem großen Rahmen an der Planung eines einzelnen Gebäudes partizipieren. In Deutschland werden nur bei übergeordneten stadtplanerischen Entscheidungen größere Bevölkerungsgruppen beteiligt oder befragt.

3.2 Untersuchungsmethode

Folgende Informationen wurden mit den Möglichkeiten der Recherche und anhand von mündlichen Befragungen gesammelt:

- Allgemeine Informationen (Nutzfläche / Art der Nutzung / Planungs- und Bauzeit / Datum der Fertigstellung)
- Projektbeschreibung
- Auswahlverfahren der Architekten
- Am Projekt beteiligte Nutzer / Nutzergruppen
- Projektbedingungen, die vor dem Beteiligungsverfahren festgelegt worden
- Formen der Nutzerbeteiligung
- Einfluss der Nutzerbeteiligung auf die Gestaltung der Räumlichkeiten und die Aktivitäten der Nutzer

Literaturrecherche

Vor der Befragung der einzelnen Akteure wurde mit Hilfe von Literaturrecherchen vorab Informationen über das jeweilige Projekt und die angewendeten Beteiligungsverfahren gesammelt. Auf Basis der Ergebnisse wurden die jeweiligen Fragenkataloge für die folgenden Interviews erarbeitet. (verwendete Literatur siehe Tabelle 3-2)

Mündliche Befragung

Um möglichst ausführlich den Beteiligungsprozess und den Zusammenhang zwischen den Ereignissen innerhalb des Prozessablaufs zu erfassen, basiert der Hauptteil der Untersuchung auf der mündlichen Befragung von Beteiligten. Für die Befragungen wurde die Form des Leitfadeninterviews gewählt. Für die Durchführung von Leitfadeninterviews gibt es verschiedene Befragungsstile (Vgl. DIEKMANN 1995, 375 Zit. Nach VOGT 2001, 27-28):

- "neutrales" Interview: der Interviewer befragt, ohne die Antworten zu kommentieren
- "weiches" Interview: der Interviewer hält das Gespräch durch Zustimmung in Gang
- "hartes" Interview: der Interviewer bringt den Befragten durch Druck dazu, "unangenehme" Fragen nicht auszuweichen bzw. keine verfälschenden Aussagen zu machen.

Vogt schrieb zur Auswahl des Interviewstils: "Welcher Interviewstil die wissenschaftlich brauchbarsten Ergebnisse liefert, ist in der Literatur umstritten und muss immer der jeweiligen Befragungssituation angepasst werden". (VOGT 2001, 28)

In dieser Untersuchung wurde die Befragung im Stil des "weichen" Interviews geführt. Der befragte Akteur sollte nicht nur von Tatsachen berichten sondern auch seine persönlichen Erfahrungen und Eindrücke wiedergeben. Wenn der Befragte im Verlauf des Gesprächs widersprüchliche Angaben zu den Informationen aus der Literaturrecherche machte, wurde diese erst am Ende des Interviews geklärt, um die ungewollte Gesprächsatmosphäre nicht zu beeinträchtigen.

Als Probanden wurden Akteure ausgewählt, die sowohl an der Planung beteiligt waren und gleichzeitig mit den Betriebsabläufen der Einrichtung vertraut sind. (Da von den aktuellen Betreibern des Kinderhau-

ses Loretto in Tübingen keiner am Planungsprozess beteiligt war, wurde hier zusätzlich ein Interview mit der Architektin des Projekts durchgeführt.)

Die Befragungen in Deutschland wurden auf Deutsch, in Enschede auf Deutsch und Englisch und in Japan auf Japanisch geführt. Anschließend an jedes Interview gab es eine Gebäudebegehung zusammen mit den Befragten. Dabei wurden die getroffenen Aussagen nochmals thematisiert und einzelne Aspekte detailliert besprochen.

Die folgende Tabelle 3-1 gibt Auskunft über die Tätigkeit der Befragten und den Zeitpunkt des Interviews.

Die Gespräche wurden stichwortartig notiert und gleichzeitig digital mitgeschnitten, um alle Informationen aus den Interviews zu erfassen und die Qualität der Daten aus der mündlichen Befragung zu sichern. (Fragenkataloge und die Notizen der Interviews S. Anhang)

Schriftliche Befragung

Den mündlichen Befragungen der ca. 40 sozialen Einrichtungen der Tübinger Südstadt ging eine schriftliche Befragung voraus. Hier wurde vorab geklärt, welche Formen der Nutzerbeteiligung jeweils angewendet wurden. Anhand der Auswertungsergebnisse wurden drei öffentliche Einrichtungen mit unterschiedlichen Funktionen ausgewählt, die zusammen mit den zukünftigen Nutzern geplant wurden. Sie repräsentieren die Bandbreite der Nutzerbeteiligungsformen, die bei der Planung der Tübinger Anwendung fanden. Die schriftliche Befragung wird in Kapitel 4 dargestellt.

Tab.3-1 Übersicht der geführten Interviews

Projekt	Befragte	Tag des Interviews
Französische Schule	Schulgründerin / ehem. Lehrerin	21.05.2013
Kinderhaus Loretto	Leiterin / Erzieherin	30.01.2012
	Landschaftsarchitektin	17.01.2012
Tanz- und Sportzentrum	Leiter	27.05.2013
Evangelische Gesamtschule in Gelsenkirchen	Didaktischer Leiter	12.04.2011
	Lehrerin (Kurzes Gespräch)	11.03.2011
	Schüler (Kurzes Gespräch)	12.04.2011
Stadtteilzentrum in Enschede	ehemaliger Leiter des Projektbüros der Stadt	09.04.2013
	Betreiber	09.04.2013
	Leiterin und Stellvertreterin der Schule	10.04.2013
	Leitern der Kindertagesstätte	09.04.2013
	Pfarrer des Pastorates	09.04.2013
	Vorsitzender des Modelleisenbahnklubs	10.04.2013
	Projektentwickler für die weiteren Projekte des Betreibers	10.04.2013
Matsukawa Multi Cultural Center	Betreiber	19.08.2013
Chino Cultural Complex	Leiter	19.08.2013

Tab.3-2 Quellen der Literaturrecherche

Projekt	Literatur
Französische Schule	Französische Schule Tübingen. (2008). Die Schule im Quartier Lernen-Erfahren-Entdecken. Tübingen.
	Architektenkammer Baden-Württemberg. (19. 4 2011). Auszeichnungsverfahren "Tübingen 2001 - 2004" Innenhof Block 12 - Außenanlagen KITA Loretto West . Abgerufen am 16. 12 2011 von http://www.akbw.de/architektur/beispielhaftes-bauen/praemierte-objekte/detail/objekt/innenhof-block-12braussenanlagen-kita-loretto-west.html
Kinderhaus Loretto	FELDTKELLER, A. (2001). Städtebau: Vielfalt und Integration. Stuttgart/München.
Tanz- und Sportzentrum	SCHIEBEL, U. (2012). Das Konzept zum TRZ zur Errichtung und zum Betrieb von Mehrzwecksporthallen und anderen gemeinnützigen und wirtschaftlich genutzten Unternehmungen. Pfullingen.
Evangelische Gesamtschule in Gelsenkirchen	HÜBNER, P. (2006). Kinder bauen ihre Schule - Evangelische Gesamtschule Gelsenkirchen. Stuttgart/London.
	BLUNDELL JONES, P. (2007). Peter Hübner - Building as a social process. Stuttgart/London.
	Gelsenkirchen-Bismarck, E. G. (2008). Evangelische Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck Jahrbuch
Stadtteilzentrum in Enschede	BLUNDELL JONES, P. (2007). Peter Hübner - Building as a social process. Stuttgart/London.
	Projectbureau Wederropbouw. (2003). Tussen stehen en samenwerking - Procesverlag Voorzieningencluster Roombeek. Enschede.
	Gemeente Enschede, Projectbureau Wederropbouw, & de Architekten Cie. (2002). De Stad Voortgezet - Ontwikkelingsplan Roombeek. Enschede.
Matsukawa Multi Cultural Center	UCHIDA, Fumio 2009: The Experience of "Building together" makes a town active. In: SHINKENCHIKU(New Architecture) October 2009, 23
	Matsukawa village office 2005-2007: the newsletter of the committee for Matsukawa Multi Cultural Center. Japan
Chino Cultural Complex	Chino cultural complex story editorial meeting. 2011: Chino cultural complex story. Japan

Kapitel 4

Empirische Untersuchung:

Aktuelle Nutzerbeteiligung an Planung und Bau sozialer Bauten auf Quartiersebene in Deutschland anhand konkreter Beispiele

- 4.1 Einfluss von Baugemeinschaften auf die städtebauliche Entwicklung der Tübinger Südstadt
 - 4.1.1 Stadtteilentwicklung in der Tübinger Südstadt
 - 4.1.2 Befragung zu Nutzerbeteiligung an Planung, Bau und Betrieb von sozialen Einrichtungen in der Tübinger Südstadt
 - 4.1.3 Französische Schule
 - 4.1.4 Kinderhaus Loretto
 - 4.1.5 Tanz- und Sportzentrum

- 4.2 Nutzerbeteiligung als Teil des Entwurfsprozesses : plus+ bauplanung GmbH
 - 4.2.1 Evangelische Gesamtschule in Gelsenkirchen
 - 4.2.2 Exkurs: Stadtteilzentrum in Enschede

4.1 Einfluss von Baugemeinschaften auf die städtebauliche Entwicklung in der Tübinger Südstadt

4.1.1 Stadtteilentwicklung in der Tübinger Südstadt

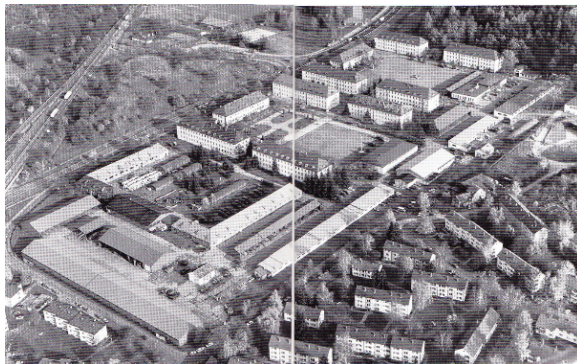


Abb. 4-1 Ein Block in der Tübinger Südstadt [Oben] (eigenes Foto 2012)

Abb. 4-2 Ehemaliges Kasernenareal im Französischen Viertel [Links] (Architektenkammer Baden-Württemberg Kammergruppe Tübingen/Universitätsstadt Tübingen 2007, 6)

Abb. 4-3 Französisches Viertel [Rechts] (ebd.,5)

Die Tübinger Südstadt ist ein Stadtteil der Stadt Tübingen (ca. 90.000 Einwohner) im Südwesten Deutschlands, deren städtebauliche Neuentwicklung in den 90er Jahren viel Beachtung fand. Charakteristisch war die Durchmischung industrieller Anlagen und Wohngebiete. Der Abzug der französischen Truppen im Jahr 1990 ermöglichte den Erwerb eines 60 ha großen Areals am südlichen Rand der Kernstadt durch die Stadt Tübingen.

Die Stadt sah die große Chance, auf dem Areal ein neues Konzept für urbane Stadtteilentwicklung umzusetzen. Dabei konzentrierte man sich auf die Rahmenplanung und Erschließung des Areals.

Aus dem 1992 durchgeführten städtebaulichen Ideenwettbewerb ging das Stuttgarter Büro Lehen Drei als Gewinner hervor, dessen Planung eine kleinteilige Parzellierung des Areals in verschiedene Wohnblöcke

vorsah. Die hierbei ausgewiesenen Parzellen wurden an Baugemeinschaften verkauft, die partizipatorisch organisiert waren, das heißt dem einzelnen Beteiligten ein hohes Maß an Mitsprache und Mitgestaltungsmöglichkeiten einräumte.

Besonders die zwei Quartiere, Französisches Viertel und das Loretto-Areal sind städtebauliche Pionierprojekte, die nun seit über 20 Jahren als Laboratorium für kleinteilige Parzellenbebauung gelten. Dabei wurden zwei entscheidende Entwicklungsregeln vorgegeben, die bis heute als wegweisend gelten:

- 1) Gewerbeverpflichtung: In den Grundstückskaufverträgen zwischen Stadt und Bauherren ist festgelegt, dass im Erdgeschoss keine Wohnnutzung geplant werden darf. Neben klassischer gewerblicher Nutzung für Büros oder kleine Läden werden die Flächen auch als Gemeinschaftsräume, Fahrradabstellplatz u. a. genutzt.
- 2) Bewohner/Eigentümer eines Blocks müssen den Innenhof gemeinsam nutzen. Zusätzlich wurden gemeinschaftlich genutzte Außenbereiche außerhalb der Blocks liegend zusammen mit den Bewohnern geplant und errichtet (z.B. kleiner Park /Straßenzüge).

Unter städtischer Kontrolle wurden stufenweise Entwicklungseinheiten wie Gebäude, Block und Quartier definiert. Man entwickelte Programme für verschiedene gemeinschaftliche Einrichtungen, an deren Gestaltung die neuen Bewohner beteiligt wurden. Das Konzept hatte zum Ziel, die Bewohner bei der Errichtung städtischer Bauten in ihrem Wohnumfeld aktiv mit einzubeziehen. (Vgl. SOEHLKE, 2010, 46) Das Ergebnis der Befragung in 4.1.2 zeigt, dass diese Vorstellungen tatsächlich in die Realität umgesetzt wurden.

Die beiden Modellviertel sind vom Zentrum der Stadt zu Fuß in 10 bis 15 Minuten erreichbar. Auch aufgrund der guten Anbindung an das Zentrum ist die Atmosphäre innerhalb der Viertel sehr lebendig. Spaziert man heute durch das Quartier, sieht man unterschiedlich gestaltete Häuser, kleine Läden, Geschäfte. Bewohner von Jung bis Alt bevölkern die wenig befahrenen Straßen. Auf den Hinterhöfen spielen Kinder, während die Eltern im gemütlichen Plausch miteinander verweilen. Zudem besuchen heute auch viele Interessierte den international bekannt gewordenen Stadtteil.

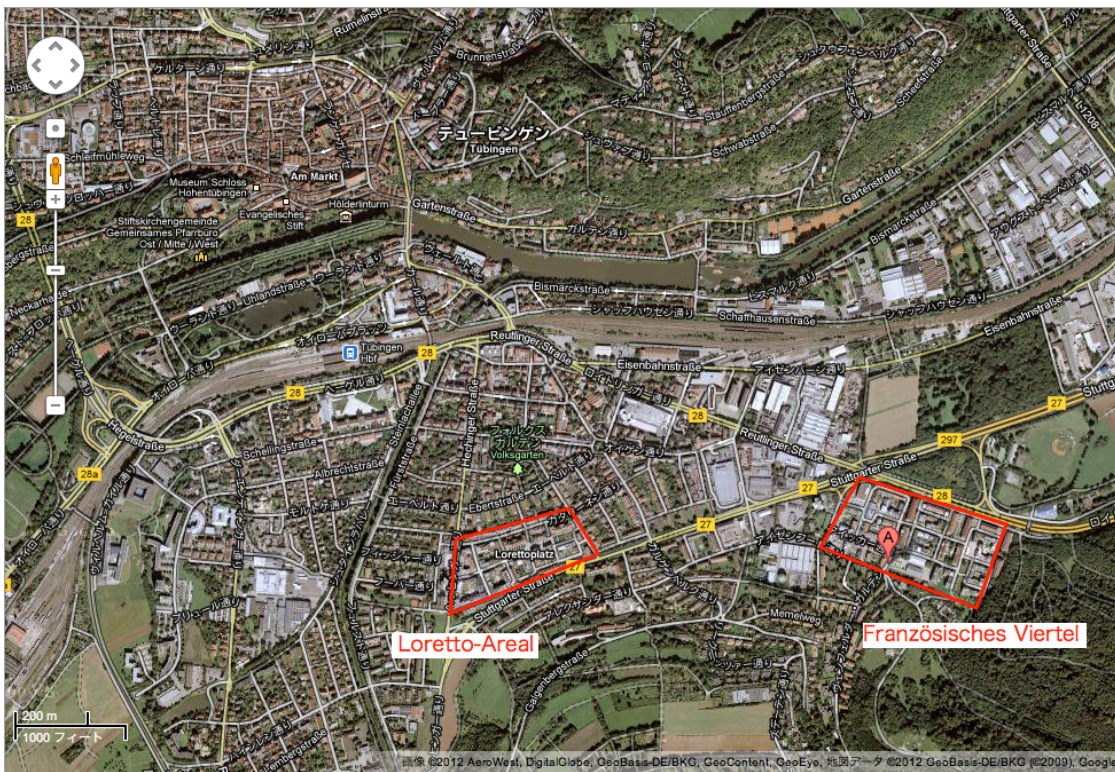


Abb. 4-4 Lage des französischen Viertels und des Loretto-Areals (Google Map 2011)

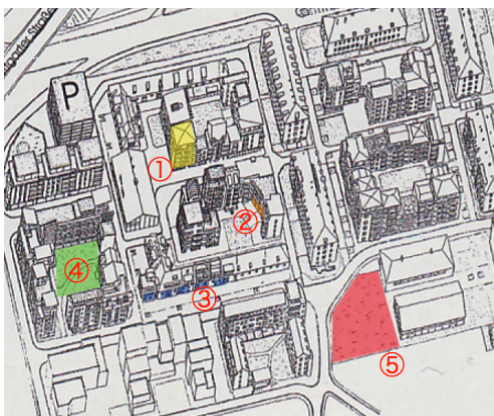


Abb. 4-5

Entwicklungsmodell im französischen Viertel

1 Wohnen

2 Gemeinschaftliche Einrichtung

3 Gewerbe

4 Innenhof

5 Öffentlicher Freiraum

(FELDTKELLER 2001, 63, ergänzt v Verf.)

Quartier	Franz. Viertel	Loretto
Fläche	11.9 ha	6.9 ha
Einwohner	2329	905
BGs	65 BGs	45 BGs
Wohneinheiten /BGs:		
1-5 WE	19 BGs	8 BGs
6-10 WE	9 BGs	11 BGs
11-15 WE	4 BGs	5 BGs
16- WE	6 BGs	4 BGs

Tab. 4-1 Projektdaten

(Fläche, Zahl der Baugemeinschaften von HARLANDER, KUHN

2010, 16) (Einwohner von Universitätsstadt Tübingen)

(Wohneinheiten/BGs von eigener Darstellung)

4.1.2 Befragung zu Nutzerbeteiligung an Planung, Bau und Betrieb von sozialen Einrichtungen in der Tübinger Südstadt

Zuerst wurde eine schriftliche Befragung der sozialen Einrichtungen im Französischem Viertel und im Loretto-Areal durchgeführt, um alle allgemeingültigen Informationen (Bauherr, Betreiber, Art der Nutzung und Voraussetzungen für öffentliche Förderungen) zu erhalten. Darüber hinaus sollte geklärt werden, welche Formen der Nutzerbeteiligung zur Anwendung kamen. (Beispiel Fragebogen S. Anhang)

Es wurden die Einrichtungen ausgewählt, die zum Zeitpunkt der Befragung (im November 2012) offiziell auf der Karte der Stadt Tübingen verzeichnet waren.

Zur Verteilung der Fragebögen hat der Verfasser die jeweiligen Ansprechpartner in den sozialen Einrichtungen im Französischen Viertel und im Loretto-Areal besucht. Dabei wurde auch das Ziel der Befragung erklärt und ein frankierter Rückumschlag verteilt. Die Fragebögen wurden zur Bearbeitung den Interviewpartner/Innen übergeben und konnten per Post zurückgesendet werden.

Den Fragebogen haben 22 der 39 angesprochenen Einrichtungen ausgefüllt zurückgesendet. Dabei gaben 20 Einrichtungen an, dass bei ihnen Formen der Nutzerbeteiligung an Planung, Bau oder Betrieb angewendet wurden. (Ergebnis der schriftlichen Befragung S. Anhang)

Zwar war es nicht möglich, durch standardisierte schriftliche Befragung ein vollständiges Bild der Beteiligungsprozess in einzelner Projekt zu bekommen, doch lässt sich das Ergebnis einen Überblick auf den Formen der Nutzerbeteiligung unter der städtebaulichen Maßnahme in der Tübinger Südstadt ablesen.

Für die Analyse wurden die Einrichtungen in vier Gruppen unterteilt, abhängig von Einfluss der Betreiber auf den gestalterischen Prozess bei Errichtung und Betrieb der Einrichtung.

- 1) Städtische Einrichtungen
- 2) Städtische Einrichtungen von privaten Organisationen betrieben
- 3) Private Einrichtungen mit öffentlichen Mitteln gefördert
- 4) Private Einrichtungen

In Tübingen können die meisten Einrichtungen den Kategorien 1 oder 3 zugeordnet werden. Dabei sind die Nutzungsarten unterschiedlich wie z.B. städtische Schulen oder kirchliche Einrichtungen.

Eine Einrichtung wird partnerschaftlich gemeinsam von der Stadt und zwei Vereinen (No.1 Tanz- und Sportzentrum) betrieben. Tatsächlich kann man diese am ehesten unter Kategorie 3 einordnen, da die Stadt den Vereinen fast alle Entscheidungsbefugnisse übertragen hat. Sie forderte als Ko-Bauherr lediglich die Einrichtung eines Bewegungsraums, den auch Schulen und andere Sportvereine benutzen dürfen. Bei allen Projekten gab es die Beteiligung von Zielgruppen der Einrichtung in mindestens einer Phase. Nicht nur private sondern auch städtische Einrichtungen beteiligten die Nutzer an der Planung. Gelegenheiten der Nutzerbeteiligung wurden schon in der Frühphase des Bau- und Planungsprozesses angeboten, entweder unter kommunaler Federführung oder als Kooperation zwischen Stadt und Nutzer.

Zusätzlich gab es auch Formen der Nutzerbeteiligung während der Bauphase.

Anhand der Auswertung der Befragungsergebnisse wurden drei Einrichtungen als Beispiele ausgewählt, um ausführlich die Beteiligung und deren Einfluss auf die Gestaltung des Gebäudes und die Aktivität der Nutzer zu untersuchen. Es handelt sich hierbei um Einrichtungen, die alle von den zukünftigen Nutzern mitgeplant wurden. Die Art der Nutzerbeteiligung unterscheidet sich zum Teil deutlich.

4.1.3 Französische Schule



Abb. 4-6 Die nachträglich eingebaute Galerie im Klassenraum [Oben] (Französische Schule 2008, 23)

Allgemeine Informationen

Art der Nutzung: Schule

Nutzfläche: 4.480 m²

Erster Bauabschnitt 1994: Sanierung

Zweiter Bauabschnitt 2005: Erweiterung von Klassenräumen und eines Mehrzweckraums

Dritter Bauabschnitt (Planung 2012- / Bau 2014-2016): Erweiterung der Mensa, der Fachunterrichtsräume und Klassenräume für fünfte und sechste Klassen.

Projektbeschreibung

Nachdem die Französische Armee im Jahr 1991 abgezogen war, entschloss sich die Stadt die nun leer stehenden Gebäude der Französischen Schule unter dem bekannten Namen weiterhin als Schule zu nutzen. Um auf ortsspezifische Probleme zu reagieren wie z.B. den hohen Anteil von Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund oder aus sozial benachteiligten Familien, wurde das Konzept "die Schule im Quartier" entwickelt. Anfangs nur Grundschule, wurde sie nach und nach zur Gemeinschaftsschule mit einer Sekundarstufe ausgebaut.

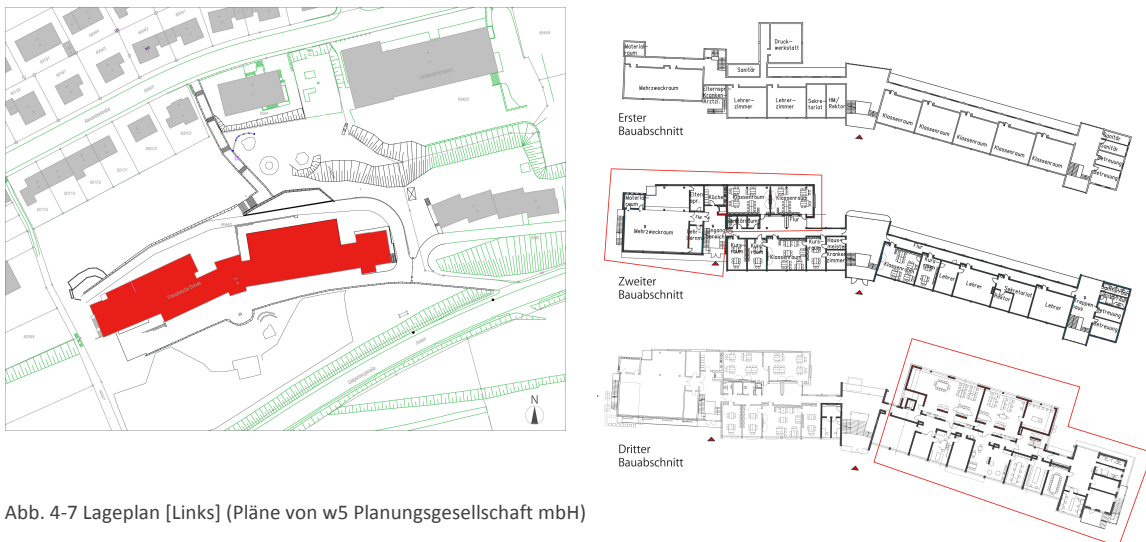


Abb. 4-7 Lageplan [Links] (Pläne von w5 Planungsgesellschaft mbH)

Abb. 4-8 Grundrisse Erdgeschoss der drei Bauabschnitten [Rechts] (Pläne von w5 Planungsgesellschaft mbH)

Auswahlverfahren der Architekten

■ Auswahl durch direkten Vertragsabschluss

Mit der Planung für die erste Erweiterung (zweiter Bauabschnitt) wurde das Tübinger Architekturbüro Ruoff + Wied GbR beauftragt. Die Büropartner sind die Gründer des Architekturbüros w5 Planungsgesellschaft mbH, das schon an der Planung verschiedener Baugemeinschaftsprojekte in der Tübinger Südstadt beteiligt war und schließlich auch mit der Planung der zweiten Erweiterung (dritter Bauabschnitt) beauftragt wurde.

Am Projekt beteiligte Nutzer / Nutzergruppe

■ Arbeitsgruppe aus Lehrer/Innen, Eltern und Wissenschaftler / Innen

Um die Schule im Quartier zu planen, wurde mit der Unterstützung der Stadt zunächst eine Arbeitsgruppe aus interessierten Lehrer/Innen, Eltern und Wissenschaftler/Innen gebildet. Innerhalb dieser Gruppe wurde das neue Schulkonzept diskutiert und entwickelt.

■ Schüler/Innen, Eltern und Schulabgänger/Innen

Unter dem Motto "gemeinsam mit den Kindern Schule entwickeln und gestalten", brachten sich nicht nur Schüler/Innen sondern auch Eltern bei Planung und Bau der Schule ein. Sie beteiligten sich unter anderem an der Gestaltung des Schulgartens, den Renovierungsarbeiten im Schulgebäude oder bei der Erweiterung mit fünften und sechsten Klassen (dritter Bauabschnitt). Darüberhinaus übernehmen Eltern und Schulabgänger Nachmittagsbetreuung und bieten zusätzlich Arbeitsgemeinschaften für Schüler/Innen an.

Projektbedingungen, die vor dem Beteiligungsverfahren festgelegt waren

■ Mitplanung von Lehrer/Innen und Eltern

Die Rahmenbedingungen für das Projekt wurden von allen Beteiligten gemeinsam mit der Stadtverwaltung erarbeitet.

Auch bei den Planungen des Ganztagesbetriebs hat die Stadt als Bauherr/Träger die Eltern in die Diskussion mit einbezogen. Darüber hinaus hat die Stadt die Eltern aufgefordert, sich an Bau und Betrieb zu beteiligen, um die Ergebnisse aus der Diskussion umzusetzen.

Beteiligung in der Planungsphase

■ Entwicklung des pädagogischen Konzeptes und Raumprogramms

Dank der Beteiligung der motivierten Lehrer/Innen in der Planungsphase wurde ein innovatives pädagogisches Konzept entwickelt, das verschiedene neuartige Elemente beinhaltet, wie z.B. altersübergreifende Gruppen in den Klassenstufen 1 bis 3 oder Klassenräume mit offenen Lernzonen. Außerdem hat die Arbeitsgruppe ihre eigenen Wünsche für besondere Unterrichtsformen formuliert und z.B. einen extra Druckraum gefordert. Der Architekt hat diese Vorschläge in seinem Entwurf übernommen.

■ Erweiterung zur Ganztagschule

Wie schon erwähnt waren an der Planung nicht nur Lehrer/Innen sondern auch Eltern beteiligt. Die Architektin Claudia Jung von w5 Planungsgesellschaft mbH moderierte einen Planungs-Workshop, um die Vision der zukünftigen Schule zu formulieren. Hierbei hat jeder Teilnehmer/in aus dem Aspekt einer bestimmten Nutzergruppe die Vision für neue Schule entwickelt („Roll playing“). Anschließend haben sie die bisherigen Nutzungen geprüft und auf dem Grundriss des bestehenden Haus skizziert, was funktioniert und was noch fehlt.

In dem Workshop wurde die Diskussion über die Gestaltung absichtlich vermieden und nur anhand von Flächen (Zonen) diskutiert, um erst das Konzept und die Struktur zu finden. Die Architektin hat vorgeschlagen, wie das Konzept und die Struktur unter dem vorgegebenen Raumprogramm und die bauliche Anforderungen realisiert werden können.

Hieraus entwickelte sich z.B. die Zubereitung des Mittagessens in der Schule: Die Schule muss mittags Verpflegung für die Schüler/Innen anbieten. Die Stadt hatte zuerst vorgeschlagen, dass Essen anliefern zu lassen. Die Eltern wollten aber, dass ihre Kinder frisch gekochte Mahlzeiten in der Schule serviert bekommen. Die Stadt forderte hierfür die Unterstützung durch die Eltern. Sie sollten das Kochen und den Küchenbetrieb organisieren. Die Eltern waren einverstanden und so wurde für die Erweiterung eine Produktionsküche geplant.

Außerdem sind die folgenden planerischen Ergebnisse entstanden:

- Sitzplätze in der Mensa: Nur die Sitzplätze für fünfte und sechste Klassen wurden angefordert. Die kleineren Kinder essen in den eigenen Klassenräumen, wie die Lehrer/innen es gewünscht haben. Dies wurde mit Hygieniker abgestimmt.
- Cluster-Struktur: Die Idee der offenen Lernbereiche wurde von der Architektin vorgeschlagen und mit Lehrern und der Stadtverwaltung abgestimmt. Der großzügige Bereich wurde unter der Abstimmung mit der Stadt brandschutzmäßig als Nutzungseinheit genehmigt.
- Verkleinertes Treppenhaus: Bisher wurden Teile des Treppenhauses auch als Spielecke oder Ausstellungsbereich genutzt, obwohl das nach Brandschutzaspekten nicht ideal ist. Deshalb wurde im Anbau ein kleines Treppenhaus eingebaut, das rein als Verkehrsfläche funktioniert. Das alte Treppenhaus wurde rückgebaut und es entstand eine Halle mit Unterrichtsräume, da die Lehrer/innen die Bereiche für Spiel- und Ausstellungsmöglichkeit behalten wollten.

Außer den Eltern haben auch Schüler/Innen ihre Vorstellungen für die Erweiterung in einem Workshop formuliert und in die Planung mit eingebracht.



Abb. 4-9 Prüfung der Räumlichkeiten anhand von Bestandsplänen [Links]
 (Bericht Workshops von w5. 5)

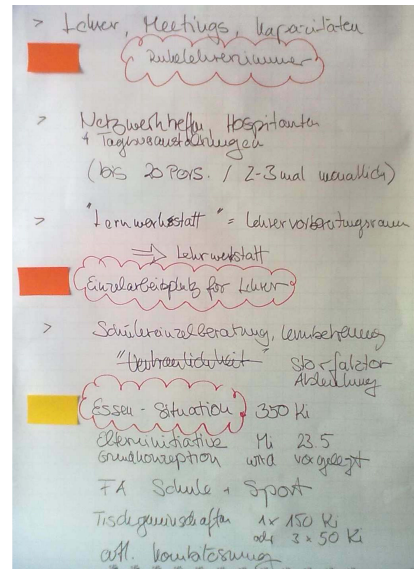


Abb. 4-10 Identifizierung der Brennpunkten im Plenum [Rechts] (ebd. 5)

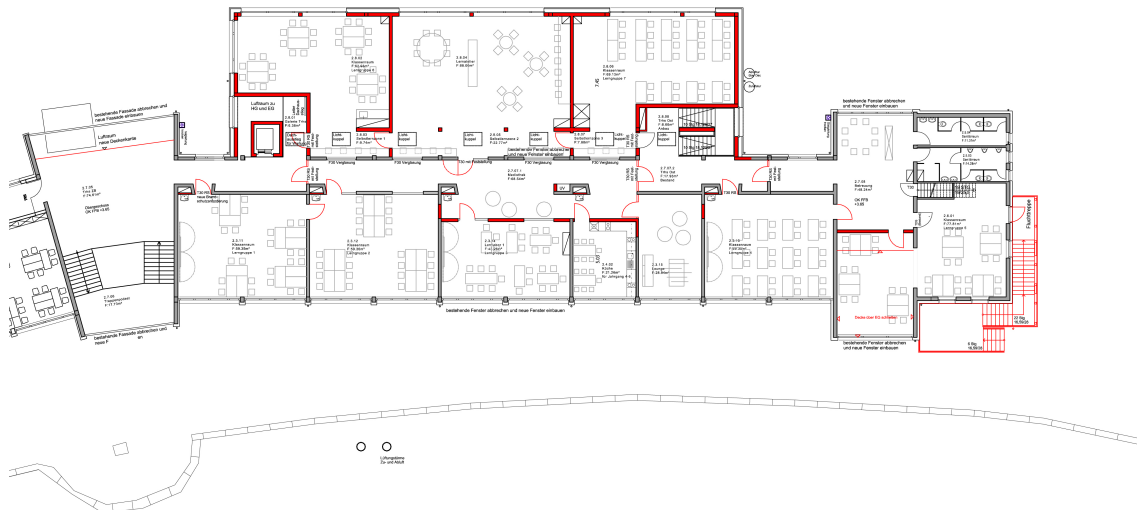


Abb. 4-11 Der Grundriss Obergeschoss des dritten Bauabschnitts : Offenen Lernbereich (Pläne von w5 Planungsgesellschaft mbH)

Nutzerbeteiligung in der Bauphase

Keine.

Nutzerbeteiligung in der Betriebsphase

■ Kochen des Mittagessens

Eltern kochen abwechselnd mittags in der Schule für die Schüler/Innen.

■ Betreuung der Arbeitsgemeinschaften und Nachmittagsangebote

Für den Ganztagsbetrieb werden verschiedene Arbeitsgemeinschaften angeboten. Zudem unterstützen Eltern und Schulabgänger intensiv die Nachmittagsbetreuung, um ein breites Angebot an Kursen, das viele Themen abdeckt, anbieten zu können. Die Schule allein kann das nicht leisten.

■ Tierbetreuung

Schüler/Innen kümmern sich um Ziegen auf dem Schulgelände, um Verantwortung zu lernen.



Abb. 4-12 Schüler/Innen kümmern sich um Ziegen [Links]

(ebd. 22)



Abb. 4-13 Verschiedene Arbeitsgemeinschaftsangebote[Rechts]

(eigens Foto 2013)

Nutzerbeteiligung beim Umbau und der Änderung des Verwendungszwecks

■ Gestaltung des Schulgartens, Bau eines Baumhauses, Gestaltung von Spielecken im Treppenhaus und Umbau eines Klassenraums

Unter dem Motto "Wir bauen unsere Schule" wurden nach Eröffnung der Schule verschiedene Bereiche auf dem Schulgelände weiter ausgebaut. Ein Pflaster aus Mosaik wurde auf dem Schulhof gestaltet und ein Baumhaus wurde im Schulgarten errichtet, um zwei Beispiele zu nennen. Eine Klasse hat mit Unterstützung der Eltern eine Galerie in ihrem Klassenraum eingezogen. Es entstanden nach und nach verschiedene kleine individuelle Orte höherer freiräumlichen Qualität.

■ Teilung des von zwei Klassen gemeinsam genutzten Nebenraums

Beim ersten Bauabschnitt wurde der Nebenraum nach dem pädagogischen Konzept so geplant, dass er von zwei Klassen gemeinsam genutzt wird. Dieser Raum wurde nach dem neuen Bedarf nachträglich geteilt und die neuen Räume den Klassen dauerhaft zu Verfügung gestellt.



Abb. 4-14 Baumhaus im Schulgarten [Links] (eigenes Foto 2013)

Abb. 4-15 Das von Schüler/Innen gestaltete Pflaster im Schulhof [Rechts] (eigenes Foto 2013)

Auswirkungen der Nutzerbeteiligung

■ Prüfung der Planung

Schon in der Planungsphase wurden außerschulische Pädagogen, Erzieher und Sozialarbeiter zu Diskussionen eingeladen. So konnte die Arbeitsgruppe ihr Schulkonzept überprüfen und weiterentwickeln.

■ Emotionale Bindung und Verantwortung für ihre Schule

Nach dem Motto "Wir bauen unsere Schule" hat jede Klasse ihren speziellen Klassenraum nach eigenem Wunsch gestalten können. Beispiel hierfür ist der Einbau einer Galerie in einem Klassenraum.

■ Flexible Änderung und dauernde Verbesserung der Räumlichkeit

Als Teil des Lernprogramms wurde die Schullandschaft von den Nutzern weitergebaut. Entsprechend etwas nicht den Anforderungen, wurde es geändert und nachgebessert. Dieser Prozess dauert weiter an.

■ Zeitaufwand für Genehmigung

Der partizipatorische Prozess benötigt zwar viel Zeit für Diskussion. Da durch die Beteiligung vieler oft einzigartige Konzepte entstehen, die ungewöhnlichen Baumaßnahmen erfordern, nimmt aber besonders die Baugenehmigungsphase viel Zeit in Anspruch.

4.1.4 Kinderhaus Loretto

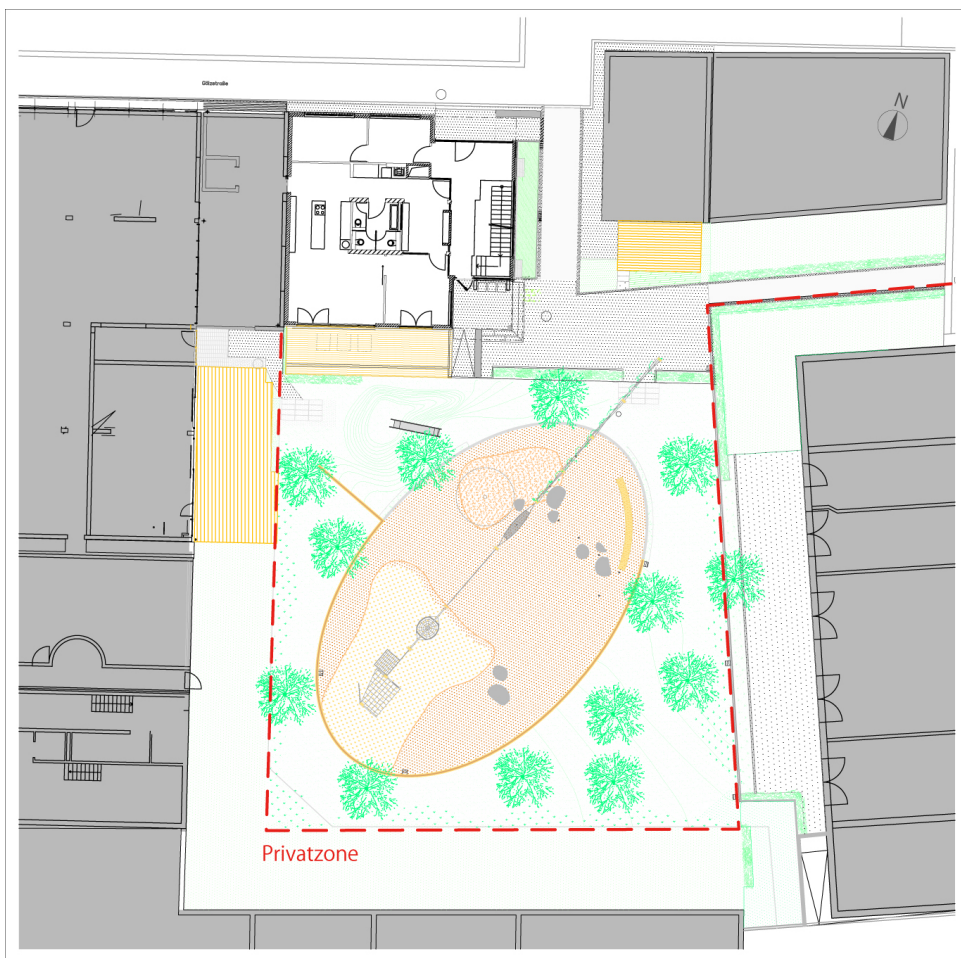


Abb. 4-16 Das Kinderhaus und der gemeinsam genutzte Innenhof (Bürgermeisteramt Tübingen 2005, 5)

Abb. 4-17 Grundriss des Innenhofs und Kinderhauses (von Dagmar Hedder Landschaftsarchitektur)

Allgemeine Informationen

Art der Nutzung: Kindertagesstätte

Nutzfläche: Gebäude 850 m²
Innenhof 1.000 m²

Planung: Ab 2001

Fertigstellung: Gebäude 2003
Innenhof 2004

Projektbeschreibung

Das Kinderhaus Loretto wurde zusammen mit den angrenzenden Wohnhäusern in einem Block des Loretto-Areals realisiert. Alle Wohnhäuser im Block wurden von Baugemeinschaften geplant. Während der Planungsphase diskutierten die zukünftigen Bewohner/Innen des Blocks über die Gestaltung der gemeinsam genutzten Bereiche. Besonderheit bei diesem Projekt war die Planung des Innenhofs, der zusätzlich als Spielplatz für das Kinderhaus genutzt werden sollte.

Auswahlverfahren der Architekten

■ Gebäude: Hochbauamt der Stadt, Innenhof: Auswahl durch Wettbewerb

Das Kinderhaus selbst wurde durch das Hochbauamt der Stadt Tübingen geplant und gebaut. Der Architekt für den Innenhof dagegen wurde durch ein Wettbewerbsverfahren bestimmt. In der Jury saßen die Vertreterin des Kinderhauses und die Vertreter aus allen Baugemeinschaften im Block.

Am Projekt beteiligte Nutzer / Nutzergruppen

■ Nachbarn und Eltern der Kinder

Um das Kinderhaus in die nachbarschaftliche Wohnbebauung zu integrieren, wurden die Blockbewohner/Innen in die Diskussion über die Planung des Kinderhauses miteinbezogen.

Zur Planung des Innenhofs wurde die sogenannte Innenhofgemeinschaft gegründet, die aus Vertretern der Baugemeinschaften und des Kinderhauses bestand. Hier wurde über das Konzept für die Gestaltung des Innenhofs entschieden und die Art des Auswahlverfahrens zur Bestimmung des Architekten festgelegt. Die Baugemeinschaften, die in diesem Block Parzellen erwarben, waren vorab darüber informiert, dass ein Kinderhaus mit Spielplatz im Innenhof errichtet wird. Einige der Bewohner/Innen wollten schon von Beginn an, dass ihre Kinder zukünftig dieses Kinderhaus besuchen. Diese Form der Nutzerbeteiligung bei Errichtung sozialer Bauten (hier die Beteiligung der Eltern an der Planung der Kindertagesstätte) ist eine der speziell in der Tübinger Südstadt angewandten städtebaulichen Maßnahmen, bei der die zukünftigen Bewohner schon vor der Planungsphase bekannt sind und aufgefordert werden, sich an der Stadtteilgestaltung aktiv zu beteiligen.

■ Erzieher/Innen

In der Planungsphase waren die zukünftigen Mitarbeiter des Kinderhauses noch nicht bekannt. Für sie nahm eine Vertreterin der Fachabteilung Kindertagesbetreuung der Stadt Tübingen am Prozess teil.

Projektbedingungen, die vor dem Beteiligungsverfahren festgelegt waren

■ Die von der Stadtverwaltung vorgegebenen Anforderungen

Der Innenhof soll von den Nutzern des Kinderhauses und den Bewohner/Innen im Block gemeinsam genutzt werden.

Nutzerbeteiligung in der Planungsphase

■ Planung der gemeinsam genutzten Bereiche: Innenhof, Aufzug, Dachterrasse

Bei der Planung des Kinderhauses hat sich der Architekt des Hochbauamts mit dem zukünftigen Nachbar/Innen abgestimmt. Das Kinderhaus und die angrenzenden Wohnhäuser sollten gemeinsam genutzte Bereiche haben wie z.B. den Aufzug des Wohnhauses, der auch vom Kinderhaus mit genutzt werden kann. Dafür wird die Dachterrasse und der Mehrzweckraum des Kinderhauses nach dem Tagesbetrieb für die Nachbar/Innen geöffnet.

Der gemeinsam genutzte Innenhof wurde von der Innenhofgemeinschaft gemeinsam mit der ausgewählten Architektin Dagmar Hedder geplant. Zuerst hat die Architektin sich die Wünsche und Vorstellungen der Bewohner zum Garten und von den Betreibern des Kinderhauses zum Spielplatz angehört und die Anforderungen in einem Entwurf zusammengefasst. In der nächsten Gesprächsrunde hat sie der Innenhofgemeinschaft das räumliche Konzept vorgestellt. Der oval-förmige Platz in der Mitte wird von Bewohnern und Kinderhaus (Kinderspielplatz) gemeinsam genutzt. Die Grünzone um diesen Platz verbindet sich mit den angrenzenden privaten Gärten ohne Abgrenzung durch Zäune. Gelegentlich werden die beide Bereiche zusammen genutzt wie z.B. für Feste des ganzem Blocks oder bei Privatfeiern, wenn jemand ein Teil des Platzes mit seinem Garten gemeinsam nutzt.

Anforderungen / Erwartungen

Trotz vielfältiger und teilweise widersprüchlicher Nutzungsinteressen, die sich im Innenhof überlagern, konnte ein schlüssiges Gestaltungskonzept ausgearbeitet werden: Neben einem Spielangebot für die ca. 40 Kinder der Anwohner und die ca. 65 Kinder des Kinderhauses wurden auch Nutzungsmöglichkeiten für Jugendliche und Erwachsene gewünscht. Die Ansprüche spannten einen weiten Bogen von einem vielseitigen Spielangebot, flexibel nutzbaren Flächen, der Verwendung von Naturmaterialien bis hin zu Gestaltungselementen städtischer Plätze.

Insgesamt wurde ein klares schlüssiges Konzept erwartet, das sich auf wenige Elemente reduziert.

Abb. 4-18 Zusammenfassung der Bedürfnisse der Nutzer

(Architektenkammer Baden-Württemberg 19.4.2011)

Nutzerbeteiligung in der Bauphase

Keine.

Nutzerbeteiligung in der Betriebsphase

■ Kochen des Mittagessens

Das Kinderhaus hat eine eigene Küche und die Eltern kochen abwechselnd Mittagessen für die Kinder.

Nutzerbeteiligung beim Umbau oder der Änderung des Nutzerbeteiligung

■ Der Hügel und die Rutschbahn, Umbau der Dachterrasse

Am Anfang waren die Spielgeräte im Innenhof lediglich für Kinder über drei Jahre konzipiert, so dass auch Kinder aus der Umgebung hier spielen können. Im Kinderhaus werden aber auch Kinder unter drei Jahren betreut. Sie konnten die Spielgeräte nicht nutzen. Deshalb haben die Erzieher/Innen und Eltern nachträglich einen kleinen Hügel mit einer Rutschbahn im Innenhof aufgeschüttet. Zugleich wurde die Dachterrasse von den Erzieher/Innen zum Spielplatz für kleine Kinder umgestaltet.

■ Umbau der Gruppenräume, Verbesserung des Schallschutzes der Außenwände, Gestaltung der Innenwände

Nach der Fertigstellung wurde der Innenraum des Kinderhauses gemeinsam von der Architektin und den Nutzern umgeplant und die baulichen Maßnahmen teilweise in Eigenleistung ausgeführt. So wurde die Raumstruktur von drei auf fünf Gruppenräume verändert und die Wände neu gestaltet.



Abb. 4-19,20 Innenhof als sowohl Spielplatz als auch Aufenthaltsbereich für Bewohner

(Architektenkammer Baden-Württemberg Kammergruppe Tübingen/Universitätstadt Tübingen 2007, 24)

Auswirkungen der Nutzerbeteiligung

■ Emotionale Bindung und Verantwortung für ihres Kinderhaus

Durch die Erfahrung des Mitplanens des Innenhofs betrachten die Anwohner/Innen (teilweise Eltern der Kinder) den gemeinsam genutzten Platz als Erweiterung des eigenen Gartens. Sie haben somit ein Auge auf die Kinder auf dem Platz und "unterstützen" die Erzieher/Innen bei der Ausübung ihrer Aufsichtspflicht.

■ Effektive Raumplanung zum gemeinsam genutzten Bereich

Dank der Abstimmung mit den Anwohnern in der frühen Planungsphase wurde der gemeinsam genutzte Platz ohne Zaun zum Gartenbereich realisiert. So wird der Platz nicht nur als Spielplatz für Kinder son-

dern auch als Teil des Gartens von Bewohnern/Innen wahrgenommen. Außerdem werden einige Bereiche von Kinderhaus und Nachbarn gemeinsam genutzt wie der Aufzug im Wohnhaus oder die Dachterrasse und der Mehrzweckraum des Kinderhauses.

■ Suche nach einer tragfähigen, raumbildenden Struktur als gemeinsame Grundlage zur Entscheidungsfindung

Nach Meinung der Architektin war ein wichtiger Faktor für den erfolgreichen Verlauf der Nutzerbeteiligung, dass nach einer ersten intensiven Auseinandersetzung über die Bedürfnisse der Nutzer ein klares und überzeugendes Konzept (oval-förmiger Platz) in der frühen Phase vorgestellt und von allen Teilnehmern akzeptiert wurde.

"Das Konzept besitzt eine tragfähige und räumbildende Struktur, die den Nutzern ausreichend Spielraum läßt, den Freiraum nach ihren Bedürfnissen zu nutzen, aber auch weiter zu entwickeln wie z.B. Weidenhäuschen zu bauen, Bänke und Tische auch zu stellen etc." (Interview v. Verf. mit der Architektin am 17.01.2013)

In allen späteren Diskussionen über Details wurde dieses Konzept immer als Grundlage für Entscheidungen herangezogen.

4.1.5 Tanz- und Sportzentrum



Abb. 4-21 Große Halle [Oben] (eigenes Foto 2013)

Abb. 4-22 Blick auf das Gebäude [Links] (Foto von TRZ)

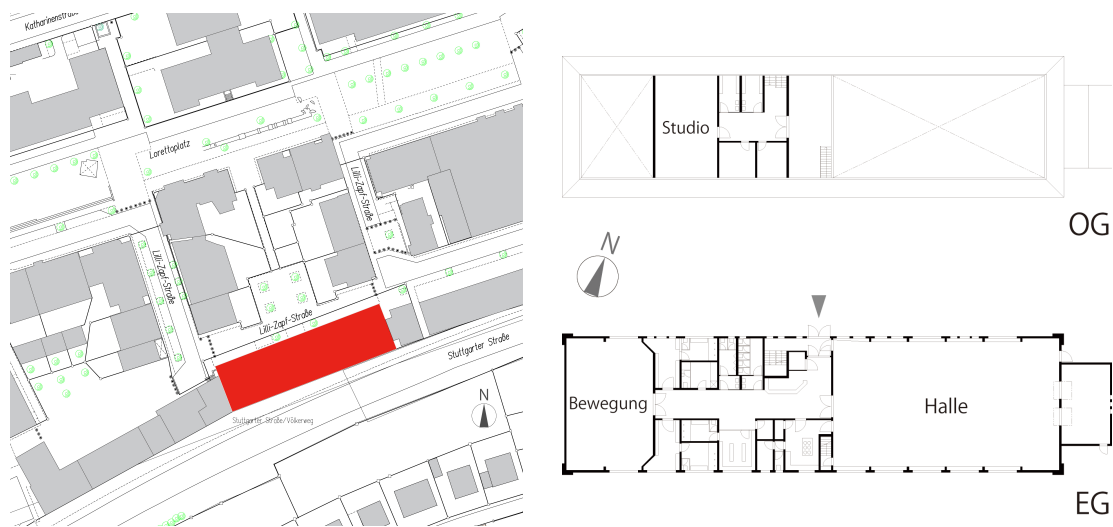


Abb. 4-23 Lageplan [Links] (Pläne von Universitätsstadt Tübingen)

Abb. 4-24 Grundrisse iErd- und Obergeschoss [Rechts] (Pläne von TRZ) (bearbeitet v. Verf.)

Allgemeine Informationen

Art der Nutzung: Mehrzweckhalle, Tanzhalle, Bewegungsraum für Schulen und Sportvereine

Nutzfläche: 1.250 m²

Planung: Ab 1992

Fertigstellung: 1995 (Umbau)

Projektbeschreibung

Das Tanz- und Sportzentrum ist eine öffentliche Einrichtung im Loretto-Areal, mit einem speziell für Tanz-Aktivitäten eingerichteten Mehrzweckraum und einem zusätzlichen Bewegungsraum, der von Schulen und Sportvereinen in der Umgebung genutzt wird. Darüber hinaus nutzen verschiedene Gruppen wie Kampfsportler oder ein Chor diese Halle. Auch für größere Veranstaltungen wie Feiern kann man den Raum mieten.

Ausgangspunkt für das Projekt war der Wunsch zweier Tanzvereine, eine nach dem Abzug der französischen Truppen frei gewordene alte Autohalle zu mieten. Von Seiten der Stadt war die Errichtung einer Sport- und Veranstaltungshalle für das neue Siedlungsgebiet Loretto-Areal angedacht. Da die Vorstellungen und Anforderungen beider Seiten zusammenpassten, entschloss man sich zu einer Kooperation zwischen der Stadt und den Tanzvereinen, um den Ausbau der Halle auf den Weg zu bringen. Dabei verpachtet die Stadt den Tanzvereinen die Halle nach dem Erbbaurecht. Die Kosten für Sanierung und Umbau wurden 50:50 aufgeteilt. Trotz dieser Form der Kooperation gibt es keine weiteren Bedingungen für die Nutzung der Räumlichkeiten und die Betriebsart. Die Tanzvereine haben die Planung und den Umbau zum Großteil in Eigenleistung durchgeführt und sind nun Betreiber der Einrichtung.

Das Tanz- und Sportzentrum grenzt an die Bundesstraße B27 nach Stuttgart. Obwohl das Zentrum aufgrund der Art der Nutzung eine gewisse Belastung mit Lärm nach sich zieht, wird es von den Anwohner/Innen akzeptiert, weil es gleichzeitig als Puffer gegen den Verkehrslärm der Bundesstraße fungiert.



Abb. 4-25 Halle 1993 [Links] (Tanzsport + Rock'n'Roll Zentrum Tübingen 2009)

Abb. 4-26 Halle 2005 [Rechts] (ebd.)

Auswahlverfahren der Architekten

■ Architekt von der Nutzergruppe

Der Architekt war selbst Mitglied in einem der Tanzvereine und stammte somit aus dem Nutzerumfeld.

Am Projekt beteiligte Nutzer / Nutzergruppen

■ Zukünftige Nutzer sind gleichzeitig Bauherr und Betreiber

Die sogenannte Kerngruppe dieses Projektes setzt sich aus fünf Personen zusammen: Jeweils zwei Vertreter/Innen aus jedem Verein, dazu ein Hausmeister. Die Kerngruppe vertritt die zwei Tanzvereine, ist Co-Bauherr und Betreiber der Einrichtung.

Projektbedingungen, die vor dem Beteiligungsverfahren festgelegt waren

■ Die Umnutzung der Autohalle und die Nutzung als Bewegungsraum für Schulen

Möglichst viele bestehende Häuser zu sanieren und umzunutzen war einer der zentralen Ziele des Konzepts für die Neuentwicklung der Tübinger Südstadt. Der Umbau der alten Autohalle im Loretto-Areal zu einem Kultur- und Sportzentrum hatte für die Tanzvereine den Vorteil, dass sie eine professionell ausgestattete Tanz-Location mit wenig Aufwand realisieren konnten.

Nutzerbeteiligung in der Planungsphase

■ Entscheidungsbeteiligung von der Konzeptentwicklung bis hin zur Finanz- und Betriebsplanung

In der Planungsphase war die Kerngruppe als Vertreter/Innen der Tanzvereine an allen Entscheidungen von der Programmerstellung bis hin zu Finanz- und Betriebsplanung beteiligt. Die Stadt hat sich an der Entscheidungsfindung nicht beteiligt sondern lediglich die Vorschläge geprüft, obwohl die Stadt auch Bauherr des Projektes war. Die Übertragung fast aller Entscheidungsbefugnisse auf die Kerngruppe stellte die engagierten Laien vor Herausforderungen. Einige Mitglieder/Innen der Vereine konnten ihre beruflichen Kenntnisse in die Planung mit einbringen und halfen so bei der Lösung von Problemen.

■ Bestimmung des Raumprogramms

Neben den räumlichen Anforderungen der Stadt, hatten die Vereine die Möglichkeit auch andere Nutzungen zu bestimmen, wie die professionell eingerichtete Tanzhalle oder einen zusätzlichen kleinen Übungsraum. Durch die Planung einer Bar und Küche war es zudem möglich, die Halle als Veranstal-

tungsraum vermieten zu können. Daraus ergaben sich für die Hauptnutzungen drei unterschiedliche Räume: Eine große und eine mittelgroße Sport- und Tanzhalle, dazu ein Studio für Tanzübungen. Die räumliche Aufteilung ermöglicht den verschiedenen Gruppen die gleichzeitige Nutzung des Zentrums. Dabei wurden die Küche und die Bar zwischen der großen und mittelgroßen Halle platziert, was sich nach Meinung aller Beteiligten bei Veranstaltungen bewährt hat.



Abb. 4-27 Bewegungsraum [Links] (eigenes Foto 2013)



Abb. 4-28 Übungsraum im Obergeschoß [Rechts] (eigenes Foto 2013)

Nutzerbeteiligung in der Bauphase

■ Selbstbau

Ein Großteil der Umbaumaßnahmen wurde von den Vereinsmitgliedern selbst ausgeführt wie z.B. die Dämmung des Dachs, die Verlegung eines speziellen Tanzbodens, den Ausbau von Küche, Bar, WC, etc.



Abb. 4-29,30 Sanierung durch Eigenleistung von Nutzern (Tanzsport + Rock'n'Roll Zentrum Tübingen 2009)

Nutzerbeteiligung in der Betriebsphase

■ Instandhaltungsarbeiten

Alle Mitglieder/Innen, die nicht in der Kerngruppe arbeiten, helfen ehrenamtlich bei Putz- und Renovierungsaufgaben.

Nutzerbeteiligung beim Umbau oder der Änderung des Verwendungszwecks

■ Erweiterter Ausbau der Einrichtung

Weitere Ausstattungs- oder Einrichtungsgegenstände werden von der Kerngruppe nach Rücksprache mit

den Nutzern erworben. Dies beinhaltet z.B. die Ausstattung einer Werkstatt für Renovierungsarbeiten, Leuchten für die Tanzhalle, tragbare Spiegel für Tanzübungen, Einbau einer automatisierten Fensteranlage an den höheren Wänden, Lautsprecheranlagen in allen Räumen etc.)

Auswirkungen der Nutzerbeteiligung

■ Emotionale Bindung und Verantwortung für das Gebäude

Die Nutzer selbst haben alles geplant und den Umbau in Selbsthilfe durchgeführt. So entstand ein besonderes Gefühl der Verantwortung der Nutzer für ihr Gebäude und dessen Instandhaltung.

Ein Beispiel: Die Mitglieder/Innen achten darauf, dass z.B. Jugendliche die Halle angemessen behandeln.

■ Änderungen und dauernde Verbesserung der räumlichen Situation

Die Vereine haben die Räumlichkeit und Ausstattung verbessert, wenn es die finanzielle Situation erlaubt hat. Mittlerweile ist es für sie selbstverständlich geworden, dass ständig irgendwelche Teile des Gebäudes geändert oder umgebaut werden.

■ Reduzierte Kosten, hoher Zeitaufwand

Durch den hohen Anteil der Eigenleistung haben Vereine und Stadt mit geringem finanziellen Aufwand den Bau einer Kultureinrichtung verwirklicht. Dem gegenüber steht ein wesentlich höherer Zeitaufwand und eine längere Bau- und Planungsphase.



Abb. 4-31,32,33,34 Verschiedene Nutzungen in der großen Halle (ebd.)

4.2 Nutzerbeteiligung als Teil des Entwurfsprozesses: plus+ bauplanung GmbH

4.2.1 Evangelische Gesamtschule in Gelsenkirchen-Bismarck



Abb. 4-35 Luftbild der Evangelischen Gesamtschule in Gelsenkirchen [Oben] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)

Abb. 4-36 Die Schule hat den Charakter einer kleinen Stadt oder eines Dorfs (Foto von Cornelia Suhan)



Abb. 4-37 Grundriss Erdgeschoss (Pläne von plus+ bauplanung GmbH)

Allgemeine Informationen

Art der Nutzung: Schule

Nutzfläche: 16.800 m² (Klassenhäuser: 700 bis 900 m² je Einheit)

Planung: Ab 1993

Fertigstellung: 1997 - 2004

Projektbeschreibung

Gelsenkirchen-Bismarck ist ein industriell geprägter Stadtteil der Stadt Gelsenkirchen im Ruhrgebiet. Er entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch die Entstehung von Zechenkolonien für die Arbeiter der Steinkohle-Zeche Graf Bismarck. Die Montanindustrie lockte nach einer ersten Zuwanderungswelle aus Polen und Masuren in den 20er und 30er Jahren nochmals in den 60er Jahren viele Migranten aus der Türkei ins Ruhrgebiet, obwohl sich der Niedergang des Bergbaus schon damals abzeichnete. Die Schließung der Zeche Graf Bismarck erfolgte schon 1966. Die Strukturkrise setzte sich in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts fort und fand ihren vorläufigen Höhepunkt in der Schließung der letzten Zeche "Consolidation" Mitte der 90er Jahre. Allein hier verloren bis zu 4000 Bergarbeiter ihren Job und konnten keine neue Arbeit in der strukturschwachen Region finden.

Der strukturelle Wandel brachte ökonomische, soziale und städtebauliche Probleme mit sich. Gelsenkirchen-Bismarck entwickelte sich zu einem sozialen Brennpunkt. Die Kinder aus den Immigrantenfamilien hatten oft nur unzureichende Deutschkenntnisse und gerieten aufgrund ihrer aussichtslosen Lage oft auf kriminelle Abwege.

In diesem Kontext entschied sich die Evangelische Kirche von Westfalen an diesem Ort eine neue Schule zu errichten, um den Jugendlichen eine Perspektive zu bieten. Das Konzept der Schule besteht aus den folgenden drei Punkten:

1. ein Ort für die Begegnung und das Zusammenleben der Heranwachsenden, die aus verschiedenen Nationen stammen und unterschiedlichen Religionen angehören
2. ein ökologischer Lernort
3. ein kulturelles Zentrum als Katalysator für die Neubelebung des Stadtteils

Die Evangelische Gesamtschule in Gelsenkirchen-Bismarck wurde als sogenanntes Leitprojekt durch die IBA Emscher Park gefördert. Der Wettbewerb für die Schule zusammen mit einer benachbarten ökologisch ausgerichteten Siedlung wurde 1993 ausgelobt.

Die Schulanlage ist als Ensemble aus verschiedenen miteinander verbundenen Häusern konzipiert, die den Charakter einer kleinen Stadt oder eines Dorfs entwickeln sollten. Im Haupthaus mit "Marktplatz" und "Straße" befinden sich die übergeordneten "öffentlichen" Einrichtungen wie Fachunterrichtsräume, Aula (Theater) oder Mensa (Wirtshaus). Sechs Klassenhauszeilen verteilen sich auf dem Gelände. Dazu kommen noch eine Sporthalle und das sanierte Bestandsgebäude der Vorgängerschule, das nun für die oberen Klassenstufen genutzt wird.

Jede Klassenhauszeile besteht aus fünf Klassenhäusern einer Jahrgangsstufe, die von den Schüler/Innen und Lehrer/Innen, die als erstes in das Gebäude einziehen sollten, zusammen mit den Architekten gemeinsam geplant wurden. Der erste Jahrgang konzipierte Klassenhauszeile 1. Ein Jahr später folgte der Bau der Klassenhauszeile 2, das ebenfalls wieder mit den neuen Schüler/Innen geplant und gebaut wurde. So entstanden nach und nach alle Klassenhauszeilen im jährlichen Rhythmus.

Jede Klasse "wohnt" in einem eigenen Klassenhaus mit jeweils gleichem Raumprogramm: Neben WCs, Vorraum und Garderobe gibt es den eigentlichen Unterrichtsraum mit einer Galerie, die als separater Bereich genutzt wird. Hier findet während der Schulzeit Gruppenarbeit statt. In der Pause können die Kinder die Galerie als Rückzugsort nutzen.

Trotz des vorgegebenen gleichen Raumprogramms entwarf jede Klasse ihr eigenes, individuelles Klassenhaus.

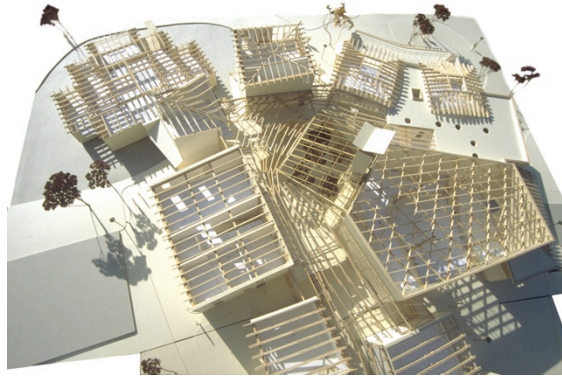


Abb. 4-38 Marktplatz im Haupthaus (Foto von Cornelia Suhan)

Abb. 4-39 Das Modell des Haupthauses [Rechts] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)

Der einzelne Abschnitte des Hauptgebäudes wurden jeweils von unterschiedlichen Architekten in Hübners Büro entworfen. Somit entstand der Eindruck der urbanen Vielfalt in der Schule.

Abb. 4-40 Das Klassenhaus wie Terrassenhäuser in der Stadt [Unten] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)

Auswahlverfahren der Architekten

■ Auswahl durch Wettbewerb

Acht internationale Teilnehmer wurden zum Wettbewerb eingeladen. Dabei konnte sich das Büro plus+ bauplanung GmbH durchsetzen.

Das Team um den Architekten Peter Hübner verzichtete dabei bewusst auf eine vollständige planerische Ausarbeitung des Beitrags. Man konzentrierte sich vielmehr auf die Organisation eines Entwurfsprozesses zwischen Architekten, Lehrer/Innen und Schüler/Innen, der dem pädagogischen Konzept des Bauherrn gerecht wird.

Die nur in Skizzenform eingereichten Pläne wurden umrahmt von der fantastischen Geschichte einer Dankesrede von Kemal Özcül anlässlich der Verleihung des europäischen Umweltpreises im Jahr 2034. Der fiktive Kemal blickt auf seine Jugend als Immigrantensohn einer türkischen Familie zurück. Seit 1994 besuchte er die Evangelische Gesamtschule in Gelsenkirchen-Bismarck. In dieser Zeit hat er die Möglichkeit ein Klassenhaus mit zu planen und zu bauen. Unter Anleitung seines Lehrers "Öko" verinnerlichte er die Prinzipien eines ökologisch motivierten Lernens, was ihn bis heute darin bestärkt zu glauben, dass hier die Grundlagen für seinen weiteren Lebensweg als "Retter" der Wälder in Niederbayern und Anatolien gelegt wurden.

Die Rede Kemals beschreibt sowohl das räumliche Konzept als auch den Ablauf des Planungs- und Bauprozesses als Lösungsweg für die sozialen, pädagogischen, technischen und ökologischen Anforderungen, die der Bauherr formuliert hatte.

Die meisten Szenen der Geschichte basieren auf den Erfahrungen, die Peter Hübner bei seinen Projekten gesammelt hat. In einer Szene beschreibt er z.B. die emotionale Bindung der späteren vierten Nutzergeneration an ihr Klassenhaus aufgrund der starken Beteiligung am Bauprozess. Diese Erfahrung machte Hübner, als er ein Jugendhaus 10 Jahre nach der Fertigstellung wieder besucht hatte.

Die utopische Geschichte wurde während der ersten zwei Prüfungsrunden nicht gelesen. Erst als alle Vorschläge schon begutachtet waren und keiner davon die Jury überzeugen konnte, entdeckte ein Lehrer als Mitglied der Jury das Manuskript. In der folgenden Wiederprüfungsrunde überzeugte die in der Geschichte formulierte Idee eines prozessorientierten Entwerfens unter Beteiligung der Schüler und Lehrer die Jury, u.a. den Architekten Lucien Kroll (siehe Kapitel 1). plus+ bauplanung gewann mit seinem programmatischen Ansatz den Wettbewerb.



Abb. 4-41 Abgegebene Skizze zum Wettbewerb (von plus+ bauplanung GmbH)

Am Projekt beteiligte Nutzer / Nutzergruppe

■ Übernahme des Projektmanagements durch die Nutzer mit öffentlicher Unterstützung

Die städtebauliche Entwicklung "Evangelische Gesamtschule in Gelsenkirchen-Bismarck und Wohngebiet Laarstraße" wurde als eines der Leitprojekte der IBA Emscher Park gefördert.

Bei der IBA Emscher Park handelte es sich um ein auf zehn Jahre angelegtes Zukunftsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen, um "mehr Lebens- und Wohnqualität, architektonische, städtebauliche, soziale und ökologische Maßnahmen als Grundlage für den wirtschaftlichen Wandel in einer alten Industrieregion" zu erreichen. (Webseite IBA Emscher Park <http://www.iba.nrw.de/iba/main.htm>, abgerufen am 10.04.2014)

Hierbei unterstützte die IBA Emscher Park verschiedene kleine Projekte in der Emscher-Region. Die Projekte der IBA Emscher Park wurden öffentlich ausgeschrieben. Somit hat der Bewerber (oft Privatorganisation) das Projekt selber durchgeführt mit Unterstützung von IBA Emscher Park. Am Projekt der Evangelischen Gesamtschule in Gelsenkirchen-Bismarck waren deshalb die zukünftigen Betreiber schon an der Phase der Konzeptionsfindung und der Architektenauswahl beteiligt.

■ Schüler, Lehrer, Eltern und Stadtteilbewohner

Nach der Phase der Konzeptionsfindung beteiligten sich Schüler, Lehrer, Eltern und Stadtteilbewohner an Planung und Bau der einzelnen Projektabschnitte (Klassenhäuser, Schulgarten, der Mehrzweckraum als Monument der Wohn- und Stadtteilentwicklungsprojekte in IBA Emscher Park).

Projektbedingungen, die vor dem Beteiligungsverfahren festgelegt waren

■ Schrittweise Planung der Klassenhäuser mit den Nutzern

Die Gesamtstruktur für die Entwicklung des Schulgeländes hatten die Architekten beim Wettbewerb in Form von Skizzen vorgegeben.

Der zeitliche Rahmen der Nutzerbeteiligung sah vor, dass die sechs Klassenhäuser mit den Schüler/Innen und Lehrer/Innen abschnittsweise geplant und gebaut werden. Dabei plant jeder Jahrgang, der neu in die Schule eintritt, eine Klassenhauszeile.

Nutzerbeteiligung in der Planungsphase

■ Planung der Klassenhäuser

In der Planungsphase des Klassenhauses fanden jeweils zwei Workshops statt, bei denen die Architekten zusammen mit den Schüler/Innen und Lehrer/Innen gemeinsam am Entwurf arbeiteten. Jeweils ein Mitarbeiter des Architekturbüros betreute eine Klasse.

Zu Beginn des ersten Workshops haben die Schüler/Innen sich zuerst mit der Frage von Größenverhältnissen auseinandergesetzt. Ausgehend von ihrer eigenen Größe bastelten sie Miniaturfiguren aus Ton im Maßstab 1:10.

Anschließend "diskutierten" sie mit den Tonpuppen ihre Vorstellungen für einen perfekten Klassenraum: Was brauchen wir in dem Raum? Wie groß ist der Raum und wie wird er gestaltet? Ist ein Gartenbereich nötig? Was ist der Unterschied zwischen "Zimmer" und "Haus"? Was macht ein "Haus" aus?

Für eine bessere Vorstellung nahmen die Schüler/Innen Tische und Stühle und stellten sie auf das Grundstück, um sich die Bilder ihres Hauses in der tatsächlichen Umgebung vorzustellen.

Anschließend entwickelte jede Klasse ihre eigene gestalterische Idee für das Klassenhaus. Ihrer jeweiligen Vision gaben sie einen charakteristischen Namen, der das Gefühl und die Art des Hauses beschreibt, wie z.B. "Turmhaus" oder "Regenbogenhaus".

Die Architekten erklärten den Teilnehmern dabei Grundprinzipien der Baukonstruktion oder erläuterten die Möglichkeiten und Eigenschaften verschiedener Baumaterialien. Mit diesem Wissen wurden zusammen Modelle im Maßstab 1:10 erstellt.

Anhand der Modelle vermittelten die Architekten den beteiligten Schüler/Innen und Lehrer/Innen weitere Erkenntnisse über das Bauen. Es wurden z.B. verschiedene Dachformen erläutert und Vor- und Nachteile der jeweiligen Geometrie besprochen oder die Anordnung eines Fensters im Zusammenhang mit der Belichtung des Raums erörtert.

Am Ende der Workshops stellte man die einzelnen Modelle der fünf Klassenhäuser nebeneinander, um eine vollständige Klassenhauszeile zu bilden. Alle Teilnehmer diskutierten gemeinsam, welches Klassenhaus neben welchem anderen stehen sollte. Das Ergebnis wurde dokumentiert und von den Architekten im Büro weiter bearbeitet.

Sechs Wochen nach dem ersten Workshop fand ein zweiter Workshop statt. Zuerst präsentierten die Architekten den Teilnehmern den aktuellen Entwurfsstand. Anschließend bauten die Schüler/Innen und Lehrer/Innen mit den Architekten in jeder Gruppe präzisere Modelle ihrer Klassenhäuser nach den neuen Plänen.

Nach Fertigstellung der neuen Modelle wurden sie erneut nebeneinander gestellt und das Ergebnis vor Eltern und Presse vorgestellt.



Abb. 4-42 bis 47 Der erste Workshop (Foto von plus+ bauplanung GmbH)



Abb. 4-48 bis 53 Der zweite Workshop (Foto von plus+ bauplanung GmbH)

Die weitere baukonstruktive Ausarbeitung übernehmen von nun an die Architekten und Fachplaner. Dabei wurden Schüler/Innen, Lehrer/Innen und Eltern immer wieder miteinbezogen, um Detail- und Gestaltungsfragen abschließend zu klären oder um die Auswahl der zu verwendenden Materialien gemeinsam zu bestimmen.



Abb. 4-54, 55 Die unterschiedlichen Bereiche in jedem Klassenhaus (Foto von plus+ bauplanung GmbH)

Nutzerbeteiligung in der Bauphase

■ Gestaltung des Schulgartens

Die von den Architekten ausgegebene Lösung vom "Bauen als sozialer Prozess" bezog natürlich auch die Umgebungsgestaltung mit ein.

Der Landschaftsarchitekt Christoph Halms orientierte sich bei seinem Konzept an den baulichen Vorgaben. Sein Masterplan für den Außenraum bestimmte lediglich die großen Strukturen wie Wegeführungen, die Zonierung der Grünflächen und der gepflasterten Bereiche. Er gab vor, wo Zäune und Hecken entstehen oder große Bäume gepflanzt werden sollten. Die Gestaltung der Gärten vor den Klassenhäusern überließ er den Schüler/Innen, die hier den Anbau von Gemüse, Kräutern, Obst oder Blumen kultivieren, Regenwasser wiederverwenden und sich kleine Tieren halten sollten.

Die Entwicklung des Schulgartens war und ist abhängig vom Engagement der Schüler/Innen und Lehrer/Innen.



Abb. 4-56 Der eigene Garten einer Klasse (eigenes Foto 2008)

Nutzerbeteiligung in der Betriebsphase

■ Jährliche Beurteilung des Schulbetriebs

Jedes Jahr veranstaltet die Schule ein sogenanntes "Motivationsseminar". Schüler/Innen, Lehrer/Innen und Eltern blicken gemeinsam auf das vergangene Schuljahr zurück und unterziehen den laufenden Schulbetrieb einer kritischen Überprüfung.

Nutzerbeteiligung beim Umbau oder der Änderung des Verwendungszwecks

■ Entwicklung der Schule

1997 nahm die Schule ihren provisorischen Betrieb im renovierten Bestandsgebäude der alten Schule auf. Hier entwarfen die Schüler/Innen gemeinsam mit den Architekten die Klassenhauszeilen, die sie nach der jeweiligen Fertigstellung bezogen.

■ Die Öffnung der Schule zur Stadt: Kulturzentrum im Stadtteil

Seit 2002 werden die Räumlichkeiten der Schule auch Gruppen und Vereinen zu Verfügung gestellt. Anfangs vor allem für außerschulische Aktivitäten von Schülern und Eltern genutzt (Eltern-cafe/ Arbeitsgemeinschaften) sind heute viele kulturelle Einrichtungen, Vereine, Handwerker, Bildungsinstitutionen sowie die Kirchengemeinde Gäste auf dem Schulgelände. Sichtbares Zeichen für die zusätzliche Nutzung als Kulturzentrum ist das "Stadtteilhaus" am Eingang der Schule, in dem die Schulsozialstation und das Eltern-cafe untergebracht sind. Mit der Mensa, der Bibliothek, dem Marktplatz und dem Theater gibt es im Hauptgebäude weitere Räumlichkeiten, die die Schule an Abenden, zum Wochenende hin oder in den Ferien für ihre außerschulischen Partner öffnet.

Darüber hinaus geht die Schule Kooperationen mit anderen Institutionen in Gelsenkirchen ein, beteiligt sich an Stadtteilsten und führt jährlich ein großes Sommerfest mit angeschlossenem Handwerkermarkt sowie einen Adventsbasar mit einem anschließenden Ehemaligentreffen durch.

■ Verbesserung der Räumlichkeiten in der Schule und Berufsausbildung

Die jährliche Veranstaltung "Handwerkermarkt" führt spezielle kurzfristige Programme für Berufsausbildung unter der Kooperation mit außerschulischen Organisatoren durch wie z.B. Blumenarrangements oder die Herstellung von Fleischprodukten. Einige von ihnen haben zur Verbesserung der Räumlichkeit in der Schule beigetragen wie z.B. Uferbefestigung des Teichs oder Installierung des Solarpanels auf dem Dach.

■ Errichtung Gymnasium und Schüler-cafe

Nach Fertigstellung aller sechs Klassenhäuser für die Jahrgangsstufen fünf bis zehn, wurde das Bestandsgebäude für die Aufnahme der Gymnasialstufe ausgebaut. Die Schüler/Innen gestalteten zudem die ehemalige Schwimmhalle in ein Schüler-cafe um. Das Cafe dient als Aufenthalts- und Veranstaltungsraum.

■ Umgestaltung der Klassenräume

Wenn die 10. Jahrgangsstufe aus ihren Klassenhäusern auszieht, werden diese ausgeräumt und die Wände in den Sommerferien weiß gestrichen. Die neuen Klassen beziehen ihren Klassenraum somit in einem "neutralen" Zustand. In Gestaltungswshops erarbeiten die neuen Schüler/Innen mit ihren Eltern und Lehrer/Innen gemeinsam das Konzept für ihr Klassenhaus und bauen es nach ihren Vorstellungen aus.

■ Selbstbauprojekt: Monument für IBA Emscher Park

Zudem wurde auf dem Schulgelände eine Pyramide als Monument für alle Wohnbauprojekte der IBA Emscher Park gebaut. Bewohner, Anwohner und Schulkollegen waren an der Errichtung beteiligt. Der Raum, als kleiner Veranstaltungsraum geplant, wird heute auch als Kunstraum für die oberen Klassenstufen genutzt.

■ Schrittweise Umsetzung von Baumaßnahmen über einen längeren Zeitraum

Der lange Bauprozess in mehreren Abschnitten machte es möglich, noch während der Bauphase die Veränderungen der pädagogischen Ausrichtung und die Nutzung als Kulturzentrum im Stadtteil in den ausstehenden Maßnahmen zu berücksichtigen und die Planungen anzupassen.



Abb. 4-57 Das Schülercafe "Pool" [Oben links] (eigenes Foto)

Abb. 4-58 Der Raum des Klassenhauses wurde von neuer Klasse umgestaltet [Oben Rechts] (eigenes Foto)

Abb. 4-59 Die Pyramide (Mehrzweckraum) wurde als Monument für alle Wohnbauprojekte der IBA Emscher Park von den Bewohnern, Anwohnern und Schulakteuren gebaut. [Unten links] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)

Abb. 4-60 Öffnung der Schule zu außerschulischen z.B. Theater [Unten Rechts] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)



Abb. 4-61 Ausblick auf das Schulgelände (Foto von plus+ bauplanung GmbH)



Abb. 4-62 Lageplan des Schulgeländes: Schule als Stadtteilzentrum (Von plus+ bauplanung GmbH)

Auswirkungen der Nutzerbeteiligung

■ Schule als "eigenes Haus"

Ein Lehrer und ein Schüler, die an der Planung eines Klassenhauses mitgewirkt hatten, gaben an, dass die Schule von vielen Nutzern wie ein "eigenes Haus" betrachtet wird. Viele Schüler/Innen halten sich gerne länger auf dem Schulgelände auf als nötig, weil sie die angenehme Atmosphäre schätzen.

Wie sich das Gefühl für "das eigene Haus" darstellt, beschreibt der befragte Schüler wie folgt:

"An meinem Klassenhaus gefällt mir besonders das Erkerfenster, das ich mit geplant und im Modell selbst eingebaut habe."

4.2.2 Exkurs: Stadtteilzentrum in Enschede, Niederlande



Abb. 4-63 Blick auf die Westfassade [Oben] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)

Abb. 4-64 Eingangshalle [Links] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)

Abb. 4-65 Einweihungsfeier [Rechts] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)

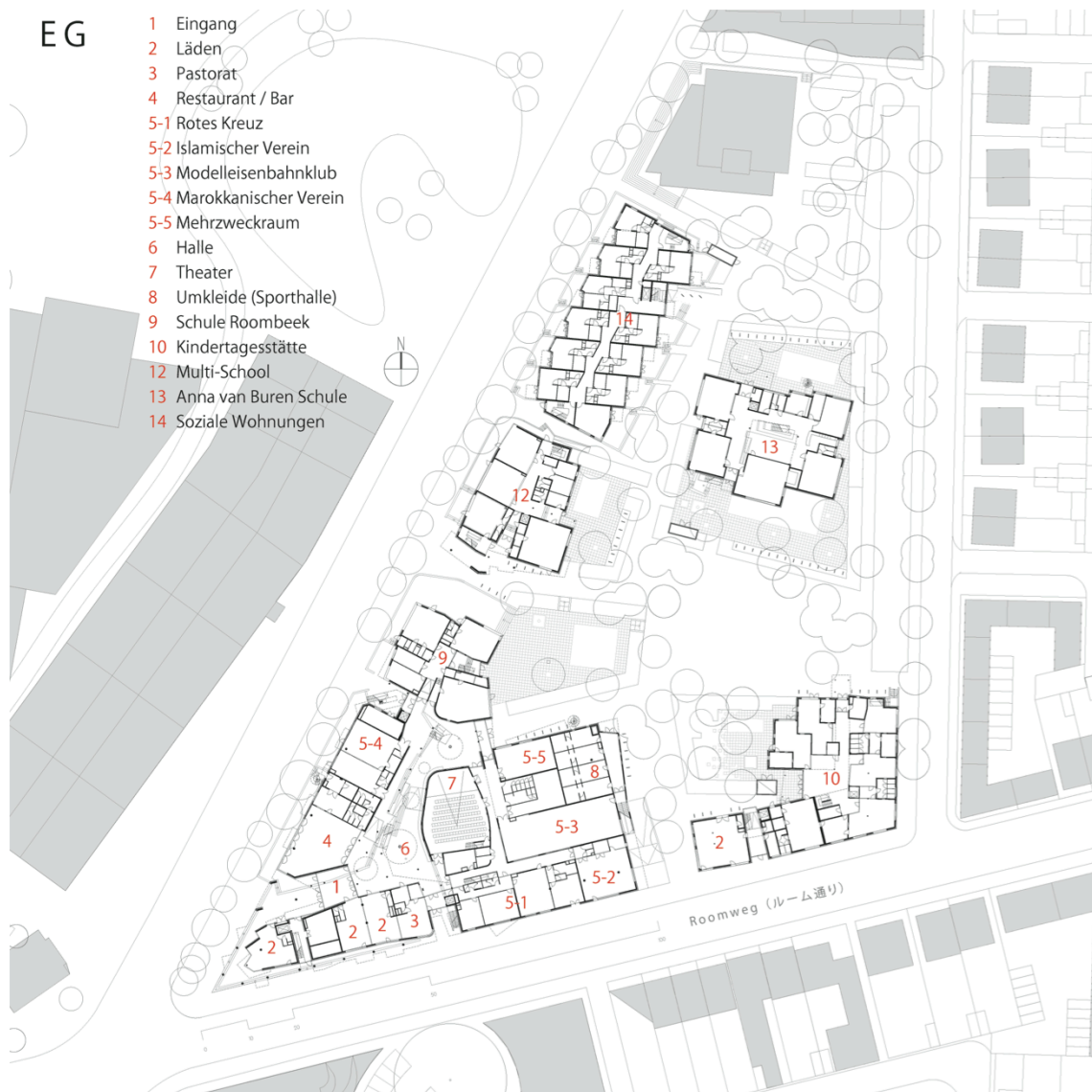


Abb. 4-66 Grundriss Erdgeschoss (Von plus+ bauplanung GmbH)

Allgemeine Informationen

Art der Nutzung: Theater, Restaurant, Sporthalle, Vereinsräume, Schule, Kindertagesstätte, Jugendhaus, Behindertenwerkstatt, Altenwohnanlage, Apartment

Nutzfläche: 18.000 m²

Planung: Ab 2001

Fertigstellung: 2007 (Neubau)

Projektbeschreibung

Am 13. Mai 2000 wurde die Stadt Enschede an der deutsch-niederländischen Grenze von einer riesigen Explosion erschüttert. Mitten im Stadtteil Roombeek gingen auf dem Gelände der Firma SE Fireworks mehrere Container mit Feuerwerkskörpern in die Luft und legten das gesamte umliegende Wohnviertel in Schutt und Asche. Aufgrund des unvorstellbaren Ausmaßes der Zerstörung beschloss die nie-

derländische Regierung ein umfassendes Soforthilfeprogramm und beschäftigte die Stadt Enschede auch bald mit dem Wiederaufbau.

Schon 5 Tage nach der Katastrophe wurde ein spezielles Projektbüro eingerichtet, in dem mehrere Experten, darunter Stadtplaner und Soziologen, das Verfahren für den Wiederaufbau ausarbeiten sollten. Das Projektbüro beauftragte zuerst den Architekten Pi de Bruijn mit der Erstellung eines Masterplans für den Wiederaufbau. Während der Planungsphase lud der Architekt auch die vor Ort Betroffenen zu öffentlichen Veranstaltungen ein, um die Gelegenheit zum Meinungs austausch mit allen Akteuren anzubieten. Der Masterplan unterteilte das Gebiet in verschiedene Quartiere. Für eines der neuen Quartiere wurde die Errichtung eines Stadtteilzentrums vorgesehen, in dem verschiedene soziale Einrichtungen untergebracht werden sollten. Schon zu Beginn wurden Vertreter der Schulen und der Vereine als potentielle zukünftige Nutzergruppen eingeladen, sich an der Neugestaltung des Zentrums zu beteiligen. Dabei wurden Vereine und Organisationen, die schon vor der Katastrophe in Roombeek aktiv waren, vorrangig behandelt. Am Ende des Findungsprozesses umfasste das neue Stadtteilzentrum zwei Schulen, eine Kindertagesstätte, einen Hort, ein Jugendhaus, eine Andachtsstätte, ein Theater, eine Sporthalle, ein Restaurant, mehrere Läden, eine Behindertenwerkstatt, 20 Wohnungen und eine Altenwohnanlage mit 24 Einheiten. Darüber hinaus wurden auch zehn Räume für verschiedene Vereine geplant (z.B. Vereine von Bürgern mit türkischem oder arabischem Migrationshintergrund, Modelleisenbahnverein).



Abb. 4-67 Roombeek nach der Feuerkatastrophe [Links] (Foto von Gemeinde Enschede)

Abb. 4-68 Masterplan des Wiederaufbaus: das dick markierte Areal ist das Stadtteilzentrum [Rechts] (Gemeinde Enschede, Projectbureau Wederropbouw, & de Architekten Cie 2002, 33)

Auswahlverfahren der Architekten

■ Auswahl durch Wettbewerb

Projektbüro und Nutzergruppen haben zusammen in einem anderthalb Jahre dauernden Prozess das Programm für das Stadtteilzentrum festgelegt. Anschließend wurde ein internationaler Architektenwettbewerb ausgelobt. Die teilnehmenden Büros wurden nach folgenden drei Kriterien beurteilt:

1. Erfahrung des Architekturbüros bei der Planung und Erstellung sozialer Einrichtungen

2. Formulierung einer architektonischen "Vision" für das Areal

3. Vorschlag für die Einbeziehung der Nutzer in den Planungsprozess

Die Jury bestehend aus Vertretern der Stadtverwaltung, des Projektbüros und der Nutzergruppen haben in der ersten Runde fünf Architekturbüros ausgewählt. Daraufhin besuchte sie ausgewählte Projekte der Büros. Auf Basis der dort gewonnen Eindrücke und nach abschließenden Präsentationen traf die Jury ihre Entscheidung.

Das Team von plus+ bauplanung nahm die Aufforderung des auf Niederländisch verfassten Auslobungstextes ernst. Peter Hübner reichte lediglich ein auf einer DIN A4-Seite schriftlich formuliertes "Wunschbild" ein. Darauf führte er knapp aus, warum er keinen Strich ziehen könne, ohne dass er vorher mit möglichst vielen der Betroffenen ihre Probleme diskutiert hätte und wie er nur mit ihnen gemeinsam die richtigen Lösungen finden könne.

Das auf Papier gegebene Versprechen, eng mit den künftigen Bewohnern zusammenzuarbeiten und die Besichtigung der Evangelischen Gesamtschule in Gelsenkirchen überzeugten die Jury.

Am Projekt beteiligte Nutzer / Nutzergruppe

■ Zukünftige Nutzergruppen

Schon vor Beginn der eigentlichen Bauplanung waren die Gemeinschaftsschule und die Vereine aus dem Stadtteil als zukünftige Nutzergruppe vorgesehen und wurden in alle Planungsaktivitäten mit einbezogen.

Zum Zeitpunkt der Festlegung des Programms waren 18 Nutzergruppen am Prozess beteiligt.

Als übergeordneter Bauherr und Träger wurde von der Stadt De Woonplaats bestimmt, eine private Wohnbaugesellschaft, die später auch die Verwaltung des Gebäudes übernehmen sollte. Da eine Finanzierung des Projekts allein aus Mieteinnahmen nicht möglich war, beteiligte das Projektbüro die Wohnungsgesellschaft schon von Beginn an der Projektentwicklung. Diese Wohnungsgesellschaft übernimmt dabei bis auf wenige Ausnahmen das Gebäudemanagement und betreibt selbst einige der untergebrachten sozialen Einrichtungen wie die Behindertenwerkstätten oder das Altenwohnheim. Zudem ist sie Eigentümer und Vermieter der Apartments.

Projektbedingungen, die vor dem Beteiligungsverfahren festgelegt wurden

■ Auswahl der zukünftigen Nutzergruppen

Das Projektbüro hat die Nutzergruppen passend zur Ausrichtung des Gebäudes als "soziales Stadtteilzentrum" ausgesucht und von Beginn am Planungsprozess beteiligt.

■ Beteiligung der Nutzergruppen

Die Diskussion mit den Nutzergruppen wurde ohne Bedingungen aufgenommen. Das Projektbüro hielt an den eigenen Vorgaben fest, die Bedürfnisse der Nutzergruppen zu jedem Zeitpunkt zu berücksichtigen und sie an allen Prozessschritten zu beteiligen. So hat man gemeinsam beschlossen, staatlichen Zuschuss für das Projekt zu beantragen. Die Nutzergruppen selbst konnten noch weitere Nutzergruppen wie z.B. das Pastorat einladen, sich am Projekt zu beteiligen. Der Wohnungsgesellschaft als Träger der Einrichtung wurden von der Stadt praktisch keine Bedingungen für die Gestaltung des Betriebs und der Räumlichkeiten auferlegt. Lediglich die Vermietung der Vereinsräume zu günstigen Konditionen und eine kostenlose Unterkunft für Mitarbeiter/Innen des Stadtteilzentrums waren gefordert.

Nutzerbeteiligung in der Planungsphase

■ Festlegung des Raumprogramms

Zu Beginn war die Abteilung für soziale Entwicklung der Stadt mit der Betreuung des Projekts beauftragt. Hier wurde das Konzept für die Errichtung der Gemeinschaftsschule auf den Weg gebracht.

Sofort nachdem das Projektbüro mit der weiteren Gestaltung beauftragt war, begann man zusammen mit den Nutzergruppen über staatlichen Zuschuss zu verhandeln. Daraus resultierte die Förderung des Projekts als ein Modellprojekt durch das Ministerium für Gesundheit und Wohlfahrt. Gleichzeitig wurde das Konzept weiter entwickelt zu einem Cluster aus Gemeinschaftsschule, Räume für Vereine und soziale Dienstleistungen und kulturelle Einrichtungen sowie einer Sporthalle.

Um die weitere Zusammenarbeit besser koordinieren zu können, teilte man die Nutzer in zwei Gruppen auf. Die erste vertrat die Interessen der Gemeinschaftsschule, die zweite repräsentierte die Vereine.

Dieses Vorgehen war aber schnell zum Scheitern verurteilt, da beide Lager sich nur ihren eigenen Vorstellungen verpflichtet sahen und kaum Kompromissbereitschaft an den Tag legten. Deshalb versammelte das Projektbüro die Teilnehmer aus allen Gruppen an einem Ort. In diesem Kreis wurden lediglich grundlegende Anforderungen an die Verwaltung des Clusters und allgemein gültige Regelungen und Vorgaben diskutiert.

Thematisch komplizierte Aspekte wie die Kooperation von Einrichtungen oder die gemeinsame Nutzung von Räumlichkeiten von mehreren Nutzergruppen wurden ausgespart. Um den Prozess wieder in Gang zu bringen, hat die Stadtverwaltung auf Vorschlag des Projektbüros ein Gremium einberufen, das über formale Fragen berät und Vorgaben macht. Von den Nutzergruppen forderte das Projektbüro bei den folgenden Treffen eine zügige Weiterentwicklung des Programms.

■ Diskussion über vorgesehene Einrichtungen, für die es noch keinen Betreiber gibt

Über die Funktion als Knotenpunkt für soziale Dienstleistungen gab es viele offene Fragen, da die Betreiber der sozialen Einrichtungen noch nicht feststanden. Deshalb haben sich das Projektbüro und die Nutzer an externe Experten gewendet, um festzulegen, welche Art der Einrichtungen benötigt werden, um gezielt nach Betreibern suchen zu können. An dieser Diskussion war die Wohnungsgesellschaft als Bauherr und Träger dieser Einrichtungen beteiligt.

■ Bestimmung der vordringlichen Angelegenheit

Bei der Abstimmung zwischen der Gemeinschaftsschule und den Vereinen gab es immer noch Schwierigkeiten aufgrund des komplizierten Zusammenfügens der verschiedenen Nutzungen im Cluster. Der Prozess war ins Stocken geraten.

Deshalb wurde ein Projektmanager beauftragt, innerhalb von drei Monaten aus den bisher vorliegenden Ergebnissen der Zusammenarbeit mit den Nutzern ein endgültiges Raumprogramm für das Stadtteilzentrum zu erstellen. Dieser formulierte gemeinsam mit den Teilnehmern drei übergeordnete Fragestellungen, die zu klären waren:

1. Endgültige Festlegung der Nutzungen
2. Klärung des Verfahrens für die Architektenauswahl
3. Klärung der rechtlichen Rahmenbedingungen (Eigentumsfragen und Betriebsvereinbarungen mit Betreibern)

Die Neustrukturierung des weiteren Verfahrens führte zu klaren Entscheidungen. Diese Entwicklung führte die Projektplanung in eine neue Phase, in der man gemeinsam beispielhaft Einrichtungen besichtigte und die Diskussion über das Raumprogramm vertiefte.

■ Diskussion über die Art und Weise des Zusammenfügens der verschiedenen Einrichtungen

Im September 2002 organisierten die Abteilung für soziale Entwicklung und die zuständige Gruppe für die Gemeinschaftsschule eine zweitägige Veranstaltung, um gemeinsam über die Art des Zusammenfügens ihrer Einrichtungen in einem Gebäudekomplex zu entscheiden. Die Veranstaltung wurde von Vertretern des Projektbüros und von geladenen Experten moderiert. Dabei wurde in Workshops mit spielerischen Methoden wie z.B. die Anordnung von Raumnutzungskarten intensiv diskutiert, welcher Bereich der eigenen Einrichtung zu einer anderen hin geöffnet werden und ob der Bereich auch von kommerziellen Organisatoren mitgenutzt werden kann. Darüber hinaus wurden gemeinsame Ziele und Visionen für das Cluster bestimmt.

Nach dieser Veranstaltung sahen alle Teilnehmer/Innen die Zusammenfügung verschiedener Nutzungen deutlich positiver als vorher. So konnten weitere Potenziale des Clusters diskutiert werden.

■ Simulation des Betriebs

Den Vereinen wurden bis zur Fertigstellung des neuen Stadtteilzentrums übergangsweise die Räume in einem alten Schulgebäude zu Verfügung gestellt. In dieser Zeit sammelten sie schon Erfahrungen, welche Probleme bei der gemeinsamen Nutzung eines Gebäudes auftreten konnten. Gegenseitige Lärmbelästigung oder z.B. Gerüche, die während der Mahlzeiten auftreten, wurden als Aspekte in die weitere Planung miteinbezogen und bestimmten die Lage der Einrichtungen zueinander oder welche Betriebsarten wo untergebracht werden sollten.

■ Auswahl des Architekten

Vertreter/Innen der Nutzergruppen bildeten gemeinsam mit Vertretern des Projektbüros die Jury für den Architektenwettbewerb.

■ Planung der Klassenräume mit Schülern

Die Zusammenarbeit zwischen Architekt und Nutzer (Lehrer/Innen und Schüler/Innen) begann mit der gemeinsamen Planung der Klassenräume. Der Ablauf des Workshops orientierte sich am Vorgehen bei der Planung der Klassenhäuser der Gesamtschule in Gelsenkirchen:

Jede Klasse entwickelte zusammen mit einem Architekt aus dem Büro plus+ bauplanung ihren Klassenraum. Zuerst haben die Schüler/Innen ihre Größe gemessen und sich als Modellfiguren aus Ton mit Maßstab 1:10 gebaut. Danach wurden Möbel vermessen und ebenfalls im Maßstab 1:10 nachgebaut. Sie diskutierten, was sie für Vorstellungen von einem idealen Klassenraum haben und welche Aspekte ihnen dabei wichtig sind. Diese Wünsche wurden anschließend in einem Modell aus Holzstäbchen umgesetzt. Währenddessen erklärte der Architekt den Schüler/Innen baukonstruktive Elemente und ihre Eigenschaften wie z.B. Balken, Stützen oder Dachstuhl.

Die Ergebnisse des Workshops wurden in die weitere Diskussion mit den Lehrer/Innen über die Gestaltung des Schulbaus einbezogen.



Abb. 4-69 Modell eines Klassenhauses im WS [Links] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)

Abb. 4-70 Präsentation aller Modelle der Klassenhäuser vor Presse [Rechts] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)

■ Planung mit den Nutzergruppen: Workshop 1

Auf den Workshop mit Schüler/Innen folgte ein auf zwei Tage angesetzter Workshop zusammen mit Beteiligten aller Nutzergruppen. Neben den Kindern zweier Grundschulen handelte es sich um Vertreter/Innen der Kindertagesstätte, Gemeindemitglieder/Innen der evangelischen Kirchengemeinde, Mitglieder eines türkischen, arabischen und eines marokkanischen Kulturvereins sowie eines Modelleisenbahnklubs, zudem Vertreter des Roten Kreuz. Die Stadt Enschede war durch das Projektbüro vertreten. Ohne die Lage innerhalb des Cluster zu kennen, begannen alle Nutzergruppen ihre Räumlichkeiten zu entwerfen. Dabei waren Maßstab und Ausdrucksform nicht vorgegeben. Stattdessen skizzierten die Architekten alle vorgeschlagenen Varianten einer Gruppe. Diese Skizzen nutzten die Gruppen später bei der abschließenden Präsentation ihrer Entwürfe vor allen Teilnehmern.

Im ersten Workshop sollte jede Gruppe ihre eigene Vision entwerfen und ihre Wünsche und Vorstellungen nochmals konkretisieren. Um von Beginn an vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, war es von Vorteil, dass einige Architekten von plus+ bauplanung sich neben Englisch auch auf Niederländisch



Abb. 4-71 Gruppe des islamischen Vereins im WS 1 [Links] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)

Abb. 4-72 Gruppe der Kindertagesstätte im WS 1 [Rechts] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)

verständigen konnten. Zudem gab es einen Mitarbeiter, der arabisch beherrschte und somit gut mit einigen Migranten sprechen konnte.

■ Planung mit den Nutzergruppen: Workshop 2

Drei Wochen nach dem ersten fand ein zweiter Workshop statt. Zu den Teilnehmer/Innen gesellten sich nun noch die Vertreter der Wohnungsgesellschaft. Der zweite Workshop begann mit städtebaulichen Übungen. Dabei wurde intensiv die Suche nach einer Gesamtstruktur forciert, die alle Einrichtungen zu einem Gebäudekomplex zusammenfügt. Aus allen Teilnehmern wurden hierfür vier Großgruppen gebildet, in denen möglichst jeweils ein Mitglied jeder Nutzergruppe vertreten war.

Das riesige Raumprogramm, welches der Projektmanager mit den Nutzergruppen auf einer Liste zusammengefasst hatte, war Ausgangspunkt für die Arbeit in den Gruppen. Die Anordnung all dieser Flächen und Räume erwies sich zu Beginn als zu unübersichtlich und kompliziert, als dass sich die Teilnehmer/Innen das Raumprogramm im Kopf vorstellen konnten. Deshalb wurden die einzelnen Raumvorgaben im Maßstab 1:200 ausgedruckt und von jeder Gruppe auf Tonklötze geklebt und ausgeschnitten. Mit den Tonklötzen auf dem Plan versuchte man nun die verschiedenen Einrichtungen auf dem spitzförmigen Grundstück zusammenzufügen. Dabei entstanden "wilde Bauklotzagglomerationen" mit verschiedenen Varianten. Nach jeweils drei Stunden Arbeit am Modell wurden die Ergebnisse vor allen Nutzergruppen



Abb. 4-73, 74, 75 Versuch verschiedener Varianten mit Tonklötze [Obere drei] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)

Abb. 4-76 Jede Variante skizziert der Architekt in der Gruppe [Unten] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)

vorgelegt. Anschließend wurden die Gruppen zum Teil neu gemischt und die Arbeit mit den Beiträgen aus der Diskussion im Hinterkopf weitergeführt.

Die Bedürfnisse von allen Nutzergruppen unter einen Hut zu bekommen erwies sich als denkbar schwierig und die Arbeit dauerte weit bis in den Nachmittag des zweiten Tags. Zum Schluss stellten alle Gruppen ihre Arbeitsergebnisse vor. Am Ende des zweiten Workshops waren alle Teilnehmer/Innen überzeugt, dass es nicht möglich ist, das vorgeschlagene Raumprogramm auf dem ungünstig geschnittenen Grundstück unterzubringen. Zumal alle Nutzergruppen ihre Einrichtungen erdgeschossig an die Hauptstraße legen wollten.

■ Vorschlag der Architekten für die Gesamtstruktur des Gebäudekomplexes

Vier Wochen nach dem zweiten Workshop präsentierten die Architekten den Nutzergruppen Modell und Pläne für das gesamte Areal als Ausgangspunkt für die weiteren Überlegungen. Dafür modifizierten die Nutzer das Präsentationsmodell gemeinsam mit den Architekten. Die Arbeit am Modell stellte für die Laien mittlerweile kein Problem mehr da. Sie konnten die in den bisherigen Workshops gewonnenen Erkenntnisse und Methoden fast schon selbstverständlich anwenden.

Das Problem, dass alle Nutzer ihre Einrichtungen an der Hauptstraße platzieren wollten, lösten die Architekten mit einem Kniff: Als zentralen Punkt des Gebäudekomplexes schlugen sie den Bau einer großen Halle vor, deren Eingang sich an der südwestlichen Spitze des Grundstücks zur zentralen Kreuzung des Quartiers hin öffnet. Einige Gruppen erkannten die Attraktivität der neuen Lage: So entschloss sich der türkische Verein, ins erste Obergeschoss mit Zugang zur Halle zu ziehen.

Weitere Zugeständnisse machten es Schritt für Schritt möglich ein bauliches Gesamtkonzept zu entwickeln, das von allen Beteiligten akzeptiert wurde: Der Modelleisenbahnklub erhielt eine 25 m lange Halle. Im Erdgeschoss platziert konnten die durch die Halle flanierenden Besucher durch ein großes Fenster einen Blick auf das Eisenbahn-Geschehen werfen. Dem zuvor immer im Keller angesiedelten Verein bot dies die Möglichkeit einer größeren öffentlichen Wahrnehmung.



Abb. 4-77 Präsentation des Entwurfs von Architekten und weitere Überlegung mit allen Teilnehmern [Links] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)



Abb. 4-78 Gesamtstruktur: Zentrale Halle an der südwestlichen Spitze des Grundstücks [Rechts] (Skizze: plus+ bauplanung GmbH)

Außerdem wurden Ergebnisse des ersten Workshops weiterentwickelt: Der Gebetsraum für den arabischen Verein wurde nach Mekka ausgerichtet und fand im Dachgeschoss seinen Platz. Der Ort, nun weit hin sichtbar, bekam den symbolischen Charakter, den der Verein sich gewünscht hatte.

■ Weiterentwicklung mit Experten

Der Entwurf in seiner bisherigen Form wurde nun dem für den Masterplan verantwortlichen Architekten Pi de Bruijn vorgelegt, der nun seine Idee mit einbringen konnte.

Die bisherige Variante sah für alle Nutzungseinheiten einen zusammenhängenden Gebäudekomplex vor, in dem die verschiedenen Bereiche über Dachlandschaften miteinander verbunden waren. De Bruijn schlug eine Variante vor, die die Einheiten in verschiedene Blöcke aufteilt. Daraus ergaben sich Wege und Plätze zwischen Blöcken, die eine Öffnung des Stadtteilzentrums zu seiner Umgebung ermöglichte.

■ Unterstützung durch lokale Unternehmen

Im Laufe der Planung kündigte die regional verankerte RABO Bank an, das Projekt durch eine große finanzielle Spende zu unterstützen. Voraussetzung für die Spende war der Einsatz des Geldes für ein sichtbares Zeichen, das die Qualität des gemeinschaftlich genutzten Bereichs sichtbar verbessert, und für einen Ort der Andacht an die Opfer der Katastrophe.

Mit Aquarellskizzen und Renderings präsentierten die Architekten dem Spender Eindrücke der großen Eingangshalle mit einem Glasdach und einem Raum der Stille, der über dem Haupteingang platziert und den Blick auf den eigentlichen Ort der Explosion freigibt. Dies überzeugte das Unternehmen.

■ Workshop mit Jugendhaus

Während der Weiterentwicklung des Entwurfs wurden weitere zukünftige Nutzer in dem Beteiligungsprozess einbezogen. Im Juni 2003 entwickelten die Architekten gemeinsam mit Jugendlichen aus dem Viertel ein Jugendhaus, das nun auch noch auf dem Gelände Platz finden sollte.

■ Beobachtung der Aktivitäten

Die Architekten besuchten einzelne Initiativen wie den Modelleisenbahnklub, um ein Gefühl für die Anforderungen an spezielle Räumlichkeiten zu bekommen.

■ Kommunikation anhand eines großen städtebaulichen Modells

Um die komplizierten, in verschiedenen Geschossen gelegenen Räume darstellbar zu machen und die Zusammenhänge zwischen den vorderen, an der Straße gelegenen Gebäuden, und den hinteren zum Innenhof orientierten Gebäuden, darzustellen, wurde das Modell nach und nach größer gebaut.

Dieses Modell im Maßstab 1:50 wurde schließlich vor allen Nutzern der Öffentlichkeit und der Presse vorgestellt. Auch an diesem Tag wurde das Modell noch bis spät in den Abend besprochen.



Abb. 4-79, 80 Weitere Entwicklung: Verschiedene Funktionsblöcke und großzügiger Freiraum [Oben] (Material von plus+ bauplanung GmbH)

Abb. 4-81 Präsentation des letzten Standes des Vorentwurfs [Unten] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)

Beteiligung in der Bauphase

■ Meinungsaustausch und Abstimmung mit Nutzern auf der Baustelle

Während der Bauphase haben die Nutzer mit dem Architekten auf der Baustelle über die Details diskutiert, so wurden ihre Meinungen in dem Entwurf reflektiert wie z.B. die Kindertagesstätte: Die Architekten haben anfangs für die Farbe der Wände des Flurs und der Halle Weiß vorgeschlagen, weil der Flur zwischen den Gruppenräumen trotz der oberen Fenster ein bisschen dunkel waren. Die Vertreterin, die seit der Planung dabei war, konnte diesen Vorschlag nicht akzeptieren und hatte letztendlich mit anderen Kollegen selbst die Wände farbig angestrichen. Die Architekten waren erst deswegen verwirrt, aber der Flur sah schöner und heller aus, als sie gedacht hatten. Die Halle und der Flur haben mit den Farben eine aktive Atmosphäre geschaffen und sind der Lieblingsort für die Nutzer.

Beteiligung in der Betriebsphase

■ Tagung mit allen Nutzergruppen

Einige Jahre nach der Eröffnung des Zentrums haben neben kurzfristigen Nutzern auch einige Hauptnutzergruppen das Zentrum verlassen. Dafür sind neue Gruppierungen nachgerückt.

Jedes Jahr findet deshalb eine Tagung mit allen Nutzergruppen statt. Dort wird das laufende Betriebsprogramm gemeinsam geprüft und gegebenenfalls aktualisiert.

Beteiligung beim Umbau oder der Änderung des Verwendungszwecks

■ Die Erweiterung des Kindertagesstätte

Aufgrund steigender Nachfrage nach Kita-Plätzen erwarb die Kindertagesstätte die angrenzenden Wohnungen und eine benachbarte Gewerbefläche von der Wohnungsgesellschaft, um ihre Einrichtung zu erweitern.

■ Abstimmung über die Verteilung der Klassenzimmer

Beide Schulen im Stadtteilzentrum nutzen die Räumlichkeiten der sogenannten Multi-School. Die Zahl der Klassenzimmer, die jeder nutzen kann, wird jährlich anhand der Schülerzahlen neu bestimmt.



Abb. 4-82 Die Wohnhäuser wurden in einen Gruppenraum der Kindertagesstätte umgebaut (eigenes Foto 2013)

Auswirkungen der Nutzerbeteiligung

■ Enge Beziehung zwischen Nutzergruppen durch die Zusammenarbeit seit Planungsbeginn

Durch die Erfahrung des Mitplanens entstanden Beziehungen zwischen den Nutzergruppen und Verständnis für die gegenseitigen Interessen existierte schon zu Beginn der Betriebsphase.

Dies ermöglichte gemeinsame Aktivitäten verschiedener Nutzergruppen. Zudem blieb man in ständigem Kontakt, um das Konzept des Zentrums weiter zu entwickeln.

■ Realisierung individueller Räume für jede Nutzergruppe

Bei einer später durchgeführten Befragung äußerten sich alle interviewten Nutzergruppen zufrieden mit der Umsetzung ihrer Wünsche in Räumlichkeiten.

Schule:

-Identität als "unsere eigene Schule", die in der Mitte des Geländes steht und einen Mittelpunkt hat.

Kindertagesstätte:

-Die helle zentrale Halle, von der aus man durch Glastüren alle Gruppenräume überblicken kann.

Modelleisenbahnklub:

-Der 25 m lange Raum für den stützenfreien Aufbau der Ausstellung der Modelleisenbahn

-Die Lage neben der Eingangshalle, damit Besucher einfach vorbeikommen können

Pastorat:

-Die Lage zwischen der Eingangshalle und der Hauptstraße. So können Betroffene der Katastrophe einfach vorbeikommen und im Gespräch mit den Helfern im Pastorat die Geschehnisse verarbeiten



Abb. 4-83 Die zentrale Halle als Mittelpunkt der Schulgemeinschaft [Links] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)

Abb. 4-84 Der besondere Raum für die Ausstellung der Modelleisenbahn [Rechts] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)

■ Entfaltung zu weiteren partizipatorischen Projekten

Nach der Fertigstellung aller Wiederaufbauprojekte in Roombeek wurde das Projektbüro aufgelöst. Die Wohnungsgesellschaft entwickelt aber weiter Projekte mit sozialem Anspruch (Wohnungen, Stadtteilzentren) und setzt dabei die hier entwickelten partizipativen Methoden (Arbeiten mit Tonfiguren und Arbeitsmodellen) bei anderen Projekten ein und entwickelt sie weiter. Auch dort bestimmen die zukünftigen Nutzer die Planung mit.

Alle Befragten des Stadtteilzentrums in Roombeek benannten als einen entscheidenden Faktor für die gelungene Zusammenarbeit das verbindende Trauma der Katastrophe. Aber auch bei neuen Projekten der Wohnungsgesellschaft gab es positive Erfahrungen mit Beteiligungsprozessen, ohne dass die Teilnehmer/Innen eine starke gemeinsame Erfahrung verband. Die beim Bau des Stadtteilzentrums angewandten Methoden der Nutzerbeteiligung funktionieren also auch bei anderen Projekten.

■ Die Erlangung architektonischer Kenntnisse

Durch die Teilnahme an den Workshops konnten die Nutzer anhand der Modelle aus Ton und Pappe "ihr" Gebäude architektonisch erfassen. Das führte dazu, dass sie nicht alle Entscheidungen den Fachplanern überlassen haben, sondern eigene neue Ideen zu besserer Raumgestaltung vorgeschlagen und teilweise in Eigenleistung umgesetzt haben (z.B. Farbe der Wände in der Kindertagesstätte).

Kapitel 5

Empirische Untersuchung:

Aktuelle Nutzerbeteiligung an Planung und Bau

sozialer Bauten auf Quartiersebene in Japan

anhand konkreter Beispiele

5.1 Entwicklung eines Stadtteilzentrums mit Bürgerinitiativen

5.1.1 Matsukawa Multi Cultural Center

5.1.2 Chino Cultural Complex

5.1 Entwicklung eines Stadtteilzentrums mit Bürgerinitiativen

5.1.1 Matsukawa Multi Cultural Center

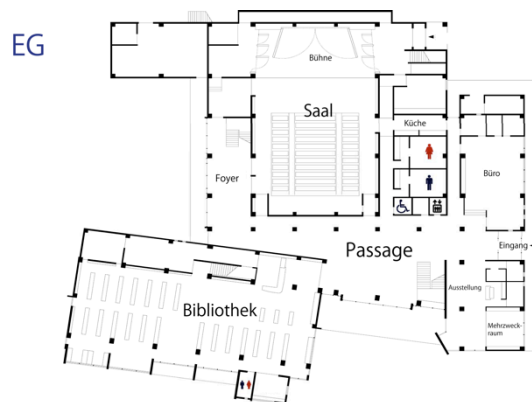
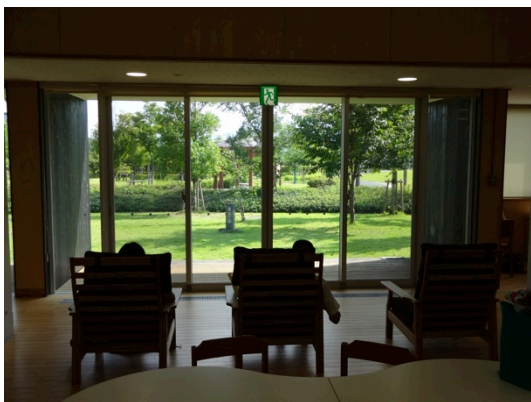


Abb. 5-1 Passage im Zentrum des Gebäudes [Oben] (eigenes Foto 2013)

Abb. 5-2 Lesebereich mit Ausblick auf den Garten [Links] (eigenes Foto 2013)

Abb. 5-3 Grundriss Erdgeschoss [Rechts] (Homepage of Matsukawa village abgerufen am 2.6.2013) (Übersetzung v. Verf.)

Allgemeine Informationen

Verwendungszweck: Veranstaltungshalle, Bibliothek, Bürgerhaus

Nutzfläche: 2.840 m²

Planung: Ab 2002

Fertigstellung: 2009 (Neubau)

Projektbeschreibung

Das Matsukawa Multi Cultural Center in Matsukawa, Präfektur Nagano, Japan, ist ein Mehrzweck-Kulturzentrum, das eine Bibliothek beherbergt und für Ausstellungen, Musik- sowie Theateraufführungen genutzt wird. Die Stadt Matsukawa zählt ca. 10.000 Einwohner. Der Anteil älterer Menschen ist vergleichsweise hoch, zudem weist die Stadt statistisch die durchschnittlich höchste Lebenserwartung bei Männern (in der Präfektur Nagano) auf.

Ende der 90er-Jahre wurden viele ländliche Gemeinden fusioniert. Die Stadt Matsukawa jedoch entschied sich für eine eigenständige stadtplanerische Entwicklung. Die Entstehung des Mehrzweckkulturzentrums in der Stadt fußte auf dem Wunsch nach einer zentralen Anlaufstelle für Kultur und gesellschaftlichen Austausch. Die Stadtverwaltung führte im Rahmen des 5. Stadtentwicklungsprogramms von 1998 eine Bürgerbefragung durch, in der sich eine Mehrheit der Bewohner für die Errichtung eines Kulturzentrums für die Bürger aussprach. Die/Der bereits vorhandene Mehrzweckhalle/Bürgersaal war deutlich in die Jahre gekommen und die Stadtverwaltung sah sich veranlasst, einen Neubau in die Wege zu leiten. So wurde aus Mitgliedern der Verwaltung, Abgeordneten und Experten ein Planungsausschuss gegründet, welcher sich mit der Errichtung dieser neuen kulturellen Einrichtung befasste. Von Seiten der Abgeordneten gab es Unmut bezüglich der beschränkten Nutzbarkeit des neuen Gebäudes. Genau zu diesem Zeitpunkt fanden im Rahmen anderer öffentlicher Bauprojekte in vielen Regionen sogenannte Workshops statt, welche die Bürger Schritt für Schritt am Bauprozess beteiligen sollten. Einige Workshops beteiligten die Bürger nicht nur in der Planungsphase, sondern gingen weit darüber hinaus und sahen vor, die Bürger bis zur Inbetriebnahme des Gebäudes aktiv mit einzubeziehen. Der Planungsausschuss in Matsukawa hoffte auf ein starkes Interesse der zukünftigen Nutzer an Planung, Bau und Betrieb des neuen Mehrzweck-Kulturzentrums und entschied sich daher für eine Bürgerbeteiligung am Neubauprojekt ab dem Zeitpunkt der Ideenfindung.

Auswahlverfahren der Architekten

■ Auswahl durch direkten Vertragsabschluss

Der Planungsausschuss besuchte zuerst ein ähnliches Projekt in der Stadt Kawanishimachi, Präfektur Niigata, wo ebenfalls viele ältere Bürger leben, unter deren Beteiligung ein Gemeindezentrum errichtet wurde. Die Planer dieses Komplexes, das Architekturbüro Atelier RYU und Masaharu Ito wurden direkt für den Neubau in Matsukawa verpflichtet. Ito fungierte als Koordinator des Bürgerbeteiligungsprozesses.

Am Projekt beteiligte Nutzer / Nutzergruppe

■ Bürgerbeteiligungsverfahren durch öffentliche Ausschreibung

Ab dem Jahr 2001 befasste sich der Planungsausschuss der Stadt mit dem Konzept des neuen Mehr-

zweckgebäudes. Um unterschiedliche Meinungen von den Bürgern in dem Neubauprojekt zu reflektieren, hatte sich die Stadt entschieden, die Bürger in dem Planungsausschuss einzubeziehen und in Workshops konkrete Fragen zur Nutzung des Gebäudes und zur Betriebsart gemeinsam zu diskutieren. Zudem wurden Bürgervertreter/Innen in den Planungsausschuss berufen. Ab Dezember 2002 wurden insgesamt 13 Workshops zur Ideen- und Konzeptfindung durchgeführt. Die Teilnehmer/Innen setzten sich aus einer Interessensvertretung der Bürger, den Architekten, Koordinatoren und der Mitarbeiter der zuständigen Verwaltungsstelle zusammen.

Die Interessen der Bürger vertraten dabei Freiwillige, die sich auf eine öffentliche Ausschreibung beworben hatten. Zu Beginn nahmen hundert Interessierte an den Workshops teil. Ein harter Kern von zuletzt noch fünfzig Freiwilligen saß bis zuletzt im Planungskomitee zur betrieblichen Verwaltung und unterstützte letztendlich auch den Betrieb als freiwillige Helfer.

Projektbedingungen, die vor dem Beteiligungsverfahren festgelegt wurden

■ Die Inkorporation in den Stadtpark

Das neue Mehrzweck-Kulturzentrum wurde inmitten eines zentralen, direkt an das Rathaus angrenzenden Parkgeländes geplant. In diesem Zuge sollten auch der angrenzende Kindergarten und die Grundschule neu gebaut werden. Der Bürgersaal, als Versammlungsort der Gemeinde, sollte in das neue Kulturzentrum als neues städtisches Zentrum integriert werden. Zu diesem Zeitpunkt wurde über andere Bedingungen, wie z.B. das Budget, noch nicht gesprochen.

Nutzerbeteiligung in der Planungsphase

■ Erwartungen an eine neue Kultureinrichtung

Im ersten Workshop wurden die Teilnehmer/Innen in kleine Gruppen unterteilt, die sich über die bisherigen Erfahrungen mit kulturellen Ereignissen und Veranstaltungen in der Stadt Matsukawa austauschten. Im Rahmen dieser Diskussion entwickelte jeder Teilnehmer/In seine Vision zu dem Thema "Wie ich mir mein Kulturzentrum vorstelle" und präsentierte sie den anderen.

Diese Vorträge waren die Ausgangsbasis für die Zusammenstellung des Programms für die Einrichtung.

■ Grundstücksbegehung

Im zweiten Workshop besichtigten die Teilnehmer/Innen das Grundstück. Vor Ort hat man einen guten Panoramablick auf die schneebedeckten Berge in der Ferne. Um die Frage zu beantworten, wie das neue Gebäude gebaut werden sollte, damit man diese Aussicht am besten genießen und nutzen kann, wurde eine Meinungsumfrage durchgeführt.

■ Über die Funktionen und die Struktur der Einrichtung

Im Anschluss an die Begehung wurden die Teilnehmer/Innen in zehn Gruppen unterteilt und diskutierten die Frage, welche Funktionen in welchem Umfang vorhanden sein sollten und in welchem Verhältnis sie zueinander stehen. Folgende Funktionen wurden benannt: Lesesaal, Musik- bzw. Konzerthalle, Galerie, Café, Gesundheitsamt und weitere.



Abb. 5-4 Diskussion über das Konzept des neuen Kulturzentrum [Links] (Matsukawa village office 2005 No.4, 6)

Abb. 5-5 Gemeinsame Grundstücksbegehung mit allen Teilnehmer/Innen [Rechts] (ebd. No.5, 2)

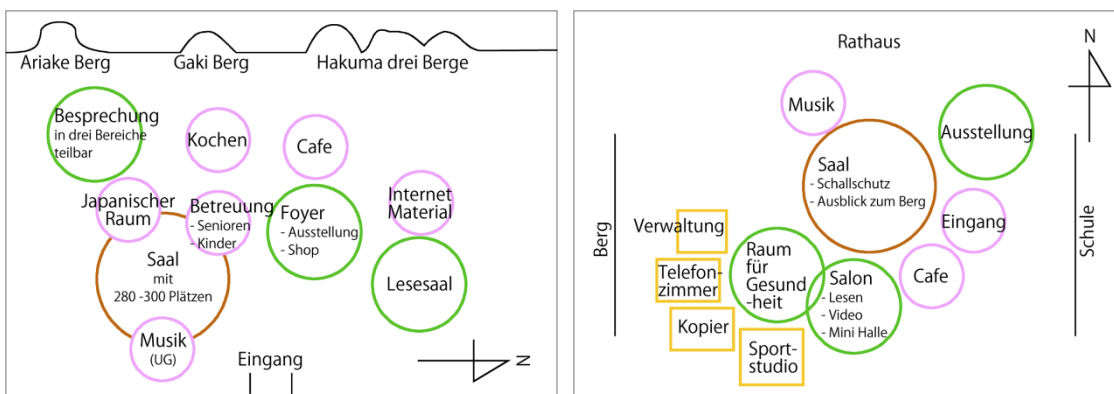


Abb. 5-6 Vorschlag von Gruppen: Funktionen der Einrichtung (hier 2 von 10 Gruppen) (ebd. No.5, 3) (Übersetzung v. Verf.)

■ Anhörung lokaler kultureller Leitfiguren

Im dritten Workshop wurden diverse Vereine und Gruppierungen aus Matsukawa eingeladen, um sich selbst vorzustellen und Wünsche vorzutragen. Eine dieser Gruppierungen, die sich für den Bau einer neuen Bibliothek einsetzt, formulierte eine genaue Vorstellung davon, wie diese auszusehen hat: mit einem Bereich, in dem Ausstellungen, in dem Aktionen von Bürgergruppen oder lokalen Besonderheiten etc. stattfinden sollten. Dabei sollte er allen Altersgruppen zu Verfügung stehen.

Der Betreiber des bisherigen Bürgerhauses erläuterte die Unzulänglichkeiten des vorhandenen Saals und die Umstände dessen Benutzung.

Ein Kinderleseverein brachte seine Wünsche nach einer Lesecke in der Bibliothek vor.

Eine Chorgruppe legte ihre Wünsche dar, wie sie den großen Saal gerne nutzen würden.

■ Evaluation und Vorstellung dreier Vorschläge

Im Anschluss an die Diskussion, welche Funktionen die neue Einrichtung beherbergen sollte, wurden die Erkenntnisse der zehn Gruppen zusammengetragen und seitens der Experten und der lokalen Verwaltung analysiert. Die evaluierten Beiträge wurden dann vorgestellt. Die Ansprüche an die Funktionen des Kulturzentrums wurden in fünf Bereiche unterteilt: 1. Ort der Versammlung, 2. Ort des Lesens und Lernens, 3. Ort der Musik, des Theaters, der Lesungen, 4. Ort der Ausstellung lokaler Gegenstände, kleine Galerie und 5. Ort des Austausches und der Freizeit. Ausgehend von diesem Funktionsschema erstellten die Planer drei Entwürfe, die anschließend gruppenweise diskutiert wurden.

Dabei hatte jeder Entwurf einen unterschiedlichen Schwerpunkt:

1. Modell der gleichwertigen Nutzung: Großer Saal, Bibliothek, Bürgerhaus;
2. Modell mit dem Großen Saal im Fokus;
3. Modell mit der Bibliothek im Fokus.

Die beiden letzten Vorschläge wurden am positivsten bewertet. Dabei kam die grundlegende Haltung zum Vorschein, dass es - auch angesichts der Baukosten - besser sei, ein Mehrzweck-Kulturzentrum mit wenigstens einer komplett ausgebauten Funktion zu bauen, als eines, in dem alle Funktionen komplett ausgebaut werden.

■ Die Wiederbelebung des vorhandenen Bürgerhauses

Da das Budget für einen Neubau begrenzt war, wurde die Idee eingebracht, das vorhandene Bürgerhaus aufzuwerten und neu zu beleben. Gefolgt wurde dieser Vorschlag von einer ausführlichen Diskussion über die finanzielle Machbarkeit und welche Aufgaben der Saal zu erfüllen habe.

■ Über das Ausmaß der Einrichtung

Zu dem Zeitpunkt, als klar wurde, dass entweder die Bibliothek oder der Große Saal zum maßgeblichen Element der Einrichtung werden sollte, wurde über die Frage der notwendigen Größe dieser jeweiligen Funktionen nachgedacht. Die meistgenannten Größen waren 300 Sitzplätze für den Saal und 50.000 Bücher für die Bibliothek.

In dieser Planungsstufe waren bereits folgende Bereiche definiert worden: "Ein Platz zum Verweilen und des Austausches für Jung und Alt", "Ein Versammlungsort für Kultur und Weiterbildung", "Präsentationen, Musik und Theater" und "Lesen und Wissen".

■ Zwei Bauvorschläge basierend auf Kosten und Fläche

In dem vierten Workshop wurden zu Beginn seitens der Verwaltung und Planer zwei Vorschläge vorgestellt, welche beide finanziell im Rahmen des Machbaren wären. Der erste Vorschlag beinhaltet den Neubau mit im Umfang leicht zurückgestuften Funktionen einer Bibliothek, eines Bürgerhauses und eines großen Saals, wobei die Bibliothek in einem separaten Gebäude im Stadtpark errichtet wird. Dem zweiten Vorschlag zufolge würde das vorhandene Bürgerhaus renoviert und in eine Bibliothek umgewandelt - ein Neubau würde ein Bürgerhaus und einen großen Saal umfassen. Zeitgleich mit der Vorstellung dieser Vorschläge wurde die maximal bebaubare Fläche in Quadratmetern errechnet, die mit einem Budget von 800 Mio. Yen (damals 6.6 Mio. Euro) zu halten wäre.

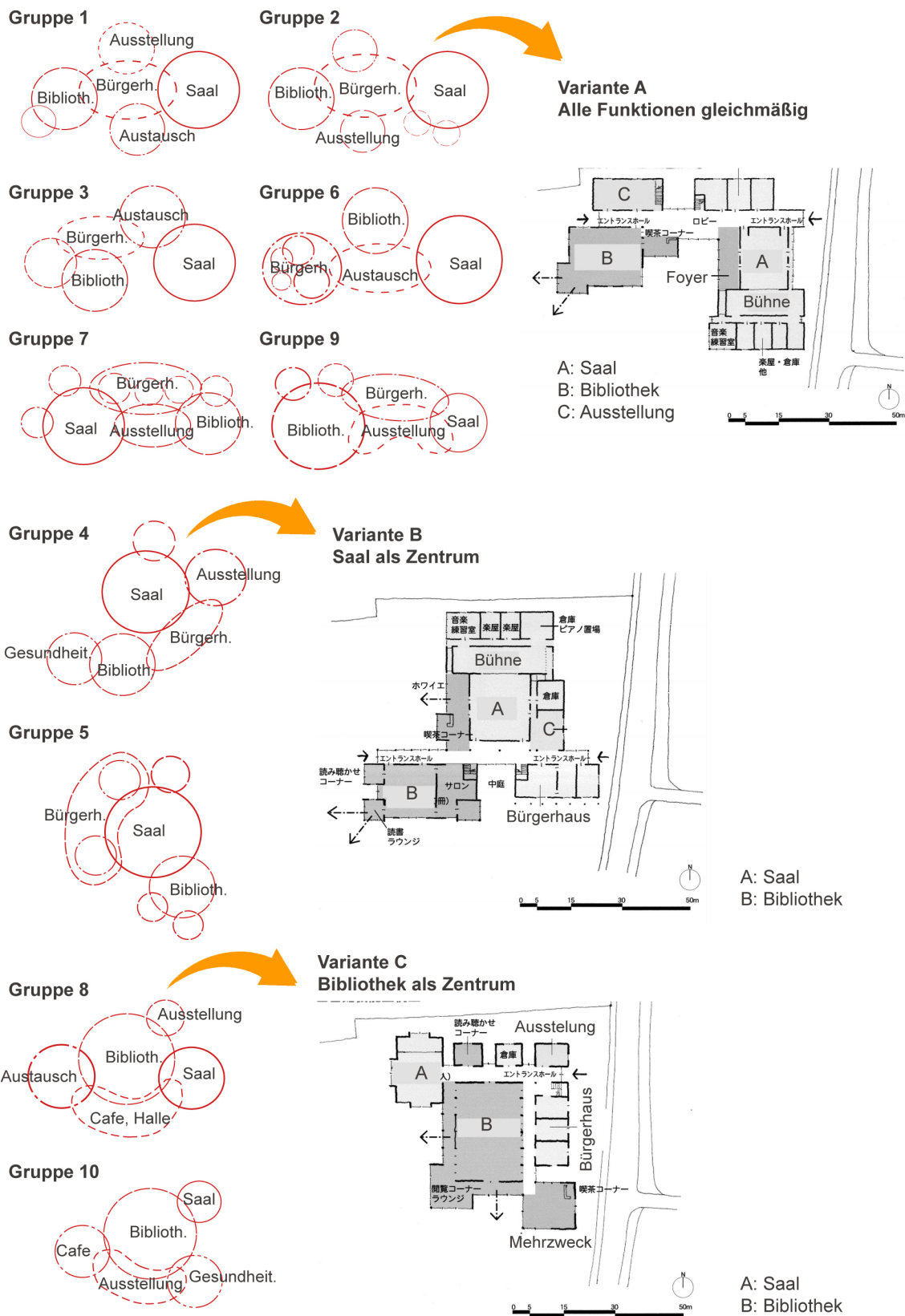


Abb. 5-7 Ergebnisse von WS: Varianten der Funktionen und Struktur der Einrichtung (ebd. No.6, 4) (Übersetzung v. Verf.)

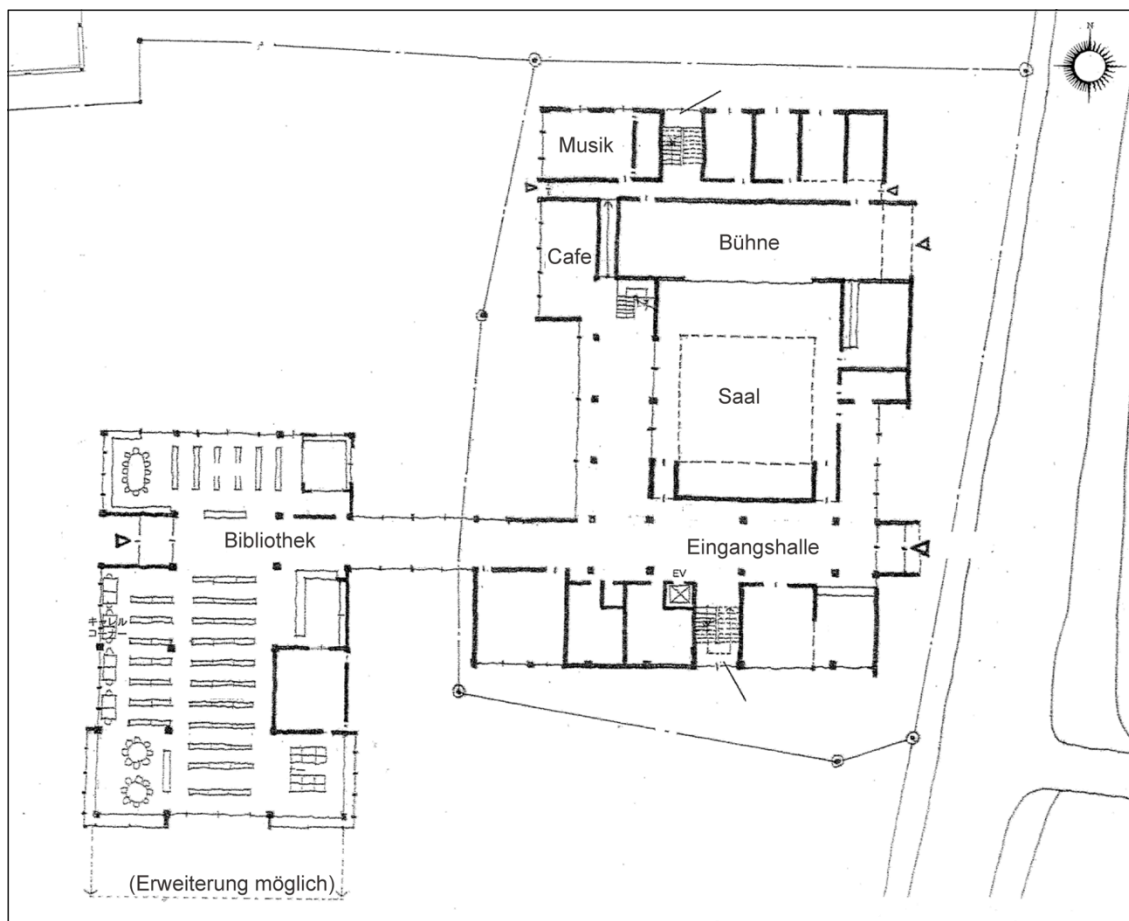


Abb. 5-8 Vorschlag 1: Grundriss (ebd. No.7, 3) (Übersetzung v. Verf.)

Vorschlag 1)

Nutzfläche = 2.220 m². Die Bibliothek liegt getrennt vom Hauptgebäude auf dem Areal des Stadtparks, da sie baurechtlich nur auf dem Stadtparkgelände errichtet werden darf.

Bei diesem Vorschlag ist die Kapazität des Großen Saals auf 266 Sitzplätze ausgelegt. Die Bibliothek umfasst einen Bestand von lediglich 35.000 Büchern. Die Verkleinerung wird kritisiert. Darüber hinaus bemängelt man die schlichte Gestaltung der beiden Säle, die der repräsentativen Funktion für die Stadt Matsukawa nicht gerecht wird.

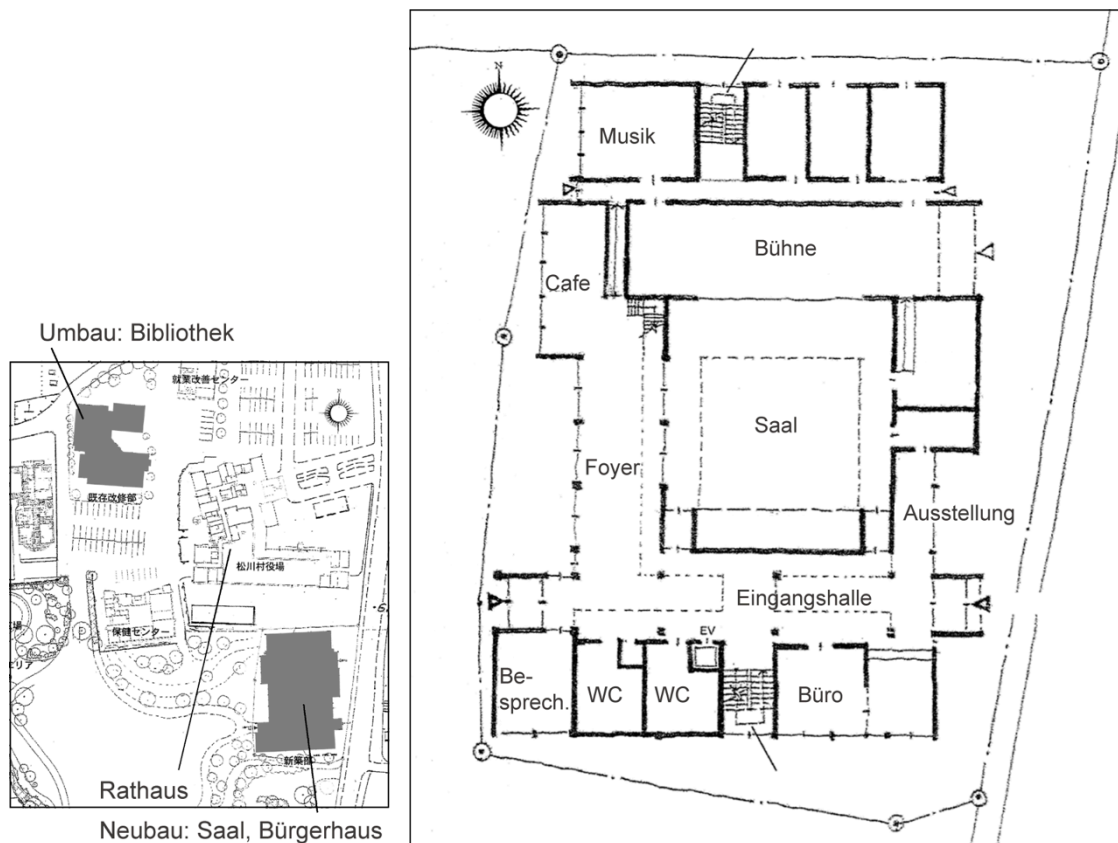


Abb. 5-9 Vorschlag 2: Lageplan (ebd. No.7, 5) (Übersetzung v. Verf.)

Abb. 5-10 Vorschlag 2: Grundriss des Neubaus (Saal, Bürgerhaus) (ebd. No.7, 6) (Übersetzung v. Verf.)

Vorschlag 2)

Nutzfläche = 2.570 m². Das bereits vorhandene Bürgerhaus wird zur Bibliothek umgeplant, da dessen Grundstück zum Stadtparkgelände gerechnet werden kann. Auf diese Weise müssen administrative Funktion des Bürgersaals nicht auf zwei Gebäude verteilt werden.

In diesem Vorschlag ist die Kapazität des großen Saals auf 300 Sitzplätze ausgelegt und die Bibliothek fasst 50.000 Bücher. Mit diesem Vorschlag waren die Teilnehmer mehrheitlich einverstanden. In einem nächsten Schritt aber forderten sie noch ausgefallener Vision für die Kultureinrichtung, die einzigartig für die Stadt Matsukawa wären. Des weiteren wurden Zweifel bezüglich der Attraktivität einer neu installierten Bibliothek im alten Bürgerhaus geäußert, da dieses keine Fenster besitzt, aus welchen man die schöne Aussicht genießen könne und auch die Lage nicht besonders gut sei.

■ Neu evaluierte Vorschläge durch den Architekten

Für den fünften Workshop erarbeitete der Architekt auf Grundlage der bisherigen Ergebnisse aus den Diskussionen und weiterer Erkenntnisse, die in separaten Anhörungen von Verbänden gewonnen wurden, einen neuen Vorschlag. Zuerst wurden diejenigen Voraussetzungen erläutert, die sich zwischenzeitlich geändert hatten. Im Zuge des von staatlicher Seite neu aufgelegten Förderprogramms wurde die gesamte Einrichtung als "Ort der Versammlung und des Austausches" deklariert. Dies ermöglichte nun den Bau des Großen Saals und des Bürgerhauses auf öffentlichem Parkgelände. Zweitens lagen Ergebnisse einer Untersuchung zur weiteren Nutzbarkeit des Bürgerhauses vor: Die Schäden am Beton waren noch nicht so stark vorangeschritten wie befürchtet, womit einer Weiternutzung des Gebäudes nichts mehr im Wege stand.

Besonderheit des Entwurfs war die zentral verlaufende "Passage", ein Durchgang, der die verschiedenen Funktionen miteinander verbindet.

Die Kapazität des Großen Saals wurde basierend auf den Werten bisheriger Veranstaltungen in der Stadt berechnet und mit 250 Sitzen angegeben. Zudem war auch die Installation von Tontechnik für klassische Konzerte vorgesehen. Die Auslegung der Bibliothek auf 100.000 Bücher, wie zwischenzeitlich gefordert, wurde für nicht umsetzbar erklärt. Da man davon ausging, dass die Bürger sich aktiv am Betrieb der Einrichtung beteiligen würden, sollte die Qualität der Bibliothek dadurch erreicht werden. Die verschiedenen Funktionen des Bürgerhauses werden mit dem Bereich des Saals und der Bibliothek kombiniert und in die ganze Einrichtung verteilt. Für das vorhandene Bürgerhaus wurde eine Umnutzung als Hort und Heimatarchiv vorgeschlagen.

Die Mehrheit der Workshop-Teilnehmer/Innen sprach sich für die Umsetzung des Entwurfs aus. Darüber hinaus wurden ihre Meinungen zur konkreten Architektur und der Betriebsweise gehört.

Im sechsten Workshop wurde der Vorschlag dann anhand von Modellen und Skizzen genauer erläutert, so dass man sich ein klares Bild machen konnte. Die Workshop-Teilnehmer/Innen wurden in Gruppen aufgeteilt und erstellten erneut Essays über die Art und Weise, wie die Einrichtung genutzt wird: Es braucht Orte, an denen man laut sein darf, und Orte, die still genug sind, dass man lesen kann (Stichwort Abschottung von Lärm), sowie Orte für Kinder - bis hin zur Überlegung, ob der Große Saal, wenn er gerade nicht genutzt wird, den Kindern zur Verfügung gestellt werden könnte.

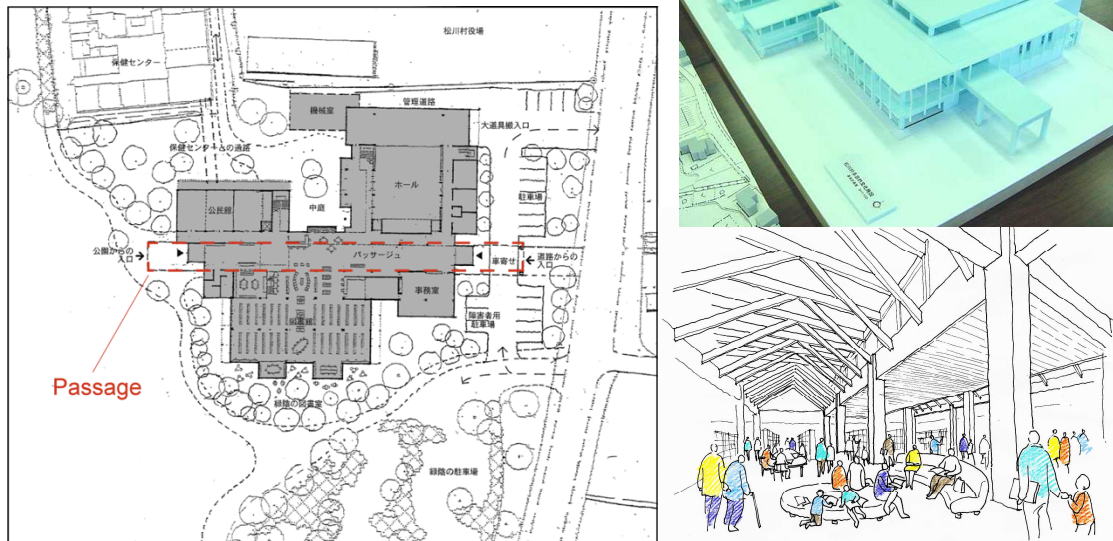


Abb. 5-11 Vorschlag der Gesamtstruktur mit Passage bei fünftem Workshop [Links] (ebd. No.8, 5)

Abb. 5-12,13 Präsentation mit Modell und Skizze bei sechstem Workshop [Rechts] (ebd. No.9, 3)

■ Gesamtkonzept des Mehrzweck-Kulturzentrums

Der siebte Workshop begann mit einer Lesung von Masaji Ito, einem Experten für Versammlungsstätten, der Grundkenntnisse über die Gestaltung von Sälen vermittelte. Im Anschluss legten der Architekt und Gemeindevertreter einen Entwurf vor, wie die verbleibenden Probleme in der Raumgestaltung angegangen werden könnten.

Allgemeine Kriterien: Das Kulturzentrum soll nicht durch die Stadt verwaltet werden, sondern direkt durch die Bürger, also die Nutzer selbst. So können die verschiedenen Bereiche Bürgerhaus, Großer Saal und Bibliothek am effektivsten genutzt und miteinander verwebt werden.

Großer Saal: Die Art der Bestuhlung sollte diverse Nutzungsszenarien erlauben.

Bibliothek: Hier soll ein Raum entstehen, in dem man sich wohlfühlt. Die beste Anordnung der Bücher wird überprüft.

Passage: Rücksicht auf Lärmproblem

Ausstellungen: Können im Foyer oder in der Passage stattfinden.

Verbindung zum Park: Neubau inmitten der wunderbaren Naturschönheit von Azumino, im Gleichgewicht mit den klimatischen Bedingungen.

Weiteres Vorgehen: Erstellung von Arbeitsgruppen für die jeweiligen Funktionen (Großer Saal, Bibliothek, Bürgersaal, etc.). Mitglieder der Arbeitsgruppen sollen auch nach Baufertigstellung am Betrieb der Einrichtung mitarbeiten. Der Ausbau des Beteiligungsangebots ist ausdrücklich erwünscht.

Das endgültige Gesamtkonzept des Zentrums wurde dem Bürgermeister vorgelegt.

■ Untersuchungskommission in der weiteren Stufe

Etwa sechs Monate, nachdem das Gesamtkonzept eingereicht wurde, gab es erneut eine Reihe an Workshops mit Bürgerbeteiligung, um dort den konkreten Entwurf und Betriebsplan zu begutachten. Insgesamt wurden sechs Workshops durchgeführt, beginnend im Februar 2006. Die Diskussionen beschäftigten sich eingehend mit Details und fachlichen Belangen. Jeweils ein Mal im Monat tagte zusätzlich eine Arbeits-

gruppe, die sich mit den einzelnen Gebäudeabschnitten Großer Saal, Bibliothek bzw. Bürgerhaus beschäftigten.

■ Änderungen seit Entwurfseinreichung und offene Punkte

Aufbauend auf dem in der vorigen Stufe eingereichten Gesamtkonzept wurden Gespräche hinsichtlich der Anzahl der zukünftigen Mitarbeiter, der Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen der Stadt begonnen. Die Stadtverwaltung kümmerte sich um die Finanzierung und beantragte staatliche Zuschüsse. Folgende Fragestellungen wurden geklärt.

- 1) Büros: Insgesamt sollten Arbeitsplätze für 12 Mitarbeiter entstehen.
- 2) Küchenbereich: Im neuen Kulturzentrum würde die Küche wohl auch häufiger benutzt werden.
- 3) Großer Saal: In Zeiten, in denen der Saal nicht in Gebrauch ist, könnte er für Kinder freigegeben werden.

Im ersten Workshop wurde ein neuer Entwurf vorgelegt, in dem diese drei Punkte mit inbegriffen waren. Er bildete die Grundlage für die weiterführende Arbeit in den Arbeitsgruppen.

■ Unzufriedenheit aufgrund ergebnisloser Diskussionen

Im zweiten Workshop wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen in einen neuen Entwurf eingearbeitet und die Planungsgruppe erläuterte die daraus folgenden baulichen Veränderungen. In diesem Stadium äußerten einige Teilnehmer/Innen ihren Unmut darüber, dass immer wieder zum Anfang der Diskussion zurückgekehrt werde und nur langsam ein Fortschritt zu verzeichnen sei. Die Teilnehmer/Innen beschuldigten sich untereinander, dass bisher getroffene Vereinbarungen nicht berücksichtigt wurden und dass nicht alle auf dem gleichen Wissensstand seien.

■ Ausarbeitung der jeweiligen Funktionen im Detail

In den darauffolgenden drei Workshops standen die jeweilige Funktion (Bibliothek / Saal / Bürgerhaus) im Fokus.

Hinsichtlich des Bürgerhauses wurden ausgehend von den Ergebnissen der bisherigen Workshops und Anhörungen die notwendigen Räume herausgearbeitet und von den Planern vorgestellt. Anhand ihres Entwurfs wurde noch einmal über die Raumgröße sowie deren Funktionen und Ausstattung gesprochen. Hinsichtlich der Bibliothek sollte nicht nur die Funktion der Lektüre erfüllt sein, sondern darüber hinaus Platz geschaffen werden für Kinder sowie auch für Kulturgüter der Region (z.B. das Lied von Azumino), d.h. die Frage, wie die Bibliothek der Stadt Matsukawa zu einer Besonderheit werden kann, stand im Vordergrund.

Beim Großen Saal stand die Frage im Zentrum, wie einerseits die grundlegenden Funktionen der Vorführung von Musik und Theater sowie eines Versammlungsortes realisiert und andererseits welche anderen Projekte im Großen Saal durchgeführt werden können.

■ Endgültiger Konstruktionsentwurf

Im letzten Workshop der zweiten Stufe wurden die Ergebnisse aller Arbeitsgruppen in einem endgültigen Entwurf zusammengefasst und erläutert.



Abb. 5-14 Planungsausschuss in der zweiten Stufe (Matsukawa village office 2006-2007 No.3-4-5, 1)

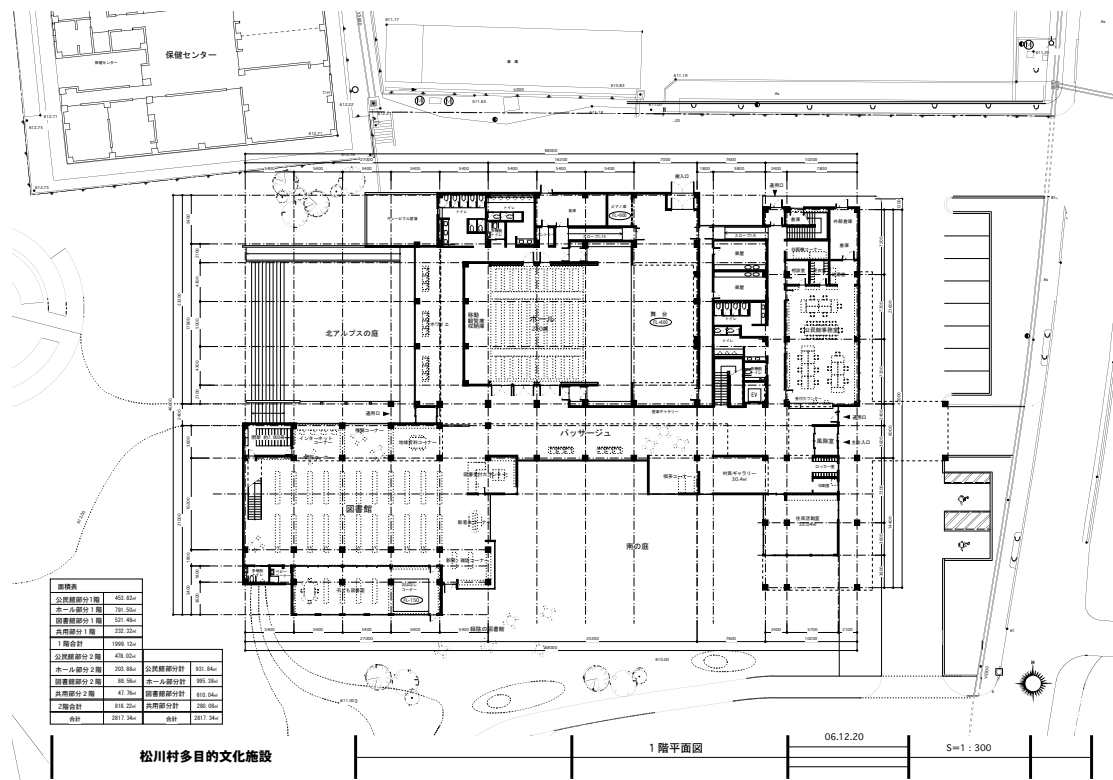


Abb. 5-15 Der letzte Stand des Grundrisses Erdgeschoss beim Planungsausschuss (ebd. No.6)

Nutzerbeteiligung in der Bauphase

Keine.

Nutzerbeteiligung in der Betriebsphase

■ Freiwillige Helfer

Am Betrieb des Großen Saals, der Bibliothek, der Küche und des Gartens sollten sich freiwillige Helfer/Innen beteiligen. In von der Stadt organisierten Kursen sollten die Bürger über Themen wie die Nutzung der Technik, der Küche oder Gartenpflege informiert werden. Ziel war die Möglichkeit, Veranstal-

tungen autonom durchzuführen. Direkt nach Fertigstellung des Baus gab es etwa 100 Freiwillige, momentan sind es noch etwa 70.

■ Der Hausmeister: Vom Freiwilligen zum Festangestellten

Einer der freiwilligen Helfer wurde später von der Stadt als offizieller Hausmeister fest angestellt.

Nutzerbeteiligung beim Umbau oder der Änderung des Verwendungszwecks

■ Erweiterter Ausbau der Einrichtung

Weitere Ausstattungs- oder Einrichtungsgegenstände (z.B. Beleuchtung für den Saal etc.) werden von der Stadtverwaltung auf Nachfrage der Benutzer erworben und zur Verfügung gestellt. Die Stadt hat den gelungenen Betrieb des Kulturzentrums über die vergangenen 2-3 Jahre beobachtet und je nach Notwendigkeit finanziell unterstützt.

Auswirkungen der Nutzerbeteiligung

■ Bewusstseinsförderung: "Unser Kulturzentrum"

Anlässlich der Festveranstaltung zur Baufertigstellung haben die Stadtbewohner/Innen das bekannte Volkslied "Lied von Azumino" als Vorlage für ein Theaterstück genommen, das die Geschichte des Liedautors nacherzählt. Im Rahmen der Festveranstaltung wurde das Stück dann aufgeführt. Die Idee stammte von Teilnehmern/Innen der Arbeitsgruppe um den Großen Saal, die es für eine gute Möglichkeit hielten, die Bürger an den Feierlichkeiten der Baufertigstellung zu beteiligen. Die Basis für eine weitere Bürgerbeteiligung auch nach der Planungsphase, sei es bei der Bewirtschaftung des Zentrums oder bei kulturellen Aktivitäten, wurde geschaffen.

■ Betriebsführung des Zentrums: Freiwillige Helfer

Zum Zeitpunkt, als der neue Verwaltungsbeauftragte der Stadt das Kulturzentrum unter seine Fittiche nahm, gab es noch keinerlei Veranstaltungen oder Beteiligung von Freiwilligen. Die Teilnehmer/Innen aus den Workshops bemängelten, dass kein Rahmen existiere, um sich weiterhin aktiv am Betrieb des Zentrums zu beteiligen. Selbst wenn man etwas beitragen wollte, so könnte man dies nicht. Daraufhin setzte sich der Verwalter mit den freiwilligen Helfer/Innen zusammen, was zur Folge hatte, dass immer mehr Vorschläge für Veranstaltungen, Projekte oder zum Management vorgetragen wurden. Sogar ein 90-jähriger Mann befand sich unter den freiwilligen Helfern. Auf die Frage, warum die Bürgerbeteiligung in diesem Falle so reibungslos funktioniert hat, führte der Verwaltungsbeauftragte einerseits an, dass die Stadt nicht sehr groß ist und andererseits die Motivation, sich zu beteiligen, schon in einem sehr frühen Stadium der Planung gefördert wurde.



Abb. 5-16 Das von Bürgern gestaltete Theaterstück am Eröffnungsfest (Homepage of Atelier RYU abgerufen am 2.6.2013)

5.1.2 Chino Cultural Complex

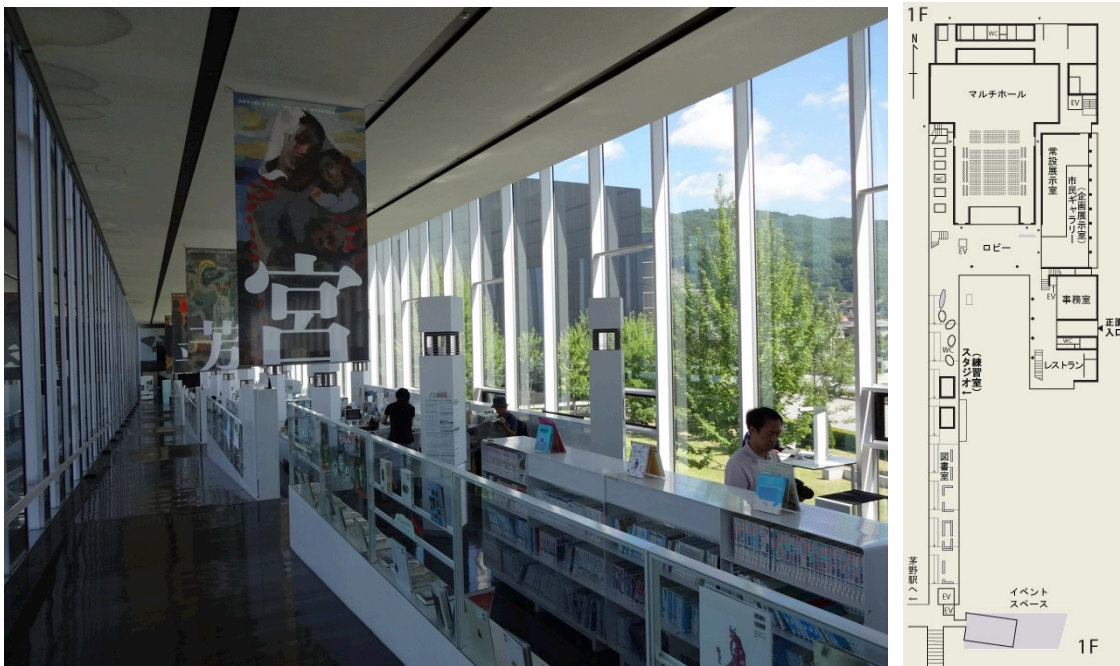


Abb. 5-17 Aussicht vom Innenhof auf Bibliothek und Hallenbereich [Oben] (von Makoto Yoshida)

Abb. 5-18 Bibliothek auf der Rampe [Links] (eigenes Foto 2013)

Abb. 5-19 Grundriss: Die Rampe (Bibliothekszone) verbindet sich mit dem Bahnsteig [Rechts] (Homepage of Chino Cultural Complex abgerufen am 2.6.2013)

Allgemeine Informationen

Verwendungszweck: Veranstaltungshalle, Kunsthalle, Bibliothek, Restaurant

Nutzfläche: 10.800 m²

Planung: Ab 1999

Fertigstellung: 2005 (Neubau)

Projektbeschreibung

Die Stadthalle Chino in der Präfektur Nagano, Japan, ist ein Multifunktions-Kulturzentrum mit zwei Sälen, einer Kunstausstellung, einer Bibliothek und einem Veranstaltungsraum. Unter dem Konzept "Jeder in der Hauptrolle: Ein öffentlicher Platz für die Stadtbewohner" wurde die Planung mit Unterstützung der Stadt und unter Leitung von Bürgerverbänden vorangetrieben. Im Vorfeld hatte es in Chino bereits ähnliche Erfahrungen gegeben innerhalb des Projekts "Stadtentwicklung durch Zusammenarbeit zwischen Stadt und Bürger", allerdings erst in sogenannten "soften" Bereichen wie der Pflege und der Bildung. Hierbei übernahmen die Bürger die politischen Entscheidungen, die Verwaltung unterstützte sie dabei und der Bürgermeister übernahm die Verantwortung und entschied über das Budget. Von Vorteil ist, dass die Stadt Chino relativ klein ist (56.000 Einwohner) und politische Entscheidungen des Stadtrates schnell in die Tat umgesetzt werden können. Die Verwaltung wiederum ist groß genug, um anschließend Projekte auf die Beine zu stellen.

Die Idee von einer zentralen kulturellen Einrichtung in der Stadt stammte vom Bürgermeister. Die bestehende Stadthalle entsprach nicht mehr dem heutigen Stand der Technik und so hatte er anlässlich des Neubaus den Leitgedanken "Stadtentwicklung durch Zusammenarbeit zwischen Stadt und Bürger" eingeführt. Zeitgleich wurde von Musik- und Theatergruppen auch eine Bürgerinitiative ins Leben gerufen, welche sich den Neubau einer kulturellen Einrichtung in der Stadt wünschte (fortan "Bürgerinitiative" genannt). Darüber hinaus war auch das Kunstmuseum der Stadt schon ziemlich in die Jahre gekommen und hätte renoviert werden müssen. Die bestehende Stadthalle lag zwar in der Nähe des Hauptbahnhofs und somit im Zentrum der Stadt, doch ähnlich wie bei der Umgebung anderer Bahnhöfe an der *Chûô-line* (eine Hauptlinie zwischen Nagano und Tokyo) gab es auch hier grundlegende städteplanerische Versäumnisse, so dass wenig Leben herrschte. Daraus resultierte eine enorme Erwartungshaltung, durch einen Neubau das Stadtzentrum wieder beleben zu können. Es gab also bereits zu Beginn eine Vielzahl an Komponenten, die sich überlagerten und die Idee eines Neubaus im Stadtzentrum mit Bürgerbeteiligung ermöglichten: Die Tatkraft des Bürgermeisters, die Vorstellungen der Bürgerverbände, Erfahrung in der Bürgerbeteiligung bzw. Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Bürgern, die notwendigen Umbauarbeiten an der alten Stadthalle und die Hoffnung auf eine Wiederbelebung der Stadtmitte. Die Stadt und die Bürger zogen an einem Strang zur Verwirklichung einer zentralen, kulturellen Einrichtung.

Auswahlverfahren der Architekten

■ Wahl eines Architekten auf Vorschlagsbasis

Im Normalfall wird der Architekt bei öffentlichen Bauten erst bestimmt, wenn ein Planungskonzept vorliegt. Im Falle der Stadthalle von Chino wurden die Architekten bereits ausgewählt, als erst ein Grundkonzept vorlag. Das Planungskonzept wurde anschließend zusammen mit dem Architekten entwickelt.

Die Jury setzte sich aus sechs Fachleuten aus dem Bereich Architektur und jeweils einem Vertreter der Stadt und einem Vertreter der Bürgerinitiative zusammen. Dabei wählten die sechs Fachleute acht Teilnehmer aus, um eine Vorstellung für die Umsetzung des Grundkonzepts zu entwickeln. Aus den eingereichten Vorschlägen bestimmte die Jury letztendlich den Gewinner. Dabei war der Auswahlprozess, von der Präsentation über die Anhörung vor der Jury bis hin zu der Ergebnisverkündung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Die Zielsetzung war, den Auswahlprozess des Architekten und die Bewertungsgrundlagen dafür so transparent wie möglich zu gestalten, um so eine breite Zustimmung der Öffentlichkeit zu erhalten. Somit sollen langwierige Diskussionen vermieden werden, die den Planungsprozess verzögern.

Unter der Leitlinie "Stadtentwicklung durch Zusammenarbeit zwischen Stadt und Bürger" wurde eine Beteiligung der Bürger von Beginn an bei der Entwicklung der Projekten vorgesehen, um gemeinsam mit den Experten eine Lösung zu finden. Daher schien es wichtig, schon in der Erstellungsphase des Planungskonzeptes die Architekten mit an Bord zu holen.

Am Projekt beteiligte Nutzer / Nutzergruppen

■ Interessensvertretung der Bürger: Planungsausschuss

Schon in der Phase der Ideenfindung wurde ein Planungsausschuss eingerichtet, in dem auch Vertreter der Bürger saßen. Es wurden Fragen des Betriebs und der Funktionen der Einrichtung diskutiert - in Zusammenarbeit mit den Experten und der Stadtverwaltung - und ein Plan erstellt. Zur Stütze dieses Planungsausschusses wurde die bereits erwähnte Bürgerinitiative. Die Projekte wurden in erster Instanz zwischen der Bürgerinitiative und dem Bürgermeister diskutiert. Hierbei wurden die jeweiligen Erwartungen an die neue Stadthalle geäußert, so dass die Positionen des anderen zur Kenntnis genommen wurden.

Es wurden folgende Maßnahmen festgelegt:

- Man sammelt Expertisen von verschiedenen Bürgerschichten, sowie Meinungen von Experten.
- Vereine, die eine Bühne benötigen, Besucher von Abendveranstaltungen und Wohlfahrtsverbände sowie alle Vereine, die irgendwie mit der Stadthalle in Verbindung standen, wurden in der Planung einbezogen.
- Die Bürger, die in dem Planungsausschuss sitzen, sollten auch nach Bauende in der Betriebsführung Verantwortung übernehmen.

Die Stadt gründete daraufhin im August 1999 eine Bürgerversammlung, welche die Aktivitäten der Bürger hinsichtlich der neuen Stadthalle unter einem Dach versammeln sollte: Die "Bürgerinitiative Chino zur Förderung der regionalen Kultur" (fortan "Förderinitiative"). Hier wurde über die grundlegende Konzeption der neuen Stadthalle diskutiert. Auf Einladung der Stadt fanden 23 Bürger in der Förderinitiative einen Sitz. Die Auswahlkriterien hierfür waren wie folgt:

- Der Teilnehmer muss ein häufiger Nutzer der bestehenden Stadthalle sein.
- Der Teilnehmer wird unter denjenigen ermittelt, die ein Wunschsreiben bzw. ihre Meinung über die neue Stadthalle eingereicht haben. Er muss einen starken Wunsch nach einer neuen Stadthalle hegen und sich für deren Realisierung einsetzen.

In der konkreten Auswahl, welche durch die Stadt selbst vorgenommen wurde, hat man darauf geachtet, nicht den üblichen Fehler öffentlicher Aufrufe zu machen. So sollte die Meinung eines Bürgers auf kei-

nen Fall nur gehört und damit verhindert werden, die Veranstaltung zu Diskussion ohne konkrete Ergebnisse kommen zu lassen. Daher wurde das Augenmerk auf jene Personen gelegt, die ein starkes Interesse an Kunst und Kultur haben, Projekterfahrung mitbringen und mindestens bis zur Baufertigstellung beteiligt bleiben - im Idealfall auch darüber hinaus. Der Planungsausschuss tagte von der Ideenfindung bis zur Organisation der Betriebsführung insgesamt über 140 Mal. Geleitet wurden die Tagungen vom stadtplanerischen Berater der Stadt Chino, Naomichi Kurata.

■ Die Meinung der Bürger: Anhörung und Umfrage

Um die Meinungen einer breiten Schicht der Bevölkerung zu hören, wurden nach dem ersten Treffen der Bürgerinitiative mit dem Bürgermeister eine Umfrage unter Bürgern durchgeführt und Vereine und Nutzergruppen angehört, die mit der Stadthalle verbunden waren. Darüber hinaus erfüllte diese Meinungsumfrage auch einen weiteren Zweck: Es wurde nach Personen Ausschau gehalten, die in der weiteren Planung der Stadthalle eine zentrale Rolle als Vertreter der Bürgerseite übernehmen könnten. Zudem wurde so öffentlichkeitswirksam für das neue Bauprojekt geworben und Bewusstsein geschaffen. Dies alles ist auch als Teil der Initiative "Stadtentwicklung durch Zusammenarbeit zwischen Stadt und Bürger" zu sehen. Innerhalb dieser Meinungsumfrage gab es einige Punkte, die immer wieder genannt wurden. Sie wurden zu einem späteren Zeitpunkt bei den Diskussionen über das Grundkonzept im Rahmen der Förderinitiative berücksichtigt.

- Konzept: Die Bürger sollen im Mittelpunkt stehen. Die Bürger sollen künstlerische und kulturelle Projekte in die Tat umsetzen können.
- Gebäudestruktur: Die Bürger finden Orte vor, um ihre Projekte umzusetzen. Der Saal muss nicht so viele Sitzplätze haben. Lieber eine kleine Galerie oder einen kleinen Hallenbereich, der von den Bürgern genutzt werden kann als eine große Ausstellungshalle.
- Ein Ort, an welchem die Menschen zusammenkommen können, den sie frei betreten und verlassen können (Aufführungen und Ausstellungen im Hallenbereich, Informationsstände, Essensverkauf)

Projektbedingungen, die vor dem Beteiligungsverfahren festgelegt wurden

■ Tagesordnungspunkte seitens der Stadtverwaltung

Zu Beginn der Diskussion über das Grundkonzept wurden seitens der Stadt folgende Tagesordnungspunkte der Förderinitiative vorgeschlagen.

- Budget: Die Baukosten wurden mit 50 Mrd. Yen (ca. 360 Mio. Euro) veranschlagt.
- Großer und kleiner Saal (mit Platz für jeweils 800 bzw. 300 Personen), alternativ ein einzelner, größerer Saal oder anstelle des kleinen Saals mehrere Übungsräume.
- Stadtplanerische Kriterien: Um die Bahnhofsumgebung neu zu beleben, ist der östliche Teil des Bahnhofsgeländes Bestandteil der zu entwickelnden Fläche.
- Mehrzweckfunktionalität: Da es sich um einen Neubau der Stadthalle handelt, ist die Halle bzw. der Saal eine gegebene Voraussetzung. Darüber hinaus können andere Funktionen verwirklicht werden. Dazu gehört eine Bibliothek, um einen Platz für Weiterbildung zu schaffen. (Zu diesem Zeitpunkt der Planung waren das Kunstmuseum und die Bibliothek von Chino in einem Gebäude untergebracht. Beide hatten hier zu wenig Platz und Möglichkeiten.)

Nutzerbeteiligung in der Planungsphase

■ Besichtigung gelungener Beispiele durch die Teilnehmer

Damit die Förderinitiative ihre eigene Ideal-Vorstellung einer kulturellen Einrichtung formulieren konnte, wurden zuerst einige andere Kulturzentren besichtigt, die aufgrund ihrer gelungenen Bauweise als beispielhaft angesehen wurden. Der Besuch des Kulturzentrums der Stadt Kurobe war besonders lehrreich, da dort die Bürgerbeteiligung bis hin zur Betriebsführung der Einrichtung reicht. Hier konnten die Besucher einiges darüber lernen, wie die Meinungsfindung in Workshops vorangetrieben werden kann und wie die Auswahl der Architekten über Vorschlagseinreichungen gestaltet werden kann. Beim Besuch der Bibliothek in der Stadt Fujimi, die einen Anziehungspunkt für Jung und Alt bildet, kam der Gedanke, auch in der neuen Stadthalle von Chino eine Bibliothek einzubauen, auch wenn diese noch so klein würde. Diese Bibliothek sollte den Lebensalltag in das Gebäude holen.

■ Die Rolle: Ein öffentliches Gebäude in Bahnhofsnähe

Nach den von der Stadt vorgelegten Tagesordnungspunkten im ersten Treffen und der Begutachtung erfolgreicher Beispiele im zweiten Treffen wurde im dritten Treffen endlich diskutiert. Der Meinungsaustausch wurde mittels Post-it-Notizzetteln umgesetzt. Es wurde darüber beraten, welche Funktion die neue Stadthalle als öffentliches Gebäude in der Umgebung des Bahnhofs einnehmen sollte. Dazu wurden auch die bisherigen Probleme der zentralen Lage und nutzungstechnische Schwierigkeiten der bestehenden Stadthalle erörtert. Im Abschluss der Diskussion wurden hauptsächlich die Attraktivität von Gebäuden und Parks in zentraler Lage, die Möglichkeit der Bürger zur Versammlung, zum Austausch und zur Beteiligung am Betrieb hervorgehoben.

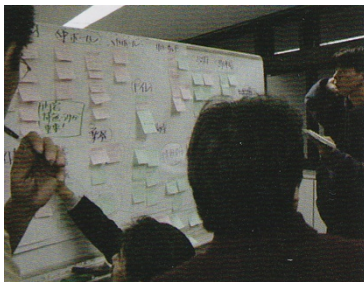


Abb. 5-20 Diskussion über Grundkonzept mit Post-it-Notizzetteln (Chino cultural complex story editorial meeting 2011, 31)

■ Mehrzweckfunktionalität: Bibliothek oder Kunsthalle?

Bei der vierten Zusammenkunft wurde darüber diskutiert, welche Funktionen die Stadthalle zu erfüllen hat. Man war sich einig, dass der Ort kreativen Tätigkeiten Platz bieten soll. Darüber hinaus gab es viele andere Ideen: Ein an den Saal angeschlossener Übungsraum für verschiedene Zwecke, eine Galerie für Bürger, Kindertagesstätten, Vereinsbüros, Ausstellungen und Konzerte im Hallenbereich, Konzerte unter freiem Himmel auf dem Parkplatz, große Leinwände, und vieles mehr. Bei der nächsten Sitzung wurde eine andere, vergleichbare Stadthalle besichtigt. In den darauffolgenden Sitzungen sollten dann die skizzierten Funktionen in ihrem Ausmaß - räumlich und finanziell - weiterdiskutiert werden, um zu sehen wie sie in das Konzept passen, ebenfalls hinsichtlich der besichtigten vergleichbaren Einrichtung. Es stellte sich die Frage, ob die neue Stadthalle eher mit einer Bibliothek oder mit einem Kunstmuseum verbunden werden sollte. In Meinungsumfragen waren beide Wünsche ähnlich stark genannt und auch innerhalb der

Förderinitiative wurden beide Varianten - Bibliothek oder Kunstmuseum - befürwortet. So oder so sollte die ursprüngliche Funktion des Saals nicht eingeschränkt werden und eine dementsprechende Größe haben. Daher sollte zuerst der Saal in seinem Umfang konkretisiert werden und sein Kostenanteil am Budget berechnet werden. Die Bibliothek bzw. das Kunstmuseum sollten dann mit dem übrigen Budget auf der bebaubaren Fläche realisiert werden. Es wurde so eine Fläche von 1000-1500 m² berechnet. Das heißt, es wurde klar, dass entweder beide Funktionen, die Bibliothek und das Kunstmuseum, in ihrem Umfang verkleinert werden oder aber in einer anderen Einrichtung untergebracht werden müssen. Die Bibliothek jedoch war seit 1995 in einem Verbundnetzwerk mehrerer Bibliotheken der Region Suwa integriert. Hierfür war ein Anbau errichtet worden, über den alle Bücherbestände des Bibliothekenverbundes ausgeliehen werden konnten. Zudem stellte sich heraus, dass es im Falle einer Zusammenlegung der Bibliothek und des Kunstmuseums einfacher wäre, das neue Gebäude komplett als Bibliothek zu nutzen. Daher wurde entschieden, die Bibliotheksfunktion der neuen Stadthalle in den Anbau auszulagern. Die 2000 m² Ausstellungsfläche, die für das Kunstmuseum vorgesehen waren, sind schließlich auf 1000 m² begrenzt worden, um genug Platz für eine ständige Ausstellung, eine Galerie und einen Lagerraum zu schaffen. Die Diskussion um die Mehrzweckfunktionalität war hiermit fürs erste beendet. In späteren Phasen der Planung kam die Thematik erneut zur Sprache.

■ Aufgabenteilung mit ähnlichen Einrichtungen

In der angrenzenden Stadt Okaya gab es zu Planungsbeginn bereits eine große Musikhalle namens Canola Hall. In der Diskussion ging es zu Beginn immer darum, eine große Halle für Musikveranstaltungen und eine kleine Mehrzweckhalle zu bauen. Doch nachdem ähnliche Einrichtungen in der Umgebung besichtigt und deren Stärken und Nutzen diskutiert worden waren, entschied man sich für einen Richtungswechsel: die große Halle sollte eine Mehrzweckhalle und die kleine eine Single-Purpose-Halle sein.

■ Festlegung des Grundkonzeptes

Die Untersuchung des Status Quo und der Rahmenplan der Verwaltung wurde durch eine Beraterfirma im Grundkonzeptentwurf niedergeschrieben. Der wichtigste Teil, der architektonische Entwurf, basierte jedoch auf den Diskussionen der Förderinitiative.

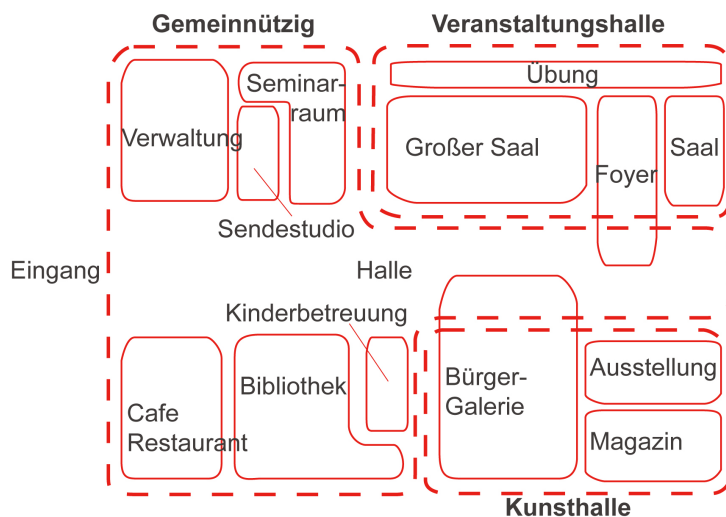


Abb. 5-21 Grundkonzept zu den Funktionen in der neuen Stadthalle (ebd., 36) (Übersetzung v. Verf.)

■ Wahl eines Architekten anhand seines Entwurfs

Man entschied sich für den Vorschlag des Architekten Nobuaki Furuya. Sein Entwurf unterschied sich klar von allen anderen aufgrund der eingeplanten Verbindung des Westeingangs der neuen Stadthalle mit dem Bahnsteig des angrenzenden Bahnhofs. Entlang des Bahnsteigs war eine kleine Rampe geplant, über welche man direkt in das Innere des Mehrzweck-Kulturzentrums gelangen konnte. Diese Nähe ermöglicht es den Menschen, nahtlos wie bei einem Spaziergang in das Gebäudeinnere zu gelangen und mit der Ausstellung in Berührung zu gelangen. Oder man kann ein Buch lesen, solange man auf den Zug wartet. Hier drückt sich die Idee Furuyas aus: "Ein Gebäude für die Menschen, das sich ihrem Alltagsleben anpasst".

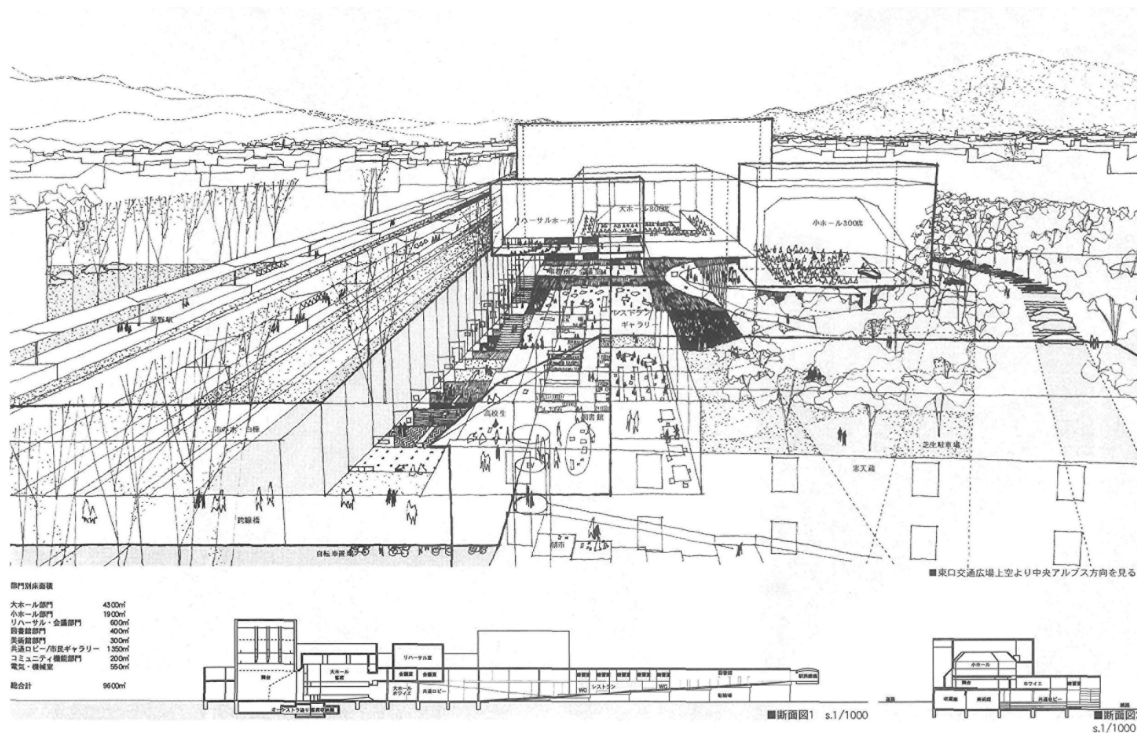


Abb. 5-22 Der ausgewählte Vorschlag bei der Architektenauswahl: Ein Kulturzentrum, das vom Bahnsteig zugänglich ist. (MIURA 2004, 235)

■ Einberufung des Planungsausschusses

Nach der Wahl des Architekten wurde auf Einladung des Bürgermeisters im Juni 2001 ein 35-köpfiger Planungsausschuss einberufen. Die Ausschussmitglieder kamen aus verschiedenen Vereinen: Interessierte aus der Förderinitiative, welche schon am Konzept mitgearbeitet hatten; Vereinsmitglieder/Innen, die schon in den vergangenen zwei Jahren in der alten Stadthalle Projekte auf die Beine gestellt hatten; Kunstvereine und Lesegruppen. Der Planungsausschuss wurde in vier Untergruppen unterteilt: Großer Saal, Kunstmuseum, Bibliothek, Betriebsführung. Jede dieser Untergruppen wurde von einem Gruppenleiter und einem Stellvertreter geleitet. Darüber hinaus bildeten die Gruppenleiter und Stellvertreter aus jeder Gruppe eine Direktorengruppe. Ab diesem Zeitpunkt nahmen auch die Architekten in den Ausschüssen am Planverfahren teil.

■ Durchführung der Umfrage

Der Planungsausschuss führte zuallererst eine Umfrage unter bisherigen und künftigen Nutzergruppen durch: Das sind Nutzer der bisherigen Stadthalle, Kunstvereine, Freiwilligenvereine, lokale Ortsgruppen, aber auch zukünftige Nutzergruppen wie Schülergruppen und Freizeitvereine an Schulen. So entstand ein Bild von den Aktivitäten der lokalen Vereine und Kulturvereine. Dieses Bild war essentiell, um sich ein Bild über die zukünftigen Nutzungen zu machen und darauf aufbauend die Planung voranzutreiben.

■ Projektplanung

Die Diskussionen verliefen getrennt in den Gruppen und es wurden jeweils konkrete Ideen thematisiert, z.B. wurde in der Arbeitsgruppe für den Großen Saal die Frage besprochen, wie auch jene Menschen begeistert werden können, die sonst kein großes Interesse an der Stadthalle zeigen. Es wurde vorgeschlagen, Veranstaltungen nicht nur im Großen bzw. Kleinen Saal abzuhalten, sondern auch im Hallenbereich, im Bereich des Übergangs zum Bahnhof oder in den Übungszimmern. So wurden nach und nach die Funktionen des kleinen Saals immer konkreter ausformuliert. Zudem wurde über die einzelnen Arbeitsgruppen hinweg diskutiert, Veranstaltungen im gemeinsamen Foyer (Hallenbereich) abzuhalten.

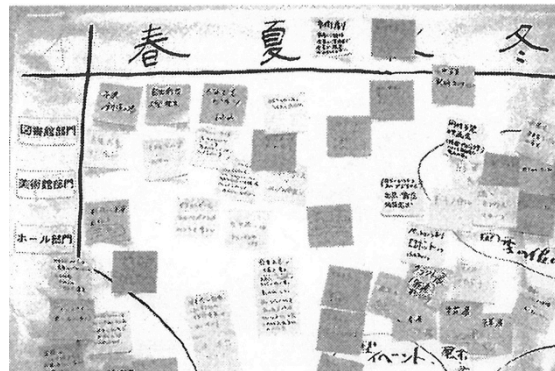


Abb. 5-23 Diskussion im Planungsausschuss (Chino cultural complex story editorial meeting 2011, 57)

Abb. 5-24 Die gesammelten Ideen der Projekte (ebd., 69)

■ Auswirkung der Wunschliste auf die Planung

Die detaillierten Wünsche und Projektpläne der Arbeitsgruppen hatten wiederum Einfluss auf die Berechnung der geplanten Nutzfläche. Jede Arbeitsgruppe machte Angaben, wieviel Fläche und Zimmer sie zur Realisierung ihrer Vorstellungen benötigte. Daraus ergab sich eine Fläche von zusammen 8500 m², 2400 m² mehr als ursprünglich geplant. Die Architekten gaben daraufhin drei Wege zur Verkleinerung der benötigten Fläche vor. 1. Alles im kleineren Maßstab bauen. 2. Die oberste Ebene des Gebäudes entfernen, so dass es nur einstöckig wird (zwei Ebenen). 3. Die Ausstellungsfläche im östlichen Eingangsbereich im Gebäude verkleinern, stattdessen die Fläche hinüber zum Bahnhof ausweiten, so dass sie in der Verbindung vom Bahnhof zum Osteingang entsteht. In der letzten Sitzung des Planungsausschusses zum Planungskonzept wurde nach langer Diskussion fast einstimmig der dritte Vorschlag zur Umsetzung empfohlen. Die Stimmen hierzu befanden:

- Die Ausstellungsfläche wird durch eine Glaswand von der Rasenfläche transparent abgetrennt.
- Der Lesebereich (Bibliothek) ist größer als in allen Entwürfen.

- Die Funktion der Kunstaussstellung ist unabhängig vom Rest und die vorgesehene Fläche bleibt bestehen.

An dieser Stelle warteten die Architekten mit einer interessanten Idee auf. Sie erstellten einen Plan, in dem alle gewünschten Funktionen einberechnet waren, in vollem Bewusstsein, dass sie so die notwendige Fläche überschreiten würden. Dann zeichneten sie die Fläche ein, die eigentlich zur Verfügung steht. Diese Vorgehensweise schien für die Nutzer besonders einfach verständlich zu sein, so dass sie ab diesem Zeitpunkt darüber diskutierten, wie man verschiedene Funktionen kombinieren oder Räume im Wechsel für verschiedene Zwecke benutzen könnte. Man konzentrierte sich auf Lösungsansätze, die das gemeinsame Nutzen von Räumen beinhalteten.

■ Verbesserter Entwurf durch Diskussion

Die konkrete Diskussion mit den Nutzern benötigt viel Ausdauer, Kraft und Geduld, um alle Tagesordnungspunkte und Wünsche berücksichtigen zu können. Doch gerade die Beachtung der Wunschvorstellungen kann sehr dazu beitragen, dass am Ende ein klares, stringentes Entwurfsergebnis vorliegt. So wurde im Falle der offenen Ausstellungsfläche innerhalb des Kunstmuseums eine stärkere Abtrennung gefordert, als dies zu Beginn seitens der Architekten vorgesehen war. Die als notwendig veranschlagte Fläche des Kunstmuseums war größer als erwartet und das gemeinsame Foyer musste verkleinert werden. Doch die große Eingangstür zum Museum wurde so geplant, dass man sie zum Foyer hin öffnen konnte. Ein ineinander übergehender, großräumiger Raum entsteht, der frei benutzt werden kann. Zudem wurde im Laufe der Planung des Museums das Foyer immer schmaler. So entstand die Idee der Rasenfläche. Dank dieser kann das Foyer schmal und klein sein und dennoch bleibt ein Raum, in dem man sich wohl fühlt.

■ Rolle der Planer und Bürger bei der Entstehung des Entwurfs

Der Vorschlag der Planer wurde in der Runde erneut diskutiert und Meinungen dazu gesammelt. Dabei wurden ab und zu ganz konkrete Änderungsvorschläge eingebracht, bisweilen sogar Skizzen vorgelegt. Der Koordinator Kurata griff jedoch ein und sorgte dafür, dass der Entwurf den Architekten überlassen wird und die Bürger nicht selbst eingreifen konnten, sondern nur ihre Wünsche zum Ausdruck brachten, welche von den Architekten übernommen wurden.

■ Kristallisierung der gewünschten Nutzung

Um ein besseres Bild davon zu erhalten, wie der attraktivste Teil des Gebäudes, das gemeinsam genutzte Foyer (Hallenbereich) aussehen soll, wurde in den Arbeitsgruppen des Großen Saals und des Kunstmuseums das Konzept konkretisiert. Dabei wurde ersichtlich, dass eine Diskussion in großer Runde unausweichlich war, um Fragen wie jene der betriebstechnisch zunehmend abgeschlosseneren Instanz der Bibliothek zu klären.

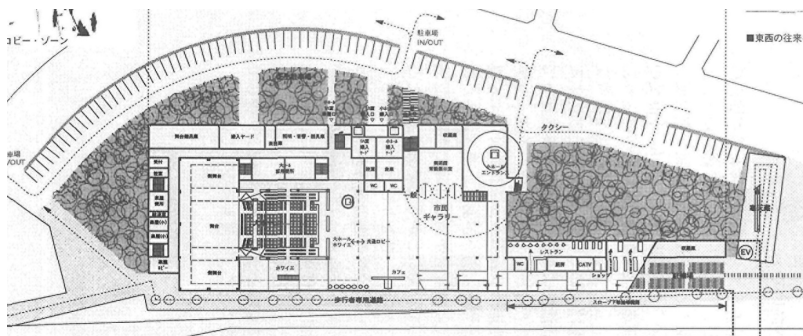


Abb. 5-25 Der vorgeschlagene Grundriss bei der Architekturauswahl (ebd., 210)

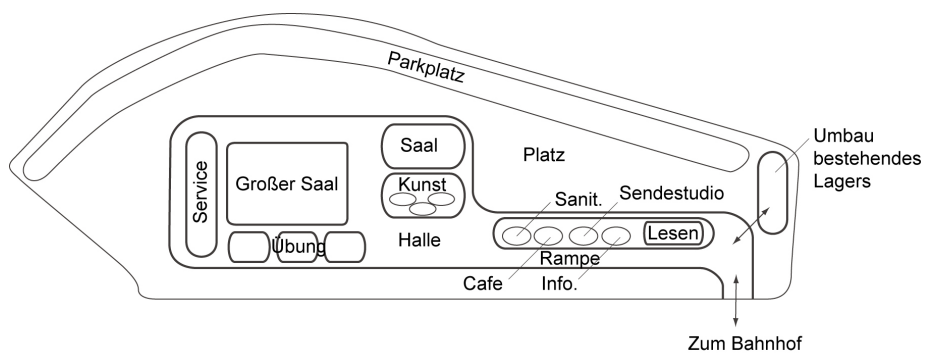


Abb. 5-26 Die dritte Variante zur Verkleinerung der benötigten Fläche (ebd., 236) (Übersetzung v. Verf.)

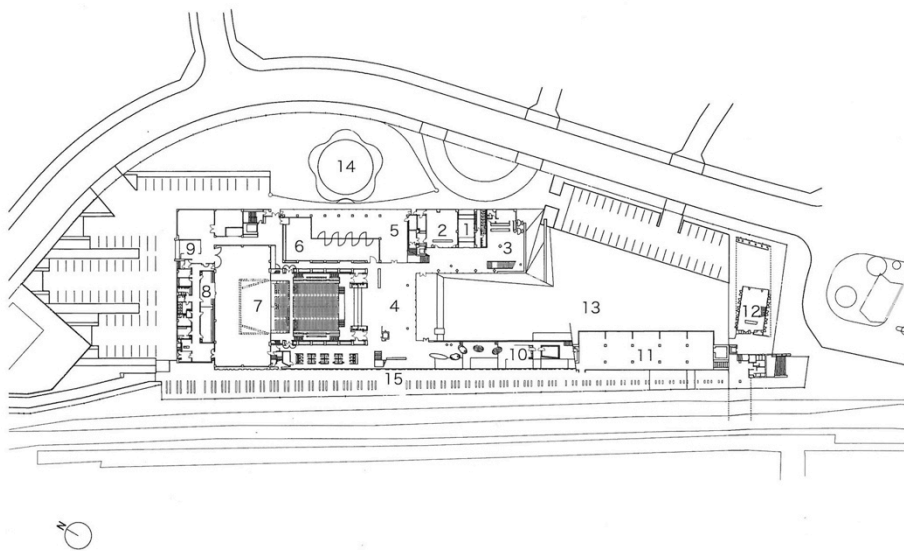


Abb. 5-27 Der letzte Grundriss iErdgeschoss (ebd., 234)

■ Überprüfung der realen Dimensionen

Hinsichtlich des Großen Saals kam die Frage auf, ob die von den Architekten vorgesehene leicht ansteigende Bestuhlungsfläche ausreiche, oder ob diese nicht noch steiler ausgeführt werden müsse. Der Ausschuss brachte die Frage auf und überprüfte sie an den realen Dimensionen, indem Stühle so wie geplant aufgebaut wurden. Das Gleiche wurde bei der leichten Rampe neben dem Bahnsteig probiert, indem im Tagungszimmer das Gefälle nachgebaut wurde.



Abb. 5-28 Prüfung der Steigung der Bestuhlung im Maßstab 1:1 (ebd., 84)

■ Abschluss der Diskussion und Bauentwurf

Die Stadtverwaltung und das Planungsteam arbeiteten die vielfältigen Ideen und Wünsche in die Planung mit ein, errechneten das Budget und die Bodenfläche sowie damit einhergehende Konditionen, um schließlich den Bauentwurf vorzulegen. Anhand dieser Baupläne wurde ein Modell erstellt, an dem die konstruktive Idee erläutert wurde. Die bisherigen schriftlich festgehaltenen Diskussionen wurden präsentiert, so dass der endgültige Bauentwurf schließlich abgesegnet werden konnte.



Abb. 5-29,30 Prüfung des Bauentwurfs (ebd., 79,80)

■ Diskussion am Modell im kleinen Maßstab

In einer architektonischen Ausstellung in Tokyo wurde das Modell der neuen Stadthalle von Chino im Maßstab 1:50 vorgeführt. Die Mitglieder/Innen des Ausschusses kamen in Tokio bei dem Modell zusammen und hielten eine spontane Tagung ab. Noch im selben Monat wurde der Bauentwurf abgeschlossen und die nächste Stufe der konkreten Ausführungsplanung angegangen.

■ Einflussnahme im finalen Stadium

Auch in der Phase der Ausführungsplanung wurden wiederholt seitens des Ausschusses Vorschläge eingereicht. Zu diesem Zeitpunkt wurde immer ersichtlicher, wie die Betriebsführung auszusehen hatte. So konnten die Vorschläge mit den konkreter werdenden Nutzungsvorstellungen abgeglichen werden. Der Ausschuss prüfte die Vorschläge wie schon beim Bauentwurf und forderte von den Architekten Stellungnahmen zu unklaren Punkten.

■ Planungsausschuss für Fragen der Betriebsführung

Im Februar 2002 wurde der Planungsausschuss zur Betriebsführung eingesetzt. Dieser prüfte parallel zum Entwurfsverfahren die betriebstechnischen Punkte. In diesem Ausschuss saßen 35 Mitglieder. Seine Rolle bestand darin, 1) den Bauentwurf zu diskutieren und 2) einen Masterplan für die Betriebsführung zu erstellen. Der Bauentwurf hatte hierbei Vorrang, so dass die Vorschläge hierzu lebhaft diskutiert wurden.

■ Organisationsstruktur der Betriebsführung (ab Mai 2002 / nach Abschluss des Bauentwurfs)

Viele ähnliche Gebäude, die zuvor besichtigt worden waren, wurden von einer Stiftung verwaltet bzw. es wurde vor Eröffnung der Einrichtung eine Stiftung gegründet, so dass die anfallenden Arbeiten im Zusammenhang mit der neuen Einrichtung von Stiftungsmitarbeitern übernommen wurden. Deshalb wurde auch für die neue Stadthalle die Möglichkeit einer Stiftung überprüft. Angesichts der Nutzungsabsichten und deren terminlicher Einschränkungen hätte die Stiftung nur bis zum Jahr 2004 eingerichtet werden können, was eine schnelle Entscheidung der Stadt notwendig gemacht hätte. Jedoch wurde der Gesetzesrahmen zu öffentlich-rechtlichen Einrichtungen novelliert, was die Umsetzung schließlich erschwerte und der Plan somit aufgegeben werden musste. Stattdessen entschied man sich für eine andere Möglichkeit, die Gründung einer Aktiengesellschaft. Im Juli 2004 wurde die "*Chiiki Bunka Souzou* - Regionale Kulturschöpfung" AG gegründet, mit der Stadt Chino im Vorstand. Gleichzeitig hat die Stadt mit der AG einen Auftrag über die Einrichtungsverwaltung abgeschlossen.

■ Projektplanung - Simulation der Nutzungssituation

Als der Bauentwurf beschlossen, Lage und Struktur konkret ausformuliert waren, begann man damit, erneut Ideen für Projekte in der neuen Stadthalle zu sammeln. Insgesamt wurden über 400 Ideenvorschläge eingereicht. Diese wurden umgehend in die Projektpläne mit aufgenommen und mehrere Entwürfe angefertigt. Darauf aufbauend wurden die notwendige Organisationsstruktur und das Budget errechnet und auf ihre Realisierbarkeit überprüft. Dies wurde so weit vorangetrieben, dass es in Form eines Pre-Events vor Eröffnung der Stadthalle präsentiert wurde. Dahinter stand die Idee, sich auf einen reibungslosen Betrieb der Stadthalle vorzubereiten. In diesem Rahmen wurden Vorlesungen gehalten (zum Zwecke des Networkings), Angestellte aus- und weitergebildet und auf bestehende andere Events aufmerksam gemacht. Als Beispiel lässt sich hier die Veranstaltung anführen, bei der gemeinsam die Lichttechnik der Bühne installiert wurde.

■ Vorschlag für Regeln der Betriebsführung

Auch hinsichtlich der Leitlinien der Betriebsführung der neuen Stadthalle wurden die Vorstellungen des Planungsausschusses als Grundlage verwendet. Zuerst wurden ähnliche, bestehende Gebäude und bekanntere Einrichtungen herangezogen, um davon zu lernen. Jede der Arbeitsgruppen erstellte daraufhin eine Wunschliste. So entstand im Sommer 2003 in Zusammenhang mit der Planung anderer Projekte und Organisationsstrukturen der Masterplan der Betriebsführung. Der Abschlussbericht wurde im Februar 2004 der Stadt vorgelegt. Die detaillierte Ausführungsplanung wurde parallel vorangetrieben.

Beteiligung in der Bauphase

■ Änderungen kurz vor Einweihung

Während der Bauarbeiten begannen die Beteiligten erstmals Unterschiede zwischen ihren Vorstellungen und der tatsächlichen Umsetzung zu erkennen. Sie forderten daraufhin einige Änderungen. Z.B. schien der Anstieg der Bestuhlung im Großen Saal nicht steil genug zu sein, wie zu einem früheren Zeitpunkt schon befürchtet worden war. So wurde in der Bauphase noch eine Änderung vorgenommen. Der Eingang zum Kunstmuseum wiederum schien zu eng zu sein, so dass der Durchgang zum Eingang verbreitert und eine große Tür eingebaut wurde. Diese Arbeiten wurden kurz vor Einweihung im Oktober 2005 realisiert.

Beteiligung in der Betriebsphase

■ Betriebskomitee

Das Betriebskomitee, in welchem auch Bürger saßen, wurde im Februar 2005 eingesetzt. Die Mitglieder/Innen (insgesamt 15 Personen) setzten sich aus früheren interessierten Teilnehmern/Innen (10 Personen) und aus neu angeworbenen Bürgern (5 Personen) zusammen. Dazu kamen ein fachkundiger Berater und ein Vertreter des Betreibers (AG).

Das Betriebskomitee wurde in zwei Gruppen aufgeteilt, der Stadthallenrat (für kritische Bewertungen etc.) und die Projektplanungskonferenz (um Projekte unter der Leitung des Betreibers vorzuschlagen). So sollte sichergestellt werden, dass die Erstellung von Projektplänen und deren Bewertung in unterschiedlichen Gremien stattfand, um Chaos vorzubeugen. Die kritische Auseinandersetzung sollte nicht nur innerhalb des Rahmens der Projektplanung geschehen.

■ Programmkommission

Die Programmkommission ist ein Gremium, in welchem die Bürger in der Phase der Überprüfung neuer Projektvorschläge teilnehmen können. Er setzt sich zusammen aus 6 Bürgern, 5 Vertretern des Betreibers, 2 Beratern, 3 Vorständen aus Bürgergruppen und einem Beobachter.

In der Kommission wird jeweils innerhalb des Zeitraums vom 15. Dezember bis 15. März (drei Monate) nach neuen Projekten Ausschau gehalten. Im Sommer werden sie ausformuliert und im Anschluss dem Betreiber vorgelegt. Jährlich wurden etwa 20-23 Veranstaltungen abgehalten. Etwa die Hälfte wurde von dem Betreiber direkt, die andere Hälfte im Auftrag der Betreiber von der NPO Support-C durchgeführt.

■ Support-C (NPO)

Wenn in der Projektplanungskonferenz die Bürger an der Überprüfung von Projektvorschlägen teilnehmen können, dann ist die NPO Support-C quasi das System, in dem diese Projekte von Bürgern umgesetzt werden. Der Betreiber allein hatte nicht immer die notwendige Kapazität, um die beschlossenen Projekte zu realisieren. So kam bei einigen Bürgern, die schon im Rahmen der Förderinitiative beteiligt gewesen waren, der Wunsch auf, auch nach der Baufertigstellung am Betrieb beteiligt zu sein. Um die Zusammenarbeit zwischen Betreiber und einer Gruppe von aktiven Bürgern zu organisieren, bedurfte es allerdings eines öffentlichen, beständigen Rahmens, einer Organisation, der man Vertrauen entgegenbringen konnte. So entschied man sich für die Gründung einer bürgerlichen Non-Profit-Organisation (NPO).

Beteiligung beim Umbau oder der Änderung des Verwendungszwecks

■ Büroeröffnung von Support-C

Von den beiden Studios, die zur Verfügung standen, wurde eines für die Arbeit von Support-C umgerüstet.

Auswirkungen der Nutzerbeteiligung

■ Flexible Nutzung

Durch die aktive Beteiligung der Bürger an der Projektplanung und dem Betrieb durch freiwillige Arbeit sieht man in der Stadthalle eine größere Bandbreite an Veranstaltungen. Das sind z.B. Klubveranstaltungen, Job-Seminare der Handelskammer, Ausstellungen von Bauunternehmern, Hochzeiten, Theateraufführungen, Konzerte, Kunstaussstellungen bis hin zu Veranstaltungen, die das gesamte Gebäude in Beschlag nehmen, wie etwa eine Ausstellung über die Präfektur Nagano.



Abb. 5-31 Der Hallenbereich als gemeinsames Foyer von Kunstmuseum und Großem Saal (ebd., 174)

Abb. 5-32 Bei der Hochzeit wurde der Hallenbereich zum Innenhof geöffnet genutzt. (ebd., 219)

■ Weitergabe und Erhalt des Leitgedankens

Nach Meinung der Architekten war es ein großes Problem, im Meinungsaustausch mit den Nutzern eine gute Balance zu finden, um alle Bereiche (Großer Saal, Kunstmuseum, Bibliothek) gleichermaßen auszustatten und alles unter einen Hut zu bringen. Es gab auch Momente, in denen die Wunschvorstellungen der Nutzergruppen Überhand gewannen. Die Nutzergruppen konnten aber nachvollziehen, warum welche Entscheidungen unter welchen Umständen über den ersten Vorschlag vom Architekt getroffen wurden, da der Entwurf in der öffentlichen Auswahlprozess des Architekten überprüft worden war. Daher kehrten die Nutzer selbst in der Diskussion als gemeinsame Basis immer auf dem Konzept des ersten Vorschlags zurück, wenn der vorgelegte Entwurf mit zu vielen Wünschen der Nutzer beladen worden war und nicht mehr die Idee des Vorschlags tragen konnte.

■ Effektiver Entwurf: Von Architekt erdacht - von Nutzern durchgesetzt

Das Konzept, dass die "Kultureinrichtung vom Bahnhof aus begangen" werden kann, war eine Idee, die bis zum Ende von den Nutzern vertreten wurde - auch wenn sie eigentlich von den Planern eingebracht worden war. Dieses Konzept erfüllte letztlich eine wichtige Rolle für die zentrale Funktion der Stadthalle in der Stadt Chino. Die Bibliothek in der Stadthalle und die Einkaufsstraße gegenüber dem Bahnhof wurden miteinander verbunden. Auch ohne besonderen Anlass kann man jeden Tag ohne Umstände an

der Stadthalle oder dem Kunstmuseum besuchen. Die Besucherzahlen des Kunstmuseums haben sich verdoppelt. Wenn im Foyer vor dem Kunstmuseum eine Veranstaltung abgehalten wird, so ist das von außen durch die Glasfenster ersichtlich und manch einer wird neugierig und schaut selbst kurz vorbei.

■ Belastung der Planer in der Rolle des Koordinators

In der Phase der Erstellung des Planungskonzeptes hat der Architekt sehr viele Wünsche der Nutzer mit aufgenommen. Der Architekt selbst hat dies als eine Belastung empfunden, da er seine eigenen Vorstellungen in den Hintergrund stellen und sich teilweise nur auf das Sammeln und das Optimieren von Wünschen konzentrieren musste. Auch der Bürgermeister und Verantwortliche aus der Verwaltung hielten fest, dass ein fachkundiger Mittelsmann notwendig gewesen wäre, um zwischen den Planern und den Bürgern zu vermitteln. Dieser Berater wäre - anders als die Planer - in der Position, seine Meinung zum Entwurf zu äußern und über die Authentizität des Entwurfs zu beraten.

Kapitel 6

Analyse

6.1 Formulierung der Fragen

6.2 Art der Nutzerbeteiligung

Fragestellungen, die Art der Nutzerbeteiligung in beiden Ländern betreffend:

Fragestellungen, die Art der Nutzerbeteiligung in Deutschland betreffend:

Fragestellungen, die Art der Nutzerbeteiligung in Japan betreffend:

6.3 Art der Zusammenarbeit von Nutzern und Architekten

Fragestellungen, die Gestaltung individueller Orte betreffend:

Fragestellungen, die Anordnung der Zonen betreffend:

6.1 Formulierung der Fragen

Aus den Ergebnissen der ersten zwei Kapitel ergeben sich Fragestellungen, die den beiden großen Betrachtungspunkten der Arbeit zugeordnet werden.

Anhand dieser werden die in den Kapiteln 4 und 5 vorgestellten Beispiele aus Deutschland und Japan analysiert.

Art der Nutzerbeteiligung

Fragestellungen, die Art der Nutzerbeteiligung in beiden Ländern betreffend:

- Welche Bedingungen wurden schon vor dem Beteiligungsverfahren festgelegt?
- Waren die Nutzer durchgehend an allen Phasen von der Planung bis hin zum Betrieb sowie zur nachträglichen Änderung beteiligt?
- Wie weit wurden während des Beteiligungsverfahrens fachliche Aspekte berücksichtigt?
- Wurden Möglichkeiten, auf die sich ändernden Bedürfnisse der zukünftigen Nutzer zu reagieren, schon während der Planungsphase vorgesehen? Wenn ja, wie wirkten sich diese Maßnahmen auf die Gestaltung der Räumlichkeiten aus?

Fragestellungen, die Art der Nutzerbeteiligung in Deutschland betreffend:

- Wie wurden die Teilnehmer für die Nutzerbeteiligung am Planungsprozess öffentlicher Bauten ausgewählt? (Selektivität der Beteiligung)

Fragestellungen, die Art der Nutzerbeteiligung in Japan betreffend:

- Welche Maßnahmen wurden ergriffen, das sich zukünftige Betreiber schon an der Planungsphase einer öffentlichen Einrichtung, die von einer Privatorganisation betrieben wird, beteiligen können?
- Wie wurden die Architekten ausgewählt, um eine Zusammenarbeit von Architekt und Nutzer in der Planungsphase zu ermöglichen?
- Wurde die Moderation des Beteiligungsverfahrens professionell vergeben? (Honorar)

Art der Zusammenarbeit von Nutzern und Architekten

Fragestellungen, die Gestaltung individueller Orte betreffend:

- War die Zusammenarbeit zwischen Architekten und Nutzern in der Planungsphase so organisiert, dass sich die Bedürfnisse der Nutzer parallel zum Entwurf der Räumlichkeiten mit entwickeln konnten? (ein parallel laufender und sich gegenseitig beeinflussender Entwicklungsprozess zwischen Programm und Form)
- Wurde in der Planungsphase die spezielle Bedeutung eines Raums für die Lebensart der Nutzer berücksichtigt?

- Hat der Architekt innerhalb des Entwurfs räumliche Bereiche mit eingeplant, die von den Nutzern selbst gestaltet werden können?
- Gibt es Räume, die nach der Fertigstellung des Gebäudes durch die Nutzer selbst gestaltet oder ausgebaut wurden?

Fragestellungen, die Anordnung der Zonen betreffend

- Wie haben die Nutzer und Architekten die räumliche Gesamtstruktur erarbeitet, die verschiedene individuelle Zonen miteinander verbindet?
- Gibt es gemeinsam genutzte Bereiche, die auch privat genutzt werden können (zumindest vorübergehend)?
- Wurde die Anordnung der privat und gemeinsam genutzten Zonen nach der Fertigstellung des Gebäudes geändert?

6.2 Art der Nutzerbeteiligung

Die in den Kapiteln 4 und 5 vorgestellten Beispiele aus Deutschland und Japan werden unter dem Betrachtungspunkt "Art der Nutzerbeteiligung" analysiert.

Hierbei wurde das niederländische Beispiel Stadtteilzentrum Enschede nicht beinhaltet, da zur Diskussion über Art der Nutzerbeteiligung die Erkenntnisse aus dem Kapitel 3, in dem ausschließlich die Entwicklung der Bürgerbeteiligungsbauprojekte in Deutschland und Japan thematisiert wurde, als Grundlage gilt.

Folgende Abkürzungen werden für die einzelnen Projekte verwendet:

Französische Schule Tübingen – FRS

Kinderhaus Loretto Tübingen– KHL

Tanz- und Sportzentrum Tübingen – TRZ

Evangelische Gesamtschule Gelsenkirchen – EGS

Stadtteilzentrum Enschede – STZ

Matsukawa Multi Cultural Center – MCC

Chino Cultural Complex – CC

Fragestellungen, die Art der Nutzerbeteiligung in beiden Ländern betreffend:

- Welche Bedingungen wurden schon vor dem Beteiligungsverfahren festgelegt?

FRS: Umbau des bestehenden Gebäudes

KHL: Gemeinsame Nutzung des Innenhofs mit den Nachbarn aus dem Block

TRZ: Weitere Nutzung des bestehenden Gebäudes/ Sanierung und Betrieb durch die Nutzer selbst/

Zusätzliche Funktion als Kulturhalle für Stadtteil und Bewegungsraum für zwei städtische Schulen

EGS: Räumliches Grundkonzept nach Wettbewerbsvorschlag/ Planung der Klassenhäuser mit Schülern und Lehrern

MCC: Budget

CC: Kulturhalle+α/ Budget

Bei allen untersuchten Beispielen wurden nur einige städtebauliche und finanzielle Vorgaben gemacht. Dagegen gab es praktisch keine Bedingungen, die Konzepte der Einrichtungen betreffend. Die zukünftigen Nutzer wurden seit der Planungsphase am Bauprozess beteiligt und hatten so die Möglichkeit, ihre Wünsche und Anforderungen einzubringen und gemeinsam mit den öffentlichen Institutionen ein speziell auf die jeweiligen Anforderungen vor Ort abgestimmtes Grundkonzept und Raumprogramm zu entwickeln. In Deutschland war dies möglich, weil die zukünftigen Nutzer als Betreiber oder Eigentümer der Einrichtung an Planung und Betrieb betreffende Entscheidungen beteiligt werden sollten. In Japan hingegen waren die beteiligten BürgerInnen weder Betreiber noch Eigentümer. Sie sollten sich aber aktiv am zukünftigen Betrieb beteiligen können. Deshalb wurden sie schon in den Planungsprozess des Projekts miteinbezogen.

- Waren die Nutzer durchgehend an allen Phasen von der Planung bis hin zum Betrieb sowie zur nachträglichen Änderung beteiligt?

FRS: Lehrkräfte – durchgehend in allen Phasen/ Schüler, Eltern – Bauen (kleine Räume), Planung (Erweiterung) und Betrieb (Kochen, Arbeitsgemeinschaften)

KHL: Anwohner – Planung (gemeinsam genutzter Bereich im Kinderhaus und im Innenhof)/ Mitarbeiter – Verwaltung (gemeinsam genutzter Bereich im Innenhof)

TRZ: Verein – Planung, Bau und Betrieb

EGS: Lehrkräfte – Planung/ Schüler – Planung (Klassenhäuser)

MCC: Nutzergruppen – Planung und Betrieb (nicht durchgehend)

CC: Nutzergruppen (Kerngruppe) – Planung und Betrieb

Bei allen Beispielen wurden die Betreiber/Eigentümer oder Teilnehmer, die sich aktiv in den zukünftigen Einrichtungsbetrieb einbringen wollten, durchgehend an allen Phasen beteiligt. Darüberhinaus wurden auch andere Nutzer zeitweise in die Planung oder die nachträgliche Änderungen von Räumlichkeiten ihrer Einrichtung mit einbezogen. Somit hatten alle Nutzer die Möglichkeit, ihren „individuellen Ort“ zu gestalten.

Bei großen öffentlichen Bauprojekten, für die eine möglichst breite Beteiligung gefordert wird, können mehrstufige Bürgerbeteiligungsverfahren wie bei der Errichtung des Chino CC angewendet werden. Das hier angewendete Verfahren der zweistufigen Bürgerbeteiligung unterteilt die Nutzer in zwei Gruppen: Die erste repräsentiert alle, die sich mit der Organisation einer kulturellen Einrichtung auskennen und den Betrieb aktiv mitgestalten können. Der zweiten Gruppe umfasst interessierte Laien und Besucher der Einrichtungen.

Die Kritik von Mizushima an der Praxis japanischer Bürgerbeteiligungsverfahren, in Planungsausschüssen Laien (Bürger) mit Experten offen diskutieren zu lassen, begegnet die Stadt Chino mit der strategischen Vorauswahl der Teilnehmer. Die Stadt garantiert zudem die langfristige Beteiligung der zukünftigen Nutzer beginnend von der Planung bis hin zum Betrieb der Einrichtung.

Die Erfahrungen, die bei der Errichtung des MCC Matsukawa gemacht wurden, sprechen für die Notwendigkeit eine durchgehende Beteiligung der Nutzer: War noch zu Beginn eine weitere Bürgerbeteiligung am Betrieb nicht vorgesehen, organisierten sich interessierte Bürger/Innen nach der Fertigstellung ehrenamtlich, um sich am Betrieb der Einrichtung zu beteiligen und Verbesserungen umzusetzen. Dies hatte zur Folge, dass nun immer mehr Vorschläge für Veranstaltungen, Projekte oder zur Verbesserung des Managements von den Nutzern selbst kamen. Ein Großteil der dort Engagierten war auch schon während des Planungsprozesses aktiv.

- • Wie weit wurden während des Beteiligungsverfahrens fachliche Aspekte berücksichtigt?

FRS: Gemeinsame Planung mit Architekten

KHL: Wahl eines Architekten auf Vorschlagbasis/ Gemeinsame Planung mit Architekten

TRZ: Der Architekt war Mitglied der Nutzergruppe

EGS: Wahl eines Architekten auf Vorschlagbasis/ Gemeinsame Planung mit Architekten

MCC: Professionelle Moderation (Programmierarbeit/ Planungsprozess) / Gemeinsame Planung mit Architekten

CC: Professionelle Moderation (Programmierarbeit/ Wahl eines Architekten auf Vorschlagbasis / Planungsprozess) / Gemeinsame Planung mit Architekten

Die Art und Weise, wie Fachplaner in das Beteiligungsverfahren mit einbezogen werden, ist entscheidend für das endgültige Ergebnis.

In welcher Phase die Architekten in die Planung mit einbezogen wurden, ist von Beispiel zu Beispiel unterschiedlich. Sie wurden aber immer so beteiligt, dass sie die Bedürfnisse der Nutzer in ihren Planungen berücksichtigen konnten. Es entstanden dadurch keine Räume, deren Funktionen nicht auf die Anforderungen der jeweiligen Einrichtung abgestimmt waren.

Allerdings gibt es Räume, die von den Nutzern selbst in Eigenleistung ausgebaut wurden. Hierbei handelt es sich aber um kleine Flächen, die dem Raumprogramm zusätzlich hinzugefügt wurden.

Die Erfahrungen zeigen, dass die Durchführungen kleiner Umgestaltungsmaßnahmen durch die Nutzer die Qualität des Gesamtgebäudes nicht beeinträchtigt haben.

Die Form der Bürgerbeteiligung bei der Planung des MCC Matsukawa erwies sich als problematisch. Alle Workshops wurden öffentlich und ohne Beschränkung durchgeführt. So war es für Interessierte möglich, zu jedem Zeitpunkt in die Diskussion einzusteigen. Dies führte dazu, dass neu hinzukommende Teilnehmer/Innen plötzlich wieder Punkte diskutieren wollten, die in den vorangegangenen Workshops eigentlich schon besprochen waren. So wurde der Fortgang des Prozesses immer wieder gestört. Einige Teilnehmer/Innen beschwerten sich schließlich über den langsam verlaufenden und ergebnisarmen Prozess. Es lässt sich feststellen, dass eine dauerhaft zugangsoffene Form der Bürgerbeteiligung den Prozess deutlich beeinträchtigt und allen Seiten viel Geduld abverlangt.

- Wurden Möglichkeiten, auf die sich ändernden Bedürfnisse der zukünftigen Nutzer zu reagieren, schon während der Planungsphase vorgesehen? Wenn ja, wie wirkten sich diese Maßnahmen auf die Gestaltung der Räumlichkeiten aus?

FRS: Nein

KHL: Nein

TRZ: Ja – Schrittweise Sanierung : Ständige Verbesserung der Räumlichkeiten unter Berücksichtigung der finanziellen Situation

EGS: Ja – Schrittweise Planung und Bau der Schule : Planung der Klassenhäuser mit den zukünftigen Schülern und Lehrern

MCC: Nein

CC: Ja – Programmkommission und freiwillige Unterstützung der Betriebsführung durch Non-Profit-Organisation : Umgestaltung des Studios in das Büro der Förderorganisation

Bei allen untersuchten Beispielen in Deutschland haben sich die Nutzer auch nach der Fertigstellung an Umbau- oder Weiterbaumaßnahmen beteiligt und nach und nach die Räumlichkeiten neuen Bedürfnissen oder Voraussetzungen (z.B. Nutzungsänderungen) angepasst. Keines der vorgestellten Projekte verfolgte das Konzept flexibler räumlicher Strukturen oder die Verwendung mobiler Raumelemente, die eine Anpassung räumlicher Gegebenheiten an geplante Nutzungsänderungen möglich machen. Bestehende Räume wurden entweder neu gestaltet, umgebaut oder durch An- und Weiterbauten ergänzt.

Bei den japanischen Beispielen sind bisher keine großen räumlichen Änderungen vorgenommen worden. Es besteht aber auch hier die Möglichkeit, die Räumlichkeiten nach den Bedürfnissen der Nutzer, die sich am Betrieb der Einrichtung engagieren, zu verändern.

Fragestellungen, die Art der Nutzerbeteiligung in Deutschland betreffend:

- Wie wurden die Teilnehmer für die Nutzerbeteiligung am Planungsprozess öffentlicher Bauten ausgewählt? (Selektivität der Beteiligung)

FRS: Bildung einer Arbeitsgruppe aus zukünftigen Lehrkräften und Vertretern der Eltern

KHL: Einbeziehung der Nachbarn (gemeinsame Nutzer des Innenhofs)

TRZ: Nutzergruppe, die auch die Verantwortung für die Errichtung und den Betrieb trägt.

EGS: Gründer und zukünftige Lehrkräfte der Schule (Bewerber um das Projekt der IBA Emscher Park)/ Schüler und Eltern

Bei allen Beispielen waren die zukünftigen Nutzer als Betreiber oder Eigentümer der gemeinnützigen Einrichtung ab der konkreten Planungsphase in die Projektentwicklung eingebunden. Die Beteiligungsformen waren in Tübingen und Gelsenkirchen (Stadtteilentwicklung in Tübinger Südstadt und IBA Emscher Park) schon in der übergeordneten städtebaulichen Rahmenplanung vorgesehen.

Hier liegt der Schwerpunkt der Bürgerbeteiligung nicht mehr auf Öffentlichkeitspartizipation, sondern auf Betroffenenpartizipation. Vogt betrachtet diese Entwicklung positiv:

"Zwar kann unterstellt werden, dass beim Bürger normalerweise zumindest latent ein Allgemeininteresse an seiner Stadt und ihren Problemen vorhanden ist; dieses kommt aber erfahrungsgemäß nur bei bestimmten Anlässen zum Durchbruch, wobei die Teilnahmebereitschaft mit der Annäherung von Problemen an den eigenen Wohnbereich zunimmt (CURDES 1985, 54, zit. n. Vogt 2001, 35). Auch vor diesem Hin-

tergrund, der unverändert Gültigkeit hat, erscheint es sinnvoller, gerade auf lokaler Ebene in erster Linie direkt Betroffene zur Beteiligung aufzufordern." (Vogt 2001, 35)

Betroffenenpartizipation bietet nicht nur dem Betreiber oder Eigentümer die Möglichkeit der Beteiligung, sondern auch anderen Nutzer wie Schüler/Innen und Eltern. (Z.B. EGS Gelsenkirchen)

Fragestellungen, die Art der Nutzerbeteiligung in Japan betreffend:

- Welche Maßnahmen wurden ergriffen, das sich zukünftige Betreiber schon an der Planungsphase einer öffentlichen Einrichtung, die von einer Privatorganisation betrieben wird, beteiligen können?

CC: Gründung einer Betriebsfirma während des Beteiligungsverfahrens an der Planung

Das Chino CC ist eine öffentliche Einrichtung, die als privatrechtliches Unternehmen verwaltet und betrieben wird. Das Unternehmen war nicht an der Planungsphase des Projektes beteiligt, da es erst noch gegründet werden musste. Es war aber vorgesehen, dass die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung in der Planungsphase auch bei der Gestaltung des Betriebs berücksichtigt werden.

Dafür gründete die Stadt zuerst das verwaltende Unternehmen. Dann wurden die Betriebs- und Verwaltungsregeln vom Planungsausschuss festgesetzt. Der auf dieser Basis von Teilnehmer/Innen des Planungsausschusses und anderen engagierten Bürger/Innen ins Leben gerufene Betriebsausschuss, beteiligt sich an der Beurteilung der Einrichtung und der ständigen Kontrolle der Projekte, die in der Einrichtung ihren Platz gefunden haben. Mit dieser Vorgehensweise hat die Stadt die professionelle Organisation des Betriebs mit dem Engagement ihrer Bürger kombiniert.

So erhält sie einen professionell geführten Betrieb, der die Meinungen aus der Bürgerschaft berücksichtigt.

- Wie wurden die Architekten ausgewählt, um eine Zusammenarbeit von Architekt und Nutzer in der Planungsphase zu ermöglichen?

MCC: Direktbeauftragung des Architekten, der schon Erfahrungen bei der Errichtung anderer Bauprojekte mit Bürgerbeteiligung vorweisen konnte

CC: Wahl eines Architekten auf Vorschlagbasis für das Konzept, das mit Nutzergruppen (Bürgervertretern) entwickelt wurde/ Ein Vertreter der Nutzergruppe war wurde als Mitglied des Preisgerichts bestimmt.

Bei beiden vorgestellten Projekten haben die Architekten schon in der Phase der Grundlagenermittlung und Vorplanung mit den Bürgerschaften zusammengearbeitet. Die Errichtung des Chino CC zeigt, dass die frühzeitige Auswahl der Architekten auch auf Wettbewerbsbasis möglich ist.

- Wurde die Moderation des Beteiligungsverfahrens professionell vergeben? (Honorar)

MCC: Ja

CC: Ja

Bei beiden Projekten wurden die Moderatoren des Beteiligungsverfahrens von der Stadtverwaltung beauftragt. Die Erfahrung bei der Errichtung des Chino CC zeigt, dass bei einem Prozess, bei dem viel Zeit für die Zusammenarbeit mit Nutzern zur Ideenfindung vorgesehen wird, ein fachkundiger Mittelsmann notwendig ist, um zwischen den Planern und den Bürgern zu vermitteln. So wird vermieden, dass der Architekt nur mit dem Sammeln und Optimieren der Nutzeranliegen beschäftigt ist und es ihm somit nicht möglich ist, seine eigenen Vorstellungen in den Prozess mit einzubringen.

6.3 Art der Zusammenarbeit von Nutzern und Architekten

Es werden die Beispiele beider Länder nach den Fragestellungen unter dem Betrachtungspunkt "Art der Zusammenarbeit von Nutzer und Architekt" analysiert.

Die Abkürzungen für die einzelnen Projekte werden im folgenden Text weiter verwendet.

Fragestellungen, die Gestaltung individueller Orte betreffend:

- War die Zusammenarbeit zwischen Architekten und Nutzern in der Planungsphase so organisiert, dass sich die Bedürfnisse der Nutzer parallel zum Entwurf der Räumlichkeiten mit entwickeln konnten? (ein parallel laufender und sich gegenseitig beeinflussender Entwicklungsprozess zwischen Programm und Form)

FRS: Erster Bauabschnitt- Entwicklung des Konzeptes und der Funktionen durch die Nutzer; Entwurf und Umsetzung durch Architekten

Dritter Bauabschnitt- Entwicklung des Konzeptes und der Funktionen gemeinsam durch Architekten und Nutzer ; Entwurfsvorschlag durch Architekten

KHL: Architekt sammelt die Ideen der Nutzer und schlägt räumliches Konzept vor (Planung des Innenhofs)

TRZ: Abwechselnde Entwicklung des Konzeptes und der Räume (Schrittweiser Umbau)

EGS: Parallele Entwicklung des Konzeptes und der Räume gemeinsam von Nutzern und Architekten bei Modellbau-Workshop (Planung der Klassenhäuser)

STZ: Parallele Entwicklung des Konzeptes und der Räume für einzelne Nutzergruppen. Finden der Raumstruktur für das gesamte Cluster gemeinsam von Nutzer und Architekten bei Modellbau-Workshop

MCC: Entwicklung des Konzeptes zusammen mit Nutzern. Entwurfsvorschlag durch Architekten

CC: Entwicklung des Konzeptes zusammen mit Nutzern. Entwurfsvorschlag durch Architekten

Bei den untersuchten Beispielen wurden zwei Formen der Zusammenarbeit zwischen Architekten und Nutzern praktiziert: Bei der ersten haben die zukünftigen Nutzer das Grundkonzept und Raumprogramm erstellt und die Architekten dieses in eine räumliche Struktur umgesetzt. (FRS, KHL, MCC und CC)

Bei der zweiten Form diskutierten Nutzer und Architekten gemeinsam nicht nur über das Programm und die Funktionen, sondern anschließend auch für jeden Raum die Gestaltungsart. Dies hatte wiederum Auswirkung auf das vorgesehene Programm. So gab es eine stetige Wechselbeziehung zwischen der Entwicklung des Programms und der Entwicklung der Räume. (TRZ, EGS und STZ)

Für G. De Carlo (Kapitel 1.1) ist die zweite hier erwähnte Gestaltung des Planungsprozesses für die Umsetzung partizipatorischen Bauens idealtypisch. Betrachtet man aber den ersten Prozessverlauf, so lässt sich eine interessante Beobachtung machen:

Bei der Gestaltung des Innenhofs des KHL hat die Architektin das Diskussionsergebnis zusammengefasst und dafür ein klares Gestaltungskonzept mit einer ovalen Form des Platzes vorgeschlagen. Obwohl die beteiligten Nutzer nicht an der Entwicklung der Form beteiligt waren, wurde das klare, einfache Gestaltungskonzept, das alle Funktionsbedürfnisse der Nutzer berücksichtigt, von allen akzeptiert und fungierte in der weiteren Diskussion über einzelne Details als gemeinsamer Orientierungspunkt.

Dies ermöglichte einen kreativen Meinungs austausch zwischen den Nutzern und der Architektin.

- Wurde in der Planungsphase die spezielle Bedeutung eines Raums in Bezug auf die Lebensart der Nutzer berücksichtigt?

FRS: Gliederung von Lernbereichen für einzelne altersgemischte Gruppen/ spezielle Unterrichtsräume wie Druckerei

KHL: Nutzungsüberlagerung des Spielplatzes des Kinderhauses und des von den Bewohnern gemeinschaftlich genutzten Platzes

TRZ: Professionelle Ausstattung des Tanssaals

EGS: Individuelles Konzept für jedes Klassenhaus

STZ: Individuelles Konzept für jeden Raum von jeder Nutzergruppe

MCC: Verhältnis der Flächen und Ausstattungen zwischen Saal und Bibliothek

CC: Verhältnis der Flächen und Ausstattungen zwischen den verschiedenen Funktionsbereichen

Bei allen untersuchten Beispielen wurden die speziellen Anforderungen jeder Nutzergruppe als wichtige Entwurfsfaktoren angenommen.

Allerdings zeigten sich bei einigen Beispiele Besonderheiten in der Art der Formulierung der Bedürfnisse:

Die Projekte, die von der plus+ bauplanung GmbH umgesetzt wurden, ermöglichten die Arbeit an Modellen im großen Maßstab, so dass die Nutzer mit den Architekten über die Gestaltung der Räume anschaulich diskutieren konnten. Dieses Vorgehen gab den Nutzer die Gelegenheit, das vorgeschlagene Raumkonzept visuell zu prüfen und so ihre Wünsche wiederum zu verfeinern. Dies erwies sich als effektiver Arbeitsvorgang.

Bei der Errichtung des MCC Matsukawa und des Chino CC wurden Programm und Form getrennt voneinander entwickelt. Stattdessen wurden erst die Vorstellungen und Wünsche der Nutzer durch die Planer gesammelt und anschließend das Konzept für die Nutzung der neuen Einrichtung festgelegt. Die Diskussionsrunden wurden so gestaltet, dass die Teilnehmer/Innen in kleinen Gruppen spielerisch ihre Bedürfnisse und Vorstellungen vorgetragen haben.

- Hat der Architekt innerhalb des Entwurfs räumliche Bereiche mit eingeplant, die von den Nutzern selbst gestaltet werden können?

FRS: Nein

KHL: Nein

TRZ: Realisierung des gesamten Baus in Eigenleistung durch die Nutzergruppe

EGS: Nein

STZ: Nein

MCC: Nein

CC: Nein

Außer bei der Errichtung des TRZ, bei dem der gesamte Bau wegen des knappen Baubudgets in Eigenleistung durch die Nutzergruppe realisiert wurde, war keine aktive Teilnahme der Nutzer an den Baumaßnahmen vorgesehen.

- Gibt es Räume, die nach der Fertigstellung des Gebäudes durch die Nutzer selbst gestaltet oder ausgebaut wurden?

FRS: Gestaltung des Schulhofs (Bänke, Pflaster und Baumhaus) / Umgestaltung eines Klassenraums (Einbau der Galerie)

KHL: Spielgeräte für kleine Kinder unter 3 Jahren (Rutschbahn mit Hügel, Bänke auf Terrasse)

TRZ: Dauernde Verbesserung der Räumlichkeiten

EGS: Umgestaltung der Klassenräume, Umgestaltung des Schwimmbades in Schülercafe, Gestaltung des Schulgartens und Uferbefestigung des Teichs

STZ: Erweiterung der Kindertagesstätte

MCC: Ausbau der Einrichtung

CC: Umgestaltung eines Studios in ein Büro

Bei allen Beispielen gab es nachträglich räumliche Änderungen und Verbesserungen. Dabei handelte es ausschließlich um Räume, die dem Begriff "individueller Raum" entsprechen. So entstanden Anpassungen an neue Nutzerbedürfnisse.

Es spielte eine große Rolle, dass die Möglichkeit der räumlichen Veränderungen bei der Planung vorgesehen und systematisch gefördert wurden, wie z.B. die jährliche Umgestaltung der Klassenräume der EGS oder die Schüler-Aktion für die Schulhofgestaltung der FRS.

Fragestellungen, die Anordnung der Zonen betreffend:

- Wie haben die Nutzer und Architekten die räumliche Gesamtstruktur erarbeitet, die die verschiedenen individuellen Zonen miteinander verbindet?

FRS: (Umbaumaßnahme)

KHL: Vorschlag von Architekten und Abstimmung mit den Vertretern des Kinderhauses und den Nachbarn

TRZ: (Sanierung)

EGS: Wettbewerbsbeitrag

STZ: Gemeinsame Entwicklung durch Architekten und Nutzergruppen

MCC: Vorschlag von Architekten und anschließende Abstimmung mit den am Planungsprozess Beteiligten.

CC: Wettbewerbsbeitrag

Hierfür wurden die vier Beispiele (KHL, EGS, STZ, MCC und CC) betrachtet, die neu gebaut werden sollten und bei denen so die Entwicklung der räumlichen Gesamtstruktur maßgeblich war.

Außer beim STZ Enschede wurde die jeweilige räumliche Gesamtstruktur von den Architekten vorgeschlagen. Das Konzept der Gesamtstruktur wurde in Diskussionen, in denen Detailfragen besprochen wurden, weiterentwickelt. Für den endgültigen Vorschlag konnte so ein gemeinsamer Konsens erarbeitet werden.

Bei der Errichtung des STZ Enschede haben die Architekten von Beginn an mit den Nutzern zusammen gearbeitet und auch die Gesamtstruktur am Modell gemeinsam entwickelt. Hierbei wurde diskutiert, welche Einrichtung neben welcher platziert werden soll oder welche Bereiche von welchen Einrichtungen gemeinsam genutzt werden können. Das Ergebnis der Zusammenarbeit hat der Architekt in einem Entwurf zusammengefasst, dem alle Nutzergruppen zustimmten.

Trotz den unterschiedlichen Ansätzen wurde bei allen Beispielen das in der Frühphase festgelegte Konzept für die Gesamtstruktur von allen Teilnehmer/Innen in der späteren Planungsphase als sehr wichtig angesehen. Bei allen weiteren Gestaltungsfragen wurde geprüft, welchen Einfluss sie auf die Gesamtstruktur haben und ob sie damit zum Rahmenkonzept passen.

Die Erfahrung bei der Errichtung des MCC Matsukawa zeigt die Bedeutung des Konzeptes für die Gesamtstruktur als Grundlage für eine gemeinsame Entscheidungsfindung:

Da der Planungsausschuss für das MCC Matsukawa öffentlich tagte und jeder interessierte Bürger teilnehmen und sich einbringen konnte, war die Zusammensetzung des Plenums bei jeder Sitzung anders. Dies führte dazu, dass immer wieder dieselben Fragen und Themen behandelt werden mussten, da neu hinzugekommene Interessierte nicht wusste, was in den vorangegangenen Sitzungen besprochen wurde.

Das lähmte den Prozess. Beteiligte, die sich dauerhaft engagieren wollten, verloren nach und nach das Interesse sich aktiv zu beteiligen, weil es keine Kontinuität im Entwicklungsprozess gab. Die meisten Teilnehmer/Innen äußerten sich bei den Sitzungen jeweils nur zu Teilaspekten oder über einzelne Teilbereiche der Einrichtung. Das große Ganze interessierte sie oft nicht. Dadurch war die Motivation, eine kreative Lösung für die Nutzungsüberlagerung und die gemeinsame Gestaltung eines Betriebsablaufs zu finden, nicht sehr hoch. (Tatsächlich hat der Architekt die kulturellen Vereine der Stadt als die eigentlichen zukünftigen Nutzergruppen gesehen und sie mehrmals besucht, um mit ihnen über Fragen der Organisation zu diskutieren.)

Die Architekten benötigten viel Zeit für die Abstimmung der einzelnen Flächenprogramme und der benötigten Ausstattungen für die jeweiligen Nutzungseinheiten. Gleichzeitig musste die Planung auf immer wieder auftretende Veränderungen reagieren wie z.B. die Erweiterung der Grundstücksfläche oder Integration des bestehenden Bürgerhauses in das Gesamtkonzept.

Nachdem dies alles geklärt und geordnet war, konnte schließlich das Konzept für die Gesamtstruktur vorgelegt werden, bei dem eine zentral angeordnete Passage die verschiedenen Funktionsbereiche des Gebäudes miteinander verbindet.

Alle Teilnehmer/Innen haben trotz unterschiedlicher Vorstellungen dieses Konzept akzeptiert. Auf dieser Grundlage wurde gemeinsam mit den Architekten für jede der drei Funktionseinheiten das Zusammenspiel der Räume und Flächen definiert.

- Gibt es gemeinsam genutzte Bereiche, die auch privat genutzt werden können (zumindest vorübergehend)?

FRS: Bereich im Treppenhaus als kleiner "Spielplatz" für zwei bis drei Kinder

KHL: Grünzone des gemeinsamen Hofes – erweiterte Nutzung des Privatgartens

TRZ: Eingangsbereich und ein Umkleideraum – Foyer und Garderobe bei großer Veranstaltung

EGS: Verschiedene Bereiche wie z.B. Sitzplätze auf dem Marktplatz oder eine Nische in der Bibliothek

STZ: Bereiche in der Eingangshalle oder auf dem Innenhof

MCC: Sitzbereiche in der Passage - Veranstaltungsort verbunden mit dem Theater/ Mehrzweckraum - Ausstellungsraum zusammen mit dem benachbarten Bereich

CC: Hallenbereich - Teil der Kunsthalle oder des Saals bei großen Veranstaltungen

Bereiche, die je nach Bedarf für private/gemeinsame Nutzung flexibel genutzt werden, haben sich bei allen Beispielen bewährt. Diese Bereiche führten zur Anpassung der Anordnung der Zonen nach verschiedenen Nutzungsanforderungen. Dafür haben sich zwei Formen der Gestaltung heraus kristallisiert. Bei der ersten Form handelt es sich um kleine Nischen im gemeinsam genutzten Raum, die von einzelnen Personen oder kleinen Gruppen genutzt werden kann. Beim MCC Matsukawa werden z.B. die Sitzbereiche in der Passage oder im Mehrzweckraum oft von Vereinen für Besprechungen oder von Kindern zum Spielen genutzt. Die Passage dient aber auch als Erweiterung der Bibliothek oder wird als Veranstaltungsort zusammen mit dem Theater genutzt. Dies lässt bei den Nutzern das Gefühl entstehen, das ganze Haus als das "Eigene" zu betrachten.

Bei der zweiten Form handelt es sich um individuelle Bereiche, die bei großen Veranstaltungen mit anderen Räumen zusammen genutzt werden können, wie z.B. der Umkleideraum am Eingangsbereich des TRZ oder der Mehrzweckraum des MCC Matsukawa.

- Wurde die Anordnung der privat und gemeinsam genutzten Zonen nach der Fertigstellung des Gebäudes geändert?

FRS: Teilung des von zwei Klassen gemeinsam genutzten Nebenraums in zwei einzelne Nebenräume für jede Klasse

KHL: -

TRZ: -

EGS: Öffnung der Schule für außerschulische Aktivitäten

STZ: Erweiterung der Kindertagesstätte/ Nutzung der Räume der Multi-Schule durch die zwei ansässigen Schulen. Belegung der Räume wird auf Grundlage der jährlichen Schülerzahlen angepasst

MCC: -

CC: Umgestaltung eines Studios in ein Büro

Es gibt auch Beispiele, bei denen die eigentliche Anordnung der privat und gemeinsam genutzten Zonen aufgrund geänderter Anforderungen neu strukturiert wurde. Bei der EGS Gelsenkirchen war dies von Anfang an vorgesehen, bei den anderen Beispielen nicht.

Diese nachträglichen Anpassungen an die geänderten Nutzungsbedürfnisse waren anfangs nicht absehbar. Die Neueinteilung der Zonen entstanden, weil die Nutzer durch die Erfahrung des Mitplanens das Raumkonzept verstanden hatten und nun darauf reagieren konnten.

Diese Erfahrung zeigt, dass die Nutzer für die nachhaltige Nutzung ihres Gebäudes selbst die Anordnung der Zonen mit umstrukturieren sollten.

Fazit

Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse

Empfehlungen

Austausch von Erfahrungen in beiden Ländern

Ausblick

Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse

Ausgangspunkt dieser Arbeit ist die kritische Auseinandersetzung mit der Durchführung von Beteiligungsverfahren bei Bauprojekten. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf der Fragestellung, wie eine sinnvolle Zusammenarbeit von Nutzern und den Verantwortlichen für Planung und Konstruktion gestaltet werden kann, um ein optimal räumliches Ergebnis zu erreichen und daraus bei den Nutzern ein Gefühl von Verbundenheit und Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Gebäude entstehen zu lassen.

Zu Beginn wurde im theoretischen Teil die Entwicklung und Problematik der Nutzerbeteiligung an Planung und Bau öffentlicher Einrichtungen anhand verschiedener Arbeiten und Texte analysiert, die sich mit der direkten Teilnahme der Nutzer an Bauvorhaben befassen, um Aussagen über die Notwendigkeit von Nutzerbeteiligung treffen zu können.

Aus der Auseinandersetzung mit den frühen Protagonisten des partizipativen Bauens lassen sich zwei übergeordnete Zielsetzungen formulieren.

Erstens: Die Bedürfnisse eines Nutzers gegenüber einem Bauwerk müssen definiert werden. Ausgehend von diesen wird zwischen Nutzer und Architekt die Art und Weise der Raumgestaltung ausgelotet.

Zweitens: Das Umfeld des zu planenden Gebäudes muss betrachtet werden. Denn auch nach dessen Fertigstellung sind die Nutzungsbedingungen einem stetigen Wandel ausgesetzt. Die Nutzerbedürfnisse werden unter anderem von den Nutzern mit angepasst bzw. weiterentwickelt, die schon in den Planungsprozess involviert waren.

Bezogen auf diese Zielsetzungen stellt sich die Frage, welche Wechselbeziehungen zwischen dem Raum und dessen Nutzern (also die Adaptierung bzw. Übereinstimmung des Raumes mit den Lebensbedürfnissen) bestehen und wie diese in die Planung und Gestaltung mit einbezogen werden können.

Die Planungstheorie von Shigemura formuliert die These, dass der Nutzer durch routinemäßige Handlungen in seinem alltäglichen Umfeld gegenüber seinem Lebensraum eine gewisse Wahrnehmung pflegt und dadurch dem Raum eine Bedeutung verleiht. Auf diese Weise erhält der Raum eine Identität und wird für den Nutzer zu einem besonderen Ort.

Darüber hinaus wird auf das Verhältnis zwischen individuellen Nutzern bzw. Gemeinschaften und dem Raum eingegangen und der Begriff "individueller Ort" definiert.

Um die vielen verschiedenen Bedürfnisse der Nutzer zu erfassen und in der Entwurfsplanung berücksichtigen zu können, wird in dieser Arbeit der Begriff "Zonen" eingeführt. Der architektonische Begriff "Zonen" ist inspiriert von wissenschaftlichen Erkenntnissen über das Lebensumfeld des Menschen. Er ermöglicht eine Einteilung, ausgehend von einem selbst bis hin zur Betrachtung der Gesellschaft im Ganzen, um die Notwendigkeit einer stufenweisen Anordnung zwischen den persönlichen Zonen und den Zonen der Anderen aufzuzeigen.

Die Betrachtung einzelner Beispiele partizipativ geplanter Architektur führt zu planungstechnischen Erkenntnissen, wie die Schaffung und Feinjustierung "persönlicher" Zonen gelingen kann. Bei der Integration dieser nach Nutzern und Nutzergruppen individualisierten Räume zu einem Gebäude wird

allgemein ein Ansatz des graduellen Übergangs von privaten zu öffentlich zugänglichen Bereichen verfolgt. Hierdurch entsteht eine Raumstrukturierung, deren Hauptmerkmal die Differenzierung zwischen individuellen und kollektiven Zonen ist. Dementsprechend ist die Gestaltung der "Individualräume" einerseits und die "Anordnung von Zonen" andererseits ein wesentlicher Aspekt der partizipatorischen Architektur. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, wie die Nutzer bei der Planung der Gesamtstruktur des Raums beteiligt und in die Gestaltung individueller Orte einbezogen werden können.

Zu dem Thema "Beteiligungsart der Nutzer" wurde die bisherige Entwicklung von Bürgerbeteiligung an stadtplanerischen Prozessen und der Errichtung von öffentlichen Bauten in Deutschland und Japan vergleichend betrachtet.

Tendenzen:

In beiden Ländern lässt sich eine klare Tendenz erkennen, sich bei der Quartiersentwicklung auf die Förderung kleiner, nachbarschaftlich organisierter Einheiten zu konzentrieren. Treibende Kraft sind dabei Bürgerinitiativen. Die Verwaltungen unterstützen deren Aktivitäten institutionell. Diese Entwicklung beeinflusst direkt und indirekt die Art der Nutzerbeteiligung an Planung und beim Bau sozialer Bauten auf Quartiersebene in den beiden Ländern.

In Japan gewährleistet die Tradition der Nachbarschaftsvereinigungen einen reibungslosen Ablauf bei der Weiterentwicklung von Aktivitäten der Einwohnerorganisationen. Seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre werden bei zahlreichen Projekten Formen der Bürgerbeteiligung an Planung und Verwaltung zur Errichtung öffentlicher Einrichtungen angewendet.

In Deutschland entstanden die heutigen bürgerschaftlichen Aktivitäten ohne kommunale Förderung. Diese neuen Nachbarschaftsgesellschaften werden nun nach und nach in stadtplanerische Prozesse als kleinste Einheit der Stadtentwicklung mit einbezogen. Es bleibt aber weiter unklar, welchen tatsächlichen Einfluss diese Gruppen auf stadtplanerische Prozesse haben. Denn im Gegensatz zu Japan werden sie nicht von den Verwaltungen kontrolliert. Die Intensität der Beteiligung ist somit vom Engagement der Mitglieder abhängig. Aktuell lässt sich beobachten, dass öffentliche Planungsaktivitäten und bürgerschaftliches Engagement immer öfter zusammenfinden. So gibt es einige Beispiele für Wettbewerbe öffentlicher sozialer Bauten, bei denen der formulierte Auslobungstext das Ergebnis eines mit Bürgern und zukünftigen Nutzern durchgeführten Beteiligungsverfahrens ist.

Probleme:

Dadurch, dass Bürgerbeteiligung an Bauprozessen an Bedeutung gewinnt, verändert sich auch die Art der Durchführungsverfahren. Beteiligungsprozesse werden immer stärker formalisiert. Dabei wird Kritik laut, dass Prozesse, die sich mit der Planung von öffentlichen Einrichtungen beschäftigen, die wesentlich den Alltag der Bürger mitbestimmen, oft ohne Beteiligung der Hauptbetroffenen selbst stattfinden. Dies hat Auswirkungen auf verschiedenste Aspekte der Planung und des Betriebs.

Bei vielen derartigen Projekten ist für eine angemessene Durchführung von Bürgerbeteiligungsverfahren keine Zeit vorhanden. Hierbei gibt es geringe Möglichkeit einer kontinuierlichen Beteiligung der Nutzer

am Prozess beginnend bei der Vorplanung bis zu endgültigen.

Ein anderes Problem ist die Anhörung der Meinung der Bürger ohne Beschränkungen. Da viele Bedingungen für die Planung schon vorher festgelegt wurden, finden hier praktisch Phantom-Diskussionen statt. Der Bürger wird zwar gehört. Er ist aber hinterher um so mehr enttäuscht, wenn er feststellt, dass seine Einlassungen keinen Einfluss auf das Endergebnis hatten.

Zudem stellt sich die Frage, ob individuelle Räume, die nach den Wünschen der involvierten Nutzer gestaltet wurden, auch den Wünschen der nächsten Nutzergeneration entsprechen/ entsprechen können.

Neben diesen allgemein feststellbaren Problemen sind auch einige länderspezifische Besonderheiten zu beobachten.

In Japan sind Formen der Bürger- und Nutzerbeteiligung an Planung und Bau öffentlicher Einrichtungen im Vergleich zu Deutschland nicht stark genug institutionalisiert.

Obwohl es vermehrt Beispiele für die Errichtung öffentlicher Einrichtungen gibt, bei denen die Bürger schon zu Beginn der Planungsphase in die laufenden Prozesse eingebunden werden, ist man von einer generellen Anwendung solcher Verfahren noch weit entfernt.

Dies verhindert auch die Entwicklung eines neuen Berufsbildes, das die Verfahren professionell organisiert und moderiert.

In Deutschland dagegen diskutiert man, ob die Ergebnisse von Bürgerbeteiligungsverfahren repräsentativ genug sind, da sie oft nur die Interessen bestimmter Bürgergruppen widerspiegeln. Der Grund dafür ist, dass nur ein kleiner Teil von Bürgern sich an den Verfahren beteiligt. Dieser repräsentiert aber meistens nicht die Meinung der großen "schweigenden" Mehrheit.

Diese im theoretischen Teil gewonnenen Erkenntnisse über Nutzerbeteiligung an Planung und Bau öffentlicher Einrichtungen bilden den Hintergrund für die empirische Betrachtung. Aktuelle Beispiele in Deutschland und Japan wurden untersucht, um Strategien für die Lösung aktueller Probleme zu entwickeln. Die gewonnenen Erkenntnisse werden im folgenden Teil zusammengefasst und Vorschläge zur Ausgestaltung der Nutzerbeteiligung bei Planung und Bau sozialer Bauten und der Zusammenarbeit mit Architekt formuliert. Darüber hinaus werden aktuelle planerische Herausforderungen durch den Austausch von Erfahrungen in beiden Ländern aufgezeigt.

Empfehlungen

In diesem Teil werden die Gemeinsamkeiten bei allen Beispielen zusammengefasst und Empfehlungen für beide Länder für die Art der Nutzerbeteiligung und der Zusammenarbeit zwischen Nutzer und Architekten vorgeschlagen.

Die Abkürzungen für die einzelnen Projekte im Kapitel 6 werden im folgenden Text weiter verwendet.

Empfehlungen bei der Ausgestaltung der Nutzerbeteiligung:

- **"Die tatsächlich am späteren Betrieb beteiligten Nutzer" müssen von der Konzeptionsphase an am Planungsprozess beteiligt werden. Dies ist genau wie die Wahrung der Chancengleichheit für alle Bürger (Gleichberechtigung) zu berücksichtigen.**

Bei den Beispielen in der Tübinger Südstadt wurden die zukünftigen Nutzer in ihrer Funktion als Bauherr und/oder Betreiber von Beginn der Planungsphase an der Entwicklung öffentlicher Bauprojekte beteiligt. In Japan stand die Teilnahme am Planungsprozess allen Bürgern offen. Allerdings waren die Verfahren derart gestaltet, dass als zukünftige Nutzer vorgesehene Gruppen vorrangig zur Teilnahme an den Planungsausschusssitzungen eingeladen wurden (Chino CC) oder die Teilnehmer aufgrund der Beteiligungserfahrung motiviert waren, sich aktiv für das Projekt zu engagieren (MCC Matsukawa).

Die Beteiligung zukünftiger Nutzer an der Errichtung sozialer Bauten sollte so ausgestaltet werden, dass schon zu Beginn der konkrete Betreiber bestimmt wird und starke Nutzergruppen am Prozess beteiligt werden. Lediglich die Allgemeinheit auf möglichst breiter Basis einzubeziehen und alle Meinungen zu hören, reicht für ein konstruktives Beteiligungsverfahren nicht.

- **Es ist dafür zu sorgen, dass die "neuen Nutzer" auch nach der Fertigstellung des Bauwerks an Betrieb und Verwaltung sowie der Verbesserung der unmittelbaren Umwelt mitwirken.**

Bei allen Beispielen haben sich die Nutzer auch nach der Fertigstellung weiter an der Verbesserung "ihres" Gebäudes beteiligt. Jährlich stattfindende Workshops zur Umgestaltung der Klassenhäuser beim Bezug durch eine neue Jahrgangsstufe an der EGS Gelsenkirchen, freiwillige Helfergruppen am MCC Matsukawa oder ein unterstützender Förderverein für den Betrieb des Chino CC - dies alles sind Maßnahmen, um die Nutzer weiter an der Entwicklung öffentlicher Einrichtungen zu beteiligen. Wenn diese Angebote zugänglicher gestaltet sind, bieten sie auch die Möglichkeit, neue Nutzergruppen zu integrieren.

Aufschlussreich waren hier auch die Interviews, die vom Verfasser 2013 in Enschede geführt wurden. Fast alle Befragten waren der Meinung, dass ein stetig fortgeführter Diskussionsprozess mit allen (auch neuen) Nutzergruppen über weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Einrichtung nach Fertigstellung

des Gebäudes einen wichtigen Faktor für eine dauerhaft gute Beziehung zwischen den Nutzergruppen bildet. Durch die Erfahrung der gemeinsamen Arbeit in der Planungsphase entstand gegenseitiges Vertrauen und eine "heimische" Atmosphäre. Diese gilt es durch den weiteren Austausch zu bewahren. Wie es anders laufen kann, zeigt sich am Beispiel der Freilichtbibliothek in Magdeburg. (Siehe Punkt 2.2.2) Hier verzichtete man nach der Fertigstellung auf eine weitere Beteiligung der Nutzer am laufenden Betrieb. Die Stadt als Träger vernachlässigte ihre Pflichten. Das Gebäude verwehrte zunehmend und Problemgruppen besetzten die Außenanlagen, was zu weiterem Vandalismus geführt hat. Für einen nachhaltigen Erfolg der Nutzerbeteiligung bei Errichtung und Betrieb öffentlicher Bauten ist die direkte Beteiligung zukünftiger Nutzer und Betreiber genauso entscheidend wie die dauerhafte Beteiligung der Nutzer über die Fertigstellung des Gebäudes hinaus. Es lässt sich zudem beobachten, dass die Erfahrung der Zusammenarbeit aller Nutzergruppen in der Planungsphase ausschlaggebend für die Bildung einer Kerngruppe sein kann, die in einer späteren Phase eine entscheidende Rolle für das aktive Engagement der Nutzer übernimmt.

Empfehlungen für die Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen Nutzern und Architekten:

- **Der Planer muss akzeptieren, dass Konzeption und Design der Individualräume den Nutzern vertraut sind. Die Erfahrungen bei der Gestaltung "individueller Räume" zeigen, dass Nutzer (Laien) mit Architekten über ihnen vertraute Räumlichkeiten ohne weiteres diskutieren und sie mitgestalten können.**

An der FRS in Tübingen haben Schüler/Innen, Lehrer/Innen und Eltern kleinere Teilbereiche ihrer Schule selbst gestaltet. Wege wurden gepflastert, Möbel für den Schulhof oder die Galerie im Klassenzimmer entworfen und zum Teil selbst gebaut.

Beim Bau des Chino CC hat sich während des Baus herausgestellt, dass die vom Planungsausschuss schon in der Entwurfsphase erhobenen Zweifel an der Neigung der ansteigenden Bestuhlungsfläche im Saal gerechtfertigt waren. So wurde die Bestuhlungsfläche kurz vor der Fertigstellung nochmals modifiziert.

Für den Bau der EGS Gelsenkirchen haben Schüler/Innen und Lehrer/Innen gemeinsam mit den Architekten ihre Klassenhäuser geplant und entworfen.

In STZ Enschede wurden nach Diskussionen mit einzelnen Nutzergruppen individuell gestaltete Räume für Spezialanforderungen entwickelt.

Zu Beginn der Zusammenarbeit von Nutzern und Architekten müssen die Wünsche und Meinungen der Nutzer gehört werden.

Bei allen Beispielen, bei denen Nutzer und Architekten seit der Planungsphase zusammen gearbeitet haben (KHL Tübingen, EGS Gelsenkirchen, STZ Enschede, MCC Matsukawa), begannen alle Beteiligungsverfahren mit der Diskussion über die Gestaltung individueller Räume bzw. damit, die Visionen der beteiligten Nutzer oder Nutzergruppen festzuhalten. So entstanden einzigartige Konzepte und Raumpro-

gramme. Bei der Entwicklung des Chino CC war der Architekt an der Diskussion des Grundkonzepts gar nicht beteiligt. Sie entwickelten aber seinen Entwurf nach den Vorstellungen, die der Planungsausschuss vorher festgelegt hatte.

Diese Art der Zusammenarbeit ist dabei genau das Gegenteil zu dem von Till oder Nishimura kritisierten Vorgehen, bei dem die Fachleute zuerst einen Entwurf vorlegen, auf den die Nutzer schließlich nur noch mit Ja oder Nein reagieren können.

- **Es muss eine räumliche Gesamtstruktur gefunden werden, die eine ausgewogene Koexistenz der Individualräume garantiert. In dieser Phase ist es schwierig für die Nutzer zu einer gemeinsamen Raumkonzeption zu gelangen. Hierfür müssen geeignete Kommunikationsformen gefunden werden.**

Bei den Beispielen, bei denen Nutzer und Architekt seit der Planungsphase zusammen gearbeitet haben, war neben der Diskussion über individuelle Räume die wichtigste planerische Frage, wie diese Räume unter einem Dach zusammengefügt werden können (Finden einer räumlichen Gesamtstruktur). Zwei Ansätze lassen sich hier erkennen:

Beim ersten erstellt der Architekt die Vorschläge für eine räumliche Gesamtstruktur (KHL Tübingen, EGS Gelsenkirchen, MCC Matsukawa, Chino CC).

Dieses Konzept bildet die Grundlage für die Entscheidungsfindungen im weiteren Diskussionsverlauf, wenn es um die Besprechung von Detailfragen geht.

Bei dem MCC Matsukawa entstand in der Phase vor der Konzeptfindung eine lang anhaltende Diskussion über die Ausgestaltung einzelner Funktionsbereiche.

Dies führte zu Unzufriedenheit unter den Teilnehmer/Innen. Nachdem der Architekt das Konzept für eine Gesamtstruktur vorgelegt hatte, begannen die Teilnehmer/Innen mit neuer Motivation über das Potenzial der Nutzungsüberlagerung von verschiedenen Funktionen zu diskutieren.

Beim zweiten Ansatz werden die Nutzer auch an der Diskussion über die Gestaltung der räumlichen Gesamtstruktur beteiligt. Der Architekt verändert seinen Entwurf nach den Vorstellungen der beteiligten Nutzer.

In STZ Enschede wurde die Suche nach der Lösung für die räumliche Gesamtstruktur erst gesucht, nachdem jede Nutzergruppe zusammen mit den Architekten die Vision ihres eigenen "Hauses" entwickelt hatte. Durch die Zusammenarbeit haben alle Teilnehmer/Innen gemeinsam die entscheidenden Kriterien für die Form des Zusammenfügens der verschiedenen Einrichtungen festgelegt. Auf dieser Basis hat der Architekt ein passendes Cluster entworfen, das von allen Teilnehmer/Innen akzeptiert wurde. Um den Nutzergruppen ein bessere Vorstellung der komplizierten Raumstrukturen und ihrer Zusammenhänge zu ermöglichen, entschied sich das Architekturbüro plus+ bauplanung GmbH, nicht wie üblich nur Modelle im großen Maßstab 1:10, sondern auch ein Gesamtmodell im Maßstab 1:200 gemeinsam mit den Nutzern aus Ton zu bauen.

- **Die Planung der Gesamtstruktur verlangt das Fachwissen der Spezialisten; der Nutzer ist hier überfordert.**

Es hat sich mehrfach gezeigt, dass es für Laien schwierig ist, schnell selbst eine praktikable Lösung für räumliche Strukturen zu entwickeln. Bei dem MCC Matsukawa hat man gesehen, dass die Nutzer überfordert sind, wenn ihnen fast die gesamte Planungshoheit übertragen wird. Beim konkreten Beispiel diskutierten die beteiligten Bürger oft nur über die Verteilung der Mittel für die einzelnen Funktionsbereiche oder die allgemeinen Probleme, die bei der Organisation des Betriebs eines multifunktionalen Gebäudes entstehen, ohne dabei zu Ergebnissen für die eigentliche bauliche Umsetzung zu gelangen. Erst nachdem das Konzept der Architekten vorlag, wurden die positiven Aspekte der Zusammenfügung der verschiedenen Nutzungen diskutiert.

Auch beim STZ Enschede wurde die räumliche Gesamtstruktur nicht von der Nutzerseite vorgeschlagen, obwohl diese gemeinsam mit den Architekten versucht haben, am Modell eine tragbare Lösung zu entwickeln.

Das Vorgehen für die gemeinsame Entwicklung einer räumlichen Gesamtstruktur von Nutzern und Architekten verdient eine genauere Betrachtung.

Architekten und zukünftige Nutzer veränderten nach gemeinsamer Abstimmung immer wieder das Programm. Verschiedene Varianten für die Aufteilung privater und gemeinsam genutzter Zonen wurden entworfen, diskutiert, bewertet, geändert oder nachjustiert mit dem Ziel, alle Vorstellungen und Wünsche unter einen Hut zu bringen. Letztendlich konnte eine gemeinsame Lösung gefunden werden, die alle Teilnehmer/Innen überzeugt hat.

Der Erfolg dieser Zusammenarbeit basierte auf der Fähigkeit der Architekten, Diskussionsergebnisse sofort in räumliche Strukturen zu übersetzen und innerhalb kürzester Zeit die Wünsche der Nutzer in konkrete Planungsergebnisse zu übertragen.

Diese Art der Nutzerbeteiligung können nur Architekten so durchführen. Von außen kommende Moderatoren fehlt die fachliche Expertise.

Zu dieser Form der Zusammenarbeit gibt es aber auch kritische Anmerkungen. So sollte sie in kleinen Gruppen organisiert werden. Dies bedeutet, dass bei einer größeren Teilnehmerzahl auch eine größere Zahl von Architekten benötigt wird, die den Prozess moderieren können. Ist das nicht möglich, erhöht sich der zeitliche Aufwand, da der Prozess auf mehrere Tage verteilt werden muss.

Umgekehrt kann man sagen, dass es mehr Architekten braucht, die in der Lage sind, soziale Bauten mit den zukünftigen Nutzern gemeinsam zu planen.

- **Das Konzept sollte zu Beginn der Planungsphase entwickelt werden. Es dient als gemeinsamer Wertemaßstab für die Nutzergruppe bei der weiteren Diskussion der konkreten Raumgestaltung und trägt zur Entwicklung einer kreativen Lösung bei, ohne dass sich die Diskussion nur auf die Berücksichtigung wirtschaftlicher Belange und der damit verbundenen Suche nach Kompromissen konzentriert.**

Wird schon in der Vorplanungsphase ein von allen Teilnehmern akzeptiertes Konzept für die räumliche Gesamtstruktur gefunden und werden anschließend die einzelnen Teilbereiche unter Beachtung dieses Gesamtkonzepts gestaltet und ausgearbeitet, so entsteht meist eine kreative Zusammenarbeit zwischen Nutzern und Architekten, die sich positiv auf das endgültige Ergebnis auswirkt.

Bei dem MCC Matsukawa hat das Konzept der Architekten den Nutzern geholfen, sich die Verbindung verschiedener Nutzungen, wie z.B. die Gestaltung gemeinsam genutzter Bereiche und die dafür notwendige Abstimmung der Betriebsabläufe, vorzustellen. Dies war die Basis, um gemeinsam Entscheidungen über die Gestaltung der einzelnen Teilbereiche zu treffen. Dabei müssen die Nutzer nicht ständig an allen Arbeitsschritten beteiligt werden.

Wenn man das von allen akzeptierte Konzept für die Gesamtstruktur als Grundlage für die weitere gemeinsame Entscheidungsfindung sieht, hat sich nach Meinung der Architektin, die mit der Gestaltung des Innenhofs im Block des KHL beauftragt war, der Vorschlag eines klaren, symbolischen Konzepts bewährt. Der Architekt Ito, der viel Erfahrung gesammelt hat bei der Durchführung von Workshops bei Bauprojekten, die zusammen mit den zukünftigen Nutzern entwickelt wurden, ist der gleichen Meinung. Er schlägt folgende drei Methoden vor, die einer klaren Konzeptbildung dienen (Vgl. Ito 2001, 120-121):

1. *Design Language*

Ein narrativer Ausdruck, unter dem die von den Teilnehmern in Workshops artikulierten Visionen für das Gebäude zusammengefasst werden. Diese Methode orientiert sich an der Theorie der *Pattern Language* von C. Alexander.

2. *Metapher*

Ein Ausdruck, der zwei unterschiedliche Vorstellungen miteinander verknüpft. Bei der Methode drückt der Teilnehmer seine Vision des Gebäudes mit einem Bild über eine ihm vertraute Sache aus, um anderen Teilnehmern seine Vorstellungen vermitteln zu können. Teilnehmer eines Workshops beim Bau eines Gesundheitszentrums in der japanischen Stadt Minamata wählten folgende Bilder: "Schiff in der Bucht von Minamata" oder "Ryugu-jo" (ein Schloss im Meer aus einem japanischem Märchen).

Dies hilft auch, die Bedingungen für den Formfindungsprozess festzulegen.

3. *Editing*

Eine Methode, in der man während des Planungsprozesses basierend auf dem Grundkonzept die verschiedenen kleinen Ideen nachträglich überlagert und allmählich zu einem gesamten Komplex verschmelzen lässt.

Ito erläutert die Merkmale der Methoden:

"Design Language interessiert mich als ein kreativer Prozess zur Entwicklung der Grundlagen in narrativer Form. [...] Aber es ist schwierig mit der Methode ein klares übergeordnetes Konzept zu bilden ähnlich einer Überschrift für eine Erzählung. Falls man ein starkes Bild braucht, das von allen Teilnehmern gemeinsam behalten werden kann, wäre ein anderer Ansatz notwendig."

"Falls ein Konzept schon in Frühphase des Projektes gemeinsam von allen Teilnehmern mit einer Metapher besetzt wird, aktiviert es eine kreative Beziehung zwischen den Teilnehmern (Anmerkung v. Verf.: Kommunikation und Vorschläge kreativer Ideen zwischen Teilnehmern). [...] Eine erfolgreiche Anwendung der Methode hängt davon ab, ob eine attraktive und überzeugende Metapher gefunden wird."

"Die Art der Zusammenarbeit mit den Teilnehmern für den Vorschlag des Wettbewerbs ‚Park an einer Wasserstation in Tamagawa‘ entsprach in etwa der Methode ‚editing‘. Durch Design Game waren die Vorstellungen weit klarer geworden und wir konnten ungefähr die Richtung der Hauptstruktur sehen. Als die Idee "kleiner Hügel neben großen kreisförmigen Platz" entstand und man erkennen konnte das der Hügel wie ein kleine neue Mitte neben der großen Mitte der Hauptstruktur funktionierte, haben alle vom Planungsteam stillschweigend dem Konzept zugestimmt. [...] Danach wurden in den Plan die weitere Vorschläge aufgenommen wie z.B. Spielplatz, Bäume oder Organisationsplanung. So wurde die Planung nach und nach ergänzt, bis sie ihr endgültige Form angenommen hatte. Der Prozess wurde von der Hauptstruktur bestimmt. Die voneinander unabhängigen, verschiedenen Vorschläge zu Ergänzung der Großstruktur wurden ihr als kleine narrative Elemente mit unterschiedlichem Detailierungsgrad zugefügt."

(Alle drei Zitate aus Ito 2001, 120)

Wenn ein klares Basiskonzept mit einer starken "Metapher" in der Frühphase der Projektentwicklung von allen Teilnehmern akzeptiert wird, fördert dies den kreativen Meinungs austausch und hilft bei der Integration weiterer Vorschläge in der folgenden Phase.

Die Ergebnisse dieser Arbeit unterstützen weitgehend die Aussagen von Ito. Die zwei Begriffe "Hauptstruktur" und "die voneinander unabhängige verschiedene Vorschläge in Details" von Ito entsprechen dem vom Verfasser verwendeten Begriffen "Gesamtstruktur" und "Individuelle Räume". Allerdings denkt der Verfasser, dass darüber hinaus eine "Gesamtstruktur" basierend auf einem Lageplan und eine Betriebsstruktur entwickelt werden muss und auch diese durch eine Metapher klar und symbolisch ausgedrückt werden sollte.

- **Gemeinsam genutzte Bereiche sollen zeitweise auch individuell genutzt werden können.**

Wird ein gemeinsam genutzter Bereich so geplant, dass man ihn gelegentlich auch privat nutzen kann, stimmen sich die Betroffenen untereinander ab, um die Nutzung nach ihrem jeweiligen Bedarf zu organisieren. Dies führt dazu, dass die Nutzer nicht nur ihren Bereich sondern das gesamte Gebäude als das ihre betrachten und auch so behandeln.

Austausch von Erfahrungen in beiden Ländern

Aus der Analyse der Beispiele aus Japan und Deutschland lassen sich Vorschläge zur Verbesserung der Verfahren der Nutzerbeteiligung des jeweils anderen Landes formulieren.

Die Abkürzungen für die einzelnen Projekte im Kapitel 6 werden im folgenden Text weiter verwendet.

Was Deutschland von Japan lernen kann:

- **Teilnehmern des Beteiligungsverfahrens die Möglichkeit geben, sich am weiteren Betrieb der Einrichtung zu beteiligen, z.B. in einem Organisationsteam.**
- **Durchführung eines zweistufigen Bürgerbeteiligungsverfahrens: Direkte Beteiligung der späteren Hauptnutzer an der Planung und indirekte Beteiligung der Bevölkerung durch Information, Transparenz und Beteiligung über Umfragen.**

In Deutschland gibt es keine traditionellen Gruppierungen, die den japanischen Nachbarschaftsvereinen entsprechen. Es stellt sich daher die Frage, welche Gruppierungen an einem Stadtentwicklungsprozess auf Mikroebene (in dieser Arbeit: Errichtung und Betrieb sozialer Bauten auf Quartiersebene) beteiligt werden sollen. Um diese Frage zu beantworten, lohnt es sich, die japanische Vorgehensweise zu beobachten, die in Beteiligungsverfahren gezielt versucht, die Bürgerschaft für die aktive Teilnahme am Einrichtungsbetrieb zu gewinnen und sie dabei unterstützt, die nötigen Kompetenzen zu erwerben.

In der Tübinger Südstadt handelte es sich bei den am Planungsprozess beteiligten Nutzern um Repräsentanten der zukünftigen Betreiber oder aktive Teilnehmer am zukünftigen Betrieb.

Dagegen ist in Japan das Beteiligungsverfahren in der Planungsphase als ein Prozess der "Entdeckung und Ausbildung zukünftiger Betreiber" angelegt. Zwar wurden auch hier ähnlich dem Vorgehen in Tübingen potenzielle Nutzergruppen angesprochen, sich dem Beteiligungsverfahren anzuschließen. In Japan wurde aber zudem die breite Öffentlichkeit in den Planungsprozess mit einbezogen. Beim Chino CC geschah dies durch die Anhörung weiterer potenzieller Nutzergruppen, die nicht im Planungsausschuss vertreten waren, oder die schriftlichen Befragungen der Bürger, deren so geäußerte Meinungen in den Planungsprozess mit einfließen.

Beim MCC Matsukawa waren alle Workshops für die Öffentlichkeit zugänglich.

Die Gelegenheit zur Beteiligung wurde auch in der späteren Betriebsphase angeboten: Ehrenamtliches Engagement am Betrieb oder weitere Bürgerbeteiligung an Planung und Prüfung des Programms der Einrichtung wurden ausdrücklich gefördert. Dies garantierte einen dauerhaften Prozess der "Findung und Ausbildung" engagierter Bürger für den weiteren Betrieb der öffentlichen Einrichtung.

- **In der Phase der Konzeptentwicklung mit "Spaß" Visionen zu formulieren**

Vogt wünscht sich aufgrund ihrer Beobachtung von Workshops für Stadtplanung in Deutschland und Japan:

"Deutsche hingegen legen allgemein gesehen mehr Wert auf eine geordnete Vorgehensweise. Workshops o.ä. werden von Moderatoren stärker vorstrukturiert, was die Erzielung eines konkreten Ergebnisses forciert, zugleich aber die Kreativität der Teilnehmer einschränkt.[...] In Deutschland wären mehr Spaß und Lockerheit im Umgang der Akteure miteinander zu wünschen, ohne dass die Ergebnisse leiden müssten."

(Vogt 2001, 268)

Insbesondere in der Phase der Konzeptentwicklung bei sozialen Bauten könnte eine entspannte Herangehensweise sich lohnen, da es die Identifikation der Teilnehmer mit "ihrem" Gebäude erleichtern würde. Für die Übernahme von Verantwortung für den späteren Betrieb ist ein Beteiligungsprozess hilfreich, der den Teilnehmern die Möglichkeit bietet, sich ihren Traum des idealen Bauwerks und wie dieses das Quartier später bereichern kann, vorzustellen.

Bei MCC Matsukawa gestaltete der Moderator die ersten Workshops so, dass die Teilnehmer/Innen mit spielerischen Mitteln erst eine eigene Vision für das neue Kulturzentrum entwarfen und diese sich anschließend in der Form narrativer Vorträge gegenseitig vorgestellt haben.

Aus den Erfahrungen mit *machizukuri* in den 1970er Jahren wurden in Japan Kommunikationsmethoden entwickelt, die auch in Deutschland angewendet werden können.

Was Japan von Deutschland lernen kann:

- **Bei städtebaulichen Maßnahmen, Nutzern die Gelegenheit zu geben, sich als Bauherr oder Betreiber ab der Frühphase an der Projektentwicklung beteiligen zu können**

Bei den deutschen Beispielen waren die zukünftigen Nutzer in der übergeordneten städtebaulichen Rahmenplanung als Bauherr oder Betreiber vorgesehen und seit der Frühphase der Planung beteiligt. Ihre Beteiligung dauert auch nach der Fertigstellung an, um die Räumlichkeiten zu verbessern und den Betriebsplan stetig an neue Gegebenheiten anzupassen.

Bei den Beispielen in der Tübinger Südstadt wurden die öffentlichen Einrichtungen durch Partnerschaften zwischen der Stadtverwaltung und den jeweiligen Privatorganisationen gegründet.

Beim Bau der EGS Gelsenkirchen konnten die zukünftigen Lehrkräfte aufgrund der Unterstützung durch die IBA Emscher Park ihre neue Schule selbst mitgestalten.

Diese städtebaulichen Rahmenplanung für die Errichtung sozialer Bauten auf Quartiersebene könnten als Teil der Strategie zur Stadtteilentwicklung auch in Japan sinnvoll angewendet werden, da sich viele japa-

nische Städte wie im Kapitel 2 beschrieben heute mehr Engagement von Privatorganisationen bei der Quartiersgestaltung wünschen.

Das deutsche Vorgehen könnte auch helfen, das bisher übliche Vorgehen bei der Errichtung öffentlicher Bauten in Japan, bei dem die zukünftigen Nutzer oft erst nach Fertigstellung des Gebäudes als Betreiber bestimmt werden, zu verändern. Dabei können sie sich nicht an der Planung des Gebäudes beteiligen. Zudem sind ihre Möglichkeiten, bauliche Änderungen vorzunehmen, meist stark beschränkt, da die Vertragslaufzeiten sehr kurz vereinbart werden.

Es lassen sich aber auch Fortschritte erkennen. In Yokohama zum Beispiel unterstützte die Stadtverwaltung finanziell die Errichtung und den Betrieb eines privat initiierten "Community Cafés" (kleiner Nachbarschaftstreffpunkt im Wohngebiet).

In Japan würde man sich wünschen, dass diese Vorgehensweise sich auch bei großen Bauprojekten durchsetzt.

- **"Bauend denken": Gemeinsame Diskussion von Nutzern und Architekten über "räumliche Gesamtstruktur"**

In Japan wurden bei den untersuchten Beispielen nach gemeinsamen Grundstücksbegehungen und dem Besuch ähnlicher Einrichtungen spielerisch gestaltete Diskussionen in Kleingruppen durchgeführt, bei denen Ideen für die Einrichtungen gesammelt und Entwurfsideen überprüft wurden. Hierbei ließ man die Nutzer zunächst unabhängig von den architektonischen Anforderungen über Konzepte und Ideen nachdenken. Im Mittelpunkt stand dabei die Herausarbeitung der Bedürfnisse der Nutzer. Dagegen wurde die räumliche Umsetzung dieser Vorstellungen den Spezialisten überlassen. Grundlage für die Diskussion über die "räumliche Gesamtstruktur" waren somit immer die vom Architekt gemachte Vorschläge.

In den vom Team plus+ bauplanung organisierten Workshops wurden in einer kurzen Zeitspanne von nur ein bis zwei Tagen Alternativen der Einrichtungsfunktionen anhand von Modellen aus Lehm und Handskizzen ausgearbeitet und diskutiert. Dabei waren die Nutzer aufgefordert, nach einem ersten Brainstorming anhand der Arbeitsmodelle die räumlichen und konstruktiven Vorbedingungen mit "Hand und Kopf" nachzuvollziehen. Die Konfrontation mit den Skizzen der Architekten und der in Modellen veranschaulichten Raumkonzepte dienen gleichzeitig der Schärfung des räumlichen Vorstellungsvermögens. Die Diskussionen orientieren sich dabei immer an Überlegungen über die Form. Dies ermöglicht Nutzern und Architekten nicht nur individuelle Räume gemeinsam zu entwerfen, sondern auch die räumliche Gesamtstruktur zu finden.

Ausblick

Aufgrund der oben dargestellten Ergebnisse wurde ein Verfahrensmodell für die Nutzerbeteiligung an Planung und Bau entwickelt, das diese unter den zwei großen Gesichtspunkten *Zeit* (Form und Phase der Beteiligung) und *Raum* (Umsetzung des Ergebnisses der Beteiligung in die Raumgestaltung) betrachtet. Das Arbeitsergebnis weist insgesamt darauf hin, dass sich sowohl in Deutschland als auch in Japan die zwei Aspekte einander nicht widersprechen:

Die mögliche Beteiligung von Nutzer am Bestimmungsverfahren von der Planungs- bis zur Betriebsphase und die Realisierung eines den Nutzerbedürfnissen entsprechenden Raums. Unter Berücksichtigung diese beiden übergeordneten Faktoren ist es möglich, dass alle Beteiligten anfangen beim Nutzer über den Bauherrn oder Fachmann bis hin zu den Behörden und öffentlichen Einrichtungen vom Beteiligungsverfahren profitieren.

Um diese beiden Aspekte gerecht zu werden, ist nicht nur die Gelegenheit zum Meinungs-austausch zwischen Nutzer und Architekten entscheidend, sondern es spielt auch die Entwurfsfähigkeit des Architekten eine große Rolle. Dass der Architekt die Wünsche der Nutzer schon während des Diskussionsprozess in räumliche Vorschläge umsetzt, anhand derer zusammen mit den Nutzern kritische Punkte festgestellt werden, um dann noch bessere Lösungsansätze zu finden, fördert einen interaktiven Entwurfsprozess. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt wie die von jedem Nutzer erwarteten verschiedenen "individuelle Räume" zusammen realisiert werden: das Thema "Anordnung der Zonen".

Selbstverständlich sollte man nicht vergessen, dass ohne kontinuierliche Beteiligung der Nutzer ein Ziel partizipatorischen Bauens nicht erreicht werden kann: das Ziel, das mitgestaltete Umfeld auch nach Fertigstellung des Gebäudes ständig in den Fokus der Nutzerbedürfnisse zu stellen, so dass dieses unter anderem von den Nutzern mitangepasst bzw. weiterentwickelt wird, die schon in den Planungsprozess involviert waren.

Betrachtet man die Formen der Zusammenarbeit von Nutzern und Architekten bleibt die Frage, auf welcher Art und Weise die Nutzer zusammen mit den Architekten die Räumlichkeit der Gesamtstruktur diskutieren sollen, weiter offen. Bei den in dieser Arbeit vorgestellten Beispielen lassen sich zwei Vorgehensweisen feststellen. Bei der einen wurde über das Konzept und die Räumlichkeiten abwechselnd diskutiert (STZ Enschede). Bei der zweiten wurde das Konzept ohne räumliche Diskussion entwickelt (FRS Tübingen, MCC Matsukawa und Chino CC). Dabei lässt sich keine Präferenz für eine Methode herauslesen. Bei allen Beispielen zeigten die Nutzer Verständnis für das gefundene Raumkonzeptes und entwickelten eine emotionale Bindung zu ihrem Gebäude. Allerdings fehlt hierbei eine genauere Betrachtung, die ein besseres Verständnis des Verhaltens der Nutzer ermöglicht. Diese Frage sollte bei der Entwicklung zukünftige partizipatorisch durchgeführter Bauprojekte im Fokus stehen.

Anhang

Anhang 1: Beispielfragebogen zur schriftlicher Befragung in der Tübinger Südstadt

1/2

Fragebogen für die wissenschaftliche Untersuchung:

Nutzerbeteiligung am Bauprozess bei sozialen und kulturellen Bauten, Beispiele aus Deutschland und Japan
-Methoden, Ergebnisse, Möglichkeiten und Grenzen- (von Pilyong Chong, Universität Stuttgart)

Name der Einrichtung:

[_____]

A. Fragen zur Einrichtung

A-1 Seit wann gibt es Ihre Einrichtung am jetzigen Ort? seit [_____]

A-2 Wurde das Gebäude speziell für diese Einrichtung errichtet oder umgebaut?

Neubau Umbau weder noch

A-3 Wer ist der Betreiber der Einrichtung? Wenn es mehrere Betreiber gibt, geben Sie bitte alle an. Bitte markieren Sie ob der Betreiber auch gleichzeitig Bauherr war.

Betreiber	Bauherr?
	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

A-4 Falls der Betreiber nicht Bauherr ist, wer war der Bauherr?

[_____]

A-5 Wurde Ihre Einrichtung am jetzigen Ort unter Beteiligung anderer gesellschaftlicher Organisationen oder Initiativen geplant? Ja Nein

A-6 Wenn ja, welche Organisation oder Initiative war beteiligt?

[_____]

A-7 Wurde das Bauen Ihrer Einrichtung durch öffentliche oder sonstige Mittel gefördert? Ja Nein

A-8 Ist die in A-7 genannte Förderung von baulichen Voraussetzungen abhängig? Ja Nein

A-9 Wird der Betrieb Ihrer Einrichtung durch öffentliche oder sonstige Mittel gefördert? Ja Nein

A-10 Ist die in A-9 genannte Förderung von bestimmten Voraussetzungen abhängig? Ja Nein

B. Beteiligung in der Konzeptions- und Planungsphase beim Neubau oder Umbau des aktuelle Gebäudes

(Beantworten Sie, Wenn Sie in Frage A-2 Neubau oder Umbau abgehakt haben.)

B-1 Waren neben den eigentlichen Planern noch andere Fachleute wie z.B. Pädagogen, Psychologen, Baubiologen, etc. an der Konzeptions- und Planungsphase beteiligt? Ja Nein

B-2 Gab es während der Konzeptions- und Planungsphase Möglichkeiten der Mitbestimmung durch die Betreiber, wenn sie nicht Bauherren waren? Ja Nein

B-3 Gab es während der Konzeptions- und Planungsphase Möglichkeiten der Mitbestimmung für die Nutzer (Zielgruppe) der Einrichtung? Ja Nein

C. Beteiligung in der Bauphase beim Neubau oder Umbau des aktuelle Gebäudes

(Beantworten Sie, Wenn Sie in Frage A-2 Neubau oder Umbau abgehakt haben.)

C-1 Waren die Betreiber oder Nutzer während der Bauphase beteiligt? (z.B. Eigenleistungen wie Bau der Außenanlagen, Streichen der Wände, etc.) Ja Nein

2/2

D. Beteiligung am laufenden Betrieb

D-1 Übernehmen die Nutzer (Zielgruppe) ein Teil der Tätigkeiten des Betreibers? (Z.B. Kita: Kochen durch Eltern)

Ja Nein

D-2 Wenn ja, um welche Tätigkeiten handelt es sich? Geben Sie bitte anhand der unten aufgeführten Skala ebenfalls an, wie oft die Beteiligung stattfindet.

a: täglich b: wöchentlich c: monatlich d: jährlich e: unregelmäßig (mehrmals) f: besondere Anlässe

Nutzer / Nutzergruppe	Tätigkeiten	Häufigkeit

E. Beteiligung bei anderen nachträglichen räumlichen Veränderungen

E-1 Haben sich seit der Fertigstellung des Gebäudes oder der Aufnahme des Betriebs Ihrer Einrichtung die Räumlichkeiten verändert? Ja Nein

E-2 Wenn ja, waren die Betreiber oder Nutzer an der Veränderung beteiligt? Ja Nein

E-3 Wenn ja, in welcher Form? (z.B. Hilfe beim Bau der Außenlagen, Streichen der Wände, etc.)

Von welchen Betreiber oder Nutzergruppe	In welcher Form?

F. Sonstige Anmerkungen

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

Anhang 2: Ergebnis der schriftlichen Befragung in der Tübinger Südstadt

1 Beteiligung an nachträglicher räumlicher Veränderung

Nr.	Einrichtung	BG Viertel	Bauherr	Betreiber	Gebäude		Mit G. Organisation
					seit	Bauart	
28	Kinderhaus Eugenstraße		Stadt	(Gleich)	2002	Umbau	x
31	Kinderhaus Kindervilla Alexanderpark	Stgterstr.	Stadt	(Gleich)	2009	Umbau	x
36	Kinderkrippe im Depot		gmbH	(Gleich)	2008	Neubau	x

2 Beteiligung seit Betriebsphase

Nr.	Einrichtung	BG Viertel	Errichter	Betreiber	Gebäude		Mit G. Organisation
					seit	Bauart	
20	Jugendhaus Pauline	Loretto	Stadt	(Gleich)	1972	Umbau	Sozialtherapeutische Gruppenarbeit
32	Kinderhaus Loretto	Loretto	Stadt	(Gleich)	2003	Neubau	Nachbar

3 Beteiligung seit Bauphase

Nr.	Einrichtung	BG Viertel	Errichter	Betreiber	Gebäude		Mit G. Organisation
					seit	Bauart	
4	Landestheater Tübingen		Land, Stadt	(Gleich)	1977	Umbau	Ministerium Wissenschaft.Kunst.
21	Musikwerkstatt Tübingen		Stadt	(Gleich)	1995	Umbau	x
25	Katholisches Kinderhaus Carlo Steeb		Kirchengemeinde	Kath. Gesamtkirchengemeinde Tübingen	1954	Umbau	x

4 Beteiligung seit Planungsphase

Nr.	Einrichtung	BG Viertel	Errichter	Betreiber	Gebäude		Mit G. Organisation
					seit	Bauart	
1	Schul- und Tanzsport zentrum	Loretto	zwei e. V. + Stadt	zwei Sport e.V.(Gleich und Zielgruppe)	1995	Umbau	zwei Schulen, Sportverband
9	Staatliches Seminar für Didaktik und Lehrerbildung		Staat	(Gleich)	2000	Umbau	x
23	Jugendraum Mixed-Up	Franz.	Stadt	(Gleich)	1997	Umbau	Jugendliche aus dem Viertel
29	Kinderhaus Galgenberg		Stadt	(Gleich)	1958	Neu, Um	x
40	Kinderhaus Französische Allee	Franz.	Stadt	(Gleich)	1999	Neubau	-
46	Grundschule am Hechinger Eck	Loretto	Stadt, Wohnbaugesellschaft	(Gleich)	1998	Neubau	Lehrerkollegium
12	Diakonisches Werk Tübingen		Kirchengemeinde	(Gleich)	1992	Umbau	x
13	Familien Bildungsstätte		Kirchengemeinde	Familie Bildungsstätte Tü e.V.(Mieter)	1995	Umbau	Ev.Gesamt.Tü, Ev. Bezirk Tü
34	Kinderladen Villa Kunterbunt	Franz.	e. V	(Gleich)	1993	Umbau	(Miet von Wohnbaugesellschaft)
35	Kindertagesstätte Wilde 13		e. V	Studentische Elterninitiative e.V.	2002	Umbau	x
42	KiTa Casa KiTaNa e.V.		e. V	Kinder- und Familienhaus Casa KiTaNa	2008	Umbau	x
45	Französische Schule Tübingen		Stadt	(Gleich)	1994	Umbau	Arbeitsgruppe aus Lehrer, Eltern

■ öffentlicher
■ privater
■ Kooperation zwischen
 priv. und öffent.

Voraussetzung		Beteiligung Konzept			Beteiligung		Veränderung
baulich	Betrieb	Fach.	Betreiber	Zielgruppe	Bau	Betrieb	
O	-	O	-	x	x	x	Betreiber, Fachkräfte: Wändestreichen, Raumgestaltung mit Möbel
O	O	O	-	x	x	x	Eltern: kleine Handwerksarbeit
O	O	x	ungenug	x	x	x	mit Eltern:Gartenumgestaltung:d

Voraussetzung		Beteiligung Konzept			Beteiligung		Veränderung
baulich	Betrieb	Fach.	Betreiber	Zielgruppe	Bau	Betrieb	
x	O	x	-	x	-	Jugendliche: Kochen:b ,Veranstaltungen(Kasse, Ausschank etc.):f ,Anleitung von Kursen:e ,Renovierungstätigkeiten:d ,Turnierleitung:e	Mitarbeiter: Planung u Durchführung von Renovierungen Jugendliche: Ideen für u Unterstützung bei Rnovierung ,Gestaltung der Außenwand(Graffiti)
O	O	O	O	x	x	Erzieher,Eltern,Kinder: Kochen:e Erzieher,Eltern:Renovierungsarbeit:e	Erzieher,Eltern: Rutschehügel Erzieher,Architekt: Anmalen Btreiber: Nebenraumschaffung, Schilddämmung, Dachterrasseumgestaltung

Voraussetzung		Beteiligung Konzept			Beteiligung		Veränderung
baulich	Betrieb	Fach.	Betreiber	Zielgruppe	Bau	Betrieb	
O	O	O	-	-	O	Spielgruppe:Leinentheater: c	Eingenleist.:Werkstatt
x	x	O	O	x	O	x	Betreiber:Streichen, Instandhaltung, Renovierung
x	O	-	-	-	O	Eltern:Wände streichen:e	x

Voraussetzung		Beteiligung Konzept			Beteiligung		Veränderung
baulich	Betrieb	Fach.	Betreiber	Zielgruppe	Bau	Betrieb	
O	O	O	O	O	O	Nein	Nein
O	O	O	-	O	x	x	x
O	O	O	O	O	O	Jugendliche: Renovieren:d ,Offnungszeiten:c ,Parties organisieren:e	Jugendliche: Planung und Gestaltung(Renovieren, Putzen)
-	O	O	-	O	x	Päd.Personal: Unterhaltung, Pflege Kläuter, Blumen:e	Päd.Personal: Wände streichen, Bepflanzung, Gartenbeeten
-	O	O	-	O	x	x	x
O	O	O	O	O	O	x	Erzieherin/Lehrerinnen/Eltern: Planung der Veränderung , Bestellung der Einrichtung , Einzug in Neue Räume
O	O	x	-	O	x	x	Betreiber(Architektinnen): Umbau Sanitär
x	O	x	O	O	x	x	x
O	O	O	O	O	O	KiLa:Gartenarbeit:a ,Renovierung:e ,Neuanlage Garten: f , Fassaden: f	Eltern:Wasserspielanlage Eltern,Erzieherinnen:Neugestaltung der Räume
O	O	O	O	O	O	Familien:Einkauf:b ,Mitarbeit Kita:b ,Garten:e ,Reparatur:e ,Betwäsche:b ,Weihnachtengel:d ,Notdienstplan:e	Eltern:Gartenhaus,Wändestreichen,Möbelabbaun
x	O	O	O	O	O	Eltern, Kinder: Zirkuswagen-Umbau: 4-5 x Jahr Eltern, Kinder: Wändetreiben :d Eltern: Konzeptionsänderung: 2-3 x Jahr	x
O	O	O	O	O	O	Eltern: Nachmittags AG: b Ehemalige Schüler: Nachmittags AG: b Eltern: Mittag Kochen (Bis Ganztagsbetrieb): b Schüler: sich um Tiere zu Kümmern: a	Erzieherin/Lehrerinnen/Eltern: Anbau für Ganztagsbetrieb: Planung Schüler: Anbau für Ganztagsbetrieb: WS Visionentwicklung Vertreter der Schule: Erweiterung zur Gemeinschaftsschule: Planung

Häufigkeit
a: täglich b: wöchentlich c: monatlich
d: jährlich e: unregelmäßig (mehrmals)
f: besondere Anlässe

Anhang 3: Fragenkataloge und Notizen bei der mündlichen Befragungen

21.5.2013
Pilyong Chong

Protokoll des Interviews

Projekt

Französische Schule in Tübingen

Name und Position des Befragten

Frau Jutta Baitsch : Mitgründerin, Ehemalige Lehrerin bis 2007, Vorsitzende des Fördervereins, Leiterin eines Schülerprojektes

Fragen

Q-0. Betrifft das Projekt

- Nachfrage neuer Schule in Französischem Viertel, Auszug des französischen Militärs, freigegebene Französische Schule
- Für neue (öffentliche) Schule wurde eine Arbeitsgruppe aus acht Lehrern und zwei Eltern gegründet.
- Frau Baitsch ist Mitglied des Lehrerkreises, in dem sich die Teilnehmer/Innen über das pädagogische Konzept von Celestin Freinet ausgetauscht haben. Sie kannten einander schon von dem Projekt gut.
- Konzept und Planung: Arbeitsgruppe, Stadt (Träger) und staatliche Schulbehörde (1992-94)
- Die Schule fing mit ihrem Betrieb als Grundschule an
- Die Arbeitsgruppe konnten ihre Visionen äußern, z.B.
 - 1) Altersgemischte Lerngruppen von 1. bis 3. Klasse
 - 2) Die Schule gemeinsam mit den Kindern zu entwickeln
 - 3) Starke individuelles Lernen
- Wünsche
 - 1) Nebenraum, die von zwei Gruppen genutzt werden
 - 2) Duschen für Lehrer
 - 3) Holzwerkstatt (ganz selten bei Grundschule)
 - 4) Druckerei
 - 5) Tiere (Ziegen) in der Schule zu halten
- Eigene Turnhalle wurde wegen zu wenig Budgets nicht realisiert (dann kam die Nachfrage zu TRZ)
- Die Lehrer haben Mitspracherecht bei der Auswahl neuer Kollegen

Q-1. Wer hat sich woran im Bauprozess beteiligt?

Erster Bauabschnitt : Umbau für Errichtung der Schule

- Beteiligte:
 - Planung: Arbeitsgruppe (Lehrer, zwei Eltern), Sozialpädagogen, Erzieher, Sonderpädagogin für behinderte Kinder (1992)
 - Bauen: Lehrer, Eltern und Schüler:

Betreiber oder Nutzergruppe	In welcher Form?
Lehrern, Eltern, Schülern	Schulhofgestaltung
Lehrern, Eltern, Schülern	Baumhaus
Lehrern, Eltern, Schülern	Renovierung (Streichen der Wände) Farbstoff wurde von der Stadt bezahlt
Lehrern, Eltern, Schülern	Möbel (Sammeln und Reparieren)

Zweiter Bauabschnitt : Erweiterung für Ganztagsbetrieb (1998-)

- Beteiligte:
 - Planung: Lehrer, Eltern, Stadt und staatliche Schulbehörde
- Entwicklung der Visionen gemeinsam mit Kindern im Workshop

Dritter Bauabschnitt : Erweiterung zur Gemeinschaftsschule (Räume für 5. und 6. Klassen)

- Beteiligte:
 - Planung: Vertreter der Schule, staatliche Schulbehörde und Stadt
- Wünsche des Elternkreises: Produktionsküche (Kochmöglichkeit als Lehrangebot für die Kinder)
- 7. bis 10. Klasse benutzen das Gebäude der Mörike Werkrealschule, die bald gelöst wird.
- Gleicher Architekt, wie bei der Erweiterung zum Ganztagsbetrieb, damit geht die Kommunikation zwischen Akteuren schneller ohne Problem voran.

Q-2. Wie ist die Zusammenarbeit mit den Fachleuten gelaufen?

- Architekt: w5 Planungsgesellschaft mbH (Bei Anbau für Ganztagsbetrieb(2.Schritt) und Anbau für Erweiterung zur Gemeinschaftsschule)
- Kommunikation : Konventionelles Baugespräch (Vorschläge mit Plänen, Model und Anpassung)

Q-3. Sind die Beteiligte aktuelle Nutzer?

- Nein, es ist nicht mehr das erste Lehrerkollegium.

Q-4. Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach die Zusammenarbeit in Planung und Bau mit den Nutzern (Betreiber und Zielgruppe der Einrichtung) auf den späteren Betrieb und die Nutzung der Einrichtungen?

- Vorteil : Einen zu engen Blick zu vermeiden, stattdessen mehrere Ideen zu finden

- Nachteil : keine

Q-5. Wie sieht der Raum aus, der unter dem Engagement von Nutzer neu- oder umgestaltet wurde? Wie wird er genutzt?

Nach der Erweiterung zum Ganztagsbereich:

- Aula wurde vergrößert und erweitert für Theater (Schwerpunkt dieser Schule), für Versammlungen und für das Essen die 5. und 6. Klassen.
- Materiallager, Klavier: Musikunterricht nach der Schule (15.30 Uhr), damit die Kinder für Musikunterricht nicht extra in die Stadt fahren müssen.

17.1.2012

Pilyong Chong

Protokoll des Interviews

Projekt

Französische Schule in Tübingen

Name und Position des Befragten

Frau Claudia Jung (w5 Planungsgesellschaft mbH) :Projektarchitektin

Fragen

Q-0. Betrifft das Projekt Französische Schule

Bauabschnitt : Erster Bauabschnitt 1994: Sanierung

Zweiter Bauabschnitt 2005: Erweiterung von Klassenräumen und eines Mehrzweck-
raums

Dritter Bauabschnitt (Planung 2012- / Bau 2014-2016) – Erweiterung der Mensa, der
Fachunterrichtsräume und Klassenräume für fünfte und sechste Klassen.

Bauherr : Universitätsstadt Tübingen

Architekt : Erster Bauabschnitt: Universitätsstadt Tübingen Hochbauamt

Zweiter Bauabschnitt: Ruoff + Wied GbR (Gründer der w5 Planungsgesellschaft mbH)

Dritter Bauabschnitt: w5 Planungsgesellschaft mbH

Q-1. Wie sind Sie an das Projekt gekommen? Über Wettbewerbsbeteiligung?

- Direktauftrag (Dritter Bauabschnitt)

Q-2. Wie ist das Projekt entstanden, bei dem Anwohner und Stadt gemeinsam an der Planung beteiligt waren?

- Die Beteiligung zukünftiger Lehrkräften an der Planung und intensiver Kooperationen mit Eltern beim Schulbetrieb seit Projektbeginn.
- Die Stadt hat die Eltern, Schüler/innen und Lehrkräfte in die Planung der Schulerweiterung einbezogen.

Q-3. Wie ist die Zusammenarbeit mit den Bewohnern und der Stadt verlaufen?

- Die Architektin moderierte einen Planungs-Workshop
- Vision formulieren: Jeder Teilnehmer/in hat aus dem Aspekt einer bestimmten Nutzergruppe die Vision für neue Schule entwickelt. („Roll playing“)
- Bisherige Nutzung prüfen und bestehendes Haus bewerten: Jeder Teilnehmer/in hat aus dem Aspekt einer bestimmten Nutzergruppe die bisherige Nutzungen geprüft und auf dem Grundriss des bestehenden Haus skizziert, was funktioniert und was noch fehlt.

- In dem Workshop wurde die Diskussion über die Gestaltung absichtlich vermieden und nur anhand von Flächen (Zonen) diskutiert, um erst das Konzept und die Struktur zu finden. Architektin hat vorgeschlagen, wie das Konzept und die Struktur unter dem vorgegebenen Raumprogramm und die bauliche Anforderungen realisiert werden können

Q-4. Welche Ergebnisse ergab der Workshop?

- 1) Sitzplätze in der Mensa: Nur die Sitzplätze für fünfte und sechste Klassen wurden angefordert. Die kleineren Kinder essen in den eigenen Klassenräumen, wie die Lehrer/innen es gewünscht haben. Dies wurde mit Hygieniker abgestimmt.
- 2) Cluster-Struktur: Die Idee der offenen Lernbereiche wurde von der Architektin vorgeschlagen und mit Lehrern und der Verwaltung des Sozialamts abgestimmt. Der großzügige Bereich wurde unter der Abstimmung mit der Stadt brandschutzmäßig als Nutzungseinheit genehmigt.
- 3) Verkleinertes Treppenhaus: Bisher wurden das Teile des Treppenhauses ab und zu als Spielecke oder Ausstellungsbereich genutzt, obwohl das nach Brandschutzaspekten nicht ideal ist. Deshalb wurde im Anbau ein kleines Treppenhaus eingebaut, das rein als Verkehrsfläche funktioniert. Das alte Treppenhaus wurde rückgebaut und es entstand eine Halle mit Unterrichtsräumen, da die Lehrer/innen die Bereiche für Spiel- und Ausstellungsmöglichkeit behalten wollten.

Argumente der Architektin:

- Mit Nutzern nicht über die Gestaltung diskutieren, sondern über das Konzept und die Struktur: Sie sehen nur Detail oder Form, wenn Pläne gezeigt werden.
- Daher läuft die Diskussion verbal und mit Flächen, die nach Nutzungsmöglichkeiten unterschiedlich eingefärbt sind.
- Partizipation braucht mehr Zeit für die Genehmigung, als für die Diskussion, weil aus den Gesprächen mit den zukünftigen Nutzern oft einzigartige Konzepte entstehen, für die viele ungewöhnliche Maßnahmen angewendet werden müssen.

30.1.2012

Pilyong Chong

Protokoll des Interviews

Projekt

Kinderhaus Loretto in Tübingen (Innenhof des Blocks 12 in Loretto-Areal)

Name und Position des Befragten

Frau Sonja Seifert : Leiterin und Erzieherin

Fragen

Q-0. Betrifft das Projekt

Q-1. Welche Idee für den Kinderspielplatz (der Nutzbereich des Kinderhauses) haben Sie vorgeschlagen und mitbestimmt?

- Die Befragte war nicht bei am Planungsprozess beteiligt.
- Nach der Bewerbung um die Stelle im Kinderhaus hat sie erstmals die Pläne bekommen.
- Ihre Chefin war als die Vertreterin des Kinderhauses bei der Planung dabei.

Q-2. Was haben sich die Bewohner im Block 12 für die Gestaltung des Kinderplatzes gewünscht?

- Spielzeug nicht nur für kleine Kinder im Kinderhaus (1-3 Jährige), sondern auch für die älteren Kinder der Bewohnern.
- Deshalb wurde das Spielzeuge für die kleinen Kinder auf dieDachterrasse gestellt, aber dort ist es zu eng für 55 Kinder und die Terrasse hat letztendlich zu wenig Platz für Pflanzen.

Q-3. Haben Sie in der Planung des Kinderhauses auch mit Bewohnern etwas mitbestimmt?

- Gemeinsame Nutzung des Treppenhauses mit den Nachbarn, um eine Treppe für einen Aufzug zu sparen (für behinderten gerechte Maßnahme, Essenverteilung und Fluchtweg).
- Gemeinsame Nutzung der Dachterrasse und des Bewegungsraums mit den Nachbarn unter folgenden Nutzungsregeln:
 - 1) Private Sache nicht stehen lassen
 - 2) Hunde verboten

Q-4. Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach die Zusammenarbeit in Planung und Bau mit den Nutzern (Betreiber und Zielgruppe der Einrichtung) mit Blick auf den späteren Betrieb und die Nutzung der Einrichtungen?

- Vorteile bei der gemeinsamen Nutzung mit den Nachbarn :

- Bei Problemen bei der Nutzung des Innenhofs kann das Kinderhaus die Nachbarn kontaktieren und sich gemeinsam mit dem Problem beschäftigen.
- Nachbarn können auf die Kinder aufpassen, die im Innenhof spielen.
- Die Verwaltung des Grünbereichs um den oval-förmigen Platz macht das Kinderhaus mit den Bewohnern im Block zusammen.
- Die Kinder spielen mit Schülern während der Schulferien.
- Bewegungsraum: Tägliche Nutzung durch das Kinderhaus. Vermietung des Raums am Montag- und Dienstagabend an Yoga-Kurse, russische Kochkurse, etc. für 5€/Stunde. Für die Verwaltung des oval-förmigen Spielplatzes und der Spielgeräte ist die Stadt/Kinderhaus zuständig. Die Bewohner haben Teile ihres Gartens für den gemeinsam genutzten Innenhof gegeben, deshalb können sie bei dessen Gestaltung und der Auswahl der Spielgeräte mitbestimmen.
- Jährliches Nutzertreffen von Kinderhaus und Bewohnern (früher 2 Mal im Jahr wegen vieler Aufgaben für die Entwicklung des Innenhofs).
- Gemeinsames Fest mit dem Kinderhaus und den Bewohnern.
- Zusätzliches Gespräch über die Nutzung des Kinderspielplatzes bei Elternsitzung im Kinderhaus.

Q-5. Wie sieht der Raum aus, der unter dem Engagement von Nutzer neu- oder umgestaltet wurde? Wie wird er genutzt?

- (wie im Q-4 erwähnt)
- Umgestaltung nach der Nutzung:
 - Sandkasten : Auffällige Umrandung, damit die Kinder außerhalb des Sandkastens nicht graben und somit die Wasserschutzschicht nicht beschädigt wird.
 - Zelte auf dem Platz zu sommerlichem Sonnenschutz.
 - Spielgeräte auf dem oval-förmigen Platz : Zusätzliche Spielgeräte für kleine Kinder.
 - Terrassenboden : Austausch des Belags durch rutschfesten Holzboden.
 - Bänke (Lagerkiste aufgestellt) gegen Absturzgefahr.
 - Rutsche : Durch die Initiative der Eltern wurde ein Hügel für eine längere Rutsche aufgeschüttet.
 - Ungehinderter Zugang (Süd-Ost): Nachträgliche Errichtung eines Zugangstors.

17.1.2012

Pilyong Chong

Protokoll des Interviews

Projekt

Kinderhaus Loretto in Tübingen (Innenhof des Blocks 12 in Loretto-Areal)

Name und Position des Befragten

Frau Dagmar Hedder : Landschaftsarchitektin

Fragen

Q-0. Betrifft das Projekt

- Bauherr: BGs Block 12 vertreten durch Herrn Sambeth, Herrn Fritz, Universitätsstadt Tübingen, Stadtсанierungsamt vertreten durch Herrn Markus Staedt
- Teilnehmer : Frau Derieder (Leiterin der Abteilung Kindertagesbetreuung der Universitätsstadt Tübingen)
- Architekt : Stötzer - Neher Landschaftsarchitekten Städteplaner Ingenieure(Projectleiterin : Dagmar Hedder)

Q-1. Wie sind Sie an das Projekt gekommen? Über Wettbewerbsbeteiligung?

- 3 Landschaftsarchitekturbüros wurden vorgeschlagen. Stötzer - Neher Landschaftsarchitekten wurde von der Innenhofgemeinschaft ausgewählt.
- Direktauftrag mit dem Landschaftsarchitektenbüro mit der Innenhofgemeinschaft.

Q-2. Wie ist das Innenhofprojekt entstanden, bei dem Anwohner und Stadt gemeinsam an der Planung beteiligt wurden, im Gegensatz zu dem Projekt Kinderhaus im Französischen Viertel?

- Bebauungsplan (Intension der Stadt).

Q-3. Wie ist die Zusammenarbeit mit den Bewohnern und der Stadt gelaufen?

- Pro Sitzung mit ca. 15 Teilnehmer/Innen: alle Bewohner im Block könnten teilnehmen.
- In der ersten Sitzung wurden die Anforderungen von Bauherren und der Vertreterin der Kindertagesbetreuung gesammelt.
- Ab dem zweiten Treffen wurde die Entwurfsidee der Landschaftsarchitektin vorgeschlagen, jedes Mal mit Model.
- Allerdings waren die Kinder und zukünftigen Mitarbeiter/innen des Kinderhauses nicht an der Planung beteiligt.

Q-4. Welche unterschiedlichen Wünsche der Bewohnern und der Nutzer des Kinderhauses wurden formuliert?

- Von Bewohnern: (Siehe Blatt)
- Von den Nutzern des Kinderhauses:(Siehe Blatt)
- Es gab aber Meinungsunterschied zwischen den im Planungsprozess beteiligte Vertretern, und der später einbezogenen, zukünftigen Leiterin: Die Leiterin wünscht sich das Spielzeug für kleinere Kinder, als die Vertreterin vorgesehen hatte.

Argument von der Landschaftsarchitektin:

- Für einen reibungslosen Nutzerbeteiligungsprozesse braucht man ein klares, starkes Konzept, eine Vision und sollte daran bis zum Ende festhalten.
- Ein Model ist wichtig für die Kommunikation mit dem Bauherrn: Laien können sich mit einem Modell einen Raum besser vorstellen.
- Durch Nutzerbeteiligung kann ein Architekt herausfinden, wovor die Nutzer bei einem Projekt Angst haben. Bei diesem Projekt z.B. vor dem Wasserfluss wegen Höhenunterschieden.

27.5.2013

Pilyong Chong

Protokoll des Interviews

Projekt

Tanzsport + Rock 'n' Roll Zentrum Tübingen

Name und Position des Befragten

Herr Uwe Schiebel : Mitgründer und Geschäftsführer

Fragen

Q-0. Über Ihre Einrichtung

- 1992-93 Planung und Vertragsphase
- 1994-95 Bauphase (Umbau/Sanierung)
- 1995-98 Entwicklung des Betriebssystem
- Nutzer :
 - Nutzer A: Verein TTC Rot-Gold und Verein RRSCT Turbo Turtles (Träger, Betreiber)
 - Nutzer B: Vier Schulen
 - Nutzer C: Reguläre Mieter : Qi-Gong, Zirkus, Jazzdance für Jugendliche, Ballet, Studententanzkreis, Hip Hop, Zumba, Wushu (Kampfsport), Kirchengemeinde
 - Nutzer D: Einmalig : Privatfeiern, wie Hochzeit (Russisch, indisch...), Unternehmer (Messen), Parteien (Parteitage) u.s.w.
- Hintergrund des Projektes
 - Eine Kfz Halle auf früherem Kasernengelände stand seit dem Abzug französischen Militärs 1991 leer.
 - Ein Projekt unter der Entwicklung der Tübinger Südstadt
 - Not der Stadt : Sporthalle für zwei Grundschulen, Sport- und Versammlungshalle in neuem Stadtteil
 - Not zweier Tanzvereinen : Fachliche Tanzhalle (es gibt keine Halle mit fachlicher Ausstattung in der Stadt.)

Q-1. Wer hat sich im Bauprozess woran beteiligt?

Betreiber oder Nutzergruppe	Woran?
Verwaltungsteam aus 5 Vertreter von zwei Tanzvereinen	Planung, Bau, Betrieb und Finanzierung
Stadt	Bau (Übernahme der Hälfte der Baukosten und nachträgliche Sanierung)
Zwei Tanzvereine, Verwaltungsteam, Mieter	Umbau, Renovierung: Dach- und Außenwandisolierung, Boden, Belichtung, Fenster,

	Sonnenschutzrollladen, KÜcheneinbau, Fliesen und Belüftung im Nassbereich, Spiegel, Werkstatt im Keller
Mieter	Allgemeine Pflege wie Putzen

Q-2. Welche konkreten Vorschläge haben Sie im Beteiligungsprozess für das Konzept oder die Räumlichkeiten Ihrer Einrichtung eingebracht? Wurden Ihre Vorschläge umgesetzt? Wenn ja, wie? Nennen Sie mir bitte zwei, drei Beispiele, die Sie für besonders wichtig halten.

- Wünsche: Fachliche Tanzhalle mit Flexibilität für Sondernutzung, Trainingshalle, professionelle Küchen und Bar für große Versammlungen, Turnhalle für Schulen, Geräte für Schulsport
- Besonderer Ort für Befragte (Geschäftsführer): Büro (Bau durch Eigenleistung)

Q-3. Wie ist die Zusammenarbeit mit den Fachleuten gelaufen?

- Architekt ist ein Vereinsmitglied.
- Sitzungen immer mittwochs in jeder Planungsphase.
- Anforderung der Stadt ist nur die Nutzung für Schule und Sportverbandkreis.
- Im Verein sind mehrere Professionelle: Sie haben mit ihren Fähigkeiten zum Bau und Betrieb beigetragen wie Finanzierungstechnik, Besorgung der Baumaterialien und Montage.

Q-4. Sind die Beteiligte noch aktuelle Nutzer?

- Vier des Verwaltungsteams (Koordinationsteam), außer dem Hausmeister sind es die gleichen Nutzer seit der Errichtung.

Q-5. Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach die Zusammenarbeit in Planung und Bau mit den Nutzern (Betreiber und Zielgruppe der Einrichtung) auf den späteren Betrieb und Nutzung der Einrichtungen?

- Wirtschaftliche Vorteile durch erbrachte Eigenleistungen
- Zuneigung und mehr Verantwortungsbewusstsein für das Gebäude. Bisher wird das Gebäude sehr gut behalten.
- Der Befragte selbst hat eine emotionale Bindung zum Gebäude und großes Verantwortungsbewusstsein.
- Nachträgliche Anpassung durch Wünsche und Verbesserung der Räumlichkeit (Versuch)
- Gute Beziehung mit und Verständnis von Nachbarn für Lärmbelästigung und Lärmschutzfunktion gegen Bundesstraße an der Südseite.

Q-6. Wie sieht der Raum aus, der unter dem Engagement von Nutzern neu- oder umgestaltet wurde? Wie wird er von wem genutzt?

- Ein Trainingshalle im Dachgeschoß und zwei Sport- und Tanzhallen
- Produktionsküche und Bar für Veranstaltungen in der Halle
- Geölte Böden für Sportbewegung
- Hoch gedämmt Wände an der Südseite und am Dach

- LED-Belichtung
- Spiegel für Trainings
- Großes Gerätlager hinter der Haupthalle
- Holzofentür aus alten Bauteilen im Treppenhaus zur Erinnerung an früheren Stand
- Zentralheizung
- Werkstatt
- Unterdecke auf dem Flur: Hängender Zeltstoff mit Feuerfestigkeit und Schallschreckfunktion
- Stühlewagen
- Umkleide funktioniert auch als Gardrobe bei Veranstaltungen
- Automatische Sonnenschutzrollladen
- Automatisiertes Schlüsselsystem

20.4.2011
Pilyong Chong

Projekt

Evangelische Gesamtschule in Gelsenkirchen

Name und Position des Befragten

Herr Dr. Martin Weyer – von Schoultz : Stellvertretende Schulleiter

Fragen

Q-0. Betrifft das Projekt

- Drei Schwerpunkt der Schule
 - 1) Schule als ein Ort der Begegnung für ein friedliches Zusammenleben von Heranwachsenden : die von Rot-Grün formulierte politische Aufgabe in den 90er, Notwendigkeit der interkulturellen Diskussion
 - 2) Schule als ein ökologischer Lernort: Dass die Schüler lernen, das ökologische System zu versorgen, ist heute ein noch wichtigeres Thema geworden, da die meisten Schüler in der Stadt wohnen, wo es weniger Bezug zur Natur gibt. Ein Beispiel der Lehrangebot im EGG ist dafür der Farber Garten im Kleingarten-Verein. Der Verein besitzt einen eigenen Garten und arbeitet mit Schülern daran, Farbstoffe aus Pflanzen zu bekommen. Bei einem anderen Lehrangebot lernen Schüler, durch Solarenergieanlage, wie viele Energie aus der Sonne produziert und in der Schule verbraucht wird.
 - 3) Stadtteilschule als kulturelles Zentrum: Schüler kommen gerne zur Begegnung in die Schule mit Heimatmosphäre. Im Stadtteil Gelsenkirchen-Bismarck wohnen viele Immigranten. Gute 1/3 der Schüler haben einen Migrationshintergrund. Heute kommt der Stamm der Schüler nicht nur aus der Türkei, sondern auch aus ehemaligen Ost EU-Ländern, wie Weißrussland, Ukraine, Polen. Die Schüler begegnen sich in der Schule und erfahren die kulturellen Unterschiede z.B. Esskultur und religiöse Hintergründe.
- Es gibt viele Netzwerke und Kooperationen, z.B. mit Kirchen, Kleingarten-Verein, Sportverein, Seniorenheim (Generationsverbindung), Musikschule, früherem Stadtbüro (Schalke-Nord und Bismarck), damit die Kinder ihren Stadtteil positiv wahrnehmen.
- Von Anfangs an gab es eine ganz enge Beziehung mit der evangelischen Kirche in Westfalen (Bauherr).
- Dieses Netzwerk ist kein Zufall, sondern ein Teil der Schulkultur (Schule als ein kulturelles Zentrum).
- Dafür gab es den Prozess, in dem die Lehrer, Schüler, Eltern und außerschulische Akteure mit Architekten eine Schule zusammen geplant und gebaut haben.
- Schüler und Lehrer haben ihre Klassenhäuser mitgeplant.

- Die Bewohner in den Siedlungen, die im IBA Emscherpark Projekt realisiert wurden, haben die Pyramide (Ausstellungshaus) mitgebaut.

Q1. Was hat die Erfahrung gebracht, eine Schule zusammen zu planen und bauen, für o.g. Schwerpunkte? Und für sonstige Aspekte?

- Eltern melden ihre Kinder sehr bewusst an dieser Schule an. Der Grund dafür ist äußere Architektur, der Lernumgang, die Transparenz bei der Gestaltung der Schulorganisation. Die Schule versucht intensiv, die Meinungen von Schülern und Eltern einzubringen und mit ihnen die Schule mitzugestalten. z.B. neues Konzept oder Unterrichtsform.
- Umgestaltung des Klassenraums: Wenn neue 5. Klasse in die Schule aufgenommen wird, gestalten sie mit Lehrern und Eltern ihren Klassenraum um, in dem sie bis zur 9. Klasse wohnen. („Neue Mieter“ des Klassenraums).
- Evangelische Gesamtschule in Gelsenkirchen ist eine Schule wo man mitmachen kann.

Q2. Haben die Klassenhäuser, die durch Partizipation von früheren Schülern gebaut wurden, immer noch Einfluss auf die aktuellen Schüler?

- Unterschied zwischen erste Generation und aktuelle Generation ist:
 - Erste Generation: Istwirklich stolz auf die von ihnen gebauten Klassenhäuser: Grunderfahrung
 - Aktuelle Generation: Anfangs wird die Schule national und international sehr beobachtet, aber Bismarck selber hatte eine skeptische Haltung an eine Schule der Kirche. Heute hat sich viel geändert. 2/3 der Schüler besuchen aus Bismarck (Radius 2km) die Schule, wegen des guten Rufs (kein Schüler ohne Abschluss).
- Wahrnehmung des Klassenraums durch die Schülern ist abhängig von Alter:
 - 5. Klasse: Raum zum Spielen, Toben oder sich Zurückziehen (Galerie).
 - 7. Klasse: Interesse an allem, auch außerhalb der Schule, trotzdem gilt die Schule als ihre Grundstein, Hintergrund.
 - 12. Klasse: Schülern sagen, dass sie sich gar nicht vorstellen können, in eine andere Schule zu gehen, weil die Wahrnehmung der Schule in dieser Schule und in anderen Schulen sehr unterschiedlich ist. Schüler, die auf andere Schulen, z.B auf Berufsschulen gehen, sagen, dass sie jetzt eine hässliche Schule besuchen.
- Man beschreibt diese Schule wie ein Dorf mit Marktplatz, Wirtschaft, Klassenhäuser: Schule als ein Lebensort.
- Was die Lehrer täglich bemerken ist, dass es in der Schule trotz 1000 Schülern und Lehrern ziemlich ruhig ist. Hier gibt es wirklich eine Lernraumatmosphäre.
- Mit der Qualität der Klassenhäusern wirkt ein pädagogisches System: Lehrer arbeiten auch im Klassenhaus neben Schülern, damit sie eine vernünftige Kommunikation mit den Schülern haben können. Die Folge ist, dass es bisher keinen Vandalismus in der Schule gab, obwohl keine besonderen Maßnahmen dazu durchgeführt wurde. Dies sollte etwas mit der Partizipation zu tun haben. Die Schüler nehmen durch den partizipatorischen Prozess ihre Schule ernst.
- Ein Phänomen der Absolventen dieser Schule ist, dass sie häufig als Praktikanten in die Schule

zurückkommen. Sie wollen selbst Lehrer werden.

- Eltern, die keine Kinder mehr in der Schule haben, engagieren sich oft weiterhin aktiv in der Schule im Förderverein.

Q3. Engagieren sich die Schüler, Eltern und außerschulischen Akteure nach dem Planen und Bauen auch noch in der Unterstützung des Schulprogramms, dem Schulbetrieb oder der Schulentwicklung?

- Unterstützung des Schulprogramms: Die Schule ist schon seit 12 Jahre in Betrieb und das Schulprogramm ist weit über die Felskonzeption gewachsen. Die Schule versucht heute, die Schüler noch aktiver zu machen, das Selbststudium zu steuern.
- Nutzung der Sozialstation:
 - Anfangs: Sozialzentrum (Beratung über Schulleben) im EG, Stadtteilbüro im 2 OG.
 - Heute: Sprachförderung im 1. OG (momentan nur für Schülern, aber zukünftig auch für Eltern), Elterncafé im 2. OG.

10.4.2013

Pilyong Chong

Protokoll des Interviews

Projekt

Stadtteilzentrum in Enschede

Name und Position des Befragten

Herr Theo Nagel : Präsident des Vereins Twentse Modelspoor Club TMC

Twentse Modelspoor Club

- Treffpunkt: Montag abends 35 Mitglieder, Donnerstags 15 Mitglieder

Fragen

Q-1. Ich habe mich durch Dokumente über das Projekt informiert und erfahren, dass die verschiedenen zukünftigen Nutzer von Anfang an in das Projekt sehr aktiv involviert waren. Dazu möchte ich Sie gerne zu Ihren Eindrücken der Beteiligung befragen.

1) In welchen Punkten sind Sie mit dem Prozess der gesamten Konzeption und Betriebsplanung bis hin zur Architektauswahl zufrieden?

- 2001 insgesamt 40 potenzielle Nutzergruppen (Vereine und Schulen)
- 2002 20 Nutzergruppen
- Zuordnung der Wünsche von Projektentwicklern
- Partizipation von Beginn an notwendig. Anfangs nur negativ wegen Zeitaufwand, aber das ist sehr effektiv, um zu diskutieren und herauszufinden, was wir brauchen.
- Dies ist heute noch notwendig, weil wir viele neue Nutzergruppen bekommen. Wir sollen mit ihnen wieder überlegen, was wir zusätzlich brauchen ("Fine tuning")

2) Was waren Punkte, die Ihrer Meinung nach eine große Beteiligung der Nutzer in dem Prozess der Zusammenarbeit mit den Architekten bis zur Gebäudefertigstellung erfordert haben?

- Besichtigung des Projektes durch Architekt
- Skepsis gegenüber Workshopablauf :
 - Warum mit Tonmodell arbeiten???
 - Entwurfsvorstellung des Architekten 6 Monate nach Beginn war nicht ganz nach unseren Vorstellungen. Außerdem waren die Pläne nicht detailliert genug und nicht überzeugend.
- Überarbeitung des Konzepts (Wunsch) durch weitere Detaillierung und Diskussion mit Architekten:
 - Lage : wir zeigen unser Freaky Hobby nicht im Keller, sondern im EG!
 - Ob eigene Toilette notwendig? : Anwesenheit nur 1 oder 2 Mal/Woche, deshalb gemeinsa-

me Nutzung mit anderen sinnvoller.

(Beide Punkte wurden von Architekt Peter Hübner thematisiert.)

- Die intensive Auseinandersetzung mit und die Impulse von Architekten sind doch unverzichtbar und wichtig, um die Vision heraus zu kristallisieren

Q-2. Warum oder wie konnten Sie trotz des komplizierten Raumprogramms mit den anderen Teilnehmern gemeinsam einen von allen akzeptierten Lageplan und gemeinsam genutzte Bereiche finden?

- Geld : Alle Nutzergruppen konnten nicht allein ihren jeweiligen Raum finanzieren.
- Positiv für gemeinsame Nutzung mit anderen Einrichtungen

Q-3. Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach die Zusammenarbeit in Planung und Bau mit den Nutzern auf den späteren Betrieb und Benutzung der Einrichtungen?

- Nachteil: Zeitaufwand, keine Unterstützung von Gemeinde für Betriebskosten. (Die Stadt hoffte auf einen eigenständigen Betrieb.)
- 2004 hat der Verein seinen bis dahin angemieteten Raum gekauft: Der Verein wollte einen eigenen Raum und die Gemeinde möchte nicht jedes Jahr finanzielle Unterstützung geben.
- Diese Mischung von Mieter und Eigentümer unter einem Dach ist nicht üblich in Holland (Das Projekt ist ein Pionierbeispiel dafür)
- Probleme wegen fehlenden Prozessmanagements nach der Fertigstellung, z.B. Registrierung von Telefon, Strom, Adresse
- Stimmverhältnis von Eigentümern : Woonplaats (Bauherr) 90%, Modellclub und EHBO 10%
- Vorteil : Monatliche Sitzung mit allen Nutzergruppen bis heute

Q-4. Bei dem Projekt steht Ihre Einrichtung mit anderen verschiedenen Einrichtungen in enger Beziehung zu einander. Welche Vor- und Nachteile gibt es Ihrer Meinung nach bei diesem Clusterprojekt?

- Vorteil :
 - Immer viele Leute in diesem Stadtteilzentrum und viele schauen im Modellclub vorbei.
 - Gute Ausstattung des Gebäudes, die viele verschiedene Aktivitäten ermöglicht.

Q-5. Welche konkreten Vorschläge haben Sie im Beteiligungsprozess für das gesamte Cluster oder die Räumlichkeiten Ihrer Einrichtung eingebracht? Wurden Ihre Vorschläge umgesetzt? Wenn ja, wie? Nennen Sie mir bitte zwei, drei Beispiele, die Sie für besonders wichtig halten.

- Großer Raum ohne Stützen
- Brüstungshöhe wurde auf 1,30m angepasst, entsprechend der Höhe der Modelleisenbahnstrecke

9.4.2013

Pilyong Chong

Protokoll des Interviews

Projekt

Stadtteilzentrum in Enschede

Name und Position des Befragten

Frau Hetty und Herr Gerrit Hannink : Vertreter der Kindertagesstätte

Fragen

Q-1. Ich habe mich durch Dokumente über das Projekt informiert und erfahren, dass die verschiedenen zukünftigen Nutzer von Anfang an in das Projekt sehr aktiv beteiligt waren. Dazu möchte ich Sie gerne zu Ihren Eindrücken der Beteiligung befragen.

1) In welchen Punkten sind Sie mit dem Prozess der gesamten Konzeption und Betriebsplanung bis hin zur Architektauswahl zufrieden?

- Die Befragten hatten schon von Anfang an ihre eigene Vision
- Die Stadt hat sehr gut angenommen, was die Nutzergruppen wollten. Außerdem hat die Stadt sehr gut über den Verlauf des Projektes informiert.

2) Was waren Punkte, die Ihrer Meinung nach eine große Beteiligung der Nutzer in dem Prozess der Zusammenarbeit mit den Architekten bis zur Gebäudefertigstellung erfordert haben?

- Den Beteiligungsprozess positiv angenommen
- Eltern und Mitarbeiter haben durch Workshops mit Puppen und Tonmodellen sehr viel über Architektur gelernt.
- Der Architekt Peter Hübner hat den Befragten vorgeschlagen, den Innenraum mit den Nutzern gemeinsam zu erarbeiten und den Außenraum hauptsächlich durch den Architekten gestalten zu lassen
- Die Farbe der Flurwände hat der Nutzergruppe nicht gefallen. Sie haben selber angestrichen und sind damit sehr zufrieden.

Q-2. Warum oder wie konnten Sie trotz des komplizierten Raumprogramms mit den anderen Teilnehmern gemeinsam einen von allen akzeptierten Lageplan und gemeinsam genutzte Bereiche finden?

- Alle Teilnehmer mussten die Erfahrung der Katastrophe hinter sich lassen. Gleichzeitig war das Projekt eine große Chance, eine gute Kindertagesstätte zu bauen.
- Es war notwendig, mit allen Nutzergruppen zu klären, wie sie beitragen können, das Projekt weiter zu entwickeln. Diese Kommunikation ist nach der Fertigstellung des Gebäudes heute noch wichtig.
- Diskussion: Was soll hier passieren.

- Alle Wünsche: Das Programm war anfangs offen. Das haben alle Nutzergruppen nach dem Austausch ihrer Wünsche gemeinsam entwickelt.

Q-3. Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach die Zusammenarbeit in Planung und Bau mit den Nutzern auf den späteren Betrieb und Benutzung der Einrichtungen?

- Großer Zeitauswand für Stadt und für Nutzer. Manche sind aus dem Projekt ausgestiegen.
- Gemeinde soll darauf vorbereitet sein, mitzugehen und die Nutzer zu unterstützen.
- Mangelhaft des Prozessmanagement : Stillstand während der Bauphase, kein Informationsfluss und auch kein Treffen nach der Planungsphase

Q-4. Bei dem Projekt steht Ihre Einrichtung mit anderen verschiedenen Einrichtungen in enger Beziehung zu einander. Welche Vor- und Nachteile gibt es Ihrer Meinung nach bei diesem Clusterprojekt?

- Cluster gut: Enge Beziehung mit anderen, immer verschiedene Leute im Stadtteilzentrum
- Kindertagesstätte nutzt Sporthalle mit, aber jetzt wird die Miete erhöht, dann kann es sein, dass sie die Sporthalle nicht mehr mietet.

Q-5. Welche konkreten Vorschläge haben Sie im Beteiligungsprozess für das gesamte Cluster oder die Räumlichkeiten Ihrer Einrichtung eingebracht? Wurden Ihre Vorschläge umgesetzt? Wenn ja, wie? Nennen Sie mir bitte zwei, drei Beispiele, die Sie für besonders wichtig halten.

- Jeder Gruppenraum hat eine durchsichtige Glaswand zur zentralen Halle hin und kleine Fenster zum Schlafraum.

(Sonstige Bemerkungen)

- Der Spielplatz sollte eigentlich größer sein.
- Ein Gruppenraum ist zu klein. (In Holland beträgt die Flächenvorgabe in Gruppenräumen mehr als 3,5 qm pro Kind)
- Nach 2 Jahren hat die Kindertagesstätte die Wohnungen und den Laden in Block 5 gekauft. Sie hat die Wohnungen umgebaut und benutzt sie als Schulhort.
- Viele Bewohner sind nach der Katastrophe nicht mehr in den Stadtteil Roombeek zurückgekehrt. Alle Stadtteilebezirke wurden neu aufgebaut. Frau Hannink fühlt sich in ihrer neuen Wohnung immer noch nicht zu Hause .
- Die Lage der Bushaltestelle ist wegen des vielen Verkehrs nicht ideal für Kinder. Die Nutzergruppe konnte die Lage der Bushaltestelle nicht mit Stadt abstimmen.
- Künftige Nutzung des leerstehenden Restaurants : Kommerzielle Nutzung wird in der Lage nicht mehr gewünscht, weil bisher schon 4 Mal gescheitert .

10.4.2013

Pilyong Chong

Protokoll des Interviews

Projekt

Stadtteilzentrum in Enschede

Name und Position des Befragten

Frau Linda Tukkers : Leiterin der Anna van Buren Schule

Frau de Groot : Lehrerin an der Anna van Buren Schule

Fragen

Q-1. Ich habe mich durch Dokumente über das Projekt informiert und erfahren, dass die verschiedenen zukünftigen Nutzer von Anfang an in das Projekt sehr aktiv involviert waren. Dazu möchte ich Sie gerne zu Ihren Eindrücken der Beteiligung befragen.

1) In welchen Punkten sind Sie mit dem Prozess der gesamten Konzeption und Betriebsplanung bis hin zur Architektauswahl zufrieden?

- Phase der Ideenentwicklung: Die Befragten haben anfangs noch nicht gewusst, was sie brauchen

2) Was waren Punkte, die Ihrer Meinung nach eine große Beteiligung der Nutzer in dem Prozess der Zusammenarbeit mit den Architekten bis zur Gebäudefertigstellung erfordert haben?

- Die Zusammenarbeit mit Architekt Peter Hübner sah anfangs schwierig aus, weil er schon einen Entwurf im Kopf hatte. Er hat aber auch viel aus dem Gespräch mit den Befragten gelernt, da die Unterschiede in der Schulkultur zwischen Deutschland und Holland sehr groß sind. Beispielsweise wird ein Spielplatz für Kinder an holländischen Schulen an einem Tag öfter genutzt und spielt eine größere Rolle im Vergleich zu deutschen Schulen
- Der Architekt hat im Diskussion oftmals gefragt, ob seine Vorschläge zu den Vorstellungen der Befragten passen.
- nicht gut:
 - Verschiedene Flurhöhen im Gebäude - Angst vor dem Fallen
- gut:
 - Eigene Toilette für jede Klasse
 - Außentreppe vor Eingang - anfangs Angst vor Vandalismus, aber bisher ist nichts passiert, wie von Hübner angenommen. Die Außentreppe ist von überall im Gelände sehr gut einsehbar, im Gegensatz zur Treppe vom Jugendclub, die an einem schattigen Ort liegt und wo bisher Vandalismus stattfand.

Q-2. Warum oder wie konnten Sie trotz des komplizierten Raumprogramms mit den anderen Teilnehmern gemeinsam einen von allen akzeptierten Lageplan und gemeinsam genutzte Bereiche finden?

- Alle teilnehmenden Nutzergruppen mussten die Erfahrung der Katastrophe hinter sich lassen. Gleichzeitig war eine große Chance, eine gute Schule zu bauen. Durch die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen, konnten sie eine gute Ausstattung des Gebäudes erzielen.
- Es gab auch große finanzielle Unterstützung für dieses Wiederaufbauprojekt.
- Natürlich hatten die Befragten Angst davor, ob sie durch die Zusammenarbeit mit so vielen Gruppen ihre Wünsche realisieren könnten Während des Beteiligungsprozesses haben sich Befürchtungen und Freude an der Zusammenarbeit abgewechselt. Das war spannend für die Befragten.
- Sehr wichtig: Architekt als Person gut zu kennen und zu verstehen
- Sie haben den Architekt Peter Hübner durch die langfristige Zusammenarbeit in Workshops mit Modellen und Detailgesprächen gut verstanden.
- Hübner machte nicht nur Vorschläge, sondern beobachtete, wie Lehrer und Kinder die Schulräume benutzten und hörte sehr aufmerksam ihre Wünsche an

Q-3. Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach die Zusammenarbeit in Planung und Bau mit den Nutzern auf den späteren Betrieb und Benutzung der Einrichtungen?

- Vorteil: Warme Atmosphäre im Gebäude. Um dies weiter zu behalten, müssen die Nutzer als Team weiter in Kontakt bleiben. In diesem Stadtteilzentrum kümmert sich de woonplaats (Betreiber) um die Kontaktpflege zwischen den Nutzergruppen.
- Identifikation: eigene Schule! Gegenteil vom Klassenzimmer einer Multischule, das sie nicht mitgeplant haben (Die Multischule wat anfangs als Wohnungsbau geplant).

Q-4. Bei dem Projekt steht Ihre Einrichtung mit anderen verschiedenen Einrichtungen in enger Beziehung zu einander. Welche Vor- und Nachteile gibt es Ihrer Meinung nach bei diesem Clusterprojekt?

- Vorteil : Synergie Effekte durch gemeinsame Nutzung
 - Gemeinsame Nutzung des Schulhofs mit anderen Schulen, um für beide einen möglichst großen Schulhof zu schaffen
 - Häufigere Theaterbesuche, da sich das Theater im selben Cluster befindet
 - Multischule: Puffer bei steigender Schülerzahl
 - Turnhalle
 - Kinder Bücherei in der Bibliothek
 - Aktivitäten nach der Schule: Musik, Spielen,,

Q-5. Welche konkreten Vorschläge haben Sie im Beteiligungsprozess für das gesamte Cluster oder die Räumlichkeiten Ihrer Einrichtung eingebracht? Wurden Ihre Vorschläge umgesetzt? Wenn ja, wie? Nennen Sie mir bitte zwei, drei Beispiele, die Sie für besonders wichtig halten.

- Lage: die Befragten haben sich erst einen allein stehenden Schulbau gewünscht, um eine stärkere Identifikation der Anna van Buren Schule zu erreichen. Sie haben jedes Mal im Workshops ihre Schule immer in die Mitte des Grundstücks allein stehend gestellt im Gegensatz zu dem Architekten, der sie wo anders hin platziert hatte.
- Zentrale Halle als Mittelpunkt der Schule : Alle gehen jeden Morgen durch diese Halle in ihre Klassenzimmer

(Sonstige Bemerkungen)

- Multischule: Die Räume wurden nicht aus Holz gebaut und führen damit zu wenig Atmosphäre und Fantasie im Gebäude
- Stadtteilzentrum auch Teil ihrer Identität: Ursprünglich war keine gemeinsame Nutzung der Turnhalle geplant, aber während der Nutzung entstand das Gefühl, als ob die Halle auch zur Schule gehört
- Wunsch: das geschlossene Restaurant soll wieder neu eröffnet werden

9.4.2013
Pilyong Chong

Protokoll des Interviews

Projekt

Stadtteilzentrum in Enschede

Name und Position des Befragten

Herr Evert Jan Veldman : Ehemaliger Vertreter des Pastorates

Huis van Verhalen (Pastorat „Nach Rampe“)

- bald nach der Katastrophe von Kirchen (evangelisch und katholisch) in Enschede gegründet
- Anfangs kleines Büro im Stadtteil Roombeek
- Einrichtung, wo Betroffene einfach vorbeikommen und im Gespräch mit den Helfern im Pastorat die Geschehnisse verarbeiten konnten.
- Mittlerweile eine Datenbank mit Informationen zur Katastrophe
- Angebot: Rundgang durch das Wiederaufbauggebiet.
- Nach der ersten Phase (5 Jahre bis zur Fertigstellung des Stadtteilzentrums) wurde das Pastorat in die Stiftung "Huis van Verhalen" umgestaltet.
- Durch viele Kunstprojekte mit Schülern Denkmale in Enschede realisiert.

Fragen

Q-1. Ich habe mich durch Dokumente über das Projekt informiert und erfahren, dass die verschiedenen zukünftigen Nutzer von Anfang an in das Projekt sehr aktiv involviert waren. Dazu möchte ich Sie gerne zu Ihren Eindrücken der Beteiligung befragen.

1) In welchen Punkten sind Sie mit dem Prozess der gesamten Konzeption und Betriebsplanung bis hin zur Architektauswahl zufrieden?

- Durch die Einladung von der Leiterin der Anna van Buren Schule spät ins Projekt eingestiegen (nach der Architektauswahl, seit 12. 2002)

2) Was waren Punkte, die Ihrer Meinung nach eine große Beteiligung der Nutzer in dem Prozess der Zusammenarbeit mit den Architekten bis zur Gebäudfertigstellung erfordert haben?

- Andere Nutzergruppe hatte bisherigen Betrieb, deswegen dachten sie eher Optimierung ihrer Aktivitäten und Räumlichkeiten in neuem Gebäude. Hingegen hatte das Pastorat bis dahin keinen eigenen Raum und deswegen sehr viele Wünsche und Träume. (vgl. die Wunschliste)
- Erster Workshop : 9 Personen von uns teilgenommen
- Die Zusammenarbeit mit dem Architekt Peter Hübner war sehr unkompliziert und wir hatten viel Spaß. Er hat immer gefragt, was wir wollen. Heute braucht ein Architekt nicht nur Bauingenieurwissen, sondern die Fähigkeit die Kommunikation mit den Nutzern zu moderieren.

- Das Programm des Pastorates war deutlich kleiner als andere Nutzungen. Hübner hat sich deswegen darum gekümmert, dass dieses kleine Programm nicht in die Ecke geschoben wird. Er hat z.B. beim Workshop stark empfohlen die Lage des Pastorates ganz nach vorne in die Mitte des Clusters als "Steuer(Kopf)" dieser Einrichtung zu platzieren.

Q-2. Warum oder wie konnten Sie trotz des komplizierten Raumprogramms mit den anderen Teilnehmern gemeinsam einen von allen akzeptierten Lageplan und gemeinsam genutzte Bereiche finden?

- Alle teilnehmenden Nutzergruppen mussten die Erfahrung der Katastrophe hinter sich lassen

Q-3. Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach die Zusammenarbeit in Planung und Bau mit den Nutzern auf den späteren Betrieb und Benutzung der Einrichtungen?

- Nachteil: keine

Q-4. Bei dem Projekt steht Ihre Einrichtung mit anderen verschiedenen Einrichtungen in enger Beziehung zu einander. Welche Vor- und Nachteile gibt es Ihrer Meinung nach bei diesem Clusterprojekt?

- Anfangs nicht gut mit anderen kommerziellen und professionellen Einrichtungen verstanden, aber nach dem Ablauf der Mitplanung einander gut verstanden.

Q-5. Welche konkreten Vorschläge haben Sie im Beteiligungsprozess für das gesamte Cluster oder die Räumlichkeiten Ihrer Einrichtung eingebracht? Wurden Ihre Vorschläge umgesetzt? Wenn ja, wie? Nennen Sie mir bitte zwei, drei Beispiele, die Sie für besonders wichtig halten.

- Die Lage des Pastorats zwischen der Eingangshalle und der Hauptstraße, damit Betroffene der Katastrophe einfach vorbeikommen und im Gespräch mit den Helfern im Pastorat die Geschehnisse verarbeiten können

9.4.2013
Pilyong Chong

Protokoll des Interviews

Projekt

Stadtteilzentrum in Enschede

Name und Position des Befragten

Herr Hennie Maartens : ehemals Projectbureau Wederopbouw PBW

Organisation

- PBW war ein neues Modell in Holland: kürzere Entscheidungswege und bessere Qualität der Ergebnisse
- Konventionell: Mehrere Schritte bis zur Entscheidung (Politik)

Auswahl des Architekten gemeinsam mit Nutzern (35-45 Personen)

- Ausschreibung / 49 Antworten von Architekten / Bei erster Abstimmungsrunde Auswahl von fünf Architekten / Referenzbesichtigung der fünf Architekten / Auswahl des Architekten für das Projekt

Fragen

Q-1. Das Gebiet des Wiederaufbauprojekts in Roombeek wurde in mehrere Quartiere aufgeteilt. Wurden die anderen Quartiere ebenfalls unter aktiver Miteinbeziehung der zukünftigen Nutzer geplant und gebaut wie beim Stadtteilzentrum Roombeek?

- Bei Masterplan haben wir auch Workshop durchgeführt: Vorschlag von Pi de Bruijn in einer öffentlichen Versammlung / Alle Bürger sind eingeladen und sie konnten über den Vorschlag abstimmen / Kinder haben auch aus LEGO ihren Stadtteil gebaut und das Ergebnis hat de Bruijn für den Masterplan genommen.
- Partizipation bei anderen Quartieren: z.B. beim Quartier neben dem Stadtteilzentrum haben die Bewohner mit der Stadt zusammen das Konzept entwickelt und drei Architekten ausgewählt. Beim Kulturzentrum hat die Stadt auch mit 8 Künstlern zusammen gearbeitet.

Q-2. Welche Vor- und Nachteile hat nach Ihrer Meinung die Zusammenarbeit in Planung und Bau mit den Nutzern auf den späteren Betrieb und Benutzung der Einrichtungen?

- Das Projektziel der Stadt: Ein Ort, der lebendig ist und an dem immer etwas los ist.
- Dafür ist Partizipation notwendig, weil wir alle Wünsche von allen Leuten im Prozess mit berücksichtigen sollen: Intensive Diskussion über Programm (Aktivität)
- Solche partizipative Diskussion über Aktivitäten findet heute noch bei jedem Projekt in Enschede statt.

- Partizipation fordert höheren Zeitaufwand am Anfang des Projektes, aber folgende Prozesse sind kürzer. Man spart insgesamt Zeit im Vergleich zum konventionellen Vorgehen.
- Projekt wird billiger.
- Die Teilnehmer machen seriös mit, Diskussion bis gute Resultate gefunden sind.

Q-3. Welche Vor- und Nachteile hat nach Ihrer Meinung die Zusammenarbeit in Planung und Bau mit den Nutzern auf den wieder aufgebauten Stadtteil in Enschede?

- Respekt gegenüber gebautes Quartier / Gebäude von Nutzern / Einwohnern
- Als psychologisches Heilmittel wurde empfohlen, dass die Nutzer ihren Stadtteil mit aufbauen, um dadurch das Trauma der Katastrophe besser zu verarbeiten.

Q-4. Was sollte/soll zur weiteren Entwicklung des Stadtteilzentrum Roombeek verbessert werden?

- Manchmal ist es schwierig, mit Nutzern regelmäßig zu treffen
- Vertrauen zu Nutzer: eine Landschaftsarchitektin hat mal nicht mit Nutzern, sondern konventionell fachlich schnell geplant. Ihr Vorschlag wurde von den zukünftigen Nutzern nicht akzeptiert. Sie hat danach erneut mit den Nutzern geplant : Zeitaufwand!
- Entweder ein Planungsprozess mit Nutzern oder vollständig ohne Nutzer

Q-5. Wurde Ihre Entwicklungsmethode in Roombeek auf andere Projekte angewandt?

- Die Projekte „Herz des Viertels“ in Enschede : von Bauunternehmer realisiert

(Sonstige Bemerkungen)

- Vertrauen: Nutzer sind kompetenter als angenommen
- Ausnutzung des Raums: es finden immer Aktivitäten statt / Programm mit gemeinschaftlicher Nutzung

9.4.2013
Pilyong Chong

Protokoll des Interviews

Projekt

Stadtteilzentrum in Enschede

Name und Position des Befragten

Herr Evert van den Beld : De Woonplaats Prismare (das Stadtteilzentrum) Betreiber

Betrieb

- Woonplaats ist Eigentümer von Wohnungen für Behinderte und Ältere(Block 1), Wohnungen und Apartments(Block4), Schulen und Jugendclub(Block2,3,4) und sozio-kulturelle Einrichtungen(Block4)
- Modelleisenbahnclub(in Block4) und Kita(Block 5) haben später einen eigenen Raum gekauft.
- Alle anderen Gruppen mieten ihren Raum von Woonplaats.
- Eigentümer: Woonplaats, Modelleisenbahnclub und Kita
- Hauptmieter: Vereine, Schulen, Jugendclub, Stiftungen und Wohnungsmieter
- Untermieter: Kurzfristige Nutzung der Einrichtungen
- Eigentümer muss für Vermietung oder Verkauf des Raums Zustimmung von Woonplaats einholen.
- Miete: Normale Tarife und Ermäßigungen bei Nutzung für soziale Zwecke
- Überlagerte Nutzung der Räume unter Zustimmung von Hauptmieter
- Gespräch für temporäre Nutzung mit allen Nutzergruppen (Haupt- und Untermieter) wöchentlich
- 300 000 Euro Umsatz pro Jahr durch externe Vermietung
- Kunst, Dekoration in Prismare von Künstlern, die in Enschede arbeiten
- Änderung: Marokkanische Gruppe aus und Volkshochschule eingezogen

Fragen

Q-1. Welche Vor- und Nachteile hat nach Ihrer Meinung die Zusammenarbeit in Planung und Bau mit den Nutzern auf den späteren Betrieb und Benutzung der Einrichtungen?

- Gut für späteren Betrieb: Gemeinsame Sitzung mit allen Nutzergruppen für weiteren Betrieb verläuft ohne Problem, weil Kerngruppen seit der Anfangsphase durch den Prozess des gemeinsamen Planens und Bauens einander sehr gut kennen.

Q-2. Was sollte/soll zur weiteren Entwicklung des Stadtteilzentrums Roombeek verbessert werden?

- Wir prüfen und aktualisieren mit allen Nutzergruppen jährlich das Programm und den Betrieb

Q-3. Wurde Ihre Entwicklungsmethode in Roombeek auf andere Projekte angewandt?

- Stroninkhaus (Eines von drei Projekten „Herzen des Viertels“) : Programmentwicklung
- Velve-Lindenhof (Eines drei Projekten „Herzen des Viertels“) : 2 Schulen, Kita, Vereine + Park

10.4.2013
Pilyong Chong

Protokoll des Interviews

Projekt

Stadtteilzentrum in Enschede

Name und Position des Befragten

Herr Johan Oude Breuil : Projektentwickler bei De Woonplaats für andere Projekte nach dem Wiederaufbau von Roombeek

Woonplaats

- Housing association (Developer)
- Drei Abteilungen: 1. Housing, 2. Education, 3. Social safety (Analyse "Hot spot" in a district)
- Participation: Making "neighbourhood/community"(Enjoy out side of House)
- "Talking with people": Z.B. Small office in project district
- Level of participation: Inform < Dialogue < Cooperation < Decision-making
- People get more energy for Project through higher level of participation

Projekte

1) Redevelopment of housing district (Rental Apartment)

- Sozial schwaches Gebiet mit vielen leeren Wohnungen
- Bewohner: Mieter
- Aufgabe von Woonplaats: soziale Entwicklung und bessere Qualität des Lebensraums erzielen
- Integrierung der Mieter in dem Entwicklungsprozess
- Methode der Partizipation: 1. Umfrage (Wunsch und Stand), 2. Design Workshop mit Knetmodellen wie plus+ bauplanung GmbH (80 Bewohner)
- Fachliche Analyse des Ergebnisses der Partizipation (Anforderungen der Bewohner)
- 100 Bewohner ausgezogen und letztendlich 150 geblieben
- 7 Blocks renoviert und 60 Blocks neu gebaut (150 WE von 220WE passiv-standard)
- Katalog der Wohnungstypen erstellt (Standard und Optionen)

2) Velve-Lindenhof (Eines von den Projekten „Herz des Viertels“) (ähnlich wie das Stadtteilzentrum Roombeek)

- 2 Schulen, Kita, Vereinsräume + Park
- "Scherett" Design Workshop von Studentengruppe der Paris Ecole de Bozar : Sammlung von "neighbourhood opinion". Studenten mit ihren Skizzen auf dem Grundstück. Die Leute, die zufällig vorbei gekommen sind, wurden nach ihren Meinungen über die Skizzen gefragt.

- 2-tägiger Workshop mit zukünftigen Nutzern (65 Personen) : 2 Schulen wollten jeweils einen eigenen Spielplatz. Das Grundstück war dafür zu eng. Vorschlag der Eltern: die Schulen könnten gemeinsam einen großen Spielplatz nutzen.
- Programmbestimmung: 2 Vorschläge von Architekten nach der Versammlung. 200 Leute wurden eingeladen und haben ihre Stimme abgegeben. Ein Vorschlag wurde ausgewählt.
- Architektenauswahl von Nutzergruppen nach Besichtigung von Projekten der gelisteten vier Architekten für den Gebäudeteil und von drei Landschaftsarchitekten für den Park (wie beim Stadtteilzentrum Roombeek)
- Weitere Zusammenarbeit mit ausgewählten Architekten und Landschaftsarchitekten
- kein langer Prozess, sehr interaktiv: Es ist wichtig, von Anfang an mit Nutzern zusammen zu arbeiten, dann entsteht eine gemeinsame Lösung und gegenseitiges Vertrauen.

3) Miethäuser

- Interessensgruppe wählt selbst einen Architekten und eine Baufirma aus und plant und baut eigenständig mit ihnen
- Woonplaats bietet nur das Budget an
- Die individuell gestalteten Wohnungen werden stark nachgefragt Bewohner sind kompetenter als angenommen , Wohnungen werden nicht unvernünftig konzipiert. (Ausnahme zum Verkauf schwierig, aber als Mietobjekt eher attraktiv.)

19.08.2013

Pilyong Chong

Protokoll des Interviews

Projekt

Multi cultural center in Matsukawa

Name und Position des Befragten

Herr Wataru Yamada : Mitarbeiter des Betreibers, Bildungsausschuss der Stadt

Fragen

Q-1. Entstehung des Projektes mit Bürgerbeteiligung

- Bürgerbefragung im Rahmen des fünften Stadtentwicklungsprogramms von 1998 in Matsukawa : Bedarf eines Kulturzentrums
- c.a. 10,000 Einwohner in Matsukawa, längste durchschnittliche Lebensdauer
- Der vorhandene Bürgersaal und die Mehrzweckhalle waren veraltet und ein Neu- oder Umbau war notwendig
- Planungsausschuss aus Mitgliedern der Verwaltung, Abgeordnete und Experten (aus kulturellen Einrichtungen) der Stadt : Unmut über die beschränkten Nutzbarkeit des neuen Gebäudes - ein starkes Interesse an der Zusammenarbeit mit zukünftigen Nutzer bei Planung, Bau und Betrieb
- Besichtigung des Projektes in Kawanishimachi, Präfektur Niigata – Entwurfsauftrag an den dortigen Projektarchitekten Prof. Fumio Uchida für das Multi cultural center in Matsukawa
- Uchida bezog Prof. Masaharu Ito als Koordinator des Bürgerbeteiligungsprozesses in dieses Projekt mit ein.
- Workshop : 7 Mal während der Planungsphase seit Dezember 2002 (100 Teilnehmer beim ersten Workshop und 50 Teilnehmer beim letzten Workshop)
- Diese 50 Teilnehmer beteiligten sich weiter an der Betriebsplanung und engagieren sich auch nach der Fertigstellung als freiwillige Helfer in der Betriebsführung.

Q-2. Gibt es Räume, die nach der Fertigstellung umgestaltet wurden oder anders als ursprünglich geplant genutzt werden?

- Teppich im Eingangsbereich : Anfangs als Schmutzfang bei Schnee eingeführt, bleibt dieser über das ganze Jahr.

Q-3. Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach die Zusammenarbeit in Planung und Bau mit den Nutzern (Betreiber und Zielgruppe der Einrichtung) auf den späteren Betrieb und Benutzung der Einrichtungen?

- Freiwillige Helfer/Innen beim Betrieb des Großen Saals, der Bibliothek, der Küche und des

Gartens : In von der Stadt organisierten Kursen sollten die Bürger in Themen wie die Nutzung der Technik, der Küche oder Gartenpflege geschult werden. Ziel war die Möglichkeit, dass Veranstaltungen von den Bürgern eigenständig durchgeführt werden können. Direkt nach Fertigstellung des Baus gab es etwa 100 Freiwillige, momentan sind es noch etwa 70.

- Weitere Ausstattungs- oder Einrichtungsgegenstände (z.B. Beleuchtung für den Saal etc.) : auf Nachfrage der Benutzer erworben. Die Stadt hat den gelungenen Betrieb des Kulturzentrums über die vergangenen 2-3 Jahre beobachtet und je nach Notwendigkeit finanziell unterstützt.
- Hausmeister : Vom Freiwilligen zum Festangestellten
- Als der Befragte aktueller seiner Stelle antrat, waren freiwillige Helfer/Innen noch nicht tätig. Kein Rahmen, in dem sich die Teilnehmer durch Workshops weiterhin aktiv am Betrieb des Zentrums beteiligen konnten. Daraufhin setzte sich der Verwalter mit den freiwilligen Helfer/Innen zusammen, was zur Folge hatte, dass Vorschläge für Veranstaltungen und Projekte den Entscheidern präsentiert wurden.

Q-4. Gibt es einen besonderen Ort für den Befragten?

- "Mametti Room" (Mehrzweckraum) : Ohne Buchung von allen nutzbar. Anfangs gab es Probleme, da Kinder im Raum zu laut waren oder eine Gruppe den Raum sehr lang besetzt hat. Heute achten die Nutzer auf gegenseitige Interessen und der Raum wurde bisher problemlos genutzt. ("Mametti" heißt "in Schwung kommen" und ist Matsukawa-Dialekt.)

Q-5. Hat die Art dieses Projektes andere Projekte beeinflusst?

- Ruinenpark neben dem Chihiro Art Museum in der Stadt Azumino, Präfektur Nagano (Architekt : Hiroshi Naitou)
- Häufige Besichtigungen von anderen Stadtverwaltungen, die solches Bauprojekt mit Bürgerbeteiligung planen oder Schwierigkeiten mit dem Beteiligungsprozess eines laufenden Projekts haben.

19.08.2013

Pilyong Chong

Protokoll des Interviews

Projekt

Chino cultural complex

Name und Position des Befragten

Herr Tsujino Takayuki : Leiter der Betreiber AG

Fragen

Q-1. Entstehung des Projektes mit Bürgerbeteiligung

- Entwicklungspolitik der Stadt Chino : Stadtentwicklung durch Zusammenarbeit zwischen Stadt und Bürger
- Bahnhofumgebung: Durch Fußgänger kaum frequentierte Fläche aufgrund von hohem Verkehrsaufkommenautomobilen Gesellschaft
- 56,000 Einwohner in Chino :
 - Die Stadt ist so klein, dass politische Entscheidungen des Stadtrates schnell in die Tat umgesetzt werden können.
 - Die Verwaltung ist groß genug, um anschließend Projekte auf die Beine zu stellen.
- Die bestehende Stadthalle : alt und Bedarf eines Neubaus
- Kunstmuseum - alt und Bedarf eines Neubaus
- Bedarf von Bürgern : Ein Ort, wo die Bürger sich mit kreativen Aktivitäten beschäftigen können
- Damaliger Bürgermeister hat früher bei Sony gearbeitet. Aus wirtschaftlicher Sicht wollte er für seine Stadt eine starke „Identität“ schaffen. Daher hat er große Hoffnungen auf das Kulturzentrum gesetzt und sich für dieses Projekt von Anfang an eine intensive Zusammenarbeit mit den Bürgern gewünscht.
- Unter diesen verschiedenen Bedingungen wurde die Bürgerbeteiligung am Projekt des neuen Kulturzentrums realisiert.

Q-2. Zusammenarbeit mit Architekten

- Planungsausschuss bestehend aus der Stadtverwaltung, Experten (Kunst, Theater u.ä) und Vertretern der Bürger schon in der Phase der Ideenfindung im Jahr 1994 aufgestellt
- Planung mit Architekten : Wahl eines Architekturbüros auf Vorschlagbasis
- Der Architekt Nobuaki Furuya wurde ausgewählt und nach seinem Vorschlag entstand das Grundkonzept der Raumstruktur : Verbindung des Westeingangs der neuen Stadthalle mit dem Bahnsteig des angrenzenden Bahnhofs. Besucher laufen im Gebäude über den Saal und das Kunstmuseum bis zum Ausgang in die Stadt.

- Kommunikation mit Architekten : Durch Präsentationsmodelle im Maßstab 1/50; bei der Prüfung des Anstiegs der Bestuhlung im Saal in Originalgröße

Q-3. Gibt es Räume, die nach der Fertigstellung umgestaltet wurden oder anders als ursprünglich geplant genutzt werden?

- Änderung kurz vor Einweihung :
 - Die Teilnehmer erkannten erstmals Unterschiede zwischen ihren Vorstellungen und der tatsächlichen Umsetzung während der Bauarbeiten.
 - Fertigstellung im Juli 2005 und Einweihung im Oktober 2005
 - Der Anstieg der Bestuhlung im Saal : nicht steil genug und wurde anders ausgeführt als geplant
 - Der Eingang des Kunstmuseums : zu eng, deswegen wurde der Durchgang zum Eingang verbreitert und eine größere Tür eingebaut.
- Umbaumaßnahme in der Betriebsphase :
 - Umgestaltung eines Studios in ein Büro für „Support-C“, eine Non-profit-organization (NPO)“

Q-4. Welche Vor- und Nachteile hat Ihrer Meinung nach die Zusammenarbeit in Planung und Bau mit den Nutzern (Betreiber und Zielgruppe der Einrichtung) auf den späteren Betrieb und Benutzung der Einrichtungen?

- Durch den Beteiligungsprozess in der Gebäude- und Betriebsplanung wurde eine für den Betrieb der Einrichtung verantwortliche Aktiengesellschaft (AG) gegründet.
- Programmkommission : Teilnahme der Bürger in der Phase der Überprüfung neuer Projektvorschläge des Kulturzentrums
- Unterstützung weiterer Beteiligung mit zwei Organisationen:
 - AG (Betreiber) – Beratung des Programm und Betrieb
 - NPO (Ehemalige Mitglieder des Planungsausschusses) – Ansprechpartner für Nutzergruppen und Unterstützung bei der Durchführung von Projekten im Kulturzentrum
- 20 bis 23 Projekte im Jahr aus 60 Projektvorschlägen. Die Hälfte davon wird von der AG organisiert und übrigen übernimmt die NPO.

Q-5. Gibt es einen besonderen Ort für den Befragten?

- Der verglaste Flur über dem Ausstellungsraum: Die Räume in dem Kulturzentrum sind transparent und alle Aktivitäten sind auch aus Nebenräumen einsehbar. Die Zugänglichkeit wurde unter Berücksichtigung verschiedener Nutzungen geplant, wie dieser Flur. Man begegnet in diesem Kulturzentrum unerwartet verschiedenen Aktivitäten.

Q-6. Hat die Art dieses Projektes andere Projekte beeinflusst?

- Nicht eingefallen
- Vorbild eines solchen Projektes mit Bürgerbeteiligung ist das Public theatre in Setagaya (Tokyo)

Q-7. Nutzung der Räume

- Saal
 - Sitzreihen sind verschiebbar mit Luftkissenfahrzeug
 - Flexibler Grundriss (Lage der Bühne und Sitzplätze)
 - Maximal 500 Personen (nur Stehplätze)
 - Die Wand zum Foyer kann geöffnet werden, somit können Saal, Foyer und Innenhof für große Veranstaltung einheitlich genutzt werden.
 - Eine solche besondere Nutzung findet erst statt, wenn der Experte es vorschlägt und die Bürger diesen Vorschlag nachvollziehen können. Ohne Expertenmeinung klappt die Zusammenarbeit mit den Bürgern nicht.
- Kunstmuseum
 - Dauerausstellung und Möglichkeit für Bürger ihre Kunstwerke auszustellen
 - Im Moment findet eine Sonderausstellung statt. Dafür wurden die zwei Räume zu einem großen Raum umgestaltet

Literaturverzeichnis

Literaturverzeichnis der Titel in deutscher, holländischer und englischer Sprache

- ALEXANDER, C. (2002). *The Nature of Order* Vol. 2. Berkeley: Center for Environmental Structure.
- ALEXANDER, C. (2005). *The Nature of Order* Vol. 3. Berkeley: Center for Environmental Structure.
- ALEXANDER, C. (2004). *The Nature of Order* Vol. 4. Berkeley: Center for Environmental Structure.
- Architektenkammer Baden-Württemberg. (19. 4 2011). Auszeichnungsverfahren "Tübingen 2001 - 2004" Innenhof Block 12 - Außenanlagen KITA Loretto West . Abgerufen am 16. 12 2011 von <http://www.akbw.de/architektur/beispielhaftes-bauen/praemierte-objekte/detail/objekt/innenhof-block-12braussenanlagen-kita-loretto-west.html>
- Architektenkammer Baden-Württemberg Kammergruppe Tübingen/Universitätstadt Tübingen. (2007). *planen-bauen-leben Baugemeinschaften in Tübingen*. Tübingen.
- ARNSTEIN, S. R. (1971). A ladder of citizen participation. *Journal of the Royal Town planning Institute* .
- ATTESLANDER, P. (2010). *Methoden der empirischen Sozialforschung* (13. Aufl. Ausg.). Berlin.
- Bürgermeisteramt Tübingen. (2. 11 2005). Abschlussbericht Kinderhaus. Abgerufen am 2. 3 2014 von https://www.tuebingen.de/ratsdokumente/2005_304.pdf
- BAIER, A., MÜLLER, C., & WERNER, K. (2013). *Stadt der Commonisten - Neue urbane Räume des Do it yourself*. Bielefeld.
- BLUNDELL JONES, P. (2007). *Peter Hübner -Building as a social process*. Stuttgart/London.
- BLUNDELL JONES, P. (2005). Sixty-eight and after. In P. BLUNDELL JONES, D. PETRESCU, & J. TILL, *Architecture & Participation* (S. 127-139). London/New York.
- BOHNING, I. (1981). „Autonome Architektur“ und „partizipatorisches Bauen“- Zwei Architekturkonzepte. Basel.
- Change (ein Magazin der Bertelsmann Stiftung) . (2 2011). Spiegel Online. Abgerufen am 1. 5 2014 von <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bertelsmann-studie-buerger-draengen-an-die-macht-a-767978.html>
- CHONG, P. (2013). User participation in the building process of social and cultural facilities - Examples from Germany and Japan. In I. i. 2013, *Book of proceedings -Abstracts* (S. 239-241). Spain.
- DÜRR, S., KUHN, G., & SIMON-PHILIPP, C. (2012). *Räume zum Leben – Strategien und Projekte zur Aufwertung des öffentlichen Raums*. Stuttgart.
- DE CARLO, G. (1969). *Architecture's public*. In P. BLUNDELL JONES, D. PETRESCU, & J. TILL, *Architecture & Participation* (S. 3-22). London/New York.
- FELDTKELLER, A. (. (2001). *Städtebau: Vielfalt und Integration*. Stuttgart/München.
- FELDTKELLER, A. (. (2012). *Zur Alltagstauglichkeit unserer Städte – Wechselwirkungen zwischen Städtebau und täglichem Handeln*. Berlin/Tübingen.
- FEZER, J., & HEYDEN, M. (2004). *Hier Entsteht -Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung*. Berlin.
- Französische Schule Tübingen. (2008). *Die Schule im Quartier Lernen-Erfahren-Entdecken*. Tübingen.
- GÖSCHEL, A. (31. 10 2011). Einführung zu dem Thema "Gemeinschaftliches Wohnen".

- Gelsenkirchen-Bismarck, E. G. (2008). Evangelische Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck Jahrbuch 2007/2008.
- Gemeente Enschede, Projectbureau Wederropbouw, & de Architekten Cie. (2002). De Stad Voortgezet - Ontwikkelingsplan Roombeek. Enschede.
- GOULET, P., KROLL, L., & SPEIDEL, M. (Hrsg.). (1991). Team Zoo. - Bauten und Projekte 1971-1990. Stuttgart.
- HÜBNER, P. (2006). Kinder bauen ihre Schule - Evangelische Gesamtschule Gelsenkirchen. Stuttgart/London.
- HÜBNER, P. (1993). Peter Hübner reprint 1968-1993. Institut für Baukonstruktion in Stuttgart Universität.
- HÜBNER, P., & SULZER, P. (1983). Lernen durch Selberbauen. Karlsruhe.
- HABEL, F.-R. (2013). Von der Beteiligung zur Bürgerselbstverwaltung. competition Ausgabe 5 Okt.-Dez. 2013 , S. 40-41.
- HARLANDER, T., & KUHN, G. (2010). Baugemeinschaften im südwesten Deutschland. Stuttgart.
- HARLANDER, T., & KUHN, G. (12 2008). Community Housing - Past and Present. Detail , S. 12-14.
- HERTZBERGER, H. (1993). Lessons for Students in Architecture. Rotterdam.
- HOFMANN, S. (2012). Interaktive Entwurfsstrategien für Architektur und Städtebau – Partizipationsprozesse als elementarer Bestandteil der Planungspraxis. In I. B. (Hrsg.), Metropole 6 - Zivilgesellschaft. (Metropolis - Civil Society) (S. 310-317). Berlin .
- IBBENÜREN, S. (kein Datum). Glossar-Stadtplanung. Abgerufen am 10. 3 2014 von <http://www.ibbenbueren.de/lexikon/begriff.php?begriff=383&keyword=&menuid=1285&topmenu=0&type=search>
- KÜHN, C., TEMEL, R., & SAMMER, F. (2011). Regionale werkstattgespräche zu Schulbaurichtlinien in Deutschland - Kurzfassung. Bonn: Montag Stiftung.
- KARO Architekten:. (2007). Projekt Information Lesezeichen Salbke – Freiluftbibliothek in Magdeburg. Abgerufen am 14. 4 2014 von <http://www.karo-architekten.de/cms/wp-content/uploads/2007/08/LZ-projekt-information-dt.pdf>
- KEISER, W. (2011). Der Kampf des Bürgervereins in Magdeburg-Salbke um den Erhalt der Freiluftbibliothek. Abgerufen am 14. 4 2014 von <http://bibliothekarisch.de/blog/tag/salbker-lesezeichen/>
- KIRCHHOFF, S. e. (2000). Machen wir doch einen Fragebogen. Opladen.
- KRÄMER, S., & KUHN, G. (2009). Städte und Baugemeinschaften. (W. S. (Hg.), Hrsg.) Ludwigsburg.
- KROLL, L. (2004). Homöopathische Architektur und tierischer Städtebau. In J. FEZER, & M. HEYDEN, Hier Entsteht -Strategien partizipativer Architektur und räumlicher Aneignung (S. 195-204). Berlin.
- LÜCHINGER, A. (1987). Herman Hertzberger Bauten und Projekte 1959-1986. Den Haag.
- LEDERER, A., & PAMPE, B. (2011). Vergleich ausgewählter Richtlinien zum Schulbau – Kurzfassung. Bonn: Montag Stiftung.
- MIESSEN, M. (2012). Albtraum Partizipation. Berlin.
- Montag Stiftung. (2013). Leitlinien für leistungsfähige Schulbauten in Deutschland. Bonn.
- News4teachers. (7. 2 2014). Interview mit Peter Hübner - Am Bedarf vorbei gebaut? Abgerufen am 20. 3 2014 von

- <http://www.news4teachers.de/2014/02/am-bedarf-vorbei-gebaut-experte-peter-huebner-kritisiert-deutsche-schularchitektur/>
- PEHNT, W. (1987). Lucien Kroll – buildings and projects. Stuttgart.
- Projectbureau Wederopbouw. (2003). Tussen staan en samenwerking - Procesverlag Voorzieningen-cluster Roombeek. Enschede.
- RELPH, E. (1976). Place and Placelessness. London.
- SCHIEBEL, U. (2012). Das Konzept zum TRZ zur Errichtung und zum Betrieb von Mehrzwecksporthallen und anderen gemeinnützigen und wirtschaftlich genutzten Unternehmungen. Pfulingen.
- SELLE, K. (2011). »Participatiment« oder Beteiligen wir uns zu Tode? PNDOnline .
- SELLE, K. (2012). Abschied von der »Bürgerbeteiligung« - Geschichten vom Wandel eines alten Bildes. PNDOnline .
- SELLE, K. (2007). Bürgerengagement und Bürgerorientierung in Quartier und Stadt. PNDOnline .
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin. (2012). Handbuch zur Partizipation (2.Aufl. Ausg.). Berlin.
- Serie;Gemeinsam Planen, Bauen und Leben, Klar ist, dass man Stellung beziehen muss. (27. 11 2008). Eßlinger Zeitung .
- Serie;Gemeinsam Planen, Bauen und Leben, Nicht Opfer, sondern Akteure. (20. 1 2009). Eßlinger Zeitung .
- SOEHLKE, C. (2010). Bürgernahes Bauen und kommunales Interesse - Tübinger Erfahrungen. In T. HARLANDER, & G. KUHN, Baugemeinschaften im südwesten Deutschland (S. 42-47). Stuttgart.
- Spiegel Online. (13. 5 2000). Enschede: Mindestens 20 Tote bei Explosion in Feuerwerksfabrik. Abgerufen am 21. 2 2013 von <http://www.spiegel.de/panorama/enschede-mindestens-20-tote-bei-explosionin-feuerwerksfabrik-a-76368.html>
- T. HALL, E. (1966). The Hidden Dimension. New York.
- Tanzsport + Rock'n'Roll Zentrum Tübingen. (2. 3 2009). Das Konzept des TRZ. Tübingen.
- taz.de. (11. 9 2011). Vom Wutbürger zum Gutbürger - DEMOKRATIE Eine Stadtbahn in Mannheim und ein Pumpspeicherwerk in Atdorf - Bürger sagen, wie es geht. Abgerufen am 17. 1 2014 von <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?ressort=sw&dig=2011%2F09%2F17%2Fa0206&cHash=3ddef576f1>
- TILL, J. (2005). The negotiation of hope. In P. BLUNDELL JONES, D. PETRESCU, & J. TILL, Architecture & Participation (S. 23-41). London/New York.
- TNS Emnid. (2012). Bürgerbeteiligung und Infrastrukturplanung. Management Report August 2012. Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Online unter: . Abgerufen am 14. 1 2014 von http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-02564CEC-0B412D0E/bst/xcms_bst_dms_36401_36402_2.pdf
- VOGT, S. (2000). Neue Wege der Stadtplanung in Japan - Partizipationsansätze auf der Mikroebene, dargestellt anhand ausgewählter machizukuri-Projekte in Tôkyô. München: Dissertation an der Universität Bonn.

Literaturverzeichnis der Titel in japanischer Sprache

Anmerkung: Die folgenden Literaturtitel liegen nur auf Japanisch vor. Zur besseren Orientierung von Lesern, die des Japanischen nicht mächtig sind, wurden die Angaben ins Englische übersetzt.

- 象設計集団 編著 2004: 象設計集団のいろはカルタ 空間に恋して– Love with Locus. 工作舎 Atelier ZO 2004: Love with Locus. Japan
- 環境構造センター 1985: 盈進学園東野高校のパタン・ランゲージ. 新建築1985年6月号, pp.182
Center for Environmental Structure: Pattern Language of EISHIN HIGASHINO *Highschool*. In: SHIN-KENCHIKU(New Architecture) June 1985, Japan, 182
- 茅野市民館ものがたり編集委員会 2011: 茅野市民館ものがたり –市民一人ひとりが主役になれる市民のひろば. 茅野市民館
Chino cultural complex story editorial meeting. 2011: Chino cultural complex story. Japan
- 延藤安弘, 小林秀樹 他 2004: 参加型公共施設計画における創発的方法に関する研究 (1) (2), 日本建築学会学術講演梗概集, pp 583-586
ENDO, Yasuhiro, KOBAYASHI, Hideki et al. 2004: A study on emerging ways for planning a public facility #1 and #2. In: AIJ Summaries of Technical Papers of Annual Meeting, 583-586
- 盈進東野高校にみるアレグザンダーの実験. 日経アーキテクチャ1985年6月20日号, 60-68
Experiment by C. Alexander in Eishin Higashino *Highschool*. In: NIKKEI ARCHITECTURE May.20.1985, Japan, 60-68
- 福田由美子, 延藤安弘 他 2009: コーポラティブ住宅における集住生活の変容過程に関する研究 –ユーコートにおける考察. 日本建築学会計画系論文集 No.635,1-8
FUKUDA, Yumiko, ENDO, Yasuhiro et al. 2009: The Transformation process of living together in co-operative housing - The Case of U-Court. In: AIJ Journal of architecture and planning No.635, 1-8
- 福田由美子, 下田卓夫 1992: ユーザー参加によるコミュニティ施設計画のプロセス - 広島県音戸町波多見区における施設計画について 日本建築学会技術報告集 (9), 175-178
FUKUDA, Yumiko, SHIMODA, Takuo. 1999: User's participation in planning process of the community facilities. In: AIJ Journal of Technology and Design (9), 175-178
- ペーター・ヒュブナー、(訳) 木下勇 2007: Design schools as powerhouses. Eco-school. 日本とドイツのエコスクール国際シンポジウム 2007 パンフレット
HÜBNER, Peter, tr. KINOSHITA, Isami 2007: Design schools as powerhouses. In: Eco-school in Germany and Japan International Symposium 2007 pamphlet
- 伊藤雅春 2004: 公共施設のデザインとワークショップ. 日本建築学会 編 2004: まちづくり教科書第三巻-参加による公共施設のデザイン, 丸善株式会社, 12-27
ITO, Masaharu 2004: Design of public facilities and Workshop. In: Architectural Institute of Japan ed. 2004: Design of public facilities with participation. Series of the text for town-planning No. 3, Tokyo, 12-27
- 伊藤雅春 2001: 建築・まちづくり計画における住民参加手法としてのワークショップの研究 –コミュニティの自律化をもたらす計画論. 千葉大学学位論文
ITO, Masaharu 2001: A study on Workshop as a method for community participation in architectural

- and city planning – Planning theory for community governance. Dissertation in Chiba university. Japan
- 木下勇 2007: ワークショップ-住民主体のまちづくりへの方法論.学芸出版社
- KINOSHITSA, Isami 2007: Workshop - the methodology for town design by community initiative. Japan
- 春日敏雄 2004: 公共施設づくりのための行政と制度. 日本建築学会 編 2004: まちづくり教科書第三巻-参加による公共施設のデザイン, 丸善株式会社, 64-75
- KASUGA, Toshio 2004: Administrative system for building of public facilities. In: Architectural Institute of Japan ed. 2004: Design of public facilities with participation. Series of the text for town-planning No. 3, Tokyo, 64-75
- ルシアン・クロール, (訳) 重村力 1990: 参加と複合-建築の未来とその構成要素. 住まいの図書館出版局
- KROLL, Lucien, tr. SHIGENURA, Tsutomu 1990: Participation and Complexity - Component and the Future of Architecture. Japan
- ジョン・ラング, (訳) 高橋鷹志、今井ゆりか 1992: 建築理論の創造-環境デザインにおける行動科学の役割. 鹿島出版会
- LANG, Jong, tr. TAKAHASHI, Takashi, IMAI, Yurika 1992: Creating Architectural Theory. Japan
- 龍元, 清水裕之 他 2002: 公共文化施設の構想から設計に至る過程における市民参加による意思決定の仕組みに関する研究 - 3つの文化施設プロジェクトを事例として, 日本建築学会計画系論文集 第552号, pp.117-124
- LONG, Yuan, SHIMIZU, Hiroyuki et al. 2002: A study on the decision-making in process of participatory planning - Practice story from public cultural facility projects. In: AIJ Journal of architecture and planning No.552, 117-124
- 松葉一清 1985: 「近代」との闘争 - クリストファー・アレグザンダーと盈進学園東野高校. 新建築 1985年6月号, pp.153-162
- MATSUBA, Kazukiyo 1985: Struggle against "Modern" —Christopher Alexander and EISHIN HIGASHINO *Highschool*. In: SHINKENCHIKU(New Architecture) June 1985, Japan, 153-162
- 松川村役場総務課政策企画係 2005: 松川村多目的文化施設等検討委員会だより No.4-10
- Matsukawa village office 2005: the newsletter of the committee for Matsukawa Multi Cultural Center No.4-10. Japan
- 松川村役場総務課政策企画係 2006-2007: 松川村多目的文化施設等検討委員会だより 第二ステージ 第1回~第6回
- Matsukawa village office 2006-2007: the newsletter of the committee for Matsukawa Multi Cultural Center 2nd stage No.1-6. Japan
- 三浦丈典 2004: 茅野新市民会館建設における市民参加と地域文化創造. 演劇研究センター紀要 II 早稲田大学 21世紀 COE プログラム 〈演劇の総合的研究と演劇学の確立〉 2, pp. 231-236
- MIURA, Takenori 2004: Participation and creation of community culture in the project of new civic hall in Chino. In: Bulletin II of the Institute for theatre research Waseda university 21st century center of excellence programme - Development of research and study methodologies in theatre, Japan, 231-236

- 水島信 2011: 続 ドイツ流まちづくり読本 -日本とドイツの都市は何故違うのか, 鹿島出版会
MIZUSHIMA, Makoto 2011: Participation and creation of community culture in the project of new
civic hall in Chino. In: Bulletin II of the Institute for theatre research Waseda university 21st century
center of excellence programme - Development of research and study methodologies in theatre, Ja-
pan, 231-236
- 名和田是彦 編 2009: コミュニティの自治 -自治体内分権と協働の国際比較, 日本評論社
NAWATA, Yoshihiko ed. 2009: Community autonomy - International comparative study on neigh-
borhood government and cooperation with citizen initiative. Japan
- ハンス・ヨアヒム・ナイス, (訳) 中ノ博 1985: 盈進学園東野高校の計画概要. 新建築1985年6
月号, pp. 183-186
NEIS, Hans J., tr. NAKANO, Hiroshi: Planning of EISHIN HIGASHINO *Highschool*. In: SHINKEN-
CHIKU(New Architecture) June 1985, Japan, 183-186
- 日経アーキテクチュア 2012年11月25日: 特集 住民を巻き込むにぎわい再生 参加型の建築プ
ロセスで運営主体を育てる.
Nikkei architecture 25.11.2012: Focus – Redevelopment of bustle in the town through community
participation – participative building process makes the operating body of community activity. Japan
- 日経アーキテクチュア 1985年5月20日: 検証 盈進・東野高校にみるアレグザンダーの実験.
Nikkei architecture 20.08.1985: Focus – Alexander’s experiment in Eishin Higashino. Japan
- OJ会 編 1995: これが建築なのだ-大竹康市番外地講座. TOTO出版
OJ members ed 1995: KOREGA KENCHIKUNANODA—extra lectures by Koichi OTAKE. Japan
- 重村力 1977: 神話の回復をもとめて-象グループ・沖縄の仕事1971-1977. 建築文化 1977年11月
号
SHIGEMURA, Tsutomu 1977: For a restoration of the myth – The works of Team ZO(Elephant) in O-
kinawa 1971-1977. In: KENCHIKU BUNKA(Culture of architecture) Nov. 1977
- 重村力 1992: 定住の構造-その生活学的考察と計画論的展開. 早稲田大学学位論文
SHIGEMURA, Tsutomu 1992: Structure of Settlement. Dissertation in Waseda university, Japan
- 重村力, 岡田知子 他 2010: 玄海島の復興過程と学術支援: 震災復興計画のあり方に関する研究
その1, 日本建築学会研究報告. 九州支部. 3, 計画系 (49), 141-144
SHIGEMURA, Tsutomu, OKADA, Tomoko et al. 2010: Reconstruction Process and Academic Support
for Genkaishima -Study on Reconstruction Program #1-. In: Architectural Institute of Japan Kyushu
Chapter Architectural Research Meeting 3, Planning(49), 141-144
- 清水裕之 2004: 公共ホールの計画における市民参加. 日本建築学会 編 2004: まちづくり教科
書第三巻-参加による公共施設のデザイン, 丸善株式会社, 44-63
SHIMIZU, Hiroyuki 2004: Citizen participation in planning process public hall. In: Architectural Insti-
tute of Japan ed. 2004: Design of public facilities with participation. Series of the text for
town-planning No. 3, Tokyo, 44-63
- 志村秀明 2004: 参加型公共施設の現状と課題. 日本建築学会 編 2004: まちづくり教科書第三
巻-参加による公共施設のデザイン, 丸善株式会社, 76-99
SHIMURA, Hideaki 2004: Current trends and issues about the method of planning with community
participation for public institution. In: Architectural Institute of Japan ed. 2004: Design of public faci-
lities with participation. Series of the text for town-planning No. 3, Tokyo, 76-99

- 外山義 2010: 自宅でない在宅 – 高齢者の生活空間論. 医学書院
TOYAMA, Tadashi 2010: Not "owns" house, but "home" – a theory of living-space for the elderly. Japan
- 内田文雄 2009: 「みんなで作る」という経験の共有が地域を動かす. 新建築 2009年10月号, 23
UCHIDA, Fumio 2009: The Experience of "Building together" makes a town activ. In: SHINKEN-CHIKU(New Architecture) October 2009, 23
- 卯月盛夫 1999: 「市民参加の都市デザイン」を支援する制度と手法に関する研究 – 日本とドイツの比較を通して. 早稲田大学学位論文
UDUKI, Morio 1999: Study on the Method and system for an urban design through citizen participation – a comparative study of the examples in Japan and Germany. Dissertation in Waseda university, Japan
- 卯月盛夫 2004: 公共施設とまちづくり. 日本建築学会 編 2004: まちづくり教科書第三巻-参加による公共施設のデザイン, 丸善株式会社, 2-11
UDUKI, Morio 2004: Public facilities and *Machizukuri*. In: Architectural Institute of Japan ed. 2004: Design of public facilities with participation. Series of the text for town-planning No. 3, Tokyo, 2-11
- 吉阪隆正 1985: 吉阪隆正全集 第十三巻 有形学へ. 勁草書房
YOSHIZAKA, Takamasa 1985: The complete works of Takamasa Yoshizaka vol.13 For a Study from Form. Japan
- 吉阪隆正 1986: 吉阪隆正全集 第五巻 環境と造形. 勁草書房
YOSHIZAKA, Takamasa 1986: The complete works of Takamasa Yoshizaka vol.5 Environment and Design. Japan
- ホームページ 信州安曇野 松川村: 松川村多目的交流センター 施設平面図
Homepage of Matsukawa village: Floor map of multi cultural center in Matsukawa. Abgerufen am 14. 5. 2013 von <http://www.vill.matsukawa.nagano.jp/03/pdf/suzunonezumen.pdf>
- ホームページ 龍環境計画: 松川村多目的交流センター
Homepage of Atelier RYU: Multi cultural center in Matsukawa. Abgerufen am 2.6.2013 von <http://www.arch-ryu.co.jp/works/matukawa/index.html>
- ホームページ 茅野市民館: 市民館平面図概要
Homepage of Chino Cultural Complex: Floor map. Abgerufen am 2. 6. 2013 von http://www.chinoshiminkan.jp/image/floor_map-S.jpg

Abbildungsverzeichnis

Abb. 0-1 Struktur der Arbeit	18
Abb. 1-1 Three space phase order of a living space (SHIGEMURA 1992, 15).....	26
Abb. 1-2 Die Beziehung zwischen drei Phasen von House-Dwelling-Home (SHIGEMURA 1992, 17) ..	27
Abb. 1-3 Fünf Stufen der gesellschaftlichen Beziehungen von Menschen von Yoshizaka [Links] (SHIGEMURA 1992, 59) (Übersetzung v. Verf.).....	30
Abb. 1-4 Lebensbereiche in der Realität von Yoshizaka [Rechts] (SHIGEMURA 1992, 61).....	30
Abb. 1-5 Verschiedene Lebensrhythmen von Bewohnern in einem Seniorenheim mit Einzel-Appartements (TOYAMA 2011, 51) (Übersetzung v. Verf.)	33
Abb. 1-6 Luftbild des Schulgeländes: Hauptplatz zwischen Saal (vorne) und Klassenhäusern (gegenüber) [Links] (ALEXANDER 2005, 181).....	35
Abb. 1-7 Gasse im Schulcampus [Rechts] (ebd., 81)	35
Abb. 1-8 Lageplan (Die Hochschule wurde nicht realisiert) (SHINKENCHIKU 1985, 166)	36
Abb. 1-9, 1-10 Alexander markiert die Lage der Bauten mit Fahnenmasten und prüft das Ergebnis zusammen mit den Lehrern. (ALEXANDER 2005, 179 und 273).....	39
Abb. 1-11 "Homeroom path" und Mehrzweckhalle (hinten) als abschließender Punkt (eigenes Foto 2009)	40
Abb. 1-12 Alexander prüft den Raum in dem Saal mit großem Modell [Links] (Nikkei architecture 1985, 62)	40
Abb. 1-13 Studie der Farbigkeit von Architekt [Mitte] (ALEXANDER 2002, 380).....	40
Abb. 1-14 Fertigstellung des Raums im Saal [Rechts] (eigenes Foto 2009)	40
Abb. 1-15 Ausdruck von vielfältigen Wohnungstypen an Fassaden [Links] (eigenes Foto 2010)	41
Abb. 1-16 Promenade auf dem U-Bahnhof [Rechts oben] (PEHNT 1987, 68).....	41
Abb. 1-17 Städtische Atmosphäre des Gesamtkomplexes [Rechts unten] (ebd., 41).....	41
Abb. 1-18 "Kommunist"(Links) und "Faschist"(Mitte) liegen nebeneinander (ebd., 47).....	42
Abb. 1-19 Anwendung des SAR Moduls [Links] (ebd., 44)	43
Abb. 1-20 Zukünftige Bewohner bauen selber die Trennwand auf [Rechts] (ebd., 45).....	43
Abb. 1-21 Die von jedem Bewohner unterschiedlich geplanten Wohnungen im Loft (ebd., 49)	43
Abb. 1-22 Design-Workshop durch Modellbau mit Lehrern und Schülern (ebd., 55).....	44
Abb. 1-23 Selbstbauaktion des Gartens (ebd., 61 und 62).....	44
Abb. 1-24 Die Ergebnisse der Improvisation von Handwerkern (ebd., 64 und 65)	44
Abb. 1-25 Erster Bauabschnitt im 1960 [Links] (LÜCHINGER 1987, 48)	45
Abb. 1-26 Kinder spielen auf dem Schulhof [Rechts] (ebd., 49).....	45
Abb. 1-27 Raumstruktur und stufenweise Zonierung in der Montessori-Schule in Delft (HERTZBERGER 1993, 18)	46
Abb. 1-28 Grundriss eines Klassenraums [Links oben] (LÜCHINGER 1987, 55).....	46
Abb. 1-29 Kleine Nische im Klassenraum [Links unten] (ebd., 54)	46
Abb. 1-30 Eingangstür und Ausstellingsfenster [Rechts] (ebd., 55).....	46
Abb. 1-31 Ein Teil des Flurs fungiert als Bibliothek [Links] (ebd., 57).....	47

Abb. 1-32 Der Fensterbereich auf dem Flur wurde als Arbeitszone für Einzel- oder Gruppenarbeit ausgestaltet [Rechts] (ebd., 59)	47
Abb. 1-33 Bühnenblock auf dem Flur im Schulbereich (ebd., 53).....	47
Abb. 1-35 Bühnenblock auf dem Flur im Schulbereich (ebd., 52).....	48
Abb. 1-36 Absenkung im Boden mit Stühlen auf dem Flur im Kindergartenbereich (ebd., 62).....	48
Abb. 1-37 Die Objekte aus Zementblöcken hinter dem Schulgebäude [Oben] (ebd., 60)	49
Abb. 1-38 Die Zementblöcke inspirieren Kinder zu verschiedenen Nutzungen [Unten] (ebd., 60).....	49
Abb. 1-39 Die Analyse über die Flächennutzung eines Dorfs in Okinawa (von Team ZOO) (SHIGEMURA 1977, 86)	50
Abb. 1-40 Rathaus in Nago [Oben] (Atelier Zo 2004, 36)	51
Abb. 1-41 Fassade zum Meer orientiert [Links] (GOULET et al. 1991, 116).....	51
Abb. 1-42 Lageplan: Das Rathaus öffnet sich zur Stadt [Rechts] (ebd., 114).....	51
Abb. 1-43 Das "Asagi" in einem Dorf in Nago [Links oben] (SHIGEMURA 1977, 81)	52
Abb. 1-44 Skizze für "Asagi – Terrasse" [Links unten] (GOULET et al. 1991, 118).....	52
Abb. 1-45 Öffentlicher Bereich auf der "Asagi – Terrasse" [Rechts] (OJ Members 1995, 154)	52
Abb. 1-46 Die Grundrisse der einzelnen Ebenen (GOULET et al. 1991, 116)	53
Abb. 1-47 Das Schema der Raumstruktur: Stufenweise Zonierung (OJ Members 1995, 14,15).....	53
Abb. 1-48 Traditionelles Bauwerk aus Stein in Okinawa [Links] (ebd., 28)	54
Abb. 1-49 Stadtlandschaft in Okinawa: Viele Häuser werden aus Beton gebaut [Mitte] (ebd., 12).....	54
Abb. 1-50 Muster von in Okinawa gefertigten Betonblöcken [Rechts] (ebd., 189).....	54
Abb. 1-51 Die Betonblockwand im Nago Rathaus [Links] (ebd., 191).....	54
Abb. 1-52 Traditionelle Löwenstatuen an der Südfassade des Rathauses, gefertigt von lokalen Handwerkern [Rechts] (Atelier Zo 2004, 38)	54
Abb. 1-53 Schwerpunkte der Nutzerbeteiligung bei den Beispielen (eigene Darstellung)	57
Abb. 2-1 Zahl der öffentlichen Bauprojekten mit Bürgerbeteiligung und Jahr deren Fertigstellung (SHIMURA 2004, 79) (Übersetzung v. Verf.)	68
Abb. 2-2 Flächen der Projekten (ebd., 80) (Übersetzung v. Verf.).....	68
Abb. 4-1 Ein Block in der Tübinger Südstadt [Oben] (eigenes Foto 2012)	98
Abb. 4-2 Ehemaliges Kasernenareal im Französischen Viertel [Links] (Architektenkammer Baden-Württemberg Kammergruppe Tübingen/Universitätsstadt Tübingen 2007, 6).....	98
Abb. 4-3 Französisches Viertel [Rechts] (ebd.,5).....	98
Abb. 4-4 Lage des französischen Viertels und des Loretto-Areals (Google Map 2011).....	100
Abb. 4-5 Entwicklungsmodell im französischen Viertel 1 Wohnen 2 Gemeinschaftliche Einrichtung 3 Gewerbe 4 Innenhof 5 Öffentlicher Freiraum (FELDTKELLER 2001, 63, ergänzt v Verf.).....	100
Abb. 4-6 Die nachträglich eingebaute Galerie im Klassenraum [Oben] (Französische Schule 2008, 23)102	
Abb. 4-7 Lageplan [Links] (Pläne von w5 Planungsgesellschaft mbH).....	103
Abb. 4-8 Grundrisse im Erdgeschoss der drei Bauabschnitten [Rechts] (Pläne von w5 Planungsgesellschaft mbH).....	103
Abb. 4-9 Prüfung der Räumlichkeiten anhand von Bestandsplänen [Links] (Bericht Workshops von w5. 5)	105
Abb. 4-10 Identifizierung der Brennpunkten im Plenum [Rechts] (ebd. 5)	105

Abb. 4-11 Der Grundriss im Obergeschoss des dritten Bauabschnitts : Offenen Lernbereich (Pläne von w5 Planungsgesellschaft mbH).....	105
Abb. 4-12 Schüler/Innen kümmern sich um Ziegen [Links] (ebd. 22).....	106
Abb. 4-13 Verschiede Arbeitsgemeinschaftsangebote[Rechts] (eigens Foto 2013).....	106
Abb. 4-14 Baumhaus im Schulgarten [Links] (eigenes Foto 2013)	107
Abb. 4-15 Das von Schüler/Innen gestaltete Pflaster im Schulhof [Rechts] (eigenes Foto 2013)	107
Abb. 4-16 Das Kinderhaus und der gemeinsam genutzte Innenhof (Bürgermeisteramt Tübingen 2005, 5)	108
Abb. 4-17 Grundriss des Innenhofs und Kinderhauses (von Dagmar Hedder Landschaftsarchitektur)...	108
Abb. 4-18 Zusammenfassung der Bedürfnisse der Nutzer (Architektenkammer Baden-Württemberg 19.4.2011)	110
Abb. 4-19,20 Innenhof als sowohl Spielplatz als auch Aufenthaltsbereich für Bewohner (Architektenkammer Baden-Württemberg Kammergruppe Tübingen/Universitätstadt Tübingen 2007, 24)	111
Abb. 4-21 Große Halle [Oben] (eigenes Foto 2013)	113
Abb. 4-22 Blick auf das Gebäude [Links] (Foto von TRZ).....	113
Abb. 4-23Lageplan [Links] (Pläne von Universitätsstadt Tübingen).....	114
Abb. 4-24 Grundrisse im Erd- und Obergeschoss [Rechts] (Pläne von TRZ) (bearbeitet v. Verf.).....	114
Abb. 4-25 Halle 1993 [Links] (Tanzsport + Rock'n'Roll Zentrum Tübingen 2009).....	115
Abb. 4-26 Halle 2005 [Rechts] (ebd.).....	115
Abb. 4-27 Bewegungsraum [Links] (eigenes Foto 2013).....	116
Abb. 4-28 Übungsraum im Obergeschoß [Rechts] (eigenes Foto 2013).....	116
Abb. 4-29,30 Sanierung durch Eigenleistung von Nutzern (Tanzsport + Rock'n'Roll Zentrum Tübingen 2009)	116
Abb. 4-31,32,33,34 Verschiedene Nutzungen in der großen Halle (ebd.).....	117
Abb. 4-35 Luftbild der Evangelischen Gesamtschule in Gelsenkirchen [Oben] (Foto von plus+ bauplanung GmbH).....	118
Abb. 4-36 Die Schule hat den Charakter einer kleinen Stadt oder eines Dorfs (Foto von Cornelia Suhan)	118
Abb. 4-37 Grundriss im Erdgeschoss (Pläne von plus+ bauplanung GmbH)	119
Abb. 4-38 Marktplatz im Haupthaus (Foto von Cornelia Suhan).....	121
Abb. 4-39 Das Modell des Haupthauses [Rechts] (Foto von plus+ bauplanung GmbH) Der einzelne Abschnitte des Hauptgebäudes wurden jeweils von unterschiedlichen Architekten in Hübners Büro entworfen. Somit entstand der Eindruck der urbanen Vielfalt in der Schule.	121
Abb. 4-40 Das Klassenhaus wie Terrassenhäuser in der Stadt [Unten] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)	121
Abb. 4-41 Abgegebene Skizze zum Wettbewerb (von plus+ bauplanung GmbH)	123
Abb. 4-42 bis 47 Der erste Workshop (Foto von plus+ bauplanung GmbH).....	125
Abb. 4-48 bis 53 Der zweite Workshop (Foto von plus+ bauplanung GmbH).....	125
Abb. 4-54, 55 Die unterschiedlichen Bereiche in jedem Klassenhaus (Foto von plus+ bauplanung GmbH)	126

Abb. 4-56 Der eigene Garten einer Klasse (eigenes Foto 2008)	126
Abb. 4-57 Das Schülercafe "Pool" [Oben links] (eigenes Foto).....	128
Abb. 4-58 Der Raum des Klassenhauses wurde von neuer Klasse umgestaltet [Oben Rechts] (eigenes Foto).....	128
Abb. 4-59 Die Pyramide (Mehrzweckraum) wurde als Monument für alle Wohnbauprojekte der IBA Emscher Park von den Bewohnern, Anwohnern und Schulakteuren gebaut. [Unten links] (Foto von plus+ bauplanung GmbH).....	128
Abb. 4-60 Öffnung der Schule zu außerschulischen z.B. Theater [Unten Rechts] (Foto von plus+ bauplanung GmbH).....	128
Abb. 4-61 Ausblick auf das Schulgelände (Foto von plus+ bauplanung GmbH).....	129
Abb. 4-62 Lageplan des Schulgeländes: Schule als Stadtteilzentrum (Von plus+ bauplanung GmbH) ..	129
Abb. 4-63 Blick auf die Westfassade [Oben] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)	130
Abb. 4-64 Eingangshalle [Links] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)	130
Abb. 4-65 Einweihungsfeier [Rechts] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)	130
Abb. 4-66 Grundriss im Erdgeschoss (Von plus+ bauplanung GmbH)	131
Abb. 4-67 Roombeek nach der Feuerkatastrophe [Links] (Foto von Gemeinde Enschede).....	132
Abb. 4-68 Masterplan des Wiederaufbaus: das dick markierte Areal ist das Stadtteilzentrum [Rechts] (Gemeente Enschede, Projectbureau Wederropbouw, & de Architekten Cie 2002, 33).....	132
Abb. 4-69 Modell eines Klassenhauses im WS [Links] (Foto von plus+ bauplanung GmbH).....	136
Abb. 4-70 Präsentation aller Modelle der Klassenhäuser vor Presse [Rechts] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)	136
Abb. 4-71 Gruppe des islamischen Vereins im WS 1 [Links] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)	136
Abb. 4-72 Gruppe der Kindertagesstätte im WS 1 [Rechts] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)	136
Abb. 4-73, 74, 75 Versuch verschiedener Varianten mit Tonklötze [Obere drei] (Foto von plus+ bauplanung GmbH).....	137
Abb. 4-76 Jede Variante skizziert der Architekt in der Gruppe [Unten] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)	137
Abb. 4-77 Präsentation des Entwurfs von Architekten und weitere Überlegung mit allen Teilnehmern [Links] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)	138
Abb. 4-78 Gesamtstruktur: Zentrale Halle an der südwestlichen Spitze des Grundstücks [Rechts] (Skizze: plus+ bauplanung GmbH).....	138
Abb. 4-79, 80 Weitere Entwicklung: Verschiedene Funktionsblöcke und großzügiger Freiraum [Oben] (Material von plus+ bauplanung GmbH).....	140
Abb. 4-81 Präsentation des letzten Standes des Vorentwurfs [Unten] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)	140
Abb. 4-82 Die Wohnhäuser wurden in einen Gruppenraum der Kindertagesstätte umgebaut (eigenes Foto 2013)	141
Abb. 4-83 Die zentrale Halle als Mittelpunkt der Schulgemeinschaft [Links] (Foto von plus+ bauplanung GmbH)	142
Abb. 4-84 Der besondere Raum für die Ausstellung der Modelleisenbahn [Rechts] (Foto von plus+ bauplanung GmbH).....	142

Abb. 5-1 Passage im Zentrum des Gebäudes [Oben] (eigenes Foto 2013)	144
Abb. 5-2 Lesebereich mit Ausblick auf den Garten [Links] (eigenes Foto 2013).....	144
Abb. 5-3 Grundriss im EG [Rechts] (Homepage of Matsukawa village abgerufen am 2.6.2013) (Übersetzung v. Verf.)	144
Abb. 5-4 Diskussion über das Konzept des neuen Kulturzentrum [Links] (Matsukawa village office 2005 No.4, 6)	147
Abb. 5-5 Gemeinsame Grundstücksbegehung mit allen Teilnehmer/Innen [Rechts] (ebd. No.5, 2)	147
Abb. 5-6 Vorschlag von Gruppen: Funktionen der Einrichtung (hier 2 von 10 Gruppen) (ebd. No.5, 3) (Übersetzung v. Verf.)	147
Abb. 5-7 Ergebnisse von WS: Varianten der Funktionen und Struktur der Einrichtung (ebd. No.6, 4) (Übersetzung v. Verf.)	149
Abb. 5-8 Vorschlag 1: Grundriss (ebd. No.7, 3) (Übersetzung v. Verf.).....	150
Abb. 5-9 Vorschlag 2: Lageplan (ebd. No.7, 5) (Übersetzung v. Verf.)	151
Abb. 5-10 Vorschlag 2: Grundriss des Neubaus (Saal, Bürgerhaus) (ebd. No.7, 6) (Übersetzung v. Verf.)	151
Abb. 5-11 Vorschlag der Gesamtstruktur mit Passage bei fünftem Workshop [Links] (ebd. No.8, 5)....	153
Abb. 5-12,13 Präsentation mit Modell und Skizze bei sechstem Workshop [Rechts] (ebd. No.9, 3)	153
Abb. 5-14 Planungsausschuss in der Stufe 2 (Matsukawa village office 2006-2007 No.3-4-5, 1)	155
Abb. 5-15 Der letzte Stand des Grundrisses EG beim Planungsausschuss (ebd. No.6)	155
Abb. 5-16 Das von Bürgern gestaltete Theaterstück am Eröffnungsfest (Homepage of Atelier RYU abgerufen am 2.6.2013)	157
Abb. 5-17 Aussicht vom Innenhof auf Bibliothek und Hallenbereich [Oben] (von Makoto Yoshida)....	158
Abb. 5-18 Bibliothek auf der Rampe [Links] (eigenes Foto 2013)	158
Abb. 5-19 Grundriss: Die Rampe (Bibliothekszone) verbindet sich mit dem Bahnsteig [Rechts] (Homepage of Chino Cultural Complex abgerufen am 2.6.2013).....	158
Abb. 5-20 Diskussion über Grundkonzept mit Post-it-Notizzetteln (Chino cultural complex story editorial meeting 2011, 31)	162
Abb. 5-21 Grundkonzept zu den Funktionen in der neuen Stadthalle (ebd., 36) (Übersetzung v. Verf.)	163
Abb. 5-22 Der ausgewählte Vorschlag bei der Architektenauswahl: Ein Kulturzentrum, das vom Bahnsteig zugänglich ist. (MIURA 2004, 235)	164
Abb. 5-23 Diskussion im Planungsausschuss (Chino cultural complex story editorial meeting 2011, 57)	165
Abb. 5-24 Die gesammelten Ideen der Projekte (ebd., 69).....	165
Abb. 5-25 Der vorgeschlagene Grundriss bei der Architektenauswahl (ebd., 210)	167
Abb. 5-26 Die dritte Variante zur Verkleinerung der benötigten Fläche (ebd., 236) (Übersetzung v. Verf.)	167
Abb. 5-27 Der letzte Grundriss im EG (ebd., 234)	167
Abb. 5-28 Prüfung der Steigung der Bestuhlung im Maßstab 1:1 (ebd., 84)	168
Abb. 5-29,30 Prüfung des Bauentwurfs (ebd., 79,80)	168
Abb. 5-31 Der Hallenbereich als gemeinsames Foyer von Kunstmuseum und Großem Saal (ebd., 174)171	
Abb. 5-32 Bei der Hochzeit wurde der Hallenbereich zum Innenhof geöffnet genutzt. (ebd., 219).....	171

Tabellenverzeichnis

Tab.2-1 Übersicht der Probleme oder Herausforderung bei Bürgerbeteiligung in Deutschland und Japan (eigene Darstellung).....	89
Tab.3-1 Übersicht der geführten Interviews	95
Tab.3-2 Quellen der Literaturrecherche	96

Eidesstattliche Erklärung

1. Diese Arbeit wurde selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt.
2. Alle Stellen, die wortwörtlich oder nur geringfügig verändert aus Veröffentlichungen oder anderen Quellen entnommen sind, erhalten die notwendige Kennzeichnung. Die Belegstelle ist in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Zitat anzugeben.
3. Die vorliegende Arbeit wurde bisher noch keiner Prüfungsbehörde in gleicher oder ähnlicher Form vorgelegt.

Datum: _____

Unterschrift: _____